

AUFTRAG



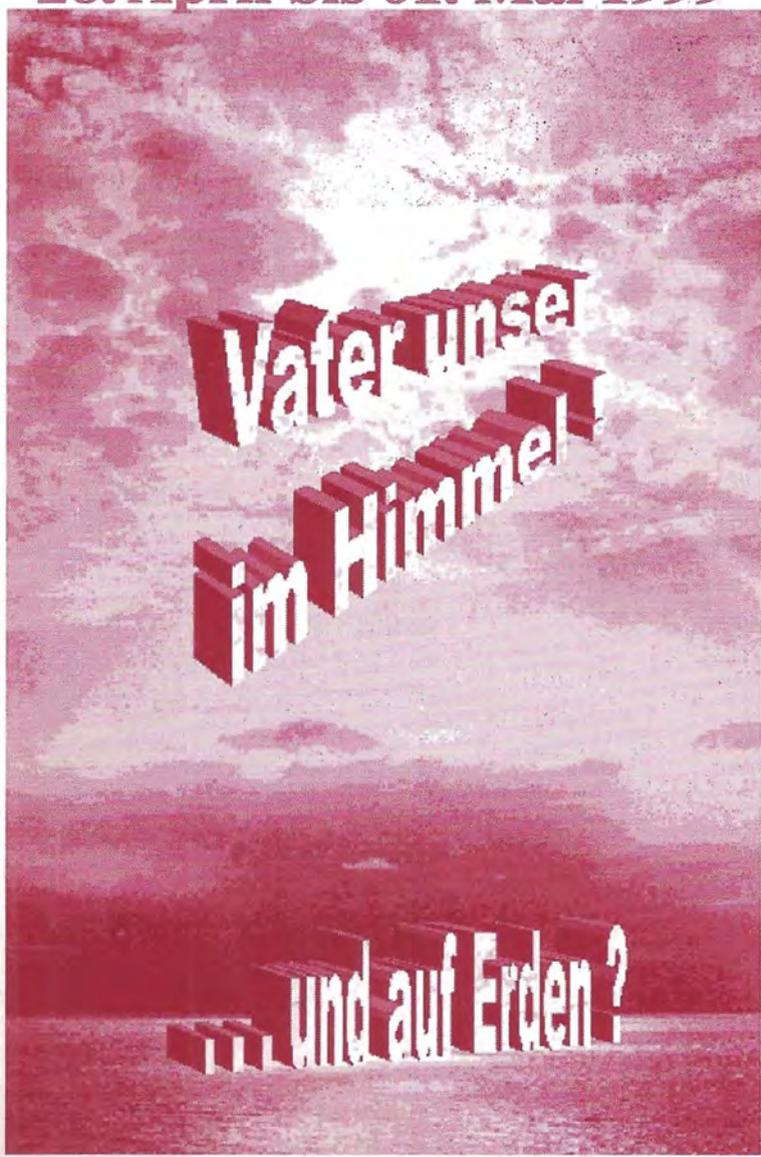
HEFT 235 / 1999

39. JAHRGANG



39. Woche der Begegnung
26. April bis 01. Mai 1999

Katholische Militärseelsorge



- Vor der 39. Woche der Begegnung
- Feier des Weltfriedens-tages 1999
- Bischöfe zu Friedenserhalt und Friedensgestal-tung in Europa
- Jakob – ein aktuelles Mannsbild

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

editorial	3	Atomausstieg – Eine unehrliche Diskussion (H.F.) ..	71
39. WOCHE DER BEGEGNUNG		Polen: Zweifel an der deutschen Wehrmachts-	
Vater unser im Himmel! ...und auf Erden?“		ausstellung (<i>Joachim G. Görlich</i>)	72
(<i>MD Walter Theis und Manfred Heinz</i>)	4	Witze, Anekdoten, Karikaturen über Religion	
Schmochtitz – Der Tagungsort der 39. WdB		und Moral in Russland, Teil 1 (<i>Paul Roth</i>)....	73
(<i>Peter-Paul Straube u. Friedrich Brockmeier</i>) .	9	50 JAHRE GRUNDGESETZ DER BUNDESREPUBLIK	
Der eine GOTT (<i>Hartmut Steinborn</i>)	13	DEUTSCHLAND. Erklärung der Deutschen Bischöfe	
		zum geplanten Grundgesetz (11.02.1949)	77
WELTFRIEDENSTAG 1999		VOR 85 JAHREN: Das Attentat in Sarajewo	
Menschenwürde, Grundrechte und der Frieden		und das Schicksal des „Mordautos“	
in Philosophie und Sozialethik		(<i>Wolfgang Altendorf</i>)	78
(<i>Markus Riedener</i>)	21	MÄNNERSEELSORGE UND -SPIRITUALITÄT	
Wer betet für Soldaten? (<i>Paul Roth</i>)	24	Ein neues Fundament für die Männerseelsorge	
FEIER DES WELTFRIEDENSTAGES 1999:		(<i>Bischof Karl Lehmann</i>)	79
in Köln, Würzburg, Rendsburg, Bonn,		60 Jahre Männerseelsorgekonferenz in Fulda	
Münster, Stuttgart, Hammelburg und		(<i>Roman Bleistein SJ</i>)	81
Schweinfurt	25	BIBLISCHE MANNES-BILDER: JAKOB	
		(<i>Michael Overmann SDS</i>)	86
SOLDATISCHES SELBSTVERSTÄNDNIS		KIRCHE UNTER SOLDATEN	
Innere Führung – auf den Punkt gebracht		INTERVIEW: Militärbischof von Peru, Miguel	
(<i>Helmut Jermer</i>)	34	Cabrejos Vidarte, O.F.M. (<i>Carmen Klein</i>)	91
Gehorsam, pflichtbewusst und opferwillig.		Ökumene und Militärseelsorge	92
Deutsche Katholiken und ihr Kriegsdienst in		Neues Soldatengebetbuch in Arbeit	
der Wehrmacht (<i>Thomas Breuer</i>)	40	(<i>MD Georg Kestel</i>)	93
Der Last der Freiheit nicht ausweichen!		VORSTAND DER ZENTRALEN VERSAMMLUNG (ZV)	93
(<i>Jürgen Nabbefeld</i>)	45		
		WB VI – HAMMELBURG: Elternwerk	94
SICHERHEITSPOLITIK UND FRIEDENSETHIK		WB VI – GKS INGOLSTADT	95
ERKLÄRUNG ZU NATO-LUFTOPERATIONEN MIT KOM-		FÖRDERKREIS DER GKS (FGKS)	95
MENTAR: DILEMMA – Moralische Pflicht zur		APOSTOLAT MILITAIRE INTERNATIONAL (AMI):	
Nothilfe kontra Gefahr für das Gewaltmonopol ..	46	Generalversammlung 1998 „Rechte und Pflich-	
Zum 50. Geburtstag der Allianz:		ten des christlichen Soldaten	98
Die neue NATO (<i>Eckhard Stuff</i>)	47	CAMINO DE SANTIAGO 1999	102
Vom Krieg zum Frieden in Bosnien		DRESDEN: „Haus der Militärseelsorge“	104
(<i>Eckhard Stuff</i>)	49	KURZ NOTIERT	20, 67, 85
DOKUMENTATION: Bischöfe zu Friedenserhalt		GEFUNDEN	18
und Friedensgestaltung in Europa	50	TERMINE 1999	104
BLICK IN DIE GESCHICHTE – VOR 1.200 JAHREN:		LESERBRIEFE	44, 76, 101
Erzbistum Paderborn gegründet		PERSONALIA	104
(<i>Anselm Verbeek</i>)	57	GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN:	
CIMIC – Zivil-Militärische Zusammenarbeit im		In Verantwortung vor Gott und den Menschen	
Ausland (<i>Klaus Liebetanz</i>)	58	Welches Leitbild prägt den Soldaten an der	
		Jahrtausendwende? (Programm)	108
GESELLSCHAFT NAH UND FERN		AUTOREN	110
Syrien und die Lage seiner christlichen		BUCHBESPRECHUNGEN	111
Minderheit, Teil I (<i>Volker W. Böhler</i>)	62		
Helmut Schmidt: „Der Beste, aber kein Großer“			
(<i>Eckhard Stuff</i>)	68		
Helmut Kohl: Großer Deutscher und Europäer ..	69		

TITELBILD: Deckblatt des Programms der 39. Woche der Begegnung, Entwurf und Gestaltung Siegfried Bradatsch, KMBA

editorial

Liebe Leser,

Geschafft! – In jeder Hinsicht! Heute, am 29. März, ist der neue AUFTRAG ~~ist~~ fertiggestellt. Morgen geht der Datenträger mit den fertigen Satzdateien zur Druckerei, damit diese noch vor Ostern den Druckträger belichten kann und das Heft bis Mitte April – rechtzeitig vor der 39. Woche der Begegnung in Schmochtitz – an die Empfänger ausgeliefert werden kann. Übermorgen beginnen aber auch schon die ersten Überlegungen für den nächsten AUFTRAG, der Ende Juni fertiggestellt sein muss (Redaktionsschluss 10.05.1999!).

AUFTRAG Nr. 235 war für die Redaktion ein schwieriges Heft, nicht etwa weil die Themen fehlten und der Stoff ausgegangen wäre. Im Gegenteil, dieser AUFTRAG hätte einen Umfang von mehr als 150 Seiten haben können. Das, obwohl wichtige Themen (wie z.B. *die Religionskonflikte in Indien, auf Ambon, im Sudan*, das Thema *Kindersoldaten oder die moderne Formen von Sklaverei* ...) erst gar nicht aufgegriffen werden konnten. Andere Artikel zur Rubrik **KIRCHE UND GESELLSCHAFT** (*Beurteilung der Weltpolitischen Situation am Ende des ausgehenden Jahrhunderts durch Papst Johannes Paul II.* oder *die Darstellung der Lage der russisch-orthodoxen Kirche in Russland durch den Moskauer Patriarchen Alexij II.*) wie auch kurze Beiträge zur Rubrik **BLICK IN DIE GESCHICHTE** mussten nachträglich wieder gestrichen werden. Um den Heftumfang zu reduzieren hat die Redaktion auch zu dem Trick gegriffen, umfangreiche Beiträge zu teilen („*Syrien und die Lage seiner christlichen Minderheit*“ von Volker W. Böhler oder „*Witze, Anekdoten, Karikaturen über Religion und Moral in Russland*“ von Paul Roth).

Und selbst bei den jetzt noch verbliebenen 111 Seiten stellt sich auch eine Redaktion die Frage, wer soll das alles lesen? Wir kennen die Kritik aus dem Kreis der GKS-Mitglieder, dass die Beiträge oft zu lang oder auch zu schwer zu lesen sind oder Zusammenfassungen voran gestellt werden sollten. Doch der AUFTRAG ist kein Unterhaltungsmagazin. Er ist eine Verbandspublikation, die Hintergründe vermitteln und Zusammenhänge aufzeigen will mit Beiträgen

- zu verbands- und aufgabenbezogenen Informationen zum Selbstverständnis katholischer Soldaten,
- zu Kirche, Militärseelsorge, Staat, Gesellschaft, Völkerverständigung, Friedens- und Sicherheitspolitik
- zur Dokumentation der Arbeit unserer Gemeinschaft.

Wir erwarten ja nicht, dass alle Artikel mit gleichem Interesse und ggf. erforderlicher Intensität gelesen werden. AUFTRAG ist auch keine Zeitschrift, die nach kurzer Lektüre im Papierkorb landen sollte. Viele Artikel können Argumentationshilfen im Gespräch mit Andersdenkenden sein. Wovon noch zu wenig Gebrauch gemacht wird, dass die Mitglieder der GKS ändern - Vorgesetzten wie Kameraden und Außenstehenden - anhand ausgewählter Beiträge zeigen, wie katholische Soldaten denken und welches Selbstverständnis sie trägt.

Heute Morgen lese ich in der Tageszeitung die dpa-Meldung:

„Bei den Deutschen - Papst verliert an Ansehen. Papst Johannes Paul II. genießt bei den Deutschen in wichtigen Fragen keine große Autorität mehr. Als 'moralische Instanz' halten ihn 81 Prozent aller Deutschen und 76 Prozent der Katholiken für 'nicht mehr zeitgemäß'. ermittelte eine repräsentative Umfrage des Instituts DataConcept im Auftrag des 'Focus'. Als Stellvertreter Gottes auf Erden 'nicht mehr zeitgemäß' sehen ihn 77 Prozent der Deutschen und 64 Prozent der Katholiken. Selbst als Kirchenoberhaupt akzeptieren ihn 54 Prozent insgesamt und 33 Prozent der Katholiken nicht mehr. Aus der Weltpolitik sollte sich der Papst nach Ansicht von 70 Prozent der Katholiken besser heraushalten.“

Welche Folgerungen ziehe ich daraus? Nach dem bei der 37. Woche der Begegnung 1997 auf Schloss Hirschberg der Bundeskonferenz vorgestellten Grundsatz für das Redaktionskonzept „Im Glauben fest und der Kirche treu“, vertritt die GKS und mit ihr die Redaktion eine Minderheitenposition, bei der sie auch in Zukunft unbeirrt bleiben wird. Sicher werden wir nicht mit dem „Zeitgeist“ schwimmen. Im Übrigen ist das mit Umfragen so eine Sache im Hinblick auf die Realität – siehe Ausgang der Hessenwahl 1999.

Noch ein anderes Zitat (aus: GKP-Informationen III/1999), das eigentlich unter die Rubrik GEFUNDEN fällt, verdeutlicht die Situation. Es stammt von Prälat Erich Läufer, Chefredakteur der Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln:

„Eine vernünftig gemachte Kirchenzeitung ist ein ordentlicher Beitrag zur Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt im gesamten öffentlichen Leben. Ihre Bezieher, ihre Sympathisanten, ihre Leserinnen und Leser tragen auf je persönliche Weise zur Meinungskultur in der Gesellschaft bei. Dass bei manchen Amtsträgern, bei einigen kirchlichen Funktionären und bestimmten Meinungsmachern trotzdem Defizite im Zusammenhang mit der eigenen Bistumszeitung bestehen, gehört zu den seltsamen Geheimnissen binnenkirchlicher Vorgänge. Es verwundert schon, gerade unter jenen, die in der Kirche Verantwortung übernommen haben als Priester, Diakone oder Laien in pastoralen und kirchlichen Diensten, nicht selten Frauen oder Männern zu begegnen, die das Blatt ihrer eigenen Diözese nicht kennen oder nicht einmal kennen lernen wollen.“

Ihr Paul Schulz, für die Redaktion

VATER UNSER IM HIMMEL! ...

UND AUF ERDEN?

Eine geistliche Einführung
zur 39. Woche der Begegnung

Militärdekan Walter Theis und Dipl.-Theol. Manfred Heinz

Gott im Himmel
Herr des Universums,
Gott, der seinesgleichen sucht,
Freundlich, einsichtig und voller Kenntnis.
Du bist der vollkommene Vater
ganz und gar einzigartig,
zeitloser Vater voller Erbarmen,
der du uns irdische Menschen
dir als deine Kinder zu Eigen machst.
(Altes philippinisches Gebet
– Tagalog Pasion)

Nur noch dieses Jahr 1999 trennt uns von der Feier des großen Jubiläumsjahres 2000.

Da wir uns, wie in den vergangenen beiden Jahren in innerer Vorbereitung auf dieses Jubiläumsjahr von der Ausführung unseres Papstes, Papst Johannes Paul II. leiten lassen, wollen wir das Geheimnis unseres Gottes unter dem Aspekt des Vaters neu sehen lernen.

Gott als Vater, das klingt so selbstverständlich für unsere Ohren. Näher betrachtet ist es auch für Christen eine ungeheuerliche Vorstellung, wenn Gott wirklich Gott und der Mensch wirklich Mensch ist.

Kein Mensch kann sich anmaßen, von sich aus das Recht in Anspruch nehmen zu dürfen, zu Gott Vater zu sagen, wenn diese Anrede mehr sein soll als leere Floskel, als frommer Wunsch. Denn die Vateranrede besagt mehr als Nähe, Vertrautheit, Geborgenheit, Schutz, Sicherheit etc. Dies alles ist auch gemeint, beruht aber weitgehend auf subjektiver Erfahrung, Empfindung und Vorstellung. Vater ist nicht deshalb wirklich Vater, weil man sich das wünscht oder vorstellt.

Die Initiative kann dabei nie bei dem liegen, der Vater sagen

können möchte, sondern bei dem der Vater sein will.

„Mein Kind bist du – heute habe ich dich gezeugt.“ (Ps 110)

Damit bekam die Sehnsucht des Menschen von höherem, von göttlichem Geblüt zu sein, eine Verheißung, die auf eine für uns Menschen unvorstellbare und letztlich unbegreifliche Weise für uns Christen Realität geworden ist.

Gott wird in seinem einziggezeugten ewigen Sohn Mensch, mit dem einzigen Ziel und in der einzigartigen Absicht, uns Menschen durch diesen Sohn als seine eigenen Kinder anzunehmen. Mit allen daraus sich ergebenden Konsequenzen: Teilhabe an seinem ur-eigenen göttlichen Leben – Teilhabe an seinem ewigen unvergänglichen Erbe. Wer lange genug Christ ist, hat sich an diese Wirklichkeit so gewöhnt, dass das Ungeheuerliche dieser Tatsache so selbstverständlich und so unaufregend wirkt, wie Kinder die Tatsache, dass sie Kinder dieser Eltern sind und von ihnen ihr natürliches Leben haben, auch nicht jeden Augenblick ihres Lebens im Bewusstsein haben, obwohl sie ständig daraus leben. Aber schon diese Selbstverständlichkeit ist bemerkenswert.

Gibt es doch Religionen, und das ist die Regel, die alle groß von

Gott denken, die auch Verbindungen und Beziehungen ihres Gottes bzw. ihrer Götter zu den Menschen kennen, doch nie auf den Gedanken kämen, sich in einem vollen Kindschaftsverhältnis zur Gottheit zu verstehen, geschweige denn zu Gott im umfassenden „mein Vater“ sagen zu dürfen (vgl. Beitrag vom Hartmut Steinborn „Der eine Gott“ in diesem AUFTRAG, S. 13-20).

Die Annahme des Menschen an Kindesstatt im Vollen seinsmäßigen und juristischen Sinn ist das Neue, das Unüberbietbare des Christentums, das sich im Geheimnis der Menschwerdung unseres Gottes manifestiert.

Diesem Geheimnis ist man nur als Kind auf der Spur: Weil nur der ein Vaterverständnis haben kann, der ein Kindbewusstsein entwickelt hat. Nur Kinder können singen: „O seht, was in dieser Hochheiligen Nacht, der Vater im Himmel für Freude uns macht“. Schlichter und zugleich angemessener lässt sich ein Verhalten nicht fassen, wenn einem Menschen aufgegangen ist, was dieser Gott für ihn ist und was dieser Gott mit ihm anrichtet.

Paulus formuliert es so: „Alle die sich vom Geiste Gottes leiten lassen, sind Kinder Gottes. Denn ihr habt nicht einen Geist empfangen, der euch zu Sklaven macht, so dass ihr euch immer noch fürchten müsstet, sondern ihr habt den Geist empfangen, der euch zu Kindern Gottes macht, den Geist, in dem wir rufen: Abba, Vater. So bezeugt der Geist selber unseren Geist, dass wir Kinder Gottes sind.“ (Röm 8,14 ff.)

Natürlich darf in diesem Zusammenhang gefragt werden:

Warum verhält sich Gott so zu uns? Warum will er für uns Vater im Himmel sein? Warum will er, dass wir seine Kinder auf Erden sind?

Aufschlussreich könnte sein, was Meister Eckhart in einer seiner Predigten dazu feststellt:

„Bei dem Wort ‘Vater’ denkt man an ‘Sohnschaft’, und das Wort ‘Vater’ bezeichnet ein lauterer Hervorbringen und das Leben aller Dinge. Der Vater gebiert seinen Sohn in seinem ewigen Erkennen, und ebenso wie in seiner eigenen Natur gebiert der Vater seinen Sohn in der Seele, und er gebiert ihn der Seele zu Eigen. Und sein Sein hängt daran, dass er in der Seele seinen Sohn gebäre, es sei ihm lieb oder leid. Ich wurde einmal gefragt, was der Vater im Himmel tue. Da antwortete ich: ‘Er bringt seinen Sohn hervor’, und dieses Werk erscheint ihm so lustvoll und es gefällt ihm so wohl, dass er niemals etwas anderes tut, als dass er seinen Sohn hervorbringt. Und sie beide blühen den Heiligen Geist aus.

Wo der Vater seinen Sohn in mir hervorbringt, da bin ich derselbe Sohn und nicht ein anderer. Wir sind wohl ein anderer der Menschheit nach, dort aber bin ich derselbe Sohn und nicht ein anderer. ‘Wo wir Söhne sind, da sind wir rechtmäßige Erben.’ (Röm 8,17) Wer die Wahrheit erkennt, der weiß wohl, dass das Wort ‘Vater’ ein lauterer Hervorbringen und Söhnehaben in sich einschließt. Darum sind wir Hausgenossen in diesem Sohn und sind derselbe Sohn.“

Die Ausdrucksweise gibt zu gleich auch einen Hinweis, wie mütterlich unser Gott ist. Denn wenn wir sagen dürfen, Gott ist Vater, muss ausgeschlossen sein, dass wir damit jegliche geschlechtliche Festlegung oder Bestimmung in Gott hineinragen. Gott ist weder männlich noch weiblich. Seine unbegrenzte und für uns unbegreifliche Lebensfülle umfasst nur aus unserer Sichtweise die beiden Lebenskomponenten der väterlichen und mütterlichen Dimension.

Deshalb gehören zum biblischen Vaterbild Gottes unverzichtbar auch jene Verhaltensweisen Gottes, die ausgesprochen mütterlich sind: „Wie eine Mutter ihren Sohn tröstet, so will ich euch trö-

sten.“ (Jes 66,13)

Das Problem besteht heute darin: Will sich der Sohn trösten lassen? Wollen wir uns vom Geist leiten lassen und Kinder Gottes sein? Vater sagen darf nur, wer Kind sein will.

Der Hang zur Autonomie mit allen damit zusammenhängenden Auswirkungen prägt uns heute mehr denn je.

Der Vatergott, der sich in der Menschwerdung seines Sohnes im doppelten Sinn des Wortes angreifbar gemacht hat, scheint vielen Zeitgenossen zu sehr auf die Pelle gerückt zu sein; nimmt dieser Gott nun Menschen den Entfaltungsspielraum, gar die Atemluft?

Gottes schicksalhafte Angreifbarkeit bestand von allem Anfang an *„Er kam in sein Eigentum und die Seinen nahmen ihn nicht auf.“ (Joh 1,11)* einerseits und andererseits *„Allen aber, die ihn aufnahmen, gab er Macht, Kinder Gottes zu werden.“ (Joh 1,12)*

Wäre es für uns Menschen besser gewesen, wenn jeder dort geblieben wäre, wo er hingehört?

- Der Vater in den Himmel?
- Wir Menschen auf die Erde?

Wie soll und kann man verstehen, dass Gott seine ganze und volle Aufmerksamkeit vom Himmel her auf die Erde konzentriert und auf uns Menschen, indem er selbst Mensch wird? Wir hingegen neigen eher dazu, wenn es um Gott geht, ihn im Himmel zu wissen und ihn auch möglichst dort zu belassen.

Ist dies eine Aufteilung, die uns besser bekommt? Nein ist die Antwort, denn eine solche Aufteilung ist gottlos, d.h. sie ist ohne Gott gemacht, sie ist gegen unseren Gott gemacht. Selten geht es - das zeigt die Erfahrung - gut, wenn man die Rechnung ohne den Wirt macht.

Unser Gott wäre nicht Gott, wenn er nicht auch unser Vater wäre. Er wäre nicht unser Vater im Himmel, wenn er nicht Vater für uns auf der Erde geworden wäre.

Unser Schicksal ist es, damit leben zu dürfen, mit diesem für uns unfasslichen Geheimnis, dem man sich letztlich nur in dankbarer Hinnahme nähern kann:

„O Tiefe des Reichtums, der Weisheit und der Erkenntnis Gottes! Wie unergründlich sind deine Ent-

scheidungen, wie unerforschlich deine Wege! Denn wer hat die Gedanken des Herrn erkannt oder wer ist sein Ratgeber gewesen? Wer hat ihm etwas gegeben, sodass Gott ihm etwas zurückgeben müsste? Denn aus ihm und durch ihn und auf ihn hin ist die ganze Schöpfung. Ihm sei die Ehre in Ewigkeit! Amen.“ (Röm 11,35-36)

Die Verfasser und Beter der Psalmen wussten das. Denn wenn unser Gott auf Erden im Lobpreis wohnt, kann man authentisch nur in seinem Bereich mit Dank und Lobpreis eintreten (vgl. Ps 100). Wir bekennen und glauben dankbar, unser Gott im Himmel ist unser Vater auf Erden, weil er es so und nicht anders will. Diese Botschaft hat er uns durch seinen Sohn gesagt, der uns seinerseits dazu ermutigt, Gott als Vater anzusprechen:

*„Vater unser im Himmel,
geheiligt werde dein Name,
dein Reich komme,
dein Wille geschehe,
wie im Himmel so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib’ uns heute
und vergib’ uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unseren*

Schuldigern.

*Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft
und die Herrlichkeit,
in Ewigkeit, Amen.“*

Mit dem Jahresthema wollen wir, die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs (ZV) und die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), uns um die Erkenntnis des Vaters im Himmel bemühen, um in seiner Kraft bewusster seine Kinder auf Erden zu werden.

Wir tun es auch zum Zeugnis für all jene Menschen, denen dieses Vater-Kind-Verhältnis bisher noch verschlossen ist, und dies sind in unserem Lebens- und Arbeitsfeld nicht wenige, wenn man erfährt, dass die Weihnachtsgeschichte, die dieses Verwandtschaftsverhältnis zwischen Gott und Mensch begründet hat und verewigt, von einem Drittel der Deutschen als ein Märchen der Gebrüder Grimm betrachtet wird.

Während der 39. Woche der Begegnung wollen wir gemeinsam

überlegen, wie diese Kinderrolle von uns mündig und angemessen erkannt, gelernt und im Alltag gelebt werden kann. ZV und GKS setzen in diesem Verständnisprozess verschiedene und sich ergänzende Akzente.

Die ZV nimmt den Tagungs-ort Schmochtitz in den neuen Bundesländern zum Anlass, sich die Frage nach einem christlichen Leben in einem säkularen Umfeld zu stellen.

Ausgangspunkt und Hintergrund der Überlegungen soll das Gebet sein, das uns Jesus selbst gelehrt hat: das „Vaterunser“. Wenn Christen dieses Gebet sprechen, dann ist in ihm die Summe des Evangeliums enthalten: Die Frohe Botschaft von Gott dem Vater, von seinem kommenden Reich, von seiner Vergebung, die er gewährt und von der endgültigen Erlösung von allem Bösen.

Das „Vaterunser“ ist für die Christen eine tragende positive Sinnantwort. Doch werden die sieben Bitten, die wir in diesem Gebet aussprechen, in einem säkularen Umfeld verstanden? Wie können sie verständlich werden? Was bedeuten sie für uns selbst?

Sieben Bitten des „Vaterunser“: Davon beziehen sich drei auf Gott und vier sprechen sehr konkret Grundbedürfnisse und wesentliche Fragen des Menschen an.

Die folgenden Impulse zu jeder einzelnen Bitte sollen zum weiteren Nachdenken anregen, wie sie im eigenen Leben erfüllt werden kann und gleichzeitig, ob sie Anknüpfungspunkt sein kann für das Gespräch mit Menschen, die sich nicht zum christlichen Glauben bekennen.

Die Anregungen sind entnommen dem Buch von Josef Tasch: „Am Vaterunser das Leben lernen. Zum Wesentlichen des Menschseins“, (Hamm, 1984).

Vater unser im Himmel, geheiligt werde dein Name

Ist das der Ruf aus einer fernen, unwirklichen Welt? Heiligung?

Diese erste Bitte ist eigentlich die grundsätzliche Frage nach der Existenz Gottes. Fehlt uns nicht der Zugang zum verlorenen Gott? Welche Namen sind uns näher? Wie oft wurde der Name Gottes missbraucht?



Das Gleichnis vom barmherzigen Vater – Bild des himmlischen Vatergottes (Zeichnung aus Herder Kinderbibel 1941)

Für orientalisches Denken ist im Namen die Person gegenwärtig. Im Namen Gottes ist Gottes Wesen greifbar, ist ein Zugang zum unbekanntem Gott eröffnet. Gott ist Vater, kein Namenloser, kein oberstes Gesetz, kein unpersönliches Walten.

Dein Reich komme

Reiche kamen und gingen. Menschen haben zu allen Zeiten auf falsche Reiche gesetzt. Reiche haben viele Gesichter: ein Hirt und eine Herde, ein Führer, ein Apparat, eine Doktrin, eine Theorie, eine Strategie.

Unsere Bitte drückt den Schmerz über das abwesende Reich Gottes aus. Als Beter sind wir Optimisten, die von der Zukunft trotz Enttäuschungen immer noch und immer wieder etwas erwarten.

Die Bitte um Zukunft ist eine Bitte um erfüllte, sinnvolle Gegenwart. Nur wenn ich Zukunft habe, kann ich im Jetzt Stand fassen. Sie stärkt zum Leben, obwohl ich tagtäglich die Brüchigkeit erlebe.

Die Bitte um das Reich Gottes stellt mich in die Verantwortung für Welt und Menschen, mit denen ich zusammenlebe. Sie weckt und fordert meine gesellschaftskritische Freiheit und Verantwortung. Das heute Notwendige kann nur getan werden, wenn man mit der Zukunft rechnet. Der Glaube an die Vollendung im Reich Gottes bringt erst kritisch und negativ heraus, was der Gegenwart noch fehlt, woran sie leidet, was geändert werden muss.

Dein Wille geschehe, wie im Himmel so auf Erden

Ist das Ergebnis in das Schicksal? Ist es eine Beschwichtigung für Menschen, die sich mit ihrem Schicksal nicht abfinden können? Wie kommt es, dass wir vom Willen Gottes fast ausschließlich nur im Erlebnis eigener Ohnmacht reden?

Die Bitte kann aber auch so gelesen werden: Der Himmel komme auf die Erde und die Erde werde Himmel. Die Konsequenz: nicht Geist der Ergebung in das Weltgeschehen, sondern der Geist der Veränderung, damit schon etwas mehr Himmel auf Erden werde.

Unser tägliches Brot gib uns heute

Mit dieser Bitte wird das Vaterunser auf einmal menschlich, fast banal. Was ist die Bitte um das tägliche Brot gegenüber den großen vorherigen Anliegen: die Ehre Gottes, sein Reich, sein Wille.

Und doch steht die Bitte in der Mitte des Vaterunsers. Im ganz Konkreten und Alltäglichen, hier und heute soll das Reich Gottes anbrechen.

Aber wer erwartet als Wohlstandskind sein Brot von Gott?

Das Wort Brot ist viel gedeutet worden, auch in: Broterwerb, geistiges und körperliches Schaffen, schließlich in alles, was der Mensch zum Leben nötig hat.

Die Bitte spricht von „unser“. Wer diese leicht überhört und ersetzt durch „mein“ und „mir“, der drückt nur die Hälfte der Bitte aus. Das „unser“ verpflichtet uns zu teilen. Wenn wir unser Brot mit den Hungernden teilen, dann zeigt sich hier das Anbrechen des Reiches Gottes.

Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern

Schuld gehört zu den Grunderfahrungen des Menschen. Jeder ist von Geburt an in Strukturen und Lebenszusammenhänge eingebunden, die ihn schuldig machen, jeder bringt bei seiner Geburt die Unvollkommenheit mit.

Wenn zum Wesen des Menschen die Entscheidungsfähigkeit

gehört, dann ist auch die Schuld-fähigkeit ein Wesensmerkmal. Die Bitte des Vaterunser setzt diese Grunderfahrung voraus. Die Bitte setzt voraus, dass jeder Mensch erfährt, dass er schuldig ist und wie sehr Schuld belastet. Schuld hat etwas Gewalttätiges und Freiheitberaubendes. Schuldig sein unterbricht den Lebensstrom, zerstört Beziehungen, nimmt Zukunftsmöglichkeiten.

Der Mensch ist erfinderisch, um sich von der Schuld zu entschulden. Zur Bewältigung meiner Schuld bedarf ich der Hilfe von außen. Ich bin auf Fremderlösung hin ausgelegt und angewiesen. In der Schuld erfahre ich mich wirklich selbst als der, der ich eigentlich nicht sein darf.

Die fünfte „Vaterunser-Bitte“ ermutigt, zu unserer Schuld zu stehen. Erst der Mensch, der zu seiner Schuld steht, weiß um seine Würde, seine Freiheit, seine Verantwortung. Erst verziehe Schuld ist bewältigte Schuld. Gott sieht uns nicht nur in der Gestalt des Schuldiggewordenen. Vergebung setzt dem Leben einen neuen Anfang.

Führe uns nicht in Versuchung

Stellt Gott dem Menschen absichtlich eine Falle, stellt er ihn auf die Probe, ein Testverfahren?

Wir bitten Gott, dass er uns die Kraft gibt, in der Versuchung stand zuhalten. Führe uns nicht in Versuchung heißt: Lass uns unsere Freiheit nicht zum Bösen missbrauchen. Die Bitte drückt die Befürchtung aus, dass der Mensch seine Freiheit so missbrauchen kann, dass er aus eigener Kraft keinen Ausweg mehr findet. Versuchung des Menschen ist der Kaufpreis der Freiheit.

Wie sehen Versuchungen aus? Es sind dies nicht nur moralische Verfehlungen. Das Böse versteckt sich auch hinter Werten und Idealen. Führe uns nicht Versuchung muss auch Konsequenzen haben für unseren Umgang miteinander. Wir lassen Menschen nicht in Situationen geraten, die ihnen zur Versuchung werden.

Erlöse uns von dem Bösen

Das Böse ist eine Herausforderung für den Glauben. Die Wirklichkeit des Bösen führt Menschen

immer wieder in Versuchung, an einem guten, liebenden Gott zu zweifeln. Das Böse scheint so alt wie die Menschheit zu sein. Jeder Mensch ist vom Augenblick seiner Geburt bösen Mächten ausgesetzt. Er wird in Situationen verstrickt, die zum Bösen verlocken.

Was ist das Böse? Ist es in erster Linie soziales Übel? Ist es eine seelische Erkrankung? Ist es eine Ausformung des Aggressionstriebes des Menschen? Bleibt das Böse letztendlich ein Geheimnis? Geht es um jene anonymen Kräfte, die in das Leben des Einzelnen hineinwirken und ihn beeinflussen, ohne dass er es merkt? Der Katalog des Bösen ist umfangreich. Es gibt vieles, was das menschliche Zusammenleben zerstört. Erlöse uns von dem Bösen heißt auch: Mach mich hell-sichtig für das Böse in mir. Hilf mir, das Böse durch das Gute zu überwinden.

Amen

Das heißt: So geschehe es. Das Amen ist eine Bekräftigung und Verstärkung einer Bitte, eines Gebetes, eines Lobspruches. Amen heißt vertrauen und sicher sein können.

Das Vaterunser beginnt mit einem großen Trost: Wir können zu Gott Vater sagen. Amen am Ende deutet: Wir wissen uns als Christen in der Hand Gottes gehalten.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten möchte bei ihrer Bundeskonferenz die Thematik der Woche der Begegnung, die zugleich das Rahmenthema für ihre Jahresarbeit, aber auch die Vorbereitung auf das große Jubeljahr bietet, dazu nutzen, sich selbst in ihrer Existenz einerseits als Kinder Gottes, andererseits als Männer in unserer Zeit in den Blick zu nehmen. Sie tut das nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Veröffentlichung einer empirischen Studie von Paul M. Zulehner und Rainer Volz: *„Männer im Aufbruch. Wie Deutschlands Männer sich selbst sehen und wie Frauen sie sehen“*. (s. AUFTRAG 234, S. 60 ff.)

Wie spiegelt sich in der Tatsache des Mannseins die Realität des Vaters und letztlich des Vatergottes wider, dessen Kind man ist? Wie viel mündig gelebtes Kindsein

muss man sich bewahren, um in gereiftes Mannsein hineinzuwachsen, das in der Spannung zwischen den Polen Macht und Milde, Zorn und Zärtlichkeit sowie Verantwortung und Vertrauen seine Lebendigkeit und Verlässlichkeit verwirklicht?

Der Vortrag von Pater Michael Overmann SDS bei der Bundeskonferenz der GKS „Männliche Aggressivität – konstruktiv gedacht“ will das ganze Feld männlicher, und damit nicht zuletzt väterlicher Gefährdung – zugleich aber auch die damit gegebenen Chancen – abstecken und die darin enthaltene Dynamik bewusst machen, damit Männer davor behütet werden, einerseits in langweiliger Alltäglichkeit oder andererseits in unterdrückendem Männlichkeitskult zu verkommen. Die Aneignung bzw. Umsetzung der vorgelegten Einsichten und Erkenntnisse soll in Arbeitsgruppen geschehen. Diese sind jeweils unter Stichworte gestellt, die sich auf Lebens-sektoren beziehen:

- Unter dem Stichwort „GLAUBE“ geht es um „AGGRESSIVITÄT UND UMKEHR“;
- unter dem Stichwort „BIBEL“ soll versucht werden, den „WEG DES JUNGEN MENSCHEN ZU SEINEM VATER“ zu erfassen;
- unter dem Stichwort „BIOGRAFIE“ soll versucht werden, den Blick auf das eigene Leben hinsichtlich „AGGRESSIVITÄT – VATERGLAUBE UND VATERERFAHRUNG“ zu lenken; und schließlich wird
- unter dem Stichwort „GESELLSCHAFT“ versucht, die Konsequenz der sog. „VATERLOSEN GESELLSCHAFT“ deutlich zu machen.

Nur weil Gott im Himmel ist, kann er auf Erden unser Vater sein. Auf Erden hat Gott, unser Vater im Himmel, nur uns, die ihn glaubwürdig bezeugen können. An diesen Auftrag wollen wir uns erinnern und zugleich bemühen, ihm zu entsprechen, wie die Frohe Botschaft es verlangt: *„So soll euer Licht vor den Menschen leuchten, damit sie eure guten Werke sehen und euren Vater preisen, der im Himmel ist.“* (Mt 5,16) □

Programm der Woche der Begegnung

(Auszug)

Montag, 26. April 1999:

Zentrale Versammlung

- bis 16.00 Uhr Anreise und Empfang der Delegierten, Sachausschussmitglieder und Gäste
- 17.00 Uhr Eröffnungsgottesdienst
- 19.00 Uhr Begrüßung: Vorsitzender der ZV Oberst i.G. Werner Bös
Einweisung in das Tagungshaus
Rektor Dr. Peter-Paul Straube,
Bischof-Benno-Haus
Eröffnung der Beratungen
MGV Prälat Jürgen Nabbefeld
Sachstandsberichte zu Aufträgen und Anfragen, anschl. Treffen der Delegierten nach (Wehr-)Bereichen

Dienstag, 27. April 1999:

Zentrale Versammlung

- 07.00 Uhr Heilige Messe, Militärdekan Prälat Heinrich Hecker, Potsdam
- 08.45 Uhr Podiumsgespräch „Vater unser im Himmel!...und auf Erden?“
bis 10.45 – Christliches Leben in säkularem Umfeld“, Prof. Dr. Eberhard Tiefensee, Erfurt – Kaplan Gerald Kluge, Schmochtitz – Oberst Volker Böhler, Bad Sülze – Frau Christa Reichard, MdB
Moderation: Dr. Peter-Paul Straube
- 10.50 Uhr Einbringen von Beschlüßvorlagen
- 11.40 Uhr Bericht über die Arbeit im ZdK, Generalmajor Winfried Dunkel
- 14.45 Uhr Berichte aus den (Wehr-)Bereichen, Bericht des Vorsitzenden ZV
- 16.30 Uhr Neues Pastoralkonzept der Kath. Militärseelsorge, Vorstellung und Erläuterung Militärdekan Msgr. Georg Kestel

Mittwoch, 28. April 1999:

Zentrale Versammlung

- 07.45 Uhr Geistlicher Impuls in den Tag, Militärdekan Prälat Walter Theis
- 08.45 Uhr Neuordnung der Gremien für die Mitverantwortung in den Seelsorgebezirken, Oberstl Richard Schmitt
- 10.20 Uhr Verabschiedung von Beschlüßvorlagen
- 11.00 Uhr Wort des Vertreters des Priesterrates
- 11.20 Uhr Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS Oberst Karl-Jürgen Klein
- 13.40 Uhr Bericht des Vorsitzenden über den Verlauf der ZV
- 14.00 Uhr Wort des Militärbischofs und Aussprache
- 14.45 Uhr Schlußwort des Vorsitzenden der ZV

Zentrale Versammlung und

Bundeskonzferenz der GKS

- bis 16.00 Uhr Anreise weiterer Teilnehmer und Gäste zur Bundeskonferenz
- 17.30 Uhr Pontifikalamt des Militärbischofs im Dom St. Petri, Bautzen
- 19.30 Uhr Empfang des Militärbischofs

Donnerstag, 29. April 1999

Bundeskonzferenz der GKS

- 07.00 Uhr Heilige Messe, Militärdekan Prälat Peter Rafter, Kiel
- 09.00 Uhr Eröffnung der Bundeskonferenz
Wort des Militärgeneralvikars
Bericht des Bundesvorsitzenden
Wort des Geistlichen Beirats
- 10.15 Uhr Kurzbericht des Vorsitzenden der ZV
Fragen und Aussprache zum Lagebericht 1998/99 der GKS
Berichte: Bundesgeschäftsführer, Redakteur AUFTRAG, aus der Arbeit der GKS, aus dem FGKS

- 14.45 Uhr Vortrag: „Männliche Aggressivität – konstruktiv gedacht“,
P. Michael Overmann SDS, Berlin
- 16.30 Uhr Fahrt zum kulturellen Programm

Freitag, 30. April 1999

Bundeskonzferenz der GKS

- 07.15 Uhr Heilige Messe
- 09.00 Uhr Arbeitsgruppen zum Thema des bis 12.00 Vortrags von P. Overmann
- (1) Stichwort Glaube:
„Aggressivität und Umkehr“
- (2) Stichwort Bibel:
„Weg des jungen Mannes zu seinem Vater“
- (3) Stichwort Biografie:
„Aggressivität – Vaterglaube und Vatererfahrung“
- (4) Stichwort Gesellschaft:
„Vaterlose Gesellschaft“
- 15.00 Uhr Arbeitsgruppen zum Thema des Vortrags und zur Jahresarbeit der GKS
- 19.00 Uhr Sitzung des Bundesvorstandes:
bis 21.00 Wahl des Bundesvorsitzenden, der stellv. Bundesvorsitzenden und der Vors. der Sachausschüsse, Berufungen von Sachverständigen

Samstag, 01. Mai 1999

Bundeskonzferenz der GKS

- 07.15 Uhr Heilige Messe, Militärdekan Prälat Walter Theis
- 09.00 Uhr Vortrag der Ergebnisse der Arbeitsgruppen
- 10.30 Uhr Vorstellung des neuen Bundesvorstandes, Beschlüsse, Verabschiedung von Erklärungen
Die Arbeit der GKS im Jahr 1999
Schlußwort des Bundesvorsitzenden
- 12.00 Uhr Mittagessen, anschl. Abreise

Schmochtitz – Tagungsort der 39. Woche der Begegnung

Die Oberlausitz – Eine Region stellt sich vor!

Friedrich Brockmeier

Im Jahre zehn nach der Wende findet die diesjährige Woche der Begegnung zum ersten Mal in einem der neuen Bundesländer statt. Sie ist Gast im Bischof-Benno-Haus, eine Bildungsstätte des Bistums Dresden-Meißen in Schmochtitz/Sachsen.

Vergeblich wird man Schmochtitz auf einer Landkarte suchen. Schmochtitz, zur Gemeinde Kleinwelka gehörig, etwa 50 km östlich von der sächsischen Landeshauptstadt, Dresden – dem Elbflorenz – und 6 km vom früheren Bischofsitz Bautzen entfernt, am Rande der Lausitz, im Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien gelegen.

Hier in der Region leben die Sorben, die ursprünglich Wenden hießen. Sie siedelten im 8./9. Jh. zwischen Elbe, Saale und Oder. Die Ortsschilder in der Lausitz sind zweisprachig gehalten, da die Sorben, deren Zahl bei ca. 60.000 liegt, sich bis auf den heutigen Tag, ihre Eigenständigkeit in der Sprache und ihr Brauchtum bewahrten, obwohl die Nationalsozialisten 1937 den Dachverband der Sorben, die Domowina auflösten und den Gebrauch der serbischen Sprache untersagten, Lehrer und Priester umsiedelten und

sogar Patrioten in die KZ brachten. Ungefähr ein Viertel der sorbischen Bevölkerung ist katholisch.

Im Mittelpunkt der Oberlausitz liegt Bautzen. Auf einem Granitplateau oberhalb der Spree erhebt sich die imposante Silhouette einer 1000-jährigen zum größten Teil erhaltenen Burgstadt. Im Westen und im Osten erstreckt sich weites Ackerland. Die Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft im Norden und das Lausitzer Bergland im Süden runden die schöne Landschaft um Bautzen ab. Der Name Bautzen wurde abgeleitet vom sorbischen „Budysin“ und ist das kulturelle Zentrum der

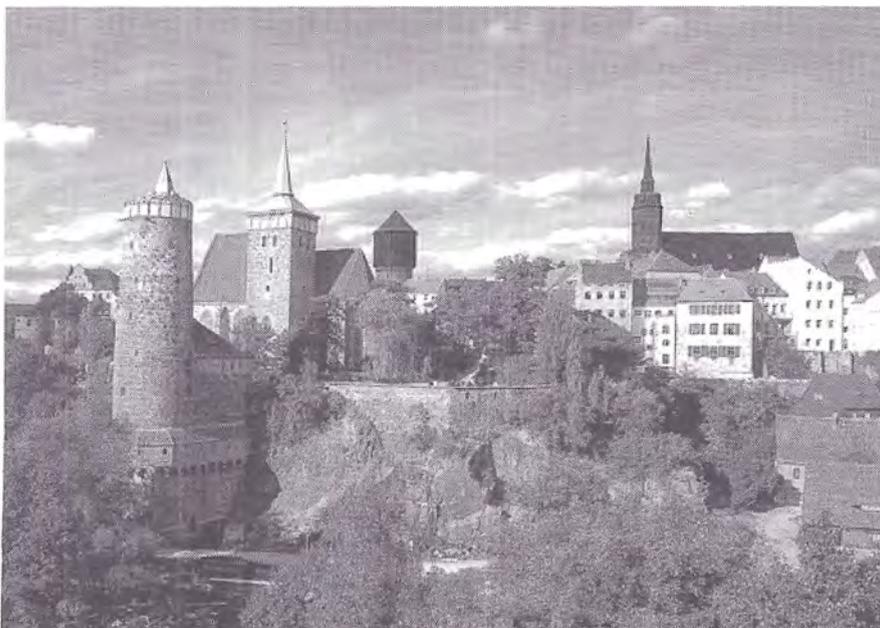
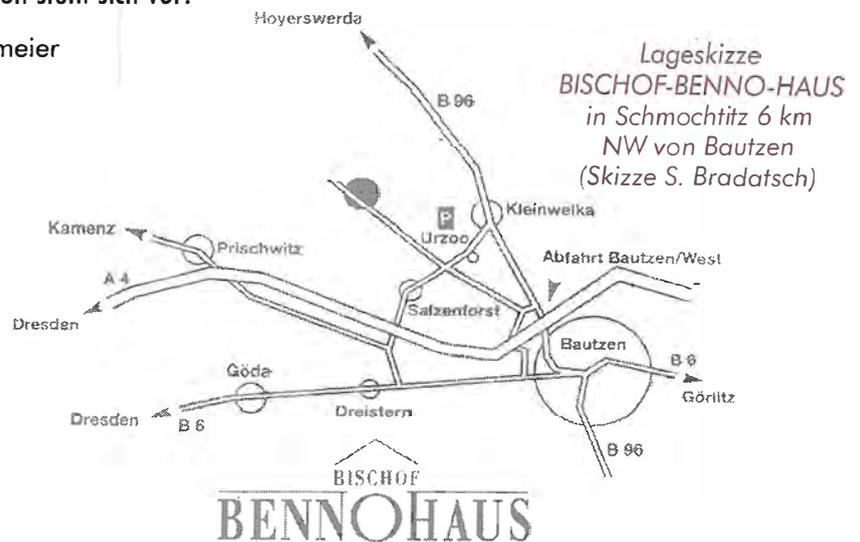
Sorben. Die sorbische Siedlung Budysin wurde schon 1002 genannt. Erst 1460 taucht der deutsche Name „Pauczen“ auf. Seit 1868 ist Bautzen der offizielle Name der Stadt.

In die Zeit um 1000 fällt auch der Bau der Ortenburg, eine Grenzfeste der Meißner Markgrafen. Erhalten von der Feste sind nur noch der Schlossturm und die im 17. Jh. erneuerten Hauptgebäude. Barock wie viele Bürgerhäuser in der Altstadt, ist das 1729–1832 erbaute Rathaus am Fleisch- und Hauptmarkt. Dem Rathaus gegenüber erhebt sich der 85 Meter hohe Turm des mächtigen Petridoms. Mehr als zweihundert Jahre, von 1293 bis 1497, baute man an der gotischen Hallenkirche mit dem abgeknickten Grundriss. 1524 kam ein katholisches Chor und ein evangelisches Langhaus dazu. Ein hohes Gitter, welches die beiden Teile von einander trennte, ist im Zeichen der Ökumene entfernt worden.

Weitere Sehenswürdigkeiten sind der „Schiefe Turm von Bautzen“. Der von 1490 bis 1492 gebaute Reichstorturm ist um ca. 1,50 Meter aus dem Lot geraten und die Alte Wasserkunst. Dieser Turm entstand im Jahre 1558 und ver-

Fortsetzung auf Seite 12

Bautzen – Budysin:
Alte Wasserkunst an der Spree,
Michaelskirche und Petridom
(Foto aus: Stadtprospekt Bautzen)



Entlasten – Informieren – Neuorientieren

Peter-Paul Straube

Die Katholische Kirche zwischen Erzgebirge und Ostsee ist seit der Reformation eine Kirche in der Minderheit. Bis zur Mitte unseres Jahrhunderts gehörten mehr als 80% der Bürger in diesem Raum den evangelischen Kirchen an, 3 bis 5% zur katholischen Kirche. Nach dem Zweiten Weltkrieg wuchs die Zahl der Katholiken aufgrund der Vertreibung und Umsiedlung von Schlesiern, Sudetendeutschen und anderen sprunghaft auf das Doppelte bis Dreifache – von 1,1 auf 2,7 Millionen – an.

Heute hat sich der Anteil der Katholiken in Sachsen wieder wie vor dem Zweiten Weltkrieg bei knapp 4% eingependelt; zu den evangelischen Kirchen zählt aber inzwischen nur noch rund ein Viertel der sächsischen Bevölkerung. Die große Mehrheit hierzu-lande gehört also keiner Kirche an, ist nicht getauft und hat keine christliche Sozialisation erfahren. Ihnen wurde bis vor wenigen Jahren neben der familiären eine staatliche Erziehung zu teil, die ausschließlich vom Marxismus-Leninismus und seinem materialistischen Menschenbild geprägt war. Dies bringt in der (Nach-)Wendzeit für Menschen mit einer primär materialistischen Lebenseinstellung eine Vielzahl von Fragen und Unsicherheiten mit sich.

Die gesamtgesellschaftliche Umbruchs- und Herausforderungssituation, in der wir heutzutage leben, ist u.a. gekennzeichnet durch stabilitätsgefährdende strukturelle Arbeitslosigkeit und ein Nichtanerkennen ökologischer Wachstumsgrenzen. Wir begegnen einer Vielzahl unterschiedlicher Verhaltensweisen und Lebensentwürfen. Die mit den vielfältigen Verunsicherungen einhergehende Notwendigkeit, sich immer wieder aufs Neue entscheiden zu müssen und keine längerfristigen Perspektiven zu haben, wird vielfach als Überforderung erlebt. In unserem Raum tritt dazu verstärkend eine defizitäre „Kultur der Erinnerung“ sowie eine weitgehende Unkenntnis über christliche Grundwerte und -optionen.

Welche Aufgaben ergeben sich angesichts des kurz skizzierten gesellschaftlichen Kontextes in Sachsen, in einem weithin entchristlichten Raum, für ein Bildungshaus in Trägerschaft der katholischen Kirche des Bistums Dresden-Meißen?

Neben der Begegnung von Gruppen aus Osten und Westen Deutschlands und Europas ist das Gespräch der Menschen aus Sachsen untereinander, von Christen und Nichtchristen, an erster Stelle zu nennen. Zunächst ist Entla-

stung angesagt und geboten. Dem Einzelnen soll die Möglichkeit gegeben werden, sich auszusprechen, zu „entlasten“. Er soll erzählen können von dem, was ihn bedrückt und erfreut, berichten können, „wie es gewesen ist“, ohne gleich „bewertet“ und „verbessert“ zu werden. Dazu wird eingeladen in Seminaren für Senioren und Aussiedler, bei Weiterbildungsveranstaltungen für Pädagogen oder andere Berufsgruppen. So wurden in einem Grundkurs des „Lebens und des Glaubens“ an mehreren Wochenenden fundamentale Fragen angesprochen. Für eine Ethiklehrerin ergab sich so die Möglichkeit, erstmalig mit anderen gemeinsam im Neuen Testament zu lesen und dann darüber zu sprechen.

Neben mehrtägigen Veranstaltungen finden im Bischof-Benno-Haus auch Tages- und Abendseminare zu allgemein interessierenden, aktuellen, aber auch religiösen Themen statt – wir wollen auch ein „Haus der Region“ sein! Deshalb werden regelmäßig Werkstätten und Arbeitsgemeinschaften durchgeführt, zu Ausstellungen sowie kulturellen Angeboten im Rahmen der „Schmochtitzer Bühne“ eingeladen. Wir hoffen, dass auch auf diesem Wege ein Schritt zu einer „Kultur der Erinnerung“ getan werden kann. Das Gespräch über die Vergangenheit darf nicht primär juristisch abgewickelt werden, sondern bedarf basisorientierter Felder der Kommunikation.

BISCHOF-BENNO-HAUS – katholische Bildungsstätte Bistum Dresden-Meißen



Der zweite Schritt heißt „Informieren“, z.B. über Kirche und Christentum. Viele Zerrbilder von Kirche und Christentum wurden in den Jahrzehnten der Diktatur in Schulen hierzulande vermittelt. Informieren heißt aber nicht, fertige Antworten auf alle Fragen zu präsentieren, sondern Angebote als Suchende und Glaubende zu unterbreiten. Dazu gehören auch Veranstaltungen der politischen, kulturellen oder arbeitsplatzorientierten Bildung.

Deshalb steht unsere Bildungsarbeit unter dem Leitsatz „Bildung zum Leben“ – oder: Entlasten, Informieren, Neuorientieren. Zum Wesen der kirchlichen Bildungsarbeit unter diesem Leitwort zählt heute vor allem:

- Bekannt machen mit Jesus Christus und seiner Frohbotschaft – die christliche Alternative auf der Suche nach gelungem Leben ist nicht bevormundend oder anweisend, sondern zielt auf persönliche Entscheidung, notwendige Solidarität und größtmögliche Eigenverantwortung (Subsidiarität);
- Einladung zu Gespräch, Dialog und Information – Sinn- und Wertorientierung auf der Grundlage des christlichen

Menschenbildes in wichtigen Lebensfragen, ganzheitliche Lebenshilfe;

- Aufbau von WIR-Gruppen und Netzwerken der Freundschaft – Vereinzelung und Vereinsamung sind u.a. eine Folge der sinkenden Bedeutung von Familie und Großfamilie für den Einzelnen;
- Befähigung und Ermutigung zur Mitarbeit am bonum commune (in Familie, Staat und Kirche) – „Ihr seid das Salz der Erde ...“;
- Verständnis für Nachhaltigkeit und Maßhaltung im Umgang mit der Schöpfung – spätere Generationen sollen auch eine Chance haben, auf unserer Erde in Würde zu leben;
- Bereitschaft zur compassio – praktizierte soziale Gerechtigkeit in Liebe, Frieden und Freiheit;
- Einladung zu Stille und Besinnung – als Entgegnung auf die Flut von Eindrücken und Informationen die Entwicklung einer Kultur der Langsamkeit und Maßhaltung;
- Schaffung von Räumen für Visionen – Zukunftswerkstätten können der individuellen Aktivierung dienlich sein;

- Pflege des kulturellen Erbes – erst die kritische Auseinandersetzung und Beschäftigung mit der Tradition und der Geschichte ermöglichen eine innovative Weiterentwicklung der Gesellschaft.

Bildungsarbeit in Trägerschaft der Kirchen an der Schwelle zum 21. Jh. und dritten Jahrtausend nach Christi Geburt muss zu nächst offen einladen zum Gespräch, zum Dialog zwischen Christen und Andersglaubenden und -denkenden, zur Information über das, was uns bewegt, zum Austausch von Lebenserfahrungen, von Freud und Leid. Dann wird der Einzelne in die Lage versetzt, neue Ufer zu erahnen, seinen Horizont zu erweitern, das Wagnis neuen Denkens einzugehen und somit sein Leben neu auszurichten, sich neu zu orientieren. Dieser dritte Schritt bedarf der persönlichen Entscheidung und Entschiedenheit sowie begleitender Kommunikation und Solidarität.

Des Weiteren kann kirchliche Bildungsarbeit heute sensibilisieren für die großen Fragen des Menschseins sowie die aktuellen Fragen der Zeit. Und: sie hat ein Angebot, eine Frohbotschaft zu unterbreiten, die das Leben lebenswert machen kann. □

39. Woche der Begegnung in Schmochtitz/Sachsen

Friedrich Brockmeier

Möge dann und wann deine Seele aufleuchten im Festkleid der Freude.

Möge dann und wann deine Last leicht werden und dein Schritt beschwingt wie im Tanz.

Möge dann und wann ein Lied aufsteigen vom Grund deines Herzens, um das Leben zu grüßen wie eine Amsel den Morgen.

Möge dann und wann der Himmel über deine Schwelle schreiten.

(Irisches Sprichwort)

Mit diesem Sprichwort begrüßt das Bischof-Benno-Haus in Schmochtitz in einem Rundschreiben die Teilnehmer der diesjährigen Veranstaltungen in der Bildungsstätte des Bistums Dresden-Meißen.

Am 1. September 1992 wurde das Bischof-Benno-Haus eingeweiht. Für die katholische Kirche in Schmochtitz jedoch nur ein weiterer Schritt, denn schon 1927 wurde in dem alten Rittergut ein Priesterseminar eingerichtet. Es gehörte zu der 1921 wiedererrichteten Diözese Meißen. Bis zur Zerstörung im Zweiten Weltkrieg besuchten 95 Priesteramtskandidaten das Seminar St. Petrus. Danach wurde Schmochtitz das Zentrum der kirchlichen Landwirtschaft. Im Jahre 1986 begannen die Verantwortlichen mit den erwirtschafteten Mitteln die Bausubstanz des Schlosses, die noch vorhanden war, zu sichern und den Wiederaufbau zu beginnen. Zunächst war geplant, ein Erholungsheim für Eltern mit behinderten Kindern zu

errichten. Dieser Plan wurde aber nicht umgesetzt.

Der Namenspatron des Bistums Dresden-Meißen, der heilige Benno, der auch als Apostel der Sorben gilt, gab dem Haus seinen Namen. Der heilige Benno lebte von 1010 bis 1106. In der Hildesheimer Domschule, in der die Söhne der sächsischen Adelsgeschlechter im Geist benediktinischer Zucht und Gelehrsamkeit erzogen wurden, verbrachte Benno, aus dem gräflichem Haus der Woldenbergs, seine Jugend. Seine Erzieher waren die Heiligen Bernhard und Gotthard, zwei Bischöfe von Hildesheim. Die Jahre in der Domschule und der tiefe Eindruck den die beiden Bischöfe auf ihn machten, waren der Grund, warum Benno sich entschloss, Benediktiner zu werden. Im Jahr 1040 wurde er zum Priester geweiht und bald danach zum Abt gewählt.

Nach drei Monaten legte er jedoch das Amt nieder, um sich in der Stille nur Gott und seinem Studium zu widmen. 1066, als er Leiter der Stiftsschule in Goslar war, wurde er zum Bischof von Meißen gewählt. Nur auf intensives Drängen seines Umfeldes nahm er die Wahl an.

Vierzig Jahre leitete er das Bistum Meißen. Es waren für die mitteleuropäische Grenzmark segensreiche Jahre. Seine Gegenwart, sein Ehrfurcht gebietendes Wesen, sein Beispiel und sein monastisches Leben schufen eine Vertrauensbasis bei den Menschen, dass sogar die jenseits der Reichsgrenze lebenden slawischen Wenden, die trotz blutiger Auseinandersetzungen mit den Heeren der deutschen Kaiser sich noch nicht zum Christentum bekehrt und ihre Unabhängigkeit gewahrt hatten, tief beeindruckt von dem Wirken Bennos, in Scharen taufen ließen. Sein ganzes Bestreben bestand darin, das Christentum den Völkern des Ostens nahe zu bringen.

In einem Jahrhundert, da mancher Bischof mehr ein Reichsfürst als Priester und Hirte war, wandte er in Demut und Liebe seine ganze Kraft dem Religiösen und Geistigen zu.

Sein Ansehen wuchs immer mehr, sodass er schon zu Lebzeiten als Heiliger und Verehrenswürdiger galt.

Als sich Benno im greisen Alter weigerte, Heinrich IV. mit seiner Stimme in dem Kampf gegen Papst Gregor VII zu unterstützen, ließ dieser ihn gefangen setzen. Trotz der erfolgten Freisetzung, stand Benno nach wie vor unter dem Druck des Kaisers, der ihn unbedingt auf seiner Seite wissen wollte. Selbst die Einladung zum Reichstag in Worms schlug Benno aus, um nicht doch noch für die Interessen Heinrichs IV., der die Absetzung des Papstes wollte, eingespannt zu werden. Aus Angst vor weiteren Vergeltungsmaßnahmen seitens des Kaisers, floh Benno nach Rom. In Rom versuchte er Einfluss zu nehmen auf die Strei-

tigkeiten zwischen dem Papst und dem Kaiser. Dadurch verlor er sein Bistum und Heinrich der IV. setzte einen ihm genehmen Bischof ein.

Nach vielen Jahren kam es zu der Versöhnung der Beiden und Benno wurde wieder Bischof von Meißen. Bis zu seinem Tod bemühte er sich, in seinem Bistum die in seiner Abwesenheit entstandenen Missstände wieder gut zu machen. Am 16. Juni 1106 stirbt er fast hundertjährig in Naumburg. 1576 werden seine Reliquien vor den Reformatoren nach München gebracht und ruhen seit dem in der Frauenkirche.

Anmerkung:

Seine Schrift „Wider den neuen Abgott“ richtete Martin Luther 1523 gegen die Heiligsprechung Bennos durch Papst Hadrian VI.



Fortsetzung von Seite 9 („Schmochtitz ...“)

sorgte die Altstadt mit Wasser aus der Spree.

Geschichtlich zu erwähnen ist der verlustreiche Sieg über die Preußen und Russen, den Napoleon am 20. und 21. Mai 1813 bei Bautzen errang.

Heute hat Bautzen fast 43.000 Einwohner und der wirtschaftliche Haupterwerbszweig ist der Waggonbau. Zum Schluss sollte nicht vergessen werden, dass Bautzen in der Zeit der DDR traurige Berühmtheit mit dem berühmtesten Gefängnis für die „Politischen“ erlangte.

Sehenswürdigkeiten:

- Dom St. Peter (Petridom): dreischiffige gotische Hallenkirche (1213–1497), seit 1524 Simultan-

kirche für katholische und evangelische Christen.

- Domschatzkammer: im hufeisenförmigen Domstift (1683).
- Reichturm: Aussichtsturm, als „Schiefer Turm von Bautzen“ bekannt.
- Alte Wasserkunst: Technisches Museum und Wahrzeichen der Stadt, Pumpwerk.
- Nicolaifriedhof: Wendischer Friedhof seit 1407 mit Gräbern Geistlicher und Bischöfe der evangelischen Sorben; Nicolaikirchenruine, Wehrgang mit Blick in das Spreetal.
- Taucherfriedhof: ehemalige barocke Gruftstrasse mit zahlreichen Grabdenkmälern aus dem 17., 18. und 19. Jh.
- Gedenkstätte Bautzen: Stätte zum Gedenken der Opfer politischer Gewaltherrschaft in den Gefängnissen Bautzen I und II, Aus-

stellung zur Geschichte beider Häuser ist im Aufbau.

- Saurierpark Kleinwelka: Urzoo – Tiere die nie ein Mensch lebend sah, werden hier Wirklichkeit.
- Miniaturpark Kleinwelka: Drechselei, Volkskunstwerkstatt, Wilhelm-Busch-Garten, Schmuntzelstube
- Irrgarten Kleinwelka
- Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft: Landschaftsschutzgebiet mit 240 Teichen, Wald- und Heideflächen, Naturlehrpfade.
- Fest in der Zeit unseres Aufenthalts in Schmochtitz: Hexenbrennen am 30. April, ein Frühlingsbrauch zu Vertreibung des Winters

Quellen: Merian: Die neuen fünf Bundesländer – Sachsen; GEO-Spezial: Die DDR; Infomaterial TOURBU Sachsen; Hümmler: Helden und Heilige

DER EINE GOTT

- für Christen: „Vater unser im Himmel ...“ – und auf Erden?
- für Juden? • für Muslime? • für Hindus? • für Buddhisten?

Hartmut Steinborn

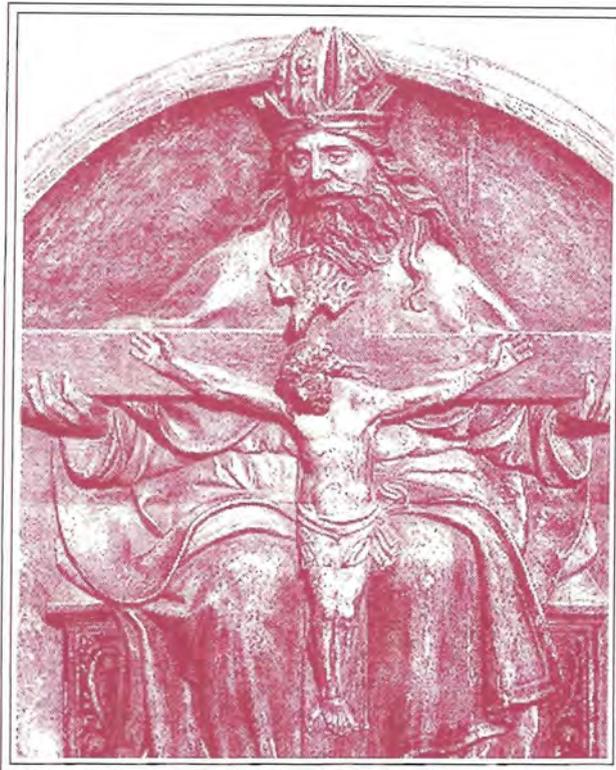
Was lehren andere Weltreligionen über Gott? Welches Gottesbild enthalten ihre heiligen Schriften? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Menschen? Welche Aufgaben weisen die unterschiedlichen Religionen, die an den einzigen Gott glauben, ihren Anhängern zu? – Gibt es für die Kirche unter Soldaten zusätzliche Dinge zu beachten (z.B. bezüglich der Haltung der Religionen zum Frieden)? Was bedeutet die in westlichen Demokratien garantierte Religionsfreiheit? Welche Konsequenzen ergeben sich aus den 1948 durch die Vereinten Nationen proklamierten Allgemeinen Menschenrechte?

Eine Reihe Fragen sind zu klären, wenn am Ende des 2. Jahrtausends christlicher Zeitrechnung eine hinreichend genaue Lagebestimmung gelingen soll, die orientiert und motiviert für unser zukünftiges Verhalten, u.a. bei interreligiösen/interkulturellen Dialogen in Deutschland, in Einsatzländern oder in Fragen der Weltkirche.

Der Sachausschuss VI der ZV „Entwicklung, Friede, Mission, Umwelt“ (EFMU) legt eine vergleichende Tabelle vor, die wichtige Sachinformationen über die o.a. Religionen enthält, abschließend eine Zusammenfassung bietet und zugleich Hinweise für eigenes und gemeinschaftliches Handeln mit auf den Weg gibt.

Die in Europa aus dem Bereich der griech. und röm. Götter- und Heldensagen überlieferte Götterwelt hatte in Zeus bzw. Jupiter einen Vatergott und darunter eine polytheistische Götzenwelt, die von Leidenenschaften nicht unabhängig war. – Vor diesem Hintergrund mag uns das Bild von Gott als dem Vater bekannt sein. Innerhalb der monotheistischen Religionen jedoch ist die Vorstellung von Gott als dem Vater im Himmel nur im Christentum ausgeprägt zu finden und sogar spezifisch typisch. Es wird zu vertiefen sein, warum dies so ist.

Wenn Gott für die Christen der „Vater im Himmel“ ist, so werden die Mitmenschen in der Gemeinschaft



Der christliche Gott: Sinnbild der Liebe. Der Vater trägt das Kreuz seines Sohnes – und hält so die Erlösung in Händen. Altarbild des 14. Jh. aus Spanien heute Schönstattkirche auf dem Berg Zion in Vallendar

der Mitgläubenden zu Schwestern und Brüdern. Bezüglich der Fernstehenden und der noch nicht Gläubenden muss der „Schöpfer“-Gott zugleich als „Vater aller Menschen“ angesehen werden. Daraus ergeben sich andere Konsequenzen für christliches Verhalten, will man den Herausforderungen des 3. Jahrtausends gerecht werden und im Dialog mit Christen verschiedener Konfession wie Vertretern anderer Religionen bestehen und

einander auf dem Weg zu Wahrheit und Wahrhaftigkeit hilfreich sein können.

Im Alten Testament des Judentums kommt immerhin 14 mal eine Bezeichnung Gottes als „Vater“ vor und auch „mütterliche Züge Gottes“ werden bei Jesaja beschrieben; dennoch werden wir aus den nachfolgenden Tabellen erkennen, dass das jüdische Gottesbild eher durch den Bund Gottes mit seinem auserwählten Volk sowie durch die Vorstellung von Gott als dem Retter Israels geprägt ist. Bilder wie z.B. „Vater“ oder „Mutter“ und andere Vorstellungen können aber nie alles über Gott aussagen. Sie zeigen nur einen Aspekt des Spektrums, der dem jeweiligen Betrachter zwar besonders wichtig sein mag, aber insgesamt nicht typisch bzw. repräsentativ oder schon hinreichend genau sein muss.

Die eigene Auseinandersetzung mit dem umrissenen Themenkreis bleibt niemand erspart, sei es um die Geschichte aufzuarbeiten und historische Fehler zu vermeiden oder um neue Erkenntnisse der Wissenschaft zu integrieren und fruchtbringend oder problemlösend anzuwenden. Die nachfolgende Tabelle kann nur ein „Einstieg“ sein, enthält aber Richtungsweisendes und viele Sachinformationen.

14 Gott als Vater ? – Ein interkultureller Vergleich

Gottesbild: Folgerungen daraus für die Menschen (Menschenbild), Freiheit/Verantwortung des Menschen, Aufgabenstellung für den Menschen

Judentum	Christentum	Islam	Hinduismus	Buddhismus
I. Gottesbild:				
<p>Altes Testament (AT): Jahwe – der einzige, personale Bundes-, Helfer- und Rettergott des von ihm erwählten Volkes Israel, dem treu zu sein sich lohnt u. den es allein zu fürchten gilt (vor menschlichen Feinden braucht der gottesfürchtige Jude keine Angst zu haben). Bündnisse Jahwes mit Adam, Noah, Abraham, Moses; Gesetzgebung am Sinai; Vorwort zum Dekalog: „Ich bin der Herr, dein Gott, der dich von den Plagen Ägyptens befreit hat ...“ Dialogische Verbundenheit des Juden mit Gott; ein Mittler wie Jesus oder Mohammed wird nicht gebraucht.</p>	<p>Evangelium bzw. Neues Testament (NT): Abba = „Väterchen“ bzw. „mein Vater“ sagt Jesus, sein Sohn (Mk 14,36); Gleichnis vom verlorenen Sohn bzw. vom gütigen Vater zeigt den barmherzigen Gott; Gott freut sich über jeden Sünder, der bekehrt wird und aus Überzeugung/Einsicht, aus Gottesliebe glaubt; Gleichnis von der Entlohnung der Arbeiter im Weinberg: Gott (der Vater) kennt die wahren Bedürfnisse der Menschen u. entlohnt danach. Das Alte Testament bleibt als heilige Schrift anerkannt, wird aber durch das NT, die Lehre Jesu spezifisch überformt und ausgelegt.</p>	<p>Koran: ca. 644–656 n.Chr.: Mohammed, der letzte Prophet Allah's, übermittelt die Forderungen/Heilsvorschriften Allahs an die Menschen, damit sie vor dem Schöpfer- u. Richter Gott beim jüngsten Gericht bestehen und ggf. in die Freuden des jenseitigen Paradieses eingehen können. = Fortführung/Zuspitzung der Gottesvorstellungen des AT; Gottesfurcht und Gesetzestreue werden gelehrt, eingefordert und belohnt.</p>	<p>Bhagavadgita (wichtige hl. Schrift der Hindus, ca. 1000 v.Chr.): Brahman (das ewige unwandelbar Eine) als unpersönlicher oberster Gott; andere Göttergestalten daneben als Reinkarnationen, die den Kampf des Guten gegen das Böse als kosmisches Prinzip fortsetzen. Keiner von ihnen ist jedoch ein personaler Vater, wenn auch von Krishna eine ausgearbeitete Yoga- und Erkenntnislehre des Gleichmutes entwickelt und der Weg gläubiger Hingabe (bhakti) verkündet wird.</p>	<p>Selbsterlösungslehre des erleuchteten nordindischen Fürsten Gautama Buddha (6. Jh.v.Chr.); keine Religion, sondern eine Geisteswissenschaft/Philosophie, welche die Welt nicht für geschaffen und für gottlos hält. Der Mensch ist auf sich angewiesen und für sein Schicksal verantwortlich. Hinajana (südl. B. bzw. „kleiner Wagen“): hielt an der Lehre Buddhas fest, kennt keine persönl. Seele und keinen Gott; Lehre der Selbsterlösung des einzelnen Menschen. „Mahajana“, das „Große Fahrzeug“, der nördl. B. bildete später Glauben an Gott, an persönl. Seele u. Vorstellungen über jenseitiges Paradies aus. Erlösung im sozialen Umfeld als Zielvorstellung entstand.</p>
2. Auswirkungen auf die Menschen				
<p>Ebenbildlichkeit des Menschen verpflichtet zum Dialog mit dem Schöpfer, zum Gehorsam gegenüber dessen Geboten und zu dessen Nachahmung in der Welt. Sünde gegen Gott ist stets Erniedrigung der wahren Natur des Menschen; Sündenstrafe wird weniger als Vergeltung Gottes, sondern als Rückführung des Menschen zu dessen wahrer Natur gesehen. Paschalam u. Gesetz = Pfeiler der jüd. Heilsgemeinschaft mit Gott</p>	<p>Personaler Gott; liebende, gütige, fürsorgende u. verzeihende Vaterfigur, an die man sich jederzeit wenden kann, auch wenn man Fehler gemacht hat. Jesus gibt viele Beispiele, die zeigen, dass vor Gott die Hilfe gegenüber dem Menschen/dem Nächsten wichtiger ist als das Erfüllen von Gesetzesbuchstaben; aus dem heiligen Geist Gottes soll gedacht u. gehandelt werden (Werkzeug Gottes auf Erden sein).</p>	<p>Kein Heil außerhalb des Islam; andere monotheistische Religionen werden höchstens als Vorstufen zum Islam anerkannt; Allah ist alleiniger Schöpfer u. Richter, der ggf. Barmherzigkeit im Gericht zeigen wird, wenn das Gute im Leben des Muslims/der Muslima überwiegt und die Gültigkeit des Gesetzes Allahs grundsätzlich anerkannt wird. Bilderverbot bezogen auf Allah; keine Ebenbildlichkeit des Menschen</p>	<p>Brahman als absolutes Prinzip u. unerbittlicher Richter der Menschen, die sich für ihre Taten rechtfertigen und ggf. durch Reinkarnationen läutern müssen. Menschl. Seele = rein geistig, unsterblich, läuterungsbedürftig durch Reinkarnationen; Seelenwanderungsglauben begründete Vorrang der Priesterschaft (Brahmanen) im erblichen Kastenwesen. Erlösungssehnsucht der Menschen; durch Askese sollen die Leidenschaften überwunden werden.</p>	<p>Tod als Übergang in neue Existenz in neuer Welt, wobei gute und schlechte Taten im Vorleben den Rang der neuen Geburt bestimmen. Dieses Kausalitätsgesetz der fast endlosen Inkarnation gilt, bis die Seele, total geläutert, ins Nirvana eingeht, in das gnadenvolle Nichts, in dem alle Widersprüche/Leiden der dualen Welt aufgelöst sind. Angst nur vor der Wiedergeburt, nicht vor dem endgültigen Tod. Leid in der Welt soll verringert werden.</p>

Judentum

3. Offenbarung Gottes:

Jahwe zeigt sich in den Büchern/Berichten des AT als Schöpfer, Bündnispartner, Gesetzgeber und Retter des Volkes Israel auf dessen historischen Wegen, die stets von neuen Gotteserfahrungen geprägt werden. Propheten werden zu den Menschen gesandt, um Gottes Wort zur Umkehr mahnend zu verkünden.

4. Sprache der hl. Schrift :

Bibl. Geschichten des AT berichten in Hebräisch vom Gotteserleben des Volkes Israel: Gott als Schöpfer, Bündnispartner, Retter, Sender des Messias, Richter des unerlösten Menschen. Übersetzungen in alle Sprachen; Juden müssen die Thora aber in Hebräisch lesen.

5. Art des Glaubens:

Gesetzes- und auf Hoffnung gegründeter Geschichtsglaube; Erwarten des endzeitlichen Messias. Durch übertriebene Gesetzestreue kann sich Fehlform des Glaubens (Pharisäertum) entwickeln, das dem Geist und Willen Gottes nicht entspricht.

6. Gottes Auftrag an die Menschen:

Leben nach dem Gesetz, das Gott dem Moses gab (10 Gebote); Warten auf das Kommen des Messias, mit dem das Gottesreich beginnt; „Macht euch die Erde untertan!“

Christentum

Gott ist der liebende und barmherzige Vater der glaubenden Menschen; er offenbarte sich historisch direkt durch seinen Sohn, der Gottes Willen bis zum Tod am Kreuz erfüllte und auferstand; wer nicht an ihn glaubt, richtet sich selbst (Johannes-Evangelium)

Mt = Begründer der "Vater-Theologie" im NT; Sohn kennt den Vater; niemand gelangt zum Vater, wenn er Christus nicht anerkennt/ ihm folgt; Maria, leibliche Mutter des Erlösers: „Tut, was er euch sagt“ (Gleichnis der Hochzeit von Kana). Gleichnisse zur Erschließung des Willens Gottes. Übersetzungen in alle Sprachen.

Glaube als angenommene Gabe/ Gnade Gottes, der durch den Hl. Geist in uns wirkt u. uns führt = am Gebot der Gottes-u. Nächstenliebe orientiert; = Erlösungsglaube, der die endzeitliche Rückkehr des Erlösers erwartet.

Jesus – als Sohn auf dem Weg zum Vater – lehrt die Menschen in der Bergpredigt die Gottes- und Nächstenliebe; heilt Kranke an Leib und Seele um ihres rechten Glaubens willen.

Islam

Im Koran lässt Allah es zu, dass Erzengel Gabriel im himml. Buch der Bücher liest und dessen Inhalt zu Mohammed auf die Erde transferiert/berichtet, wo die Worte später von Jüngern schriftlich aufgezeichnet wurden.

Erzengel Gabriel spricht im Koran auf Arabisch zu allen Muslimen, damit sich diese dem Willen Allahs ergeben: aktiv durch Befolgung der Gebote des Koran, passiv durch Ertragen von Schicksalsschlägen ohne Fatalismus (unerschütterliches Gottvertrauen wie bei Hiob im AT). Koran kennt keine Gleichnisse.

„Gesetzesglaube“, der auf dem Koran u. dessen enger Verbindung zu islam. Recht (Scharia) beruht. Der Koran zeigt viel Ähnlichkeit mit dem "Gesetz" der Juden; er fordert Gehorsam von den Muslimen. Diesseitiges Leben ist Vorbereitung auf die Prüfung, den Richterspruch Allahs im Jenseits.

Koran: „Verweilt eine Zeit auf der Erde, die euch zum Nießbrauch zur Verfügung steht; schaut, dass ihr euch vor Allah im Jenseits rechtfertigen und sodann ins Paradies eingehen könnt“; erfüllt eure Pflichten gegen Allah, bekämpft den Unglauben.

Hinduismus

Keine Offenbarungslehre, sondern Überlieferung von Mythen u. Erzählungen. Aufgrund ihrer guten und bösen Taten in einem vorausgegangenen Leben werden die Menschen in „Kasten“, einem geschlossenes soziales Ordnungssystem, wieder geboren und müssen sich darin bewähren, um schließlich erlöst zu werden.

Direkte Sprache im Sanskrit der indischen Bhagavadgita, die lehrt, wie der Hindu asketisch nach Wahrheit sucht bzw. stets gleichen Mutes gegen das Böse zu kämpfen hat, um das Gesetz der Vergeltungskausalität der Taten, das Karma, zu überwinden.

Gesetzesglaube: Lehre vom Karma u. der damit verbundenen Seelenwanderung/-läuterung, die Askese und das Fliehen der Leidenschaften lehrt, unabhängig vom Gottesbild/verehrten Hochgott, da auch Reinkarnationen von Hochgöttern möglich sind.

Streng sittliches Leben, schrankenlose Selbstaufopferung zum Wohle der Mitgeschöpfe führt zu jener Läuterung, die Eingang zu Brahma verschafft u. die Reinkarnationen beendet.

Buddhismus

Keine Offenbarungslehre. Der erleuchtete Gautama Buddha setzte das „Rad der Lehre“ in Gang, welches das diffamierende Kastenwesen Indiens anprangerte und Selbstüberwindung lehrte; rasche Ausbreitung der Lehre nach Mittel-, Süd- u. Ostasien.

Buddha kommt es auf Transfer/ Weiterentwicklung des richtigen Geistes/der richtigen Psychologie/ Philosophie an; Übersetzungen in andere Sprachen als Sanskrit sind kein Problem. Darstellung der Vergänglichkeit und des Leidens der Welt gegenüber der Unwandelbarkeit und dem Frieden des Nirwana durch Paradoxien.

Lehre der Geltung eines unpersönlichen Weltgesetzes. Gesucht wird meditative, philosophisch/psychologische Erkenntnis der Möglichkeit einer Selbsterlösung von den Leidenschaften des weltlichen Karmas. Lehre vom Verdienst, das es auf Erden zu erwerben gilt, um Leid zu verringern.

„Mahajana“: Anstreben des Nirwana als Zustand seliger Ruhe, in die man möglichst gemeinschaftlich eingeht. Einhalten der Gebote für Laien bzw. der für Mönche (je nach Status). Leid in der Welt verringern helfen.

Judentum

7. Haltung zur Schuld /Sünde:

Bibel berichtet vom wiederholten kollektiven Missverstehen des Willens Gottes durch das jüdische Volk. Das Judentum kennt histor. Schuld, aber keine Erbsünde, persönliche Verantwortung vor Gott, insbesondere weil man seinem Volke Israel angehört.

Durch Umkehr sollen Sünde und Schuld überwunden werden.

8. Maria:

Propheten des AT weisen auf Maria hin (besonders Jeremia).

9. Stellung der Menschen vor Gott:

Vor Gott sind die Menschen frei, gleich und verantwortlich für ihr Denken und Handeln.

Dialog. Tradition des Bundes mit Gott führt zu einer sich wiederholenden Begegnung des Menschen mit Gott; deshalb brauchen Juden keine Mittler, wie Jesus oder Mohammed es waren.

10. Recht:

Gleichheit der Menschen vor Gott, dem höchsten, unbestechlichen Richter.

11. Engel :

Diener Gottes u. seine Helfer für die Menschen.

Teufel (=gefallene Engel) als Versucher des Menschen und Beherrscher der Hölle.

Christentum

Nach christl. Vorstellung lastet die Erbsünde auf dem Gottesvolk, welche gesühnt und vergeben werden muss. Der Sohn erfüllt den Willen des Vaters bis zum Tod am Kreuz; er erlöst dadurch die Menschen von ihrer Erbsündenschuld und durchbricht so die Kettenreaktion des Bösen, aus der fortwährend neues Unheil entstehen würde.

Maria = die ohne Erbschuld empfangene, erwählte Frau, welche Gottes Ansinnen annimmt und leibliche Mutter des Erlösers wird.

dto.

Gottvater prüft, ob das Gesetz der Gottes- und Nächstenliebe inhaltlich erfüllt wurde; bloßer Formalismus genügt nicht.

Gläubige Menschen sind von der Erbsünde durch die Erlösung Christi befreit.

dto.

Beitrag zur Entwicklung des Naturrechts / der allgemeinen Menschenrechte, des positiven Rechts/Völkerrechts

dto.

Islam

Islam kennt keine „Erbsünde“, denn Allah in seiner Barmherzigkeit verzieh dem aus dem Paradies vertriebenen Adam; jeder Muslim ist nur für seine persönlichen Taten bzw. Sünden vor Allah verantwortlich.

Im Koran wird Maria zur „Trinität“ gezählt (Sure 4,171); ihre Empfängnis vom hl. Geist wird in Sure 19,16-22 u. 66,12 berichtet.

Das Verhältnis der Willensfreiheit des Menschen zur Allmacht Gottes stellt sich im Koran verschieden dar: in den alten Suren trägt der Mensch Verantwortung, in den späteren finden sich Redewendungen, die ggf. auf eine vorherbestimmte Verdammnis deuten.

Koran übermittelt göttl. Willen, der die Geschlechter formal nicht gleich behandelt; Scharia als islam. Recht in islam. Staaten.

Engel sind den Menschen dienstbar.

Iblis, der verworfene Engel, darf den Menschen auf Erden versuchen;

Hinduismus

Permanenter Kampf des Guten gegen das Böse, der durch die Reinkarnationslehre über Generationen geführt wird; die Hoffnung, durch Läuterung schließlich ins Brahma einzugehen, erfordert fast übermenschliche Kraft.

Im Hinduismus haben die Hauptgötter Gemahlinnen; durch Reinkarnationen bleiben die Götter präsent.

Einflüsse des Karmas (der Leiden-schaften) machen die Menschen unfrei und können sie in tiefere Schuld verstricken.

Durch Askese und selbstlosen Einsatz für Andere ist das Karma besiegtbar.

Erbliches Kastenwesen des Hinduismus zeigt Ungleichheit u. Läuterungsbedarf der Menschen (Sikhs= Abspaltung vom Hinduismus; Monotheismus, kein Kastenwesen)

Inkarnationen der Hauptgötter bzw. kleine Gottheiten helfen den Menschen; Engel kennt der Hinduismus nicht.

Buddhismus

Reinkarnationslehre, die durch Läuterung Schuld abbauen u. schließlich ins Nirwana führen soll

Der Buddhismus als Lehre der Selbsterlösung kennt keine „Maria“, die Mutter eines Erlösers wird.

Mahajana (nördl. Buddhismus) bildete Glauben an Gott, an eine persönliche Seele und Vorstellungen über ein jenseitiges Paradies aus.

Läuterungsbedarf des Menschen ist gegeben; Notwendigkeit, den Individualismus/ Egoismus zu überwinden

Im Mahajana in Form der Bodhisattvas und Buddhas als Nothelfer der Menschen bekannt und verehrt.

Judentum

12. Messias:

Propheten des AT sagen sein Kommen voraus; er bringt den Juden das Ende allen Leides u. alles Bösen, also die historische, endzeitliche Erfüllung der Heilsgeschichte des Volkes Israel.

13. Verhaltenserwartung an die Gläubigen:

Einhalten des Bündnisses, das Gott mit den Menschen geschlossen hat; Erwarten des Messias. Jeshua = Gott, der hilft/schützt.

14. Glaube u. Welt:

Judentum kann nach 1945 in Palästina den Staat Israel gründen, muss sich aber gegen Araber und Palästinenser behaupten und mit diesen gemeinsam um Frieden ringen.

15. Gemeinsamkeiten der "Abrahamsreligionen":

- Offenbarungsreligion
- Monotheismus
- personaler Gott
- Dekalog (10 Gebote)
- Psalmen als dialog. Gebet
- Maria als gottesfürchtige Jüdin

Christentum

Jesus ist der Messias, sein Reich ist jedoch nicht von dieser Welt; seine Rückkehr zur Erde bedeutet das Ende der Zeiten.

Christl. Gott lädt durch seinen Sohn zum Glauben ein, weist den freien Menschen den Weg zum ewigen Heil, lässt sie aber selbstverantwortlich entscheiden.

Papst Joh. Paul II. setzt sich ab 1978 nachhaltig für bessere Verständigung zwischen Christentum und Judentum ein zur Vermeidung neuer „Schoa“; Juden darf nicht der Vorwurf gemacht werden, Gottes Sohn zu Tode gebracht zu haben.

- Offenbarungsreligion
- Monotheismus
- personaler Gott
- Dekalog
- Psalmen / "Vater unser"
- Maria als ohne Erbsünde empfangen
- Mission

16. Glaubensweitergabe/Ausbreitung:

Judentum als Volks- u. Glaubensgemeinschaft, in die man hineingeboren wird (jüdische Mutter ist entscheidend für Religionszugehörigkeit).

Christentum breitet sich aus durch Taufe und durch Mission; Bildung einer weltweiten Kirche als Auftrag, den der auferstandene Christus im NT erteilt hat; Glauben an den Vater aller Menschen im Himmel auf Erden verbreiten (Mission)

Islam

Koran bezeichnet Jesus als "Messias u. Prophet", hat aber eigenes Verständnis von diesen Worten. - Mohammed betrachtete sich selbst als Fortsetzer u. Vollender der jüd. u. der christl. Religion! - Schiiten erwarten den endzeitl. "Mahdi".

Islam fordert/erwartet Gehorsam des Menschen gegenüber Allah, dem ggf. barmherzigen Richter; zeitl. Abfall von Allah wird aber als unverzeihbar angesehen.

1998: Gemäß Meldung von Radio Vatikan wurden regelmäßige gegenseitige Konsultationen mit der islam. Universität von Kairo, Al-Azhar, vereinbart, um interreligiösen Dialog zu fördern.

- Offenbarungsreligion
- Monotheismus
- personaler Gott
- Dekalog durch Koran umgeformt
- Psalmen/Koransuren als Gebete
- Maria als rechtschaffene gläubige Frau (Muslimin)
- Mission

Islam als Glaubensgemeinschaft von Laien; Streben nach weltweiter Ausdehnung und Theokratie (Religionsstaat); Kampf gegen Ungläubigen als ständiger Missionsauftrag Allahs. Übertritt zum Islam kann nicht rückgängig gemacht werden.

Hinduismus

Hinduismus kennt keinen Messias, aber Reinkarnationen von Göttern. Dem Hinduismus wird seitens des Islams der Vorwurf der "Vielgötterei" gemacht; "Hindus" sind die Inder, die islam. Mission widerstanden.

Hinduismus fordert Gehorsam gegenüber Brahman, dem Weltenherr bzw. gegenüber dem Weltgesetz (Dharma).

Hinduismus widerspricht abrahamitischen Religionen und hält an der Lehre vom Karma u. der damit verbundenen Seelenwanderung - unabhängig vom Gottesbild - fest. Mahatma Gandhi als Vorbild des Gewaltverzichts.

Gemeinsamkeiten mit „Abrahamsreligionen“:

- entfällt
- unpersönliche Gottesvorstellung oder Glaube an Göttervielfalt
- Meditation/Gebet soll zum Verschmelzen/ Einswerden mit dem Ganzen führen.

Volks- u. Glaubensgemeinschaft in Indien mit religiös motiviertem Kastenwesen, das in früherer, vordemokratischer und ständisch geprägter Gesellschaftsordnung uneingeschränkt galt.

Buddhismus

Lehre vom kommenden Buddha Maitreya, der gewissermaßen die Rolle eines endzeitlichen Messias im Buddhismus spielt. Der Buddhismus wird vom Islam nicht als Religion anerkannt.

Mahajana (nördl. B.) lehrt Meditation, fordert Mitleiden mit den Mitmenschen, verdienstvolle Taten, Friedfertigkeit, Erlangen von Weisheit, Gefolgschaft gegen Gott.

Dalai Lama wirbt für friedfertigen und gewaltlosen Buddhismus in aller Welt, seit er durch die VR China aus Tibet vertrieben wurde.

Gemeinsamkeiten mit „Abrahamsreligionen“:

- entfällt
- unpersönliche Gottesvorstellung
- Meditation/Gebet soll zum Verschmelzen/ Einswerden mit dem Ganzen führen.
- Mission-

Übersetzung der buddhist. Schriften ins Englische förderte deren Verbreitung in Ostasien und über die USA in alle Welt. Keine Kultur- und Wissenschaftsfeindlichkeit, keine Stammeinstabus etc., welche die Ausbreitung hemmen.

Judentum	Christentum	Islam	Hinduismus	Buddhismus
<p>17. Wöchentlicher kultischer Feiertag: (Samstag) Sabbat</p>	Sonntag	<p>„Tag der Versammlung“ (gemeins. Gebet/Predigt) = Freitag; kein Feiertag!</p>	Vielfalt von Feiertagen, je nach verehrtem Gottesbild	Je nach buddhistischer Richtung/Schule bzw. je nach Land
<p>18. Haltung zu Gewaltanwendung/Krieg: „Hl. Krieg“ wird geführt, wenn das Volk Israel in seiner Existenz bedroht wird.</p>	Lehre vom gerechten Krieg, die von kathol. Kirche weiterentwickelt wurde zugunsten einer Völker- und allg. Menschenrechtslehre mit gewaltfreien Konfliktlösungsverfahren mit Völkerverständigung und Friedensförderung.	<p>„Dschihad“ (hl. Krieg) = Anstrengung auf dem Weg der Ausbreitung des Islam als Auftrag Allahs; wenn jedoch Ungläubige Gewalt gegen Muslime anwenden, soll gemäß Koran solange hl. Krieg gegen sie geführt werden, bis der Islam gesiegt hat.</p>	Hl. Krieg gem. Lehren der Bhagavadgita: pflichtgetreuer, uneigennütziger Kampf gegen das Böse, wie er von Krishna als Ergebung in den Willen Gottes gelehrt wird.	Respekt vor dem Leben gerade des Anderen ist höchstes Gebot: „Tötet nicht und verhindert, dass getötet wird“. Ein echter Buddhist wird keinem Tier etwas zuleide tun, denn alle Tiere gelten als schützenswerte Reinkarnationen von Menschen.
<p>19. Funktion der hl. Schrift: AT berichtet in Geschichten und Prophetien über die Gotteserfahrung des Volkes Israel und sein Hoffen auf den Messias als Erfüllung der Heilsgeschichte.</p>	NT: Leben und Gleichnisse Jesu, die das Wirken und den Willen Gottes erschließbar und sein „Liebesgebot“ verständlich machen sollen – bis hin zur Feindesliebe.	Mohammed gibt den Gläubigen direkte Weisungen und Lehren, welche Allahs Willen ausdrücken und zur Rechtleitung des Gläubigen führen sollen.	Bhagavadgita gibt den Willen Brahmans durch direkte Weisungen/Lehren an gläubige Hindus weiter.	Guatama Buddha beschreibt seinen „Weg des Rades“, der als Wegweisung verstanden und im Laufe der Zeit ergänzt/verändert wird.
<p>20. Zeitrechnung: Mondjahr, bewegl. Feste, Neujahr = Rosh Hashana, Herbst</p>	Mondjahr, bewegl. Feste, 1. Advent Beginn des Kirchenjahres	Mondjahr, bewegl. Feste, Neujahr = Al hidschra	Luni-solarer indischer Kalender mit „Neujahr“ Mitte April, bewegl. Feste	Luni-solarer Kalender mit „Neujahr“ Mitte April, bewegl. Feste je nach Land

Quellen:

- Lexikon für Theologie u. Kirche, Verlag Herder, Freiburg, 2. Auflage, 1961; v. Glasenapp, H., Die 5 Weltreligionen, München, 1996
- Koran, Verbesserte Reclam-Ausgabe in der Übersetzung von Max Henning, Stuttgart, 1991
- Lingwood, Dennis, Das Buddha Wort, Essen, 1985
- Hattstein, Markus (Hrsg), Weltreligionen, Köln, 1997
- Dt. Bischofskonferenz (Hrsg), Kathol. Erwachsenenkatechismus, Das Glaubensbekenntnis der Kirche, Bonn, 1985
- McBrien, Richard P., Was Katholiken glauben, Eine Bestandsaufnahme, Menschl. Existenz, Gott, Jesus Christus, Graz-Wien-Köln, 1982
- GKS, Auftrag, 38. Jahrgang, Heft Nr 234/Dezember 1998
- Ratzinger, Josef, Einführung in das Christentum, München, 1968

GEFINDEN - Die Bibel Israels wieder lesen

Der Münsteraner Theologe Erich Zenger hat sich für eine neue Würdigung des Alten Testaments ausgesprochen: „Christen und Theologen müssen das Alte Testament neu lesen“. Dazu gehöre insbesondere, das Alte Testament auch in dessen „jüdischer Gestalt“ wahrzunehmen. „Das Alte Testament war zunächst die Bibel Israels, und es ist bis heute die Bibel des lebendigen Judentums“, betonte Zenger; der als einer der bekanntesten Professoren für Altes Testament in Deutschland gilt. Einseitige Leseweisen der Vergangenheit hätten unheilvolle Auswirkungen gehabt, sagte Zenger nicht nur mit Blick auf den Holocaust. So seien Missverständnisse auf der Grundlage einer einseitigen Bibellektüre durch die Jahrhunderte transportiert worden. Eine moderne Bibel-Auslegung müsse „naive Schemata“ ablegen. Das Verhältnis von Altem zu Neuem Testament sei nicht nur das Verhältnis von Verheißung und Erfüllung. Eine solche Leseweise nehme die eigenständige Bedeutung des Alten Testaments nicht wahr. Zenger ist Herausgeber des ab Herbst beim Herder-Verlag erscheinenden Theologischen Kommentars zum Alten Testament. (DT 19.01.1999)

Zusammenfassung :

1. Die abrahamistischen Religionen zeigen uns alle einen personalen Gott, der sich historisch offenbart hat: bei Juden überwiegend durch Propheten über Generationen, bei Christen in Gestalt Jesu Christi zu einer Reihe von Gläubigen, bei Muslimen nur durch Mohammed, den letzten der Propheten („Siegel der Propheten“). - In den anderen (fernöstl.) Religionen/Weltanschauungen gibt es keinen personalen Gott, der als Schöpfer, Bündnispartner, Helfer, Richter oder gar als gültiger Vater präsent und ansprechbar ist.
2. Das Problem, das „Gesetz Gottes“ richtig zu vermitteln, aufzufassen und entsprechend anzuwenden, besteht in allen Religionen, wird aber unterschiedlich gelöst: Die „gesetzesnahen“ Religionen (Judentum, Islam u.a.) gehen davon aus, auf ihre ursprüngliche Sprache (Hebräisch/ Arabisch/ Sanskrit usw.) nicht verzichten zu können. Die ursprüngliche Sprache muss von nachwachsenden Generationen Gläubiger – auch außerhalb der Ursprungsländer – immer wieder erlernt werden, damit Verfälschungen des jeweiligen Urtextes der hl. Schrift vermieden werden können. Sie haben gemeinsam die Vorstellung, dass der Geist/der Wille Gottes im „Klartext“ direkt übermittelt werden kann, ohne dabei durch menschlichen Geist/menschliche Sprache/Übersetzung – unabsichtlich – verformt/verengt/verändert zu werden.
Im Neuen Testament hingegen benutzt Jesus Christus selbst Gleichnisse, um Gottes Geist und sein Wirken zu vermitteln. Hier zeigt sich die christliche Vorstellung, dass menschliche Sprache – gleich welcher Zunge – nur ein unvollkommenes Mittel zur Übermittlung göttlichen Geistes sein kann und daher nicht direkt vermittelt, sondern nur gedanklich/interpretatorisch – mit Hilfe des hl. Geistes – erschlossen werden kann, um dann richtig ange-
- wandt zu werden. Das NT stellt höhere Anforderungen an Leser als hl. Schriften anderer Religionen, leistet dafür aber auch mehr und befähigt zur „Verantwortungsethik“ im Sinne Max Webers. Das NT erweist Jesus Christus als Sohn Gottes, Auferstandenen und Erlöser der Menschen.
3. Das Gottesbild eines gütigen Vaters wird nur vom Christentum im NT vorgestellt. Der Islam zeigt uns im Koran einen Schöpfer- und Richtergott, der Herrscher ist und dem auch Barmherzigkeit attribuiert wird, ohne dass jedoch die Bedingungen hierfür hinreichend transparent werden. So lehrt der Koran primär Gottesfurcht, um im Jenseits einen barmherzigen Richter zu finden. Das NT ist geeignet, zur Gottesliebe aus Überzeugung und aus Erlebnis zu führen, wenn ein entsprechendes Glaubenszeugnis vorgelebt wird/gefunden und dadurch erfahrbar wird.
4. Der Hinduismus wurde in die Betrachtung einbezogen, weil es bedeutende politische Konfliktfelder in der Welt (Atomkräfte Indien-Pakistan) gibt, in denen dieser dem Islam gespannt gegenübersteht, ohne dass eine dauerhafte friedliche Konfliktlösung schon garantiert ist. In beiden Religionen gibt es keine Friedenslehre, die der von der kathol. Kirche entwickelten vergleichbar wäre und entsprechend zur Friedensförderung beitragen kann. Seit 1998 gibt es wieder Gewalttaten fundamental. Hindus gegen Christen in der ind. Provinz Gujarat (südl. Bombay).
5. Der Buddhismus hat mit dem Christentum das Problembewusstsein von der schwierigen Transportierbarkeit heiligen Geistes gemeinsam. Durch seine Übersetzung in die englische Sprache hat der Buddhismus in den Industriestaaten zunehmende Verbreitung gefunden und konnte seine Lebensphilosophie in einer schnelllebigen Zeit vermitteln, in der zu wenig nach Wahrheit und nach Weisheit gefragt und echt gesucht wird.
6. Das Problem der Bewältigung von Schuld und Sühne wird in den Religionen jeweils spezifisch behandelt; gemeinsam ist die persönliche Schuldfähigkeit, deren Bewusstsein von Jugend an geschärft werden muss.
Die christliche Vorstellung von der Erbsünde und der Erlösung davon durch Jesu Tod am Kreuz hat etwas sehr Menschliches und Versöhnliches, was insbesondere den an Reinkarnationen glaubenden Religionen/Weltanschauungen (Hinduismus/Buddhismus) fehlt. Nur ein liebender Vater im Himmel ist dazu fähig, seine in die Freiheit entlassenen Kinder nicht im Stich zu lassen, obwohl sie es manchmal verdient hätten: Deus semper major! (Gott ist immer größer als menschliche Vorstellungskraft ermessen kann).
7. Wenn der Koran auch die Barmherzigkeit Allahs immer wieder hervorhebt, so lehrt er doch primär die Gottesfurcht und appelliert an die formale Gesetzestreue und an den Gehorsam der Gläubigen. Christen dürfen sich an ihren Vater im Himmel wenden – auch auf Erden –, müssen jedoch bedenken, dass dieser Vater im Himmel zugleich der Vater aller Menschen ist. Was die Gläubigen schon wissen, muss den nicht Gläubigen erst vermittelt und erfahrbar gemacht werden durch Werke der Solidarität und Nächstenliebe, durch Eintreten für die Menschenrechte, Lindern jeweils spezifischer Not und durch Angebote der Glaubensvermittlung (Mission), die Wahrheitssuche und persönliche Glaubensentscheidung ermöglichen (Beispiel: hl. Edith Stein, die vom jüdischen zum katholischen Glauben konvertierte).
8. Die christliche Vorstellung von Gott als unserem Vater im Himmel beschert uns nicht nur Brüdern und Schwestern im Glauben, sondern weist zu-

gleich auf die Bedeutung der christlichen Gemeinde hin, die Ort der Mahlgemeinschaft mit Gott ist und auch dadurch einzigartigen Rang erhält. Wir sollten dieser Gegebenheit in unserem Verhalten mehr Ausdruck verleihen und bei Anderen mehr Interesse an Teilhabe wecken. Dabei müssen wir uns aber im Klaren sein, dass die in christlichen Ländern herrschende Rechtsauffassung von allgemeinen Menschen-

bzw. Naturrechten, welche nicht an eine bestimmte Religion gebunden sind und sogar Religionsfreiheit voraussetzen, sowie die christliche Trinitätslehre für Muslime z.B. eine erhebliche Schwelle für Verständigung sein können.

9. Gott ist gemäß AT/NT Vater wie auch Mutter, aber nicht im wörtlichen Sinne. Gott ist Person, aber geschlechtsfrei, kein männliches oder weibliches

Wesen. Die „Vaterschaft“ Gottes verkörpert Eigenschaften, welche die sexuelle Bedeutung dieses Wortes weit übersteigen: Gott ist liebend, fürsorgend, vergebungsbereit usw. Das Verhältnis Jesu zu Gott ist ebenso intim wie jenes eines Kindes zu seinem Vater, ja weit inniger. Jesus ist der Weg zu Gott, seine Macht und Autorität stammen von Gott. Gott ist in ihm und er ist in Gott.

10. Werte der monotheistischen Religionen:

Judentum

- Hören auf Gott („Höre Israel...“)
- Zehn Gebote („Dekalog“)
- Hoffnung auf Erlösung/den Messias
- Leiden aufgrund von Auserwählung bzw. als Prüfung
 - Mitarbeit an der Heilsgeschichte Gottes

Christentum

- Gottes-, Selbst- und Nächstenliebe
- Zehn Gebote, Bergpredigt, „Vaterunser“
- Allgem. Menschenrechte/Naturrecht
- Wahrheitssuche u. Wahrhaftigkeit; Trennung von Staat und Kirche
- Konfliktmanagement/Friedensförderung

Islam

- Gehorsam gegenüber Allah
- Fünf Säulen des Islam (Pflichten der Muslime)
- Scharia (islam., religionsbedingtes Recht)
- Gerechtigkeit; Zusammenhang von Glaube und Leben/Politik
- Anstrengung auf dem Weg Allahs (Dschihad)

KURZ NOTIERT

Sabbah: Heiliges Jahr ist Chance für mehr interreligiösen Dialog

In seiner Rede vor der internationalen Konferenz „Bethlehem 2000“ am Sitz der UNO-Landwirtschaftsorganisation FAO in Rom hat der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Erzbischof Michel Sabbah, am 18. Februar einen verstärkten ökumenischen und interreligiösen Dialog als notwendig bezeichnet. Die Anhänger von Christentum, Judentum und Islam müssten ihrem Glauben treu bleiben, so Sabbah. Sie sollten sich gleichzeitig jedoch an dem Ort, an dem „Gott die Koexistenz der drei monotheistischen Religionen gewollt hat“, um des besseren Verständnisses willen den anderen gegenüber öffnen.

Die drei monotheistischen Religionen im Heiligen Land sollten das Jubiläumsjahr 2000 für den interreligiösen Dialog nutzen. Voraussetzung für ein Gelingen der Feierlichkeiten im nächsten Jahr sei der freie Zugang zu den Heiligen Stätten der verschiedenen Religionen. Dem stehe vonseiten der Religionsvertreter nichts im Wege, seitens der politisch Verantwortlichen müsse jedoch noch viel getan werden, damit die Gläubigen ohne Genehmigungen des Militärs alle heiligen Stätten besuchen könnten, erklärte Sabbah.

(KNA)

Jahr 2000: Libanon soll offiziell „Heiliges Land“ werden

Nicht nur Israel und Palästina mit ihren bekannten heiligen Stätten in Jerusalem, Bethlehem und Nazareth, sondern auch der Libanon soll zum Jahr 2000 offiziell zum „Heiligen Land“ erklärt werden. Das verlautete aus Kreisen der katholischen Kirche in Beirut und in Rom. Der Libanon sei de facto schon immer ein „Heiliges Land“, betonte ein libanesischer Kirchenvertreter in Rom, denn Jesus habe der Bibel zufolge die im Südlibanon liegenden Städte Tyros und Sidon besucht. Aber zur christlichen Jahrtausendfeier sei eine formelle Geste von Papst Johannes Paul II. zu erwarten, hieß es jetzt. Details wurden bislang nicht bekannt.

Beobachter schließen eine zweite Reise des Papstes in das nahöstliche Krisenland nicht aus. Bei der ersten Visite im Mai 1997 hatte Johannes Paul II. die christlichen und muslimischen Volksgruppen nach 17-jährigem Krieg zur Zusammenarbeit und zum Neuaufbau des Staates aufgerufen. (KNA)

Menschenwürde, Grundrechte und der Frieden in Philosophie und Sozialethik

Bei einem Empfang aus Anlass der Feier des Weltfriedenstages im Wehrbereich I am 3. Februar in Rendsburg (s.a.S. 30) hielt Dr. Markus Riedenauer vom Institut für Theologie und Frieden in Barsbüttel einem Vortrag über die friedenssichernde Aktualität der Menschenrechte. Wegen der grundsätzlichen Aussagen werden seine Ausführungen hier im Wortlaut wiedergegeben.

Markus Riedenauer

1. Zur friedensethischen Aktualität der Menschenrechte

„In der Achtung der Menschenrechte liegt das Geheimnis des wahren Friedens“, unter dieses Motto stellt Papst Johannes Paul II. den Weltfriedenstag 1999. Wer vielleicht noch den letzten Weltfriedenstag im Gedächtnis hat, dessen Thema ähnlich klingt - es war die Gerechtigkeit und der Zusammenhang von Gerechtigkeit und Frieden -, der könnte sich fragen, welche Aktualität denn der Gegenstand der Menschenrechte zurzeit hat - nachdem es inzwischen einige Monate zurückliegt, dass die Welt das fünfzigste Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gefeiert hat.

Hinkt die Botschaft zum Weltfriedenstag 1999 demnach hinterher? Oder hätte die Kirche keine neuen Themen zur Verfügung? Ich denke, dass unsere diesjährige Friedensbotschaft das Motto des vorigen Jahres konsequent fortführt. Denn die Gerechtigkeit, zumal als persönliche Tugend des einzelnen, benennt vor allem die subjektive (individualethische) Seite eines friedensfördernden Verhaltens: Wie übe ich mich in einer Lebensführung, welche die berechtigten Ansprüche meiner Mitmenschen fair berücksichtigt? Jedoch genügt, wie wir wissen, der Appell an die individuelle Moralität nicht, um ein friedliches Zusammenleben zu sichern. Die Menschenrechte sind demgegenüber ein Anspruch, der von außen

auf das (handelnde) Subjekt trifft. Sie stehen in der sozialethischen, rechtlich institutionalisierten Dimension. Das Recht eines anderen Menschen, eines jeden anderen Menschen, in seiner Würde respektiert zu werden, ist objektiver Natur - derart, dass es immer nur anerkannt werden kann. Ich befinde mich immer schon in einer fundamentalen Rechtsbeziehung zum Anderen aufgrund seiner oder ihrer Personwürde. Die Grundrechte werden dem Individuum nicht verliehen (wie etwa das Recht, sich General oder Diplomingenieur zu nennen), vielmehr besteht ihre Pointe darin, dass es diese Ansprüche von sich her und „von Natur“ einbringt. (Darauf kommen ich im 2. Abschnitt zurück.)

Wenn Menschen einander als Menschen anerkennen in ihrer Würde, so ist dieser Respekt die Basis für eine friedliche Beziehung. Johannes Paul II. spricht vom „wahren Frieden“, der so ermöglicht wird - dahinter steht natürlich das biblische Verständnis von Frieden: „Shalom“ als heilvoller Zustand, der menschliche und zwischenmenschliche (sowie religiöse) Erfüllung eröffnet. Denn die Menschenrechte sind die Bedingung dafür, sich frei entfalten zu können, sie schützen das notwendige Minimum an persönlicher Freiheit. Sie begrenzen den Spielraum, außerhalb dessen es keinen sozialen Frieden gibt.

Von daher wird auch klar, warum eine Verletzung der Menschenrechte den Frieden stört. Weil je-

der Mensch von Natur nach Shalom strebt, um sinnvoll und erfüllt leben zu können, empfindet er eine Missachtung seiner Würde als naturwidrig - als von Natur aus ungerecht. Staaten, welche etwa keine Religionsfreiheit gewähren oder ethnische Gruppen, welche andere kulturell unterdrücken oder Individuen, welche foltern, fordern Gegengewalt heraus und erklären im Grunde der Menschlichkeit und dem Menschsein einen Krieg. Durch Diskriminierung werden, wie sich der Papst ausdrückt, „die Keime für Instabilität, Rebellion und Gewalt gesät“. Im vergangenen Jahr bekamen wir wieder vorgeführt, wie ethnische Diskriminierung Bürgerkrieg und Krieg hervorruft.

Wir, die wir gewöhnt sind, ein ausgezeichnetes Verhältnis von Staat und Kirche zu genießen, sollten uns bewusst machen, dass in über dreißig Ländern der Welt Christen verfolgt werden, wenn sie sich zu ihrem Glauben bekennen. Assyrische Christen z.B. werden sowohl von der türkischen Armee und Justiz als auch von der kurdischen Arbeiterpartei PKK vertrieben, terrorisiert, ermordet. In anderen Ländern leiden wiederum Moslems oder Hindus an der Verletzung der Religionsfreiheit.

Das Recht auf Gewissensfreiheit und politische Mitgestaltung wurde im vergangenen Jahr besonders krass in Kolumbien verletzt: Täglich werden etwa zehn Menschen aus politischen Gründen ermordet. Solche Untaten werden praktisch nie verfolgt.

Am offensichtlichsten wird menschliche Würde mit Füßen getreten in der Sklaverei. Was am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts kaum einer für möglich gehalten hätte, wurde im Süden des Sudan wieder Wirklichkeit: Der Sklavenhandel blüht. Die Menschenrechtsorganisation CSI

(*christian solidarity international*) hat bisher etwa 1.600 Sklaven wieder freigekauft – das lässt das Ausmaß dieser Barbarei nur erahnen.

Laut *amnesty international* wurden im vorigen Jahr in 124 Staaten Menschen gefoltert oder misshandelt. Wenige Beispiele reichen – genügend andere Grundrechtsverletzungen finden wir täglich in den Medien.

Ich möchte nun zunächst die Idee der besonderen Menschenwürde und entsprechender Grundrechte zusammenfassen, bevor ich in einem dritten Teil meines Vortrags auf ihre theologische Begründung eingehen werde.

2. Die Würde des Menschen: universal

Wengleich uns die Bedeutung der Menschenrechte für einen erfüllten Frieden rasch einleuchten kann, so müssen wir doch in einem zweiten Schritt tiefer nachfragen, worin denn die Begründung liegt für sie und für ihre Wurzel, die Idee einer spezifischen und unveräußerlichen Würde jeder Person. Denn bei internationalen Menschenrechtskonferenzen wird beispielsweise von den Vertretern Chinas regelmäßig behauptet, die Menschenrechte basierten auf westlichen Wertvorstellungen, seien in unserer Kultur und Religion entstanden und könnten demnach keine universale Geltung beanspruchen. Abgesehen davon, dass ein solcher Relativismus von Regierungsvertretern als strategisches Argument verwendet wird (um die Verbrechen ihres Staates der Diskussion zu entziehen), abgesehen davon, dass deren Opfer, die Menschen in Arbeitslagern und Gefängnissen, durchaus die universale Geltung der Grundrechte einklagen, klärt uns ein Blick auf die Entstehungsgeschichte der Menschenrechte über deren fundamentale Idee auf: Um der Willkür der Herrschenden im Zeitalter des Absolutismus und dem von ihnen einseitig gesetzten positiven Recht, welches oft als Unrecht wahrgenommen wurde, eine solide Argumentation entgegensetzen zu können, griff die Aufklärung auf einen Grundgedanken der abendländischen Philosophie zurück.

Weil die Griechen des fünften Jahrhunderts vor Christus eben

von der Pluralität sittlicher Lebensformen und rechtlicher Ordnungen in verschiedenen Völkern (Nomos) verunsichert waren und bereits ein ethischer Relativismus drohte, benannten sie Strukturen des Menschseins, welche in seiner Natur (Physis) begründet sind. Von der Physis her sind alle Menschen – gleich welcher kulturellen und religiösen Tradition – von Grunde auf gleich. Seit Aristoteles (und damit Jahrhunderte vor dem Christentum) fasste man diese Erkenntnisse in dem Begriff des „von Natur aus Rechten“ oder des „Naturrechts“. Es gilt vor menschlichen Rechtssetzungen und dient diesen als Norm. Es kann darum nur anerkannt werden als etwas schon Vorgefundenes.

Die Pointe dieses Denkens besteht also genau darin, dass das, was dem Menschen von Natur aus zukommt oder zusteht, ihm nicht erst von anderen Menschen zugestanden oder eingeräumt werden muss. Daraus folgt, dass die Menschenrechte in zweierlei Hinsicht universal gelten müssen: Erstens für Menschen jedweder Kultur und zweitens für alle menschlichen Lebewesen, unabhängig von ihren Eigenschaften oder ihrem „Wert“ für andere. Alle Menschen werden von gewissen Leiderfahrungen, wie z.B. einer Folterung, in ähnlicher Weise getroffen, und die Vernunft schließt daraus auf Verletzungen von bestimmten Grundrechten, welche jeder Person allein schon aufgrund ihrer Menschennatur zukommen.

Es ist wichtig, zu sehen, dass die Idee der Menschenrechte bereits dort zerstört wird, wo Einzelne oder herrschende Gruppen eine Definitionsmacht darüber beanspruchen, welche Menschen in die Klasse der Grundrechtssubjekte zugelassen werden sollen. Es darf niemand wegen irgendwelcher Merkmale wie Rasse, Hautfarbe oder einer Behinderung ausgeschlossen werden. Die Philosophie sagt, Menschen haben deshalb besondere Rechte, weil sie Personen sind. Manche Philosophen sprechen allerdings nicht nur ungeborenen, sondern bereits neugeborenen Kindern das Lebensrecht ab, weil sie noch keine personalen Qualitäten (wie etwa Selbstbewusstsein) zeigen. Aber jedes Wesen, das von menschlichen Eltern

stammt, hat darum Menschenrechte, weil es zu seiner Natur gehört, Person zu sein.

Schon vom Ansatz her dürfen keine zusätzlichen Kriterien und weiteren Qualifikationen für Personrechte erfunden werden außer der Tatsache, dass ein Wesen zu unserer menschlichen Gattung gehört.

Obwohl nun Entfaltung dieses Denkens in einem spezifischen kulturellen Kontext stattgefunden hat, nämlich in der europäischen Aufklärung, ist dennoch ihre Geltung universal. Auch die moderne Psychologie beispielsweise entstand unter ganz bestimmten kulturellen Bedingungen – dennoch ist evident, dass ihre fundamentalen Erkenntnisse ebenso für südamerikanische Indios wie für Österreicher wie für die australischen Ureinwohner gelten. Und selbst wenn die Ausformulierung der ethischen Grundanforderungen sich im Abendland am schnellsten entwickelt hat, lässt sich ihr Kern in allgemein menschlichen Phänomenen auffinden. Doch nicht nur die erwähnten Negativerfahrungen aufgrund von Verletzungen der menschlichen Würde sind bei allen Menschen festzustellen, auch manche positiven Ereignisse sind von universalem Charakter. Der jüdisch-französische Philosoph Emanuel Levinas etwa baut seine Ethik auf der Grunderfahrung des Anblicks eines anderen Menschen auf: Wer mir Auge in Auge gegenübersteht, bedeutet mir unüberhörbar: „Du wirst mich nicht töten!“. Solche Forderungen treten von außen, aus dem Wesen des Mitmenschen an mich heran mit einer Unbedingtheit, die meinem Gewissen kein Herumdeuteln erlaubt.

Doch warum argumentiere ich bislang philosophisch, während mein Thema die Friedensbotschaft des Oberhauptes der römisch-katholischen Kirche ist? Darüber möchte ich im vierten und letzten Teil meiner Überlegungen nachdenken. Doch immerhin wurde ich darum als Theologe gebeten, deswegen möchte ich vorher noch einige Gedanken darüber vorbringen, was die biblische Botschaft zur Idee von Menschenrechten und Menschenwürde beiträgt.

3. Menschsein in christlicher Deutung

Ich bin davon ausgegangen, dass Grunderfahrungen der zwischenmenschlichen Beziehungen und der fundamentalen menschlichen Bedürfnisse überall gleich sind, sowohl im Negativen wie im Positiven. Freilich interpretiert sie jeder unweigerlich im Deutungsrahmen seiner Weltanschauung und Religion.

Nun finden sich in der ganzen Welt Personen, die sich für die Grundrechte Anderer einsetzen und es kann sich selbstverständlich ein Mensch auch in einer allgemein humanistischen Weise so verstehen, dass er die Personwürde kennt und entsprechend lebt. Allerdings nimmt das Christentum an, eine bessere Deutung und eine tiefere Begründung der Sonderstellung des Menschen in der Natur zu haben und die ethischen Konsequenzen aus seiner personalen Verfassung deutlicher zu formulieren; ich fasse das in drei Aspekten zusammen:

1. – Wenn wir nämlich Menschenwürde nicht nur erkennen und annehmen, sondern nach der Herkunft dieses Menschenwesens fragen, gibt uns die Schöpfungserzählung (die wir mit den Juden gemeinsam haben) eine besondere Antwort. Wie auch Johannes Paul II. in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag hervorhebt, ist „jede Person als Bild und Gleichnis Gottes geschaffen“. (vgl. Gen 1, 26–28) Die biblische Interpretation des Menschen als gottähnlich bietet einen neuen Verständnishorizont für dessen Würde an.

2. – Wenn wir nach der Zukunft und der Bestimmung der menschlichen Person fragen, so verstärkt die christliche Antwort noch die Größe und Erhabenheit des Menschen. Nicht für die Würmer oder Flammen, die eines Tages unseren Leichnam verzehren werden, nicht für ein unpersönliches Nirwana, in das hinein unsere Seelen sich auflösen würden, nicht für ein trostloses Schattenreich, nicht für eine traurige Reinkarnation sind wir geschaffen – nein: Mit unserer persönlichen Lebensgeschichte, unseren Beziehungen, als Individuen (d.h.: „Auferstehung des Leibes“)

sollen wir das unendliche Leben, in unerschöpflicher Fülle bei Gott genießen.

3. – Wenn wir realistisch psychische und leibliche Traumata, Schuld und die schrecklichen Erfahrungen gerade des zwanzigsten Jahrhunderts betrachten und trotzdem nach der Möglichkeit menschenwürdigen Existierens fragen, so hilft uns die Erlösungslehre, welche uns verkündet, dass Gott selbst im Kreuz Jesu massives Unrecht und großes Leiden auf sich genommen hat und dass in der Auferstehung die Liebe siegreich blieb über alles Böse.

Ich belasse es bei diesen Andeutungen; es kommt mir darauf an, dass die biblische Botschaft mit ihrem Menschenbild die erfahrbare und vernünftig einsehbare Würde der Person vertieft und bekräftigt, weil sie die menschliche Natur, ihre Herkunft, ihre Zukunft und ihre Geschichte explizit deutet. Von daher haben wir Christen möglicherweise eine größere Motivation für unseren Einsatz für die Menschenrechte – und vielleicht auch eine größere Verpflichtung. Schließlich hat sich Gott selbst, schon im Alten Bund und dann in Jesus Christus, mit den Unterdrückten, den Entrechteten, den Armen identifiziert. (vgl. Mt 25, 31-46)

4. Ein neuer Humanismus gegen die Entwürdigung des Menschen

Mit meinem vierten Abschnitt kehre ich zurück zu der Frage, warum ich eine philosophische Argumentation für die Achtung des Menschen als Menschen für so wichtig halte. Mir scheint, Gefahren für die Menschenwürde drohen keineswegs nur in totalitären Staaten oder islamistischen Ideologien, sondern in noch grundsätzlicherer Weise bei uns: in den Demokratien des früher „christlich“ genannten Abendlandes. In Deutschland haben wir zwar ein ethisch hervorragendes Grundgesetz, das feststellt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschli-

chen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Zwar steht dahinter, aus kollektiver Leiderfahrung, ein Konsens – doch der scheint zu bröckeln. Ich meine, wir müssen sehr wachsam sein, auch als Staatsbürger, angesichts der Erosionen des Würdebewusstseins!

A – Da sind zuerst gewisse Entwicklungen der Technik, die sich verselbständigen von moralischen Entwicklungen. Noch bevor die ethischen Fragen geklärt wären, prescht z.B. die Gentechnik voran. Die Dynamik des Fortschritts schon ergibt strukturelle Gefahren für ein menschenwürdiges Umgehen und Umgehen-Lernen mit neuen technischen Möglichkeiten. So wird mit Menschen experimentiert, sie werden zu Objekten degradiert und instrumentalisiert. Dahinter stehen m.E. jedenfalls zwei Tendenzen, wobei die Art, wie wir unsere Welt organisieren, das menschliche Selbstverständnis einengt, nämlich:

B – Die Entlastung von schwerer körperlicher Arbeit, welche die Technik in den ersten Jahrtausenden gebracht hatte, ging inzwischen über in eine zunehmende Virtualisierung unserer Lebenswelt. Nicht erst die Computer und ihre sog. Spiele, sondern bereits Fernsehen, Werbung, Verkehrsbeschleunigung und die Bedarfsweckungs-Wirtschaft fördern tendenziell eine Leiblosigkeit und einen Spiritualismus. Natürliche, leibgebundene Bedürfnisse, die der Einfühlung bedürfen (denken wir an den Umgang mit Sexualität), werden in einer Vielflieger-, Fastfood- und Plastikwelt leicht missachtet. Freilich gibt es gegen unsere abstrakte Lebensweise eine Bewegung „zurück zur Natur“ – jedoch bräuchten wir wohl mehr: einen neuen, gesunden Humanismus. Dazu benötigen wir die Hilfe philosophischer Analyse und Argumentation.

C – Die sog. Globalisierung (was zunächst die Liberalisierung der Märkte, besonders die Entfesselung der Finanzmärkte meint) macht eine Art des Denkens dominant: die ökonomische Rationalität. Durch diese Verengung entwürdigen wir uns selbst.

Wir beobachten gegenwärtig, dass ein Denken gemäß den Regeln der liberalen Wirtschaft auf praktisch alle anderen Lebensbereiche übergreift. Das Kalkül von Kosten und Nutzen wird auf menschliche Beziehungen übertragen, wenn heute wieder (wie in der NS-Zeit) die volkswirtschaftlichen Kosten für die Pflege behinderter oder alter Menschen aufgerechnet werden, wenn Ehen aufgegeben werden, weil die erhoffte emotionale Rendite ausbleibt und die Reinvestition der Lebensenergie in eine neue Partnerschaft lohnender erscheint. Das Denken in der Kategorie der Effizienz (das uns Deutschen besonders nachgesagt wird) nimmt auch die Beziehungen zu anderen Menschen, den Einsatz für eine Gemeinschaft oder Gebet und Meditation nicht mehr wahr als eine Öffnung für das Schöne und das Gute. Ich halte dann z.B. mein Versprechen nicht mehr deswegen, weil das an und für sich gut ist, sondern weil es nützlich ist, dass möglichst viele Menschen ihre Versprechen halten. Ein solcher Funktionalismus kennt kein Unbedingtes mehr, weder in der Religion noch in der Moral, sondern reduziert die vielfältigen Sinndimensionen des Menschseins auf berechenbare Bedingungen. Die entsprechende ethische Theorie, Utilitarismus genannt, war in den letzten dreißig Jahren weltweit auf dem Vormarsch.

Das mag akademisch klingen, hat aber konkrete Auswirkungen etwa auf unseren Umgang mit behinderten Mitmenschen, mit uner-

wünschten Ungeborenen und treibt seine letzte Blüte in der aktuellen Euthanasiedebatte. Nicht nur im fernen Australien fordert Peter Singer, man solle Neugeborene, die z.B. aufgrund einer Behinderung eine Belastung für die Eltern wären, töten dürfen. In Deutschland hat beispielsweise der Rechtsphilosoph Norbert Hoerster diese Thesen übernommen. Sie verändern nicht nur unser Selbstverständnis als Menschen und das Bewusstsein unserer Würde. Sie drücken bereits einen wachsenden gesellschaftlichen Konsens aus. Ein so eindimensionales Menschenbild ist trostlos und letztlich sinnlos. Es versteht nicht mehr, was gemeint ist, wenn die diesjährige Friedensbotschaft behauptet: „Die Würde der menschlichen Person ist ein transzendenter Wert“. D.h., sie übersteigt jede vordergründige Betrachtung. Sie ist einer ursprünglichen, vollen Erfahrung zugänglich und hat mit der Religiosität eine gemeinsame Voraussetzung: eine grundsätzliche existenzielle Offenheit und Sensibilität.

Nun verteidigt der Papst die Universalität der Geltung der Menschenrechte gegen die relativistischen Tendenzen in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen, doch teilen sehr viele Menschen nicht das christliche Weltbild. Darum ist eine philosophische, allgemein zugängliche Begründung der Menschenwürde nötig. Schon zu einer allgemeinen humanistischen Einsicht in die Größe und Schönheit unseres Lebens zu verhelfen, wäre eine wich-

tige Aufgabe für die Christen und die Kirchen. Wie angedeutet, geht es dabei nicht nur um ferne Länder, sondern gleichzeitig um eine wahrhaft menschliche Kultur bei uns.

Von hier aus kann dann auch verständlich werden, dass die theologische Deutung des Menschen, seiner Herkunft und Zukunft in Gott, nicht einfach eine übergestülpte Behauptung ist, sondern eine Deutung tiefer, allgemein menschlicher Erfahrung. Diese muss heute erst neu ermöglicht und gesichert werden. Wir brauchen tatsächlich, wie Johannes Paul II. fordert, „eine Kultur der Menschenrechte“. Aufgrund unserer besonderen religiösen Tradition können wir vielleicht diese geistige Herausforderung als ein Zeichen der Zeit interpretieren und annehmen.

Die Friedensbotschaft nennt als wesentliche Dimensionen dieser Auseinandersetzung das Lebensrecht, die Religionsfreiheit, das Recht des Bürgers auf politische und wirtschaftliche Teilnahme, ethnische und kulturelle Identität, persönliche Selbstverwirklichung durch Erziehung, Bildung und Arbeit, das Recht auf Solidarität in Notsituationen, auf Frieden sowie unsere Verantwortung gegenüber der Umwelt. Wenn es uns mit Hilfe unserer Vernunft und in Zusammenarbeit mit allen Menschen guten Willens gelingt, diese Dimensionen der menschlichen Würde zu sichern, tragen wir bei zur Ermöglichung eines wahren und das heißt tiefen Friedens, der auf Menschlichkeit beruht. □

Wer betet für Soldaten?

Hunderte von Soldaten der Friedenstruppen sind bei ihren Einsätzen ums Leben gekommen

Vielleicht sollte ich dieses Gebet ganz, ganz leise sprechen, damit nur du es hörst und ich keinen Ärger kriege. Es ist nicht üblich, für Soldaten zu beten, weil man Waffenträger nicht mit Gott in Verbindung bringen will.

Ich danke dir für jene Soldaten, die Kriege verhindern, ihr Leben dafür einsetzen, die Wehrlose retten, die für Rechte und Freiheiten eintreten.

Ich bete gegen jene Soldaten, die Länder erobern, Völker unterwerfen, weil irgendein Herrscher es ihnen befohlen hat.

Ich bitte dich um Soldaten, deren Beruf nicht das Töten ist, sondern der Schutz, Leben, Freiheit und Recht. Lass sie nicht allein! Und gib jenen die ewige Ruhe, die dafür gefallen sind.

paul roth

Paul Roth „Dir gehört der Tag: Gebete aus dem Leben“, Verlag Styria; Graz, Wien, Köln, 1998.

WELTFRIEDENSTAG 1999 MIT KARDINAL MEISNER IM KÖLNER DOM

„Christen ist aufgetragen, die Welt ins Gebet zu nehmen!“

Mehr als 2.000 Soldaten unterschiedlicher Nationen, Angehörige der Polizei und des Bundesgrenzschutzes und Gäste der Militärseelsorge versammelten sich am 21. Januar im Kölner Dom zur Feier des Weltfriedenstages 1999.

Unter dem von Papst Johannes Paul II. ausgegebenen Motto „In der Respektierung der Menschenrechte liegt das Geheimnis des wahren Friedens“ feierte Joachim Kardinal Meisner, Erzbischof von Köln, zusammen mit den Anwesenden die Hl. Messe für den Frieden auf der Welt.

In seiner Predigt (Wortlaut s.u.) betonte Kardinal Meisner die Wichtigkeit des Betens, das den Mensch erst zum Mensch mache: „Der Mensch ist nur dann im Voll-sinn ein Mensch, wenn er auch Betender ist.“ Gerade Soldaten, die im Dienste des Friedens stehen, bräuchten „Identität mit sich selbst und die Verbundenheit mit Gott, die eine Frucht des Gebetes“ sei. Dabei sei „die Welt ins Gebet zu nehmen“ die einzige Chance, „die ihr heute noch bleibt“.

Unter den Gästen, der mehrsprachig gehaltenen Messe, die durch das Stabsmusikkorps der Bundeswehr musikalisch begleitet wurde, befanden sich die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Verteidigung Brigitte Schulte, der Generalinspekteur der Bundeswehr Hartmut Bagger und der Standortälteste Köln, Oberst Freiherr von Maltzahn.

Währenddessen versuchten ca. 70 Demonstranten vor dem Dom die Feierlichkeiten zu stören, indem sie sich gegen das Friedensgebet des Erzbischofs von Köln mit den Soldaten wandten! Sie verkannten dabei, dass gerade dieser Gottesdienst eine Demonstration der Soldaten gegen Krieg und für Frieden ist.

Für die Mehrheit der Versammelten wurde im Anschluss des Gottesdienstes die Besichtigung des Römisch-Germanischen Museums, des Kölner Doms oder eine Stadtrundfahrt angeboten.



Beim Empfang im Maternushaus: Joachim Kardinal Meisner, Brigitte Schulte, Parlamentarische Staatssekretärin beim BMVg, und General Hartmut Bagger

Geladene Gäste begaben sich nach dem Gottesdienst zu einem Empfang ins Maternushaus, zu dem der Katholische Wehrbereichsdekan III Rainer Schadt geladen hatte.

Nachdem sich Monsignore Schadt bei allen Gästen für ihr Erscheinen bedankt hatte, wies er darauf hin, wie wichtig es sei, dass sich alle Gesellschaften und Kulturen auf der Welt für die Menschenrechte einsetzen müssten, damit Kriege in Zukunft verhindert werde. Hier hob er besonders den Friedensdienst der Soldaten hervor, die in ihrem Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden kämpften.

Mit der Feststellung, dass er im Kampf für den Frieden schon seit jeher an der Front stehe, nahm er Bezug zu den Sprechchören der Demonstranten vor dem Dom „Meisner an die Front“. Hierfür benötige er, ähnlich wie Soldaten, die Kardinaltugend der „Tapferkeit“. Das nötige Selbstvertrauen zusammen mit der Tapferkeit sei auch wichtig, um die Pflichten an den Menschen zu erfüllen, d.h. die Probleme von heute der Zukunft anzupacken.

Staatssekretärin Schulte betonte in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit beider Kirche bei der Wertevermittlung. Gerade im Einsatz sei die Militärseelsorge für die Soldaten – fern von Familie

und Heim – ein sehr bedeutender Faktor. Auch vermittele die Militärseelsorge den Soldaten darüberhinaus die „moralische und ethische Legitimation“ von Friedenseinsätzen.

Auch Generalinspekteur Bagger unterstrich die Bedeutung der Militärseelsorge für Soldaten im Einsatz. Bei seinem letzten Besuch in Sarajevo habe er die gute Zusammenarbeit zwischen Militärseelsorgern und Soldaten wieder feststellen können. Auch für die den einsatzbegleitenden Militärpsychologen sind die Militargeistlichen eine wichtige Anlaufstelle. Abschließend verabschiedete sich Bagger, der zum letzten Mal als aktiver Soldat den internationalen Soldatengottesdienst besucht hatte.

Oberst Karl-Jürgen Klein, Bundesvorsitzender der GKS, betonte seine Freude darüber, dass die GKS als katholischer Verband durch „ihre Initiative und Mitwirkung inzwischen an vielen Orten in Deutschland“ es vorantreiben konnte, dass der Weltfriedenstag der Soldaten mit den Ortsbischöfen und der jeweiligen Bevölkerung gefeiert werde. Dass christliche Tugenden und Werte, die nach wie vor Grundlage des militärischen Dienens seien, nicht nur bejaht und akzeptiert, sondern auch im täglichen Dienstgeschehen umgesetzt werden, dafür setze sich die GKS im Besonderen ein. Hier sollen auch durch die GKS gerade den jungen Soldaten „sittlich-religiöse Orientierungen“ geboten werden (Wortlaut s.u.). (MS)

„Horizontal leben wie Christus am Kreuz“

Predigt von Kardinal Meisner zum Internationalen Soldatengottesdienst im Kölner Dom am 21. Januar 1999

„Cogito, ergo sum“, d.h. „Ich denke, also bin ich“, sagt der französische Philosoph Descartes. Er reduziert mit dieser Definition den Menschen auf das Denken allein. Ist das alles? Umfasst der Mensch nicht mehr? Nimmt uns der Computer nicht schon ein gut Teil des Denkens ab? Mit viel besserem Recht können wir aber sagen: „Oro, ergo sum“ d.h. „Ich bete, also bin ich“. Damit sagen wir: Der Mensch ist nur dann im Vollsinn ein Mensch, wenn er auch ein Betender ist. Das Beten ist eine Fähigkeit des Menschen, die ihm niemand in der Schöpfung – auch kein Computer – streitig machen kann. Das Beten macht den Menschen in der Welt zu einem Wesen außer Konkurrenz. Uns Christen ist es von Gott aufgetragen, die Welt ins Gebet zu nehmen.

1. Ich bete, also bin ich.

Denn Beten heißt zuerst, sich von Gott, dem Schöpfer, her zu vernehmen und anzunehmen. Wenn Gebet Gespräch oder Dialog mit Gott und den Menschen ist, dann hat Gott das erste Wort gesagt. Es ist sein Wort, dass mich über meine Eltern ins Dasein gerufen hat. Indem ich sein Schöp-

fungswort so vernehme: „Ich will, dass du da bist!“ kann ich mich so annehmen, wie ich bin: als Kind Gottes, als Tochter und Sohn Gottes. Ich bin von ihm gewollt, sonst wäre ich nicht da. Ich bin durch ihn geliebt, sonst hatte ich keine Existenz. Was Gottvater bei der Taufe Jesu im Jordan gesagt hat, das gilt in abgewandelter Weise auch für uns: „Du bist mein geliebter Sohn, an dem ich Gefallen gefunden habe.“ (Mt 3,17). Beten kann deshalb auch heißen: Gott gegen meine eigenen negativen Erfahrungen mit mir selbst Recht zu geben: Es war gut, dass er mich erschaffen hat. Darum kann ich „Ja“ zu mir selbst sagen, auch an den Tagen, an denen ich mich unerträglich finde, an denen ich mich eigentlich verneinen möchte. Vielleicht kennen sie die Erfahrung, dass man sich manchmal so behandeln machte, wie eine unliebsame Postsendung, deren Annahme man verweigert, weil man nicht „Ja“ zu sich selbst sagen kann. Wer sich aber nicht annimmt, kann sich dann auch nicht hingeben. Wo keine Annahme erfolgt ist, ist keine Hingabe möglich. Dann bleibt der Mensch bei sich allein, und das macht ihn zutiefst unglücklich und die Anderen mit.

Die Welt ins Gebet nehmen, heißt zuerst: Mich selbst ins Gebet zu bringen, mich von Gottes Schöpferhand her zu vernehmen. Dazu ist uns Vernunft gegeben worden. Als Soldaten stehen sie im Dienste des Friedens. Dazu brauchen sie die Identität mit sich selbst und die Verbundenheit mit Gott, die eine Frucht des Gebetes ist.

2. Indem ich Gottes Schöpfungswort vernehme, erschließe ich mir dann die Welt als Gottes Welt.

Sie ist nicht Zufallsprodukt einer anonymen Entwicklung, sondern sie ist gleichsam Gestalt gewordener Schönheits- und Liebeswille Gottes. Denn die Heilige Schrift sagt uns im Schöpfungsbericht ausdrücklich: „Gott sah alles an, was er gemacht hatte: Es war sehr gut.“ (Gen 1,31) Darum ist die Welt keine wertfreie Materie, die den Menschen auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert ist. Sie ist kein neutraler Stoff; an dem sich jeder nach eigenem Gutdünken bedienen könnte. Im Beten vernehme ich die Welt aus Gottes Hand wie einen kostbaren Schatz zu guten Händen, um sie unverseht an die nächste Generation weiter zu geben. Nur betende Hände verwandeln diesen Schatz nicht in Schutt. Nur bei den Betern ist unsere Welt nicht unter die Räuber gefallen, die sie dann geschunden und ausgeplündert liegen lassen.

Gottes Schöpfungswort lädt uns ein, uns an seiner Schöpfung zu beteiligen, indem es uns die Gestaltung der Welt aufträgt. Dafür sind wir verantwortlich, d.h. wir haben eine angemessene Antwort auf sein Schöpfungswort zu geben: „Gott sah alles an, was er gemacht hatte: Es war sehr gut.“ (Gen 1,31) In diesem Friedensdienst an der Schöpfung sollten sich Soldaten von niemandem übertreffen lassen.

Der Erzbischof von Köln, Joachim Kardinal Meisner, im Kreis von Soldaten beim Empfang im Maternushaus nach seinem bisher 10. Internationalen Soldatengottesdienst im Kölner Dom



Die Welt verantwortlich gestalten heißt: Sehen, was du heute selbst geschaffen hast, um dann am Abend sagen zu dürfen: Es war sehr gut, was ich heute schaffen durfte. Ist das bei uns immer so? Ich fürchte, nicht immer! Darum ist es nötig dass wir die Welt aus Gottes Wort vernehmen und annehmen zu guten Händen als ein kostbares Gut.

3. *Die Menschheitsgeschichte zeigt, dass der Mensch zwar die Welt in die Hände genommen hat, aber nicht ins Gebet.*

Der Mensch ist mehr Handwerker als Beter. Er hat die benediktinische Regel „Beten und Arbeiten“ zugunsten der Arbeit verfälscht. Darum beschreibt die Bibel die Menschheits- und Weltgeschichte als Unheilsgeschichte in drei Etappen: Gott hat die Welt wunderbar erschaffen, ohne Fehl und Makel hat er sie formiert. Der Mensch hat sie durch die Sünde deformiert. Christus aber hat durch seinen Einsatz am Kreuz die Welt wieder erneuert, d.h. er hat sie noch wunderbarer reformiert. Drei Etappen haben Welt- und Menschheitsgeschichte geprägt: von Gott gut formiert, vom Menschen durch die Sünde deformiert, durch Jesus Christus wunderbarer reformiert.

Die rettende Tat Jesu, die Welt zu reformieren, ist am Kreuz Gestalt geworden. Die vertikale Linie des Kreuzes verbindet Gott und Welt. Die horizontale Linie des Kreuzes aber verbindet Mensch und Mensch. Die Welt ins Gebet nehmen heißt, die Gestalt des Kreuzes im eigenen Leben anzunehmen, das eigene Leben horizontal auszuspannen, um die Menschen und ihre Probleme zu umfassen, so wie es etwa Friedrich Schiller in der „Ode an die Freude“ beschrieben hat: „Seid umschlungen Millionen!“ Das bedeutet: horizontal leben wie Christus am Kreuz. Die horizontale Linie allein ist aber keine Lösung, sie gibt keine Antwort. Sie verläuft parallel zur Welt und ihren ungelösten Fragen nach Rechts und Links ins Unendliche.

Ein Punkt aber bringt die Lösung und den gibt es nur an einer Stelle. Es ist jene Stelle, an der die vertikale Linie die horizontale durchkreuzt: die Gotteslinie, die

Weltlinie – das Gebet die Arbeit. Und dieser Kreuzpunkt ist der wichtigste Punkt auf unserer Erde. Die vertikale Gotteslinie trägt an diesem einen Punkt die ganze Last der horizontalen Weltlinie. Arbeit ohne Gebet hängt buchstäblich in der Luft. Leben ohne Anbetung läuft wirklich ins Leere. Die vertikale Gotteslinie muss tief verwurzelt sein, soll sich die horizontale Weltlinie weit nach Rechts und Links ausstrecken können, ohne umzukippen.

Für die heutigen – wahrlich weltweiten – Probleme werden Menschen mit einem tief verwurzelten Stehvermögen in Gott gesucht. Alle Flachheit und alle Oberflächlichkeit im Beten nimmt den Menschen das Stehvermögen in Gott. Dann kippt die Vertikale um, und mit ihr fällt auch die Horizontale und damit die Welt mit ihrer Last und erdrückt die Menschen. An diesem Kreuzpunkt hat ein Soldat letztlich seinen Standort. Die vertikale Gotteslinie allein ermöglicht auf der horizontalen Weltlinie den Überstieg über sich selbst. Wo nämlich die Gotteslinie die Weltlinie kreuzt, das Gebet die Arbeit trägt, dort kommt der Mensch über sich selbst hinaus.

Wo der Mensch sich nicht an diesen Kreuzpunkt heranwagt, den Christus uns gebracht hat, dort bleibt alles platt, eingeebnet, niedrig und perspektivlos. Himmel, Höhe und Horizont gibt uns nur der Allerhöchste, der im Kreuzpunkt der Welt auf uns trifft.

Die Welt ins Gebet zu nehmen ist ihre einzige Chance, die ihr heute noch bleibt. Uns ins Gebet bringen ist die einzige Zukunft, die sich uns auftut und für die es sich lohnt zu leben. Deshalb zieht uns Gott durch Jesus Christus in die Welt und Menschen bewegende Gestalt des Kreuzes hinein.

Der deutsche Schriftsteller Reinhold Schneider schreibt auf dem Höhepunkt der Nazi-Diktatur die unvergänglichen und heute noch gültigen Worte: „Allein den Betern kann es noch gelingen, das Schwert ob unseren Häuptern aufzuhalten und diese Welt den richtenden Gewalten durch ein geheiligt Leben abzurufen“. Ich bete, also bin ich. Wir beten, also wird die Welt bleiben. Glauben wir das? Der Prophet Jesaja sagt: „Glaubt ihr nicht, so bleibt ihr nicht!“ (Jes 7,9) Wir sagen es nochmals: „Ich bete, also bin ich“. Wir beten, also bleibt die Welt. Amen

Grußwort vom Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst Klein, beim Empfang im Maternushaus

Im vergangenen Jahre 1998 konnten wir den 50. Jahrestag der Annahme der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ begehen. Diese Annahme wurde bewusst und ausdrücklich mit der Charta der Vereinten Nationen verbunden, da ihr derselbe Geist und die gleiche Ausrichtung zugrunde liegt. So weist die Präambel dieser Erklärung der Menschenrechte bereits darauf hin, dass die Anerkennung der angeborenen Würde aller Menschen ohne Unterschied von Rasse, Religion, Herkunft und gesellschaftlicher Stellung wie auch die Gleichheit und Unveräußerlichkeit ihrer Rechte das Fundament für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt sind.

Wir alle, die wir uns heute Morgen schon traditionell mit Ihnen, verehrter Herr Kardinal

Meisner, anlässlich des internationalen Soldatengottesdienstes im Hohen Dom zu Köln mit anschließender Begegnung hier im Maternushaus versammelt haben, wissen leider sehr genau, dass diese hohen Ziele der Allgemeinen Menschenrechte wie auch der Charta der Vereinten Nationen bisher nur bruchstückhaft zu verwirklichen waren. Die Krisenherde in der Welt und damit verbunden das unsägliche Leid, das von Menschen ertragen werden muss, haben offenbar in den letzten Jahren exponentiell zugenommen. Prognosen, wie es auf den einzelnen Kontinenten und in den betroffenen Ländern weitergehen wird, sind nach derzeitigen Erkenntnissen mit einer hinlänglichen Gewissheit kaum vorherzusagen. So hat in diesem Jahr Papst Johannes Paul II. bestimmt nicht



Die Parlamentarische Staatssekretärin beim BMVg, Brigitta Schulte, im Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden der GKS Oberst Karl-Jürgen Klein (Fotos: PS)

ohne Grund mit spiritueller und visionärer Vorausschau den Weltfriedenstag unter das Thema gestellt „In der Achtung der Menschenrechte liegt das Geheimnis des wahren Friedens“.

Dieses Thema berührt uns Soldaten in besonderer Weise, da wir derzeit an vielen Orten der Welt mit als Hüter, Bewahrer, Förderer bisweilen auch als Zurückeroberer dieser Menschenrechte unseren Auftrag zum Wohle aller Menschen zu erfüllen suchen. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten als katholischer Verband innerhalb der Bundeswehr ist sehr froh darüber, dass durch ihre Initiative und Mitwirkung inzwischen an vielen Orten in Deutschland unsere jeweiligen Diözesanbischöfe sich bereit erklärt haben mit uns Soldaten diesen Weltfriedenstag öffentlich auch gerade mit der jeweiligen zivilen Bevölkerung zu begehen und zu feiern. Bei diesen Anlässen haben die Bischöfe Gelegenheit, ihre wahre Hirtenfunktion uns Soldaten gegenüber zum Ausdruck zu bringen und ihre Auffassung von einer gemeinsamen christlichen Werteüberzeugung und einen für jede christliche Gesellschaft notwendigen Wertekanon deutlich zu formulieren.

Diese Feier hier in Köln mit einer Tradition von über 20 Jahren ist sicherlich für viele andere Orte, wo Soldaten inzwischen auch diesen Weltfriedenstag feiern, Vorbild und Anstoß zugleich. Dafür gebührt Ihnen, Herr Kardinal Meisner und Ihrem verehrten Vorgänger, Herrn Kardinal Höffner,

Bundeswehr.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten fühlt sich in besonderer Weise mit dafür verantwortlich, dass christliche Tugenden und Werte in unseren Streitkräften weiterhin die Grundlage militärischen Dienens sind, auch wenn derzeit sich lediglich 2/3 aller Soldaten einer der beiden großen christlichen Kirchen zugehörig fühlen, dass die Rückbesinnung und Rückbindung an diese Tugenden und Werte besonders von Führern aller Ebenen nicht nur bejaht und akzeptiert, sondern aktiv in Handlungsweisungen umgesetzt werden. Gerade hier kommt dem Vorbildcharakter ein niemals zu unterschätzender Stellenwert zu. Gerade in den intensivsten Grenzsituationen, die ein Soldat zu bestehen hat, im Krieg, wird es darauf ankommen, dass ein von christlichen Grundwerten unserer abendländischen Tradition geprägter Führer gerade auch als Christ und in Anerkennung des christlichen Liebesgebotes verantwortlich seine Befehle gibt. Diese Anerkennung bedeutet dabei nicht nur um jeden Preis auf Gewalt zu verzichten, sondern, wie es sich beispielsweise derzeit im ehemaligen Jugoslawien darstellt, anderen beispielsweise einer schuldlosen Zivilbevölkerung, Kinder, Frauen und älteren Menschen Schutz vor Gewalt zu gewähren, notfalls sich auch an Kriegshandlungen aktiv zu beteiligen, die immer Gewaltanwendungen beinhalten, wenn Politik als das letzte Mittel scheitert bzw. zu scheitern droht.

Der Prägung und Ausbildung

des Gewissens kommt dabei eine ganz besondere Bedeutung zu. Hier will die GKS mithelfen, Soldaten in Staat und Gesellschaft sittlich-religiöse Orientierung zu bieten und geistige Heimat zu geben. Gerade unsere jungen Soldaten, ob Wehrpflichtige, Zeitsoldaten oder Berufssoldaten, das ist meine persönliche Erfahrung als Vorgesetzter ganz verschiedener Ebenen, erwarten klare Worte, eindeutige Befehle und Vorbild sowohl im dienstlichen wie privaten Bereich. Dabei bedürfen sie besonders der Ermutigung, des Rates und der Hilfestellung bei der Bewältigung gerade auch persönlicher Probleme. Mut, Hoffnung und Zuversicht gerade für unsere junge Generation sind unverzichtbare Elemente einer Gesellschaft, deren Aufbruch, Neuanfang und Veränderung zu Beginn eines neuen Jahrtausends unabdingbar notwendig sind. Wir haben eine Auswahl dieser jungen Menschen bei uns in den Streitkräften, die für uns Vorgesetzte eine positive Herausforderung darstellen können.

Auch in diesem Jahre möchte die GKS mit ihrem 7. Seminar der Akademie Oberst Helmut Korn vom 01. bis 05. November 1999 in Fulda im Bonifatiushaus einen Beitrag zum Selbstverständnis katholischer Soldaten leisten. Mit dem Thema „In Verantwortung vor Gott und den Menschen - Sinn - Identität - Ethik stellt sich die GKS einerseits den Gefährdungen des Soldatenberufes durch eine technokratische Perfektionierung, andererseits will sie den Perspektiven und Chancen nachspüren, die sich aus den vielfältigen neuen Aufgaben der Bundeswehr ergeben.

Zum Schluss möchte ich allen hohen und höchsten militärischen Vorgesetzten, und hier möchte ich besonders Sie, Herrn General Bagger, als unseren Generalinspektur nennen, sehr herzlich danken für die stete Unterstützung und Hilfe, die wir als Verband aus dem militärischen und zivilen Bereich erhalten. Wir erbitten für die GKS das Vertrauen und das Wohlwollen der politisch neuen Verantwortlichen im Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung. ...

Ihnen allen, darf ich für die geleistete und zu erwartende Unterstützung sehr herzlich danken. □

Soldaten im Dienst der „Friedensbewegung Christi“

Karl-Jürgen Klein

Über sechshundert Soldaten aus dem nordbayerischen und dem angrenzenden Raum feierten zusammen mit dem Diözesanbischof von Würzburg, Dr. Paul Werner Scheele, am 28. Januar einen feierlichen Friedens-Gottesdienst im Dom zu Würzburg. Es schloss sich ein Empfang im Kreuzgang des Domes an, bei dem zahlreiche Soldaten die Gelegenheit zum Gespräch mit dem Bischof suchten.

Anlässlich meiner Vorstellung als Bundesvorsitzender der GKS im September letzten Jahres beim Bischof von Würzburg, in dessen Bistum ich seit über einem Jahr Dienst leiste, habe ich den Bischof um einen Gottesdienst mit Soldaten zum Weltfriedenstag gebeten. Bischof Scheele erklärt sich sofort bereit, gemeinsam mit uns Soldaten sowie den Menschen aus Würzburg und Umgebung einen feierlichen Gottesdienst im Würzburger Dom zu feiern. Mit dieser Zusage drückte der Bischof deutlich aus, wie er zu uns Soldaten, die ihren Auftrag in bisweilen sehr schwierigen Situationen zu erfüllen haben, steht.

Besonders erfreulich war es dann, dass auf Einladung des Wehrbereichsdekans im Wehrbereich VI, Prälät Walter Wakenhut, und des Bundesvorsitzenden der GKS über sechshundert Soldaten an diesem Friedensgottesdienst teilnahmen.

In den Mittelpunkt seiner Predigt stellte Bischof Scheele die „Friedensbewegung Christi“. Dabei führte er aus: „Christus verkündet den Frieden, Christus stiftet den Frieden, Christus ist unser Friede. So klar das bezeugt wird, so wichtig das für die ganze Welt ist, so schlimm ist, dass dies immer noch nicht recht wahrgenommen wird, nicht einmal von denen, die meinen, gute Christen zu sein.“

Am Anfang seiner Predigt wies Bischof Scheele darauf hin, dass inzwischen 350 Jahre vergangen seien, seit der Westfälische Frieden geschlossen wurde. Dieser

Friede habe einen Krieg beendet, der drei Jahrzehnte lang unsagbar viel Unheil angerichtet habe. Mit diesem Friedensschluss sei nochmals die Wichtigkeit eines Friedensbewusstseins belegt. Damals sei dieses Wissen wegen der langen Kriegszeit aus den Köpfen der Menschen getilgt gewesen. Damals wie heute aber müssten sich die Menschen angesichts der Bilder vom Leid, das weltweit durch Kriege verursacht werde, der Bedeutung des Friedens noch bewusster sein. Im Bewusstsein dieser Bedeutung des Friedens, so der Bischof, würde dann der Wehrdienst im rechten Geist wahrgenommen. Dann sei der Dienst in der Bundeswehr ein aktives Mitmachen in einer Friedensbewegung, an deren Anfang Jesus Christus stehe.

Zum Schluss seiner Predigt ging Bischof Scheele auf die Seligpreisungen ein, welche die Bedeutung von Frieden und Gerechtigkeit für das Leben der Menschen besonders betonen würden. Bischof Scheele wies auch darauf hin, dass wichtige Entscheidungen für den Frieden auf dem Feld der Gerechtigkeit fielen. Damit schlug er den Bogen zu dem Motto des Weltfriedenstages „In der Respektierung der Menschenrechte liegt das Geheimnis des wahren Friedens“. Der Bischof erinnerte daran, dass zum Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden immer auch Mut und Opferbereitschaft gehörten. All denen, die dies befolgten, sei die größte Verheißung der Bergpredigt gewiss, nämlich Söhne und Töchter Gottes genannt zu werden.

Zum Abschluss des Gottesdienstes dankte ich im Namen der über sechshundert Soldaten dem Bischof für die Eucharistiefeier. Dabei konnte ich noch mal ganz kurz auf die Entstehung der Feier der Weltfriedenstag in Deutschland eingehen:

„Es war das Jahr 1975, als die internationale Vereinigung aller katholischen Soldatenverbände der Welt – das Apostolat Militaire In-

ternational (AMI) – auf ihrer Versammlung in Rom die Idee für eine besondere Feier des jährlichen Weltfriedenstages aufgriff. Damals schlug Militärgeneralvikar Dr. Martin Gritz vor zu prüfen, inwieweit katholische Soldaten den Weltfriedenstag im Sinne einer kirchlichen Friedensarbeit jedes Jahr mitfeiern oder gar mittragen könnten. Er führte damals aus, dass es ein beachtlicher Beitrag zur Förderung des Friedens sei, wenn sich jährlich einmal katholische Soldaten in den einzelnen Teilkirchen, die keineswegs gleiche, jedoch allen gemeinsame Aufgabe stellen würden, in der ihnen möglichen und gemäßen Weise den Weltfriedenstag der Kirche mitzutragen.

Auf Beschluss des AMI entschied sich damals die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) als größter Mitgliedsverband, solche Gottesdienste in den einzelnen Diözesen zu initiieren. So wurde der erste Soldatengottesdienst zum Weltfriedenstag am 13. Januar 1977 von dem damaligen Erzbischof von Köln, Josef Kardinal Höffner, mit ca. 1.500 Soldaten im Dom zu Köln gefeiert. Erfreulicherweise hat sich in den letzten Jahren diese Idee weiter durchgesetzt und derzeit wird an vielen Stellen in Deutschland durch die Diözesanbischöfe mit uns Soldaten einmal im Jahr dieser Weltfriedenstag gefeiert.“

Weiterhin führte ich aus: „Aufgrund Ihrer spontanen Bereitschaft, Herr Bischof Scheele, konnten wir in diesem Jahr auch in Würzburg die Idee aufgreifen und diesen Weltfriedenstag öffentlich begehen. Ihre Bereitschaft, mit uns Soldaten den Weltfriedenstag zu feiern, zeigt Ihren hohen Respekt vor unserem Auftrag als Soldaten gerade in der jetzigen Zeit, wo Soldaten an vielen Orten in der Welt als Hüter, Bewahrer, Förderer, bisweilen auch als Zurückeroberer der Menschenrechte unseren Auftrag zum Wohl aller Menschen zu erfüllen suchen.“

Bei der feierlichen Eucharistie, die das Heeresmusikkorps 12 aus Veitshöchheim unter der Leitung von Oberstleutnant Wilhelm Bruckhaus zusammen mit Domorganist Paul Damjakob musikalisch gestaltete, konzelebrierten mit dem Bischof Domkapitular Prälat Hartmut Wahl (er war der erste katholische Militärpfarrer von Veitshöchheim), die Wehrbereichsdekane, Prälat Walter Wakenhut (München) und Prälat Peter Raffoth (Kiel), der ehemalige Personalchef des Katholischen Militärbischofsamtes, Militärdekan a.D. Prälat Werner Köster (Theilheim), sowie die Standortpfarrer Norbert Sauer (Hammelburg), Wolfgang Schilk (Amberg) und Dekan Georg Hartmann (bis vor wenigen Tagen Standort-

pfarrer Veitshöchheim). Dem Gottesdienst schloss sich dann eine Begegnung des Bischofs mit den Soldaten im Kreuzgang des Domes an, wo die Soldaten die Gelegenheit ergriffen, Gespräche untereinander aber auch gerade mit dem Bischof und den anwesenden Militärggeistlichen zu führen.

Die Resonanz in den einzelnen Standorten, gerade bei den jungen Soldaten, war ausgesprochen gut. Viele berichteten, dass Gottesdienst, Predigt und anschließende Begegnung mit dem Bischof und den mitfeiernden Geistlichen ihnen persönlich sehr viel gegeben habe. Für viele sei dies Anlass, über ihr eigenes Leben sowie über ihren Auftrag als Soldat und als Christ intensiver nachzudenken als bisher. Übereinstimmend wur-

de der Wunsch geäußert, im Jubiläum 2000 wiederum einen ähnlichen Gottesdienst vorzubereiten und durchzuführen, dann allerdings – wenn es möglich wäre – unter Beteiligung der in dieser Region noch stationierten Alliierten. Meiner persönlichen Bewertung nach, sollte ein solcher Gottesdienst zum Weltfriedenstag künftig in allen Standorten der Bundeswehr durchgeführt werden.

Mein besonderer Dank gilt auch dem Wehrbereichsdekan VI, Militärdekan Prälat Walter Wakenhut, und dem Standortpfarrer Hammelburg, Militärpfarrer Norbert Sauer, die meine Idee zur Feier dieses Weltfriedenstages in Würzburg und die Gemeinschaft Katholischer Soldaten nach Kräften unterstützt haben. □

WELTFRIEDENSTAG 1999 IN RENDSBURG / WEHRBEREICH I

Rendsburg: Soldaten beten für den Frieden



Unter dem Motto des Papstes für den Weltfriedenstag 1999 „In der Respektierung der Menschenrechte liegt das Geheimnis des wahren Friedens“ feierte der Erzbischof von Hamburg, Dr. Ludwig Averkamp, am 3. Februar 1999 mit über 220 Soldaten einen Friedensgottesdienst. Der Katholische Wehrbereichsdekan I, Prälat Peter Raffoth, hatte zu diesem Gottesdienst eingeladen.

In seiner Predigt erinnerte der Erzbischof an die Erklärung der Menschenrechte von 50 Jahren und daran, dass die Menschenrechte heute in den meisten Verfassungen der Länder Gesetzesrang ha-

ben. Über diese Tatsache könne man sich freuen, aber in vielen anderen Ländern sei der Friede trotzdem gefährdet. In seiner Botschaft zum Weltfriedenstag prangert der Papst einige besonders eklatante Menschenrechtsverletzungen an: Dort, wo einzelnen Gruppen und nationalen Minderheiten das Grundrecht auf Existenz verweigert wird, werden Menschenrechte durch die brutale Unterdrückung der Menschen, durch Zwangsumsiedlungen und die Verwischung ihrer ethnischen Identität in ihrem Menschenrechten verletzt.

Zum Schluß seiner Botschaft sagt der Papst: „Das neue Jahrtau-

send steht vor der Tür. Sein Näherücken hat in dem Herzen vieler Menschen die Hoffnung auf eine gerechtere und solidarischere Welt genährt. Es ist ein Bestreben, das verwirklicht werden kann. Ja, es muß verwirklicht werden.“

Nach dem Gottesdienst fand im Hohen Arsenal in Rendsburg ein Festakt anlässlich des Weltfriedenstages statt. Es konnten hochrangige Vertreter der Bundeswehr und des öffentlichen Lebens begrüßt werden. Dr. Markus Riedenauer vom Institut für Theologie und Frieden in Barsbüttel sprach in einem Vortrag zum Thema „Menschenwürde, Grundrechte und der Frieden in Philosophie und Sozialethik“ über die friedenssichernde Aktualität der Menschenrechte (Vortrag im Wortlaut s.S. 21–24 in diesem AUFTRAG). Er begründet, daß Frieden eigentlich ganz einfach sei: Wenn Menschen einander als Menschen anerkennen in ihrer Würde, so sei dieser Respekt die Basis für eine friedliche Beziehung. Unfriede entstehe dort, wo dieses nicht der Fall sei.

Am 24. März feierte Erzbischof Averkamp in der Probsteikirche St. Anna in Schwerin einen weiteren Friedensgottesdienst mit Soldaten im Wehrbereich I. Beim anschließenden Empfang im Schweriner Schloss, hielt wiederum Dr. Markus Riedenauer seinen Vortrag. (Franz-Josef Hosse)

WELTFRIEDENSTAG 1999 DER GKS BONN

Europa nach der Jahrtausendwende

Wie wird, soll oder kann „Europa nach der Jahrtausendwende“ aussehen? Auf diese Frage erwarteten am 25. Februar 1999 in die Aula des Bonner Collegium Josephinum rund 300 hochrangige Gäste der GKS Bonn eine Antwort, die das Mitglied des Europäischen Parlaments Dr. Otto von Habsburg gab. Eingeladen hatte der GKS-Kreis Bonn zur Feier des Weltfriedens-tages, der in diesem Jahr zum 32. Mal in ununterbrochener Folge stattfand.

Otto von Habsburg, Sohn des letzten österreichischen Kaiserpaars, beglückwünschte zunächst die deutschen Soldaten zur Tradition, den Tag des Friedens zu feiern. Weil Soldaten bereit sind sich einzusetzen und Risiken einzugehen, seien gerade sie in der Lage sich für den Frieden aktiv einzusetzen, meinte das Mitglied des Europäischen Parlaments.

In einem ersten Teil seines freien Vortrags zeigte Otto von Habsburg an wenigen Beispielen auf, welchem Wandel die Menschheit in der zweiten Hälfte des zu Ende gehenden Jahrhunderts unterworfen ist: Viele Lebensgeheimnisse habe die Wissenschaft entschlüsselt und das führe zu einschneidenden Veränderungen, die neben Gefahren aber auch einmalige Chancen böten.

- Durch den Wegfall der Autonomie – noch zu Beginn des Jahrhunderts sei ein Dorf in der Lage gewesen, alle Bedarfsgüter selbst herzustellen – entstehe ein Bewusstsein, dass alle Menschen aufeinander angewiesen und gleich wichtig sind.
- Durch die Entwicklung des Verkehrs sei die Welt kleiner geworden und die Menschen sind sich nahe gekommen.
- Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten hätten die Welt am stärksten verändert; alles spiele sich gleichzeitig an allen Orten der Welt ab und jeder sei mit jedem verbunden und von Ereignissen direkt betroffen.

Otto von Habsburg sieht aber auch Gefährdungen durch totalitäre

Mächte, denen gerade junge Menschen nicht gewachsen seien, weil sie die Verführer nicht mehr kennen. Eine Gefährdung ist nach seiner Ansicht auch dadurch gegeben, dass die individuellen Menschenrechte zu Lasten der Menschenrechte von Ethnien und Volksgruppen einseitig betont werden. So werde im europäischen Parlament vehement über die Menschenrechte eines Öcalans diskutiert, eine Befassung mit den Volksgruppenrechten der Albaner im Kosovo werde jedoch verweigert. Europa nehme aus diversen innerstaatlichen Gründen die Volksgruppenrechte nicht ernst. Dabei könne nach Otto von Habsburg Europa eine „Supermacht des Friedens werden, denn dort, wo es viele Völker und Gruppen gibt, hat man wenig Lust Krieg zu führen“, meinte der Referent und trat für eine Erweiterung der Europäischen Union nach Osten ein, „je mehr Völker der EU beitreten, desto sicherer wird der Frieden: wirtschaftlicher Aufschwung ist

notwendig für Sicherheit und Voraussetzung für Frieden“.

Vier Bedingungen hält Otto von Habsburg für Europa nach der Jahrtausendwende für unabdingbar:

- *Patriotismus*

Innerhalb der EU müsse der Patriotismus im Sinne der Verwurzelung im eigenen Boden und eines Stolzes auf das eigene Land mit seinen kulturellen Leistungen gestärkt werden. Dazu gehöre auch die Selbständigkeit der Regionen. Die Deutschen sollten sich aufgrund der zwölf unseligen Jahre des Naziregimes nicht nur für ihr Land schämen und sich für das Elend der Welt verantwortlich fühlen. Sie könnten auf eine tausendjährige, hohe Kulturleistung in Europa zurückschauen.

- *Gesunder Sozialaufbau*

Für Otto von Habsburg sind Mittelstand und kleine Betriebe die Zukunftsträger der Gesellschaft, weil aus diesen der innovative Fortschritt komme. Großbetriebe hält er dagegen für unfruchtbar. Handwerk, Landwirtschaft, kleinere und mittlere Betriebe seien für einen gesunden Sozialaufbau zu stärken.

Fortsetzung auf Seite 32

Dr. Otto von Habsburg, geb. 1912, Mitglied des Europäischen Parlaments (Bildmitte), mit dem Standortpfarrer Bonn, Dr. Wolfgang Fey, und dem Vorsitzenden des GKS-Kreises Oberstleutnant Wolfgang Martin.

Der Europapolitiker stand mit seinen Vorstellungen von Politik immer auf dem Boden christlicher Grundwerte. Bei der Feier des Weltfriedens-tages der GKS Bonn am 25. Februar 1999 sprach er vor 300 Gästen aus Bundeswehr, Kirche und Öffentlichkeit über das „Europa nach der Jahrtausendwende“ (Foto: PS)



Fortsetzung von Seite 31

• *Innere Sicherheit und Gläubigkeit*

Die erste Aufgabe des Staates sei, die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren. Dies setze eine Wertverankerung voraus, die heute weitgehend abhanden gekommen sei. „Wo man Gott nicht anerkennt, brechen die Werte weg“, meinte von Habsburg. Noch im 19. Jh. sei es für Politiker selbstverständlich gewesen, von Gott und christlicher Moral zu sprechen – welcher heutige Politiker traue sich das noch. Und mit den Begriffen würden aber auch die Symbole des Glaubens aus der Öffentlichkeit verbannt.

Es gebe die Möglichkeit, im 21. Jh. zu einem gläubigen Jahrhundert zu gelangen. Dies dürfe nach

Ansicht des MdE aber nicht allein den Amtskirchen überlassen werden. In den Kirchen predige man eh nur zu den bereits Überzeugten. Jeder Christ müsse „an seinem Platz Kreuze aufstellen. Europa ist im 21. Jh. entweder ein christlicher Kontinent oder wird von der Weltbühne verschwinden“. Ein Zeichen der Rückbesinnung sei für ihn, dass entgegen früherer Entwicklung heute gerade bedeutende Wissenschaftler durch ihre Forschungen zur Gotteserkenntnis kämen.

Das Fazit, das der Europaparlamentarier zog, lässt sich auf einen kurzen Nenner bringen: Es gebe keinen Grund zum Pessimismus. Man könne „Gott nur danken, dass wir in einer zwar stürmi-

schon, aber interessanten Zeit leben. Christen sind Optimisten, weil sie dem Wort des Herrn vertrauend 'die Pforten der Hölle werden sie nicht überwältigen' eine Zukunft haben“.

In seiner Begrüßung wies der Vorsitzende des GKS-Kreises Bonn, Oberstleutnant Wolfgang Martin, darauf hin, dass Dr. Otto von Habsburg, der am Beginn des Jahrhunderts in die österreichische Kaiserfamilie hineingeboren wurde (1912), in enger Beziehung zur wechselvollen Geschichte des 20. Jahrhunderts und Europas stehe und trotz seines hohen Alters als Mitglied des Europäischen Parlaments (seit 1979) immer noch aktiv auf die Gestaltung des Kontinents Einfluss nehme. (PS)

700 SOLDATEN BEIM TRINATIONALEN FRIEDENSGOTTESDIENST IN MÜNSTER /WEHRBEREICH III

„Helm ab zum Gebet“

Stefan Akamp

700 Soldaten und Soldatinnen aus drei Nationen feierten am 11. März, mit Diözesanbischof Dr. Reinhard Lettmann einen gemeinsamen Gottesdienst im Münsteraner Paulus-Dom. Anlässlich des Weltfriedenstages hatte die Katholische Militärseelsorge die im Münsterland stationierten Soldaten und Soldatinnen aus den Niederlanden, Großbritannien und Deutschland zu der großen internationalen Soldatenmesse eingeladen.

Bischof Lettmann erinnerte in seiner Predigt an die Erklärung der Menschenrechte. „Staat und Gesellschaft haben die Aufgabe, die Rechte des Menschen anzuerkennen und zu schützen“, so der Bischof. Zudem dankte er den Soldaten für ihren Einsatz zur Beachtung der Menschenrechte.

Im Anschluss an den Gottesdienst trafen sich die Teilnehmer im Collegium Borromaeum in Münster, wo das Heeresmusikkorps 100 aufspielte. Wehrbe-

reichsdekan Prälat Rainer Schadt und Bischof Lettmann bedankten sich bei den Angehörigen der Streitkräfte für ihr Engagement für den Frieden und auch der Kommandeur des 1. Deutsch-Niederländischen Korps, Generalleutnant Karsten Oltmanns, richtete Worte an die Anwesenden. „Gerade uns Soldaten verbindet der tiefe und aufrechte Wunsch nach Frieden“, so Oltmanns. Vor allem die Krise auf dem Balkan werde die Soldaten wohl noch lange beschäftigen. Eine Aufgabe, die nur durch eine starke Gemeinschaft zu bewältigen sei, so der Generalleutnant weiter. Zudem nutzte Karsten Oltmanns die Gelegenheit, um sich bei den Militärseelsorgern für ihre nicht immer einfache Arbeit zu bedanken. „Ein fester Glaube und das begleitende Gespräch mit unseren, aus meiner Sicht zwingend notwendigen Militärpfarrern, erleichtern uns unsere Aufgabe dabei sehr“, so Oltmanns.

Als Vorbilder lobte Bürgermeisterin Marie Theres Kastner die Kooperation innerhalb des 1. Korps. „Hier wird uns konkret gezeigt, wie der Weg in ein einiges Europa geführt werden kann“. Zudem bedankte sich die Bürgermeisterin bei den Soldaten, dass sie sich so gut in das Leben und das Stadtbild von Münster einbringen. □



Schnappschuss vom Weltfriedenstag in Münster. Ein Soldat der Irish Guard empfängt von einem deutschen Soldaten seine Erbsensuppe, schaut nun der Niederländer hungrig oder eher skeptisch zu? (Foto: Timo Beyelemans)

WELTFRIEDENSTAG IN STUTTGART / WEHRBEREICH V

„Frieden und Kultur leben vom Einsatz für andere“

Bischof Kasper feiert mit Soldaten Friedensgottesdienst / Soldatendienst an Ansehen gewonnen

Bischof Walter Kasper hat den Soldaten des Wehrbereichs V für ihren „wichtigen und unverzichtbaren Dienst am Frieden“ gedankt. Beim ersten Friedensgottesdienst in der Konkathedrale St. Eberhard in Stuttgart anlässlich des Weltfriedentages sagte Kasper am 15. März, der Soldatendienst habe in den letzten Jahren mit Recht zunehmend an Ansehen gewonnen. Wenn sich nun Bundeswehrsoldaten auf den bisher wohl schwierigsten und risikoreichsten Einsatz im Kosovo vorbereiteten, verdiene dies Respekt und Anerkennung.

Vor rund 500 Soldaten betonte der Bischof, ohne Frieden würde allen anderen Rechten und Gütern die Grundlage entzogen. Friede sei immer das Werk der Gerechtigkeit, das die Respektierung der Menschenrechte voraussetze. Die Deutschen, die in einem Rechtsstaat in Frieden leben könnten, müssten sich dessen wieder deutlicher und dankbarer bewusst werden. Es gelte, so der Bischof, nicht nur die eigenen Bedürfnisse und Interessen durchsetzen zu wollen, sondern sich auch für andere einzusetzen und sich die Verwirklichung von Werten und Idealen „etwas kosten zu lassen“. Von sol-

cher Tapferkeit, die das Gegenteil des heute verbreiteten „Ohnehin-Standpunktes“ sei, lebe der Friede und die Kultur der Menschheit.

Bischof Kasper dankte insbesondere den Militärseelsorgern für ihre menschliche und geistliche Begleitung der Soldaten und versicherte, dass die deutschen Bischöfe voll hinter ihnen stehen. Bei der Bundeswehr habe die Militärseelsorge einen festen und anerkannten Platz. – Im Anschluss an den Gottesdienst fand im neuen Schloss für die Soldaten ein Empfang des Bischofs und der Bundeswehr statt.

(drs/kwh/Amt für Öffentlichkeitsarbeit Diözese Rottenburg-Stuttgart)

WELTFRIEDENSTAG DER KATHOLISCHEN MILITÄRGEMEINDEN HAMMELBURG UND SCHWEINFURT / WEHRBEREICH VI)

Zwei Länder, zwei Armeen, aber nur eine Religion

Peter M. Pillich

Rund 300 Kirchenbesucher – Soldaten wie Mitglieder der Zivilgemeinde und besonders viele Soldatenkinder – folgten am 7. März der Einladung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) Hammelburg zur Teilnahme an einem Friedensgottesdienst, der gemeinsam mit der Katholischen U.S. Militärgemeinde Schweinfurt gestaltet wurde. Chaplain David Sunberg, der bereits letztes Jahr den Gottesdienst zum Weltfriedenstag zusammen mit Militärfarrer Norbert Sauer gestaltete, geht Mitte des Jahres wieder zurück in die Vereinigten Staaten. Die gegenseitigen Besuche zum Weltfriedenstag in Hammelburg und zum Erntedankfest in Schweinfurt sind schon Tradition.

„Zwei Länder, zwei Armeen, aber nur eine Religion, das verbindet uns“ betonte der Hammelburger Militärfarrer Norbert Sauer bei seiner Begrüßung. So bestimmte der Wunsch, gemeinsam für den Frieden und die Gerechtig-

keit zu beten den Gottesdienst. „Der Mensch ist das Ebenbild Gottes“ äußerte Militärfarrer Norbert Sauer bei seiner Predigt. Trotz der vielen Kriegsschauplätze auf der Welt müsse es das Ziel sein, die Würde des Menschen zu achten. Ruhe und Sicherheit fürs Leben und Wohnen solle eine moralische Verpflichtung für alle kriegsführenden Parteien sein.

Die zwei ineinander verschlungene Hände auf dem Liedblatt sollten die Verbundenheit kennzeichnen. „Liebe kann nicht sterben. Sie findet immer wieder einen Weg, dem Tode zu entinnen“ war darauf zu lesen.

„Es gilt den Frieden als Geschenk Gottes zu bewahren“ betonte Oberst Winfried Rodde, stellvertretender Standortältesten und Stellvertreter des Schulkommandeurs bei seinem Grußwort. „Als Soldat und Christ unterliegen wir alle einer besonderen Verantwortung“.

Zu den Gästen gehörten der

Kommandeur des Jägerlehrbataillon 353, Oberstleutnant Peter Utsch, der Leiter des U.S.-Pfarramtes in Schweinfurt Lieutenant Colonel Chaplain John S. Parker, der Command Sergeant Major Dwight Anderson der zweiten Brigade der ersten U.S. Division und der Leiter des U.S.-Amtes für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Schweinfurt George Ohl.

Den Gottesdienst gestaltete musikalisch wieder die Hammelburger Gruppe St. Johannes mit Gospels und Rockgesängen. Wie gut diese den Besuchern gefallen haben, zeigte am Ende des Gottesdienstes der donnernde Applaus.

Große Resonanz fand das anschließende gemeinsame Mittagessen bei der Unteroffizierheimgesellschaft (UHG) in der Saaleck-Kaserne. Was beim Gottesdienst begonnen wurde, konnte hier fortgesetzt werden. Amerikanische und deutsche Soldaten und Gemeindemitglieder saßen gemischt zusammen. □

Innere Führung – auf den Punkt gebracht

Gedanken zu Wesen und Wirkung der Führungskultur der Bundeswehr

Helmut Jermer

Innere Führung ist zu einem Markenzeichen der Bundeswehr geworden. Ihr Anspruch, eine den Werten des Grundgesetzes entsprechende menschliche Ordnung der Streitkräfte zu gestalten und zugleich dem militärischen Auftrag nachzukommen, kann im Rückblick auf mehr als vier Jahrzehnte Bundeswehr als Erfolgsstory bezeichnet werden. Die Grundsätze der Inneren Führung haben inzwischen auch Führung, Ausbildung und Erziehung in der „Armee der Einheit“ durchdrungen. Innere Führung soll als geistige und moralische Herausforderung erkannt und vor allem als ganzheitliche Konzeption begriffen werden, die alle Bereiche der Bundeswehr wie Sauerteig oder Salzkörner durchdringt ... Doch manchmal kommen Zweifel. Der alljährliche Bericht der Wehrbeauftragten, die Extremismusentgleisungen vor einiger Zeit, aber auch einige Webfehler im System Bundeswehr lassen aufmerken und fordern zu Korrekturen auf. Denn: nichts ist so gut, als dass man es nicht verbessern könnte!

Der hohe Anspruch und die – mitunter ermüthende – Wirklichkeit

Die Tatsache, dass die Bundeswehr funktioniert, dass Soldaten in dieser Armee unter vergleichbar guten Bedingungen ihren Wehrdienst leisten können, dass sich Menschen in ihr wohl fühlen, vom wehrpflichtigen Soldaten bis hin zum Berufssoldaten, ist die eine Wirklichkeit. Das andere, nachdenklich stimmende Zeugnis bringt der jährliche (Mängel-)Bericht des Wehrbeauftragten ans Tageslicht; er dokumentiert, dass Innere Führung immer noch nicht überall gegriffen hat bzw. begriffen wurde. Vor einiger Zeit wurde – medial verstärkt – versucht, die Bundeswehr als für rechtsextre-

mes Gedankengut anfällige Institution „madig“ zu machen. Der Ergebnisbericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission bestätigt jedoch, dass Rechtsextremismus in der Bundeswehr keine Chance hat.

Wer meint, Innere Führung ließe sich durch Befehl und Gehorsam erzwingen, auf dem Vorschriftenwege verordnen oder an Paragraphen festzurren, banalisiert sie und trifft den Kern genauso wenig, wie derjenige, der glaubt, Innere Führung könne man als Lehrfach „abgappen“, als Unterrichtsstunde „absitzen“ oder in einem Führungsgrundgebiet „endlagern“, um diese „vergeistigte Disziplin, die gerade noch gefehlt hat“, als „erledigt!“ abzuhaken. Innere Führung lässt sich weder verordnen noch verwalten. Sie verlore ihre Wirkung, wenn sie nicht vom Verstand erfasst und im Herzen bewegt würde. Schließlich soll Innere Führung verhindern, dass der Soldat zum Armeefunktionär verkümmert oder gar zum Militärapparatschik verkommt. Eine so einmalige Konzeption darf weder von Bürokraten zerwaltet, noch von Technokraten vergewaltigt werden!

Daher muss jede Möglichkeit in der Führerausbildung genutzt werden, um Innere Führung als

„Unternehmensphilosophie der Bundeswehr“ zu verankern. Und deshalb stehen Vorgesetzte in der Pflicht, Innere Führung den ihnen anvertrauten Soldaten vorzuleben und sie anzustecken, damit Führer und Geführte sich nie wieder als Verführte erfahren müssen.

Wer Innere Führung konkretisieren möchte, darf, auch wenn er sich – notwendigerweise – mit Teilaspekten beschäftigen muss, nie den Blick für das Ganze, das mehr ist, als die Summe seiner Teile, verlieren. In diesem Sinne soll die folgende Abhandlung auch als Plädoyer für eine übergreifende und umfassende Sicht der Inneren Führung verstanden werden.

Politische Vorgabe – eine Armee in der Demokratie

Die Bundeswehr steht als Armee für die freiheitlich verfasste und demokratisch angelegte politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Deutsche Streitkräfte demonstrieren den Willen des Volkes zur Selbstbehauptung im Kräftespiel übernationaler Politik; als Instrument der Politik stellen sie einen Machtfaktor dar, der durch das Grundgesetz politisch fundiert und legitimiert ist und sich dem Völkerrecht unterordnet.

Die Verfassung erkennt die Würde des Menschen als obersten Zweck allen Rechts an und bindet die Staatsgewalt und ihre Institutionen an diese Vorgabe.

Die Bundeswehr verteidigt Recht und Freiheit des deutschen Volkes; sie schützt den Staat, damit Menschen in seiner Ordnung in Frieden leben und sich in Würde entfalten können. Die Soldaten organisieren die Fähigkeit zur Verteidigung und schaffen damit für den Staat die Voraussetzung zur Selbstbestimmung. Mit der Bundeswehr ist Deutschland außenpoli-

Innere Führung

Versuch einer Definition

Innere Führung ist eine dynamische Konzeption, welche, ausgehend vom Menschenbild des Grundgesetzes, sowohl die innere Verfassung der Bundeswehr entscheidend prägt, das Miteinander der Soldaten konstruktiv regelt und zu gewissenhaftem Dienen motiviert.

Aus der Wechselbeziehung Armee / Staat definiert sie das Rollenverständnis von „Streitkräften in der Demokratie“, und aus dem Verhältnis Gesellschaft / Soldat heraus stützt und gestaltet sie das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“. Ihre Prinzipien bewirken – richtig angewendet und umgesetzt – auf vielfältige Weise die Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft.

tisch handlungsfähig und bündnispolitisch vertrauenswürdig. Unter dem Schutz der Streitkräfte können die politisch Verantwortlichen nach dem Maß menschlicher Einsicht vernünftige Entscheidungen treffen und damit den Frieden und die Zukunft gestalten.

Aus dieser Vorgabe wird deutlich, wofür die Bundeswehr steht. Genauso wird klar, dass sich die Bundeswehr gegen alles Menschenverachtende, Unterdrückende und Totalitäre richtet. Mit ihren Streitkräften kann die Bundesregierung jedem Aggressor den gut gemeinten Rat geben, Deutschland in Frieden zu lassen – und nicht nur Deutschland. Die Bundesrepublik hat als Mitglied in der NATO, der OSZE und der UNO Interessen und Verpflichtungen, die über das rein Nationale hinausgehen ...

Rechtliche Grundlage – eine Verfassung für die Streitkräfte

Das Primat der Politik als Grundbedingung aller Entscheidungen, welche die Streitkräfte betreffen, ordnet die Bundeswehr als Institution der Exekutive in die Strukturen des demokratisch legitimierten und parlamentarisch kontrollierten Rechtsstaates ein und macht sie damit von der Legislative abhängig. Die deutsche Wehrverfassung ist logischerweise vom Grundgesetz abgeleitet. Sie steckt den rechtlichen Rahmen für den Auftrag der Bundeswehr ab, aus dem sich wiederum der personelle Umfang und die materielle Ausstattung ergibt (Art 87a GG). Streitkräfte dürfen demnach nur zum Zwecke der Verteidigung eingesetzt und niemals zu einem Angriff missbraucht werden. Verteidigung ist im weiteren Sinne zu verstehen. Als Partner in übernationalen Organisationen und Mitglied der Vereinten Nationen ergeben sich nämlich Beistandsverpflichtungen, die Friedensmissionen rechtfertigen. Denn: wer für sich Recht und Freiheit beansprucht, muss auch anderen gönnen, in den Genuss dieser Werte zu kommen und in diesem Sinne bereit sein, dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen.

Auch für die innere Ordnung der Bundeswehr wurden Lehren aus der Vergangenheit berücksich-

tigt und rechtlich abgesichert. Die Soldaten der Bundeswehr sind auf die Verfassung (und nicht auf eine Person) vereidigt. Sie dienen aus Einsicht in die Notwendigkeit einer moralisch gerechtfertigten Verteidigung und kultivieren einen Gehorsam, der an die Werte des Grundgesetzes gebunden ist: demnach brauchen Befehle nur ausgeführt zu werden, wenn sie dienstlich begründet sind, also letztlich dem Verfassungsauftrag entsprechen, und wenn sie die Menschenwürde nicht verletzen; Befehle dürfen nicht befolgt werden, wenn sie verbrecherische Absichten verfolgen oder zu Vergehen auffordern würden. Die Regeln des Völkerrechts, mit dem das Grundgesetz abgestimmt ist, binden sowohl den Befehlsgeber als auch den Befehlsempfänger.

Bundeswehrsoldaten haben die gleichen Rechte und Pflichten wie jeder andere Bürger. Ihre Rechte dürfen nur eingeschränkt werden, wenn dies durch den Verteidigungsauftrag im Sinne des Gemeinwohls notwendig ist. Nach dem Prinzip: so viel Freiheit wie möglich und so viel Einschränkung wie – dienstlich begründet – nötig, erleben Soldaten auch im militärischen Alltag demokratische Umgangsformen. Beispielsweise soll der Soldat an Entscheidungen beteiligt werden, die ihn direkt oder auch indirekt angehen. Dadurch wird der Umgang miteinander transparent und berechenbar und trägt zur Vertrauensbildung bei. Schließlich ist es dem Staatsbürger in Uniform unbenommen, demokratische Rechte zu nutzen. Er hat z.B. die Möglichkeit, sich an seinen Vertrauensmann zu wenden, sich zu beschweren oder auch durch eine Eingabe an den Wehrbeauftragten auf Missstände aufmerksam zu machen.

Ethische Auflage – Leitbild des Staatsbürgers in Uniform

Innere Führung kann als ein „Gesellschaftsvertrag“ verstanden werden, der sowohl das Militär dem Primat der Politik unterordnet als auch die Streitkräfte auf die Demokratie verpflichtet. Die Konzeption Innere Führung stellt somit Einvernehmen zwischen Armee und Demokratie her; Innere

Führung ist ein Faktor, der hierarchisch strukturierte Streitkräfte in den demokratisch konstituierten Staat einordnet. Mit dem ideellen Überbau Innere Führung zur militärorganisatorischen Basis hat die Bundeswehr eine Antwort gefunden, mit der sie ihre Rolle in Staat und Gesellschaft verfassungskonform bestätigt. So betrachtet, ist Innere Führung eine „Unternehmenskultur“ für die Bundeswehr, die einen einmaligen „Way of Life“ für die bundesdeutschen Streitkräfte ermöglicht.

Der Schlüssel zum Selbstverständnis der Soldaten der Bundeswehr liegt in der Inneren Führung. Sie bildet das ethische Koordinatensystem, in dem sich der Staatsbürger in Uniform selbst finden und Position beziehen kann. Die Dynamik der Inneren Führung wächst im Spannungsfeld zwischen bürgerlicher Freiheit einerseits und soldatischer Ordnung, insbesondere der Bindung des Soldaten an Befehl und Gehorsam, andererseits. Innere Führung will Harmonisierung zwischen Bürger und Soldat, zwischen Demokratie und Armee. Als eine „Ethik für die Bundeswehr“ fördert die Innere Führung den Gedanken der „Armee in der Demokratie“. Sie nimmt im Staatsbürger in Uniform Gestalt an, prägt ihn in geistig-moralischer Hinsicht und fordert das Führungspersonal in besonderem Maße heraus.

Die allgemeine Wehrpflicht entspricht der Logik des Staatsbürgers in Uniform und fordert von der Armee, sich an gesellschaftliche Entwicklungen anzupassen. Sie ist der eigentliche Garant dafür, dass die Streitkräfte kein Eigenleben führen und Gefahr laufen, sich abzukapseln oder gar zu einem „Staat im Staate“ zu werden. Die Bundeswehr wird durch die Innere Führung demokratiefreundlich, sozialverträglich und staatstragend!

Vom Menschenbild des Grundgesetzes ...

Das Wissen um politisch-historische Zusammenhänge verpflichtet jeden verantwortungsbewussten Staatsbürger, gerade jene in Uniform, zur Wachsamkeit gegen-

über jeder Gefährdung, damit die Menschlichkeit unter dem Schutz der Verfassung gedeihen kann. Völkerrecht und Menschenwürde zu achten, ist ein aus der „Goldenen Regel“ (Mt 7,12) abgeleiteter sittlicher Imperativ, den es inner- und überstaatlich umzusetzen und als „Weltethos“ (Küng) zu fördern gilt. In diesem Sinne ist das Grundgesetz eine Sammlung von Lehren aus der Vergangenheit und wirkt als Mahnung und Verpflichtung für die Zukunft.

Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als weltanschaulich neutraler Staat, der jedoch nicht wertfrei ist, wie die Präambel und der Grundrechtskatalog ausführt. Die Würde des Menschen und seine individuellen und unveräußerlichen Rechte einerseits, subsidiäre und solidarische, gemeinschaftsbildende und -fördernde Pflichten andererseits prägen das Menschenbild des Grundgesetzes. Mit diesem Ansatz wird das Grundgesetz sowohl der Individualität als auch der Sozialität des Menschen gerecht.

„Das Grundgesetz ist eine wertgebundene Ordnung, die den Schutz von Freiheit und Menschenwürde als den obersten Zweck allen Rechts erkennt; sein Menschenbild ist nicht das eines selbstherrlichen Individuums, sondern das der in der Gemeinschaft stehenden und ihr vielfältig verpflichteten freien Persönlichkeit.“ (BVerfG 12,45,51)

... zum Selbstverständnis des Soldaten

Unter diesem völker- und verfassungsrechtlichen Überbau steht der Bundeswehrsoldat, der sich vielfältig herausgefordert sieht: als freie Persönlichkeit, als überzeugter Demokrat, als pflichtbewusster Staatsbürger, als motivierter Soldat, als verlässlicher Kamerad oder, kurz gesagt: als verantwortungsbewusster „Schutzmann“ von Recht und Freiheit. Dieses Wissen zu vermitteln kann nicht Inhalt eines „Nachhilfeunterrichts“ in der Bundeswehr sein, sondern muss im Elternhaus grundgelegt und in den allgemein bildenden Schulen vermittelt werden.

Ohne die Erfahrung in der kleinsten gesetzlich geschützten Institution (Art. 6 GG) der Gesell-

schaft fehlen die Fundamente für das Werden und das spätere Wirken jeder Person. Insbesondere in der Familie können Vertrauen und jene Verbundenheit wachsen, die sich in der Verbindlichkeit des erwachsenen/eigenverantwortlichen Lebens bewähren. Die Atmosphäre in der Familie prägt den Menschen und verschafft ihm eine Urerfahrung; aus der familiären Geborgenheit heraus können soziales Engagement und Sinn für das Gemeinwohl erwachsen. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich die Antwort auf die Frage, was die Familie mit dem Selbstverständnis des Soldaten zu tun hat: Verbundenheit und Verbindlichkeit als Grundbedingung für den Dienst an der Gemeinschaft, was sich im Eid des Soldaten verdichtet, nämlich „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit tapfer zu verteidigen!“

Für die Soldaten der Bundeswehr mag das gelten, was unter anderem auch in den Leitsätzen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten steht: für Recht und Freiheit, sittlich gebunden, politisch-historisch gebildet, fachlich kompetent, gewissenhaft dienend und – schließlich – dem Frieden verpflichtet!

Menschenführung als Aufgabe – eine besondere Herausforderung

Das Grundgesetz räumt der Würde des Menschen höchsten Rang ein: „Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“, heißt es im Artikel 1. Dieser Prämisse kann sich kein Vorgesetzter entziehen. Vielmehr stehen alle Führungskräfte in der Pflicht, ihr Führungsverhalten am Menschenbild des Grundgesetzes zu orientieren. „Wer Menschen führen will, muss Menschen mögen!“ Dieser Satz fordert den militärischen Führer in besonderer Weise heraus. Mit Menschen umzugehen, verlangt, den Mitmenschen anzunehmen, sich in ihn hineinzufühlen, auch, um hierarchische Hemmschwellen abzubauen und letztlich Vertrauen zu bilden.

Die alte Weisheit der Goldenen Regel: „Behandelt die Menschen

so, wie ihr selbst von ihnen behandelt werden wollt“, kann auch als Leitgedanke für wohlverstandene Menschenführung nicht oft genug wiederholt und variiert werden: „Was du nicht willst, das man dir tu’, das füg’ auch keinem andern zu!“ Das Primitiv-Prinzip „Wie du mir, so ich dir“ wirkt als Störfaktor im menschlichen Miteinander. Wer fragt, warum es „seinen Untergebenen“ anders gehen soll als ihm, hat die mit seinem Amt verbundene Macht nicht verdient und wird seiner Verantwortung nicht gerecht. Menschliches Führen verlangt menschliche Größe. Richtig verstandene menschliche Führung motiviert zum Engagement um der Sache willen – zum treuen Dienenden – und verlangt in diesem Sinne Leistung. Der Soldat soll Selbstdisziplin einüben und seine individuellen Leistungsgrenzen kennen lernen.

Zur besonderen Verantwortung von Vorgesetzten - soziale und andere Kompetenzen

Ein überzeugender Vorgesetzter fordert von den ihm anvertrauten Soldaten nicht mehr, als von sich selbst. Er erträgt mit ihnen die Härten der Ausbildung und des Einsatzes und teilt mit ihnen Entbehrungen, wiewohl er Lob und Anerkennung weitergibt. Durch charakterstarkes, berechenbares Auftreten und durch fachliche Kompetenz erwirbt er personale Autorität: die Begabung, Menschen führen zu können, sie zu motivieren aber auch für sie zu sorgen, ist wichtiger als Fachwissen in Sachgebieten, das in Vorschriften und Erlassen nachgelesen werden kann.

Um das persönliche Engagement zu würdigen, muss sowohl die Eignung für bestimmte Verwendungen als auch die Leistung jedes einzelnen Soldaten auf seinem Dienstposten nach objektiven Kriterien und gerecht beurteilt werden, damit sich beide, Eignung und Leistung, in einem berechenbaren und damit nachvollziehbaren Fördersystem niederschlagen können. Wer sich fordern lässt, soll auch gefördert werden. Und noch etwas: Personalführung, konkret: Menschen zu beurteilen ist eine heikle Aufgabe – auch der

zu beurteilende Soldat hat seine Würde ...

Ein gerechter und menschlicher Führungsstil wirkt sich nachhaltig aus: auf die Geführten, die zu Kronzeugen werden, wenn sie in der Öffentlichkeit über ihren Dienst im Allgemeinen und ihre Vorgesetzten im Besonderen reden. Deshalb sollte jeder Vorgesetzte darauf bedacht sein, so zu führen, auszubilden und zu erziehen, dass die ihm anvertrauten Soldaten spüren, dass sie gebraucht werden und begreifen, warum und wofür sie dienen und dass sie tagtäglich anständig behandelt werden. Menschenfreundliches Führungsverhalten fördert den respektvollen Umgang miteinander und harmonisiert das Mitarbeiterverhalten. So wird Innere Führung zu einer hohen Schule, die auf charakterliche Stärke setzt und geistige Kraft zu entfalten vermag.

Der Auswahl von Vorgesetzten kommt große Bedeutung zu, liegt es doch gerade an ihnen, ihre Soldaten für den Dienst an der Gemeinschaft in Pflicht zu nehmen, ihnen die ethischen Aspekte einer sittlichen Orientierung an der Werten des Grundgesetzes zu vermitteln, sie historisch-politisch zu bilden, damit sie wissen, warum sie dienen und wofür sie (im Letzten) stehen. Der Zweck allen soldatischen Dienens ist auf Frieden in Freiheit ausgerichtet: Frieden sichern – Frieden fördern! Oder anders: Menschenwürde schützen – Völkerrecht durchsetzen – Wohlfahrt verwirklichen.

Führen durch Auftrag - verantwortetes Handeln in Freiheit

Der preußische Reformers Scharnhorst hat in vordemokratischer Zeit gefordert: „*Alle Bewohner des Staates sind geborene Verteidiger desselben.*“ Dieser Satz gilt heute, in der verwirklichten Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, erst recht. Es entspricht guter deutscher Militärtradition, dem Soldaten in seiner Rolle als Befehlsempfänger Freiheit im Handeln zu geben und damit verbunden auch die Verantwortung für sein Tun. Das Vertrauen, das Vorgesetzte „schenken“, indem sie nach diesem Prin-

zip führen, lässt den Auftragnehmer erfahren, dass er ernst genommen wird. Durch Aufträge führen heißt also, nicht nur die Verantwortung für die gewährte Freiheit im Handeln zu übernehmen, sondern auch für das einzustehen, was der nachgeordnete Bereich durchführt.

Wer aus Einsicht gehorchen soll, darf die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit von Befehlen hinterfragen. Auftragsorientierter, mitdenkender Gehorsam verlangt und verträgt konstruktive Kritik. Die Freiheit, Aufträge in eigener Verantwortung ausführen zu dürfen – in vielen Armeen ist Auftragstaktik ein Fremdwort – fordert die ganze Person und fördert Kreativität. Der „Untergebene“ wird zum „Unternehmer“, der vorgegebene Ziele nach eigenem Ermessen verfolgt. – Ohne gegenseitiges Vertrauen und ohne qualifizierende Ausbildung ist Auftragstaktik nicht denkbar. Freiheit und Verantwortung wiederum garantieren ein menschengemäßes Miteinander durch hierarchische Strukturen hindurch.

Tradition als Verpflichtung – wertende Auswahl aus der Vergangenheit

Das Bewusstsein von Menschen gründet auf einer Fülle von Erfahrenem und Erlerntem. Der politisch denkende und handelnde Mensch kann sich in der Gegenwart bewähren, weil er Geschichte reflektiert und aus ihr gelernt hat. Ohne dieses Selbst-Bewusstsein könnte er nichts gestalten und bewegen. Das Selbstverständnis des Soldaten als Bürger in Uniform und das Rollenverständnis der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft ließen sich nicht ohne den Bezug auf historisch-politische Ereignisse und Entwicklungen beschreiben. So hilft die deutsche Militärgeschichte, Erkenntnisse zu gewinnen, die für die gegenwärtige Standortbestimmung für eine künftige Richtungsweisung hilfreich sein können.

Zu unterscheiden ist beispielsweise das vorbildliche Verhalten Einzelner in einer konkreten Situation (Momentaufnahme) oder die Verwicklung der Wehrmachtsführung in die nationalsozialisti-

sche Perversion (als ein längerer Prozess), der sich manche bewusst und tapfer entzogen haben. Die schuldhaftige Verstrickung der militärischen Führung und schließlich der Missbrauch der Wehrmacht für die verbrecherischen Ziele des Nationalsozialismus verbieten eine unkritische und pauschale Übernahme von Traditionen der Wehrmacht. Die Bundeswehr jedenfalls sollte in der Auswahl ihrer Traditionen peinlich darauf achten, dass sie nur solche Leitbilder oder Denkschulen übernimmt, die sich im Koordinatensystem aus Werten und Normen des Grundgesetzes vermessen lassen. Letztlich darf um der Glaubwürdigkeit willen nur tradiert werden, was vor dem Menschenbild des Grundgesetzes bestehen kann – alles andere wäre verlogen.

Traditionen verlieren dann ihren Sinn, wenn sie nicht mehr verstanden werden, wenn die Zeit über sie hinweggegangen ist. Der bloße Glaube an die normative Kraft der Geschichte lässt „überlagerte“ Traditionen ranzig werden; sie verkommen zum geistig entleerten Traditionalismus, der mancher historischen Vogelscheuche auch noch einen „Gesslerhut“ aufsetzt oder, um es mit einem anderen Bild auszudrücken: nicht alles was im Strom der Geschichte schwimmt, ist es wert, abgefischt zu werden.

Herausforderungen heute und morgen

„Schützen, helfen, retten“, heißt das Motto der freiwilligen Feuerwehren. In Deutschland und anderen vergleichbaren Demokratien ist (Angriffs-)Krieg nicht mehrheitsfähig. Wer meint, mit Krieg könne man politische Probleme lösen, ist von allen guten Geistern verlassen. Bundeswehrsoldaten verstehen sich als „Feuerwehrleute“, die Krieg bekämpfen, indem sie ihn so schnell wie möglich beenden wollen, damit möglichst wenig Schaden entsteht und die Vernunft wieder eine Chance bekommt. Dies gilt für den Fall eines Angriffs auf Deutschland oder gegen Mitgliedsstaaten der NATO. Für andere Friedensmissionen – im Sinne des Wortes – bedarf es eines Mandats der UN oder der

OSZE und der Zustimmung des Bundestages. In diesem Zusammenhang ist zu fragen, was zu tun ist, wenn sich die UN als unfähig oder ohnmächtig erweist und Verstöße gegen das Völkerrecht – ihre ureigene Angelegenheit – nicht ahnden würde. Genügt dann nicht das Votum der entwickelten Demokratien?

Neben der klassischen Aufgabe „Heimatschutz“ und „Bündnisverteidigung“ geht es künftig darum, Europa im Hinblick auf Frieden und Sicherheit zu stabilisieren. Deutschland sieht sich doppelt herausgefordert: zum einen – nach Osten hin – durch den Willen zur Kooperation mit den NATO-Beitritts-Kandidaten, zum anderen – in westlicher Richtung – durch die integrativen Bemühungen auf der Grundlage des Maastricht- und Amsterdam-Vertrages und der gegenseitigen Einbindung in multinationale Streitkräftestrukturen: Kommunikation – Kooperation – Integration – das ist die richtige Fruchtfolge.

Für die Bundeswehr gibt es noch weitere Aufgaben, die auch einen neuen Denkansatz beim einzelnen Soldaten nahe legen: er muss sich künftig darauf einstellen, an Friedensmissionen teilzunehmen, auch in Regionen außerhalb seines Kulturkreises, und er wird wahrscheinlich häufiger als bisher, humanitäre Hilfe leisten müssen. Die ethischen Grundlagen, an denen sich Bundeswehrsoldaten orientieren, lassen es nicht zu, bei Menschenrechtsverletzungen wegzusehen. Vielmehr haben sie für das Völkerrecht Partei zu ergreifen und die durch Krieg und Terror drangsalierte Bevölkerung zu schützen. Politische Vorgaben eines möglichen Einsatzes, die sich in so genannten „Rules of Engagement“ niederschlagen, dürfen nicht dazu führen, dass Soldaten entmündigt und damit entwürdigt werden und die Überzeugung vom moralischen Wert ihres Auftrages verlieren. Diese Bedingungen stellen die Soldaten allerdings an ihre Auftraggeber: die politisch Verantwortlichen stehen in der Pflicht, die Einsätze, mit denen sie die Bundeswehr beauftragen, politisch und ethisch zu begründen. Die Soldaten haben Anspruch darauf, zu wissen, für wen und für was, vor

allem aber für welches höhere Ziel und unter welchen Bedingungen sie ihr Leben riskieren. Nur dann können Soldaten unter dem Primat der Politik ohne moralische Bedenken dienen.

Impulse zum Nachdenken über die Zukunft der Bundeswehr

Demnächst wird die „Zukunftskommission“ ihre Arbeit aufnehmen. Neben vielen anderen Themen werden auch Problemfelder der Inneren Führung zu diskutieren sein.

Was den **Auftrag der Bundeswehr** betrifft, ist das „Hemd“ Heimatschutz/Bündnisverteidigung näher als der „Rock“ Auslandseinsätze, denen sich die Bundeswehr natürlich nicht grundsätzlich versagen kann und will. Wehrpflichtige deutsche „Staatsbürger in Uniform“ sollten aber nicht außerhalb des Landes-/Bündnisgebietes eingesetzt werden (siehe Scharnhorst-Zitat oben). Welche Aufträge werden aber hauptsächlich die Bundeswehr zukommen?

- Humanitäre Hilfe im Ausland und – dramatischer noch
- Friedensmissionen, auch mit Kampfauftrag.

Womöglich wird – wenn völkerrechtlich geklärt – die Humanitäre Intervention bald zum Repertoire der Bundeswehr gehören. Übrigens engagieren sich Soldaten aus Deutschland zur Zeit als „Aufbauhelfer in Uniform“. Wie werden sich solche Aufgaben auf das Rollenverständnis der Bundeswehr und auf das Selbstverständnis der Soldaten auswirken?

Im Zusammenhang mit der europäischen Integration, in deren Vollzug auch die Streitkräfte „verschmelzen“ sollen (und nationale Höchststärken abschmelzen), wird die Frage nach der geeigneten **Wehrform** diskutiert werden müssen. Junge Deutsche werden wissen wollen, warum ihre französischen, belgischen, niederländischen ... Altersgenossen nicht der Allgemeinen Wehrpflicht folgen müssen. Welche Auswirkungen hätte es für die Innere Führung, wenn eines Tages nur noch Freiwillige in der Bundeswehr dienen?

Stichwort **Multinationalität**: welche Auswirkungen hat „Deep

Integration“ auf die Führungskultur der Bundeswehr? Müssen sich Wehrrecht und soldatisches Selbstverständnis anpassen oder sollen sich „die anderen“ uns anpassen. (Die Innere Führung steht doch wohl nicht zur Disposition!) Verträgt sich die in den Armeen mancher Bündnispartner geübte „Söldnermentalität“ mit der an grundgesetzlich geschützte Werte gebundenen Gehorsamskultur des „Staatsbürgers in Bundeswehr-Uniform“? – Der „Auftraggeber“ muß die Bundeswehr aus Konflikten heraushalten, deren Ursachen in der Vergangenheit ehemaliger Kolonialmächte gründen. Um vor den Werten der eigenen Verfassung glaubwürdig bestehen zu können, kann die Bundeswehr nicht – weder indirekt noch direkt – solche Mächte unterstützen, die „zu Hause“ Probleme mit der Implementierung der Menschenrechte haben. (Türkei, Russland, Weißrußland ...) Dies gilt nicht nur für Ausrüstungs- sondern auch für Ausbildungshilfen, wie z.B. die Teilnahme ausländischer Soldaten an der Offiziersausbildung.

Wie ist es um die **Finanzierung der Bundeswehr** bei anhaltend hoher Staatsverschuldung bestellt? Wird die Bundeswehr eines Tages von anderen Armeen ins technologische Abseits gestellt? Und: dürfen die Streitkräfte nur soviel kosten, wie für den „Einzelplan 14 locker gemacht“ werden kann, oder muss nicht vielmehr der Auftrag für die Bundeswehr politisch objektiv definiert werden, um dann die dazu notwendigen Mittel freizugeben? In der jüngeren Vergangenheit war diese Logik nicht immer zu erkennen. Auch diese Frage hat, wenigstens indirekt, mit Innerer Führung zu tun. Denn die Wertschätzung der Soldaten durch den Staat kann man daran ablesen, wie er mit seiner Armee umgeht und wie er sie ausstattet.

Es wird zu klären sein, wie mit **Minderheiten** in der Bundeswehr umgegangen wird, wie sich beispielsweise „doppelte Staatsbürgerschaft“ und „Allgemeine Wehrpflicht“ vertragen, wie der Anspruch auf freie Religionsausübung von anderen als den inkultierten christlichen Religionen sichergestellt werden kann, wie z.B. Russlanddeutsche mit man-

gelhaften Sprachkenntnissen zu integrieren sind und wie „mafio-tische Subkulturen“ bereits im Keime ersticken werden können. Schließlich wird abzuwägen sein, wie mit „sexuell anders Veranlagten“ künftig umzugehen ist ... Und da auch Frauen in der Bundeswehr eine Minderheit darstellen, ist zu prüfen, wo sich eventuell neue Tätigkeitsfelder für sie, ggf. auch mit der Waffe, auftun.

Welche Sicherungen oder Rezepte gibt es gegen extremistische Einflüsse? Welche Kriterien sind für die Traditionsbildung richtungsweisend, welche Vorbilder dienen dem Soldaten zur **ideellen Orientierung**, was kann politisch-historisch-kulturelle Bildung erreichen? Welche Auswirkungen hat der gesellschaftliche Wandel auf den Zusammenhalt der Trup-

pe? Wie vertragen sich „Fast-Food-Mentalität“ und „Erlebnisgesellschaft“ mit den soldatischen Tugenden, die keine Wegwerfprodukte sind und die nicht wie die Wäsche gewechselt werden können?

Und wie entwickelt sich die Führungskultur? Was vermittelt der Begriff „Leadership“ und wie wirkt er sich auf die Führungspraxis speziell im Heer aus? Wird er auch von den anderen beiden Teilstreitkräften verstanden und adaptiert? Hat die „**Auftrags-taktik**“ eine Zukunft, oder wird sie vom „Micromanagement“ ausgehöhlt, das hierarchische Ebenen nur bei „Schönwetterlagen“ respektiert? Bemächtigen sich „seenlose Technokraten in Uniform“ der Truppe oder spielt soziale

Kompetenz bei der Führerauswahl eine wesentliche Rolle?

Wird **Fürsorge** groß oder klein geschrieben? Werden z.B. Soldaten, die für Auslandseinsätze vorgesehen sind, ausreichend vorbereitet, und werden „Rules of Engagement“ auch dergestalt sein, dass „gewissenhafte“ Soldaten, die ein christliches Menschenbild internalisiert haben, nicht bestraft werden, wenn sie gegen Mordbrenner und Vergewaltiger entschieden vorgehen – auch und gerade, wenn sie einen blauen Helm tragen? Und sind auch weiterhin Programme zur psychisch-physischen Begleitung und zur Seel(nach)sorge vorgesehen?

Innere Führung hat offensichtlich auch und erst recht morgen Hochkonjunktur und – hoffentlich – eine große Zukunft! □

Die Redaktion stellt mit Absicht den nachfolgenden Artikel „Gehorsam, pflichtbewusst und opferwillig. Deutsche Katholiken und ihr Kriegsdienst in der Wehrmacht“ von Thomas Breuer in Kontrast zum vorstehenden Beitrag von Helmut Jermer zur Inneren Führung der Bundeswehr, weil in diese Führungskonzeption die Erfahrungen der unter dem Naziregime dienenden Soldaten – auch katholischer Soldaten – ganz bewusst eingeflossen sind.

Wegen der **Diskussion** nach 1945 stellt sich der Stand der **Gewissensbildung** heute anders dar als zur Zeit des Zweiten Weltkrieges. Deshalb ist es auch kaum **gerechtfertigt**, aus der Gegenwartsposition heraus über die Situation der Katholiken 1939 bis 1945 zu urteilen und ihr Verhalten zu verurteilen. Je nach Lebenssituation – ob als Katholik und Soldat in der Wehrmacht oder als sogenannter Nachgeborener – ergeben sich unterschiedliche Perspektiven. Dennoch darf und muss über die vergangene Zeit berichtet werden, so wie es Thomas Breuer in seinem Beitrag tut, schon um Ähnliches für Gegenwart und Zukunft auszuschließen. Hüten wir uns aber vor einer Perspektive, die dem Betrachter einen Vorzugsplatz einräumt; den des besseren Menschen.

Die GKS hatte sich in einem anderen Zusammenhang bereits am 24. April 1997 mit einer Pressemitteilung gegen eine pauschale Verurteilung der Rolle der katholischen Kirche im Zweiten Weltkrieg gewandt. Sie meinte damals, unabhängig von der Einschätzung und Verurteilung des Dritten Reiches, seiner Verbrechen und Kriege, habe die katholische Militärseelsorge in der Deutschen Wehrmacht im Rahmen der Möglichkeiten ihre Pflicht erfüllt, den Soldaten religiösen Beistand zu leisten. Jeder Mensch, besonders aber Menschen in extremen Ausnahmesituationen wie

Krieg und Lebensgefahr, habe ein Recht, ja einen Anspruch auf diese Hilfe seiner Kirche. Dies habe nichts mit Billigung des Krieges zu tun.

In diesem Zusammenhang wandte sich die GKS auch gegen die pauschale Verurteilung der Deutschen Wehrmacht und ihrer Soldaten als verbrecherisch. Viele deutsche Soldaten hätten im letzten Krieg guten Glaubens für Volk und Heimat gekämpft. Infolge einer rigorosen Abschottung und strenger Überwachung hätten sie vielfach zu spät erkannt, dass sie für verbrecherische Ziele missbraucht wurden. Die ehemaligen Gegner hätten der Deutschen Wehrmacht – wenn gleich nicht pauschal deren Führung – Tapferkeit, Opfermut und moralische Integrität bescheinigt. Nicht zuletzt hätten auch viele Angehörige der Deutschen Wehrmacht aktiv im Widerstand gegen Hitler mitgewirkt und dabei ihr Leben verloren, meinte der Bundesvorsitzende für die Gemeinschaft.

Die Redaktion AUFTRAG geht davon aus, dass nicht alle Leser den Feststellungen von Thomas Breuer zustimmen. Deshalb will AUFTRAG vor allem den Zeitzeugen Gelegenheit geben, ihre Meinung zu dem Thema „Deutsche Katholiken und ihr Kriegsdienst in der Wehrmacht“ zu äußern. Einen Anfang macht die Zuschrift von Anton Brandmüller, welche die Redaktion bereits vorab erreichte. Für Heft 236 hat Kapitän z.S. a.D. Norbert Maria Schütz seine Stellungnahme angekündigt.

Der Beitrag von Thomas Breuer ist in STIMMEN DER ZEIT, Heft 1/Januar 1999, S. 37–44 erschienen und wird mit freundlicher Genehmigung des Herausgebers nachgedruckt. Dr. phil. Thomas Breuer (Jg. 1960) hat Geschichte studiert und ist Dozent für katholische Theologie und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. (PS)

Gehorsam, pflichtbewusst und opferwillig

Deutsche Katholiken und ihr Kriegsdienst in der Wehrmacht

Thomas Breuer

Am 26. April 1933 bemerkte Reichskanzler Adolf Hitler in einem Gespräch mit dem Osnabrücker Bischof Berning: „*Es droht eine schwarze Wolke mit Polen. Wir haben Soldaten notwendig, gläubige Soldaten. Gläubige Soldaten sind die wertvollsten. Die setzen alles ein.*“¹ Sechs Jahre später wurde die Prophezeiung des „Führers“ grausige Wirklichkeit. Mit dem deutschen Angriff auf Polen begann am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg, der insgesamt etwa 53 Millionen Menschen das Leben kostete. Die deutschen Katholiken waren wie selbstverständlich daran beteiligt. Hitler konnte sich auf sie verlassen. Warum? Was führte dazu, dass Bischöfe und Gläubige ohne große Diskussion ihren Beitrag zum Blutvergießen im Krieg leisteten?

Begeisterung für den Nationalsozialismus, für seine Führer und seine Ideologie war es jedenfalls nicht, was die Katholiken zur Waffe greifen ließ. Im Gegenteil: Man folgte dem Aufruf zum Krieg, nicht weil, sondern obwohl die Nationalsozialisten die Regierung stellten. Denn seit 1933 hatte man allenthalben negative Erfahrungen mit dem NS-Regime gemacht. Partei und Regierung waren immer härter gegen die katholische Kirche vorgegangen und hatten sie aus vielen Bereichen der Gesellschaft zurückgedrängt. Katholische Vereine waren verboten worden, Konfessionsschulen abgeschafft, die Kirchenpresse geknebelt, der christliche Glaube lächerlich gemacht; sowohl mutige Priester als auch engagierte Laien hatten staatliche Willkürmaßnahmen zu erdulden gehabt. An der Kirchenfeindschaft der Nationalsozialisten konnte im Jahre 1939 kein Zweifel mehr bestehen. Manch einer war sogar hellichtig genug zu erwarten, dass Hitler nach dem „Endsieg“ zur Endabrechnung mit der verhassten Kirche schreiten würde.

Trotzdem machten die Katholiken mit bei Hitlers Kriegszügen – zwar nicht begeistert, aber auch nicht widerwillig. Ihre kirchlichen

Führer, die Bischöfe, unterstützten sie bei diesem Tun – wenn auch nicht mit flammenden Appellen², so doch mit eindringlichen Mahnungen, die an der Legitimität des Krieges keinen Zweifel aufkommen ließen. Die Frage stellt sich mithin umso schärfer: Welche Dispositionen, welche Wertvorstellungen und Mentalitäten ermöglichten es den Katholiken, für die der nationalsozialistische Führerstaat alles andere als die Erfüllung ihrer Träume war, bereitwillig und ohne größere Skrupel in den nazistischen Krieg zu ziehen?³

Patriotismus oder: Katholiken sind auch gute Deutsche

Die deutschen Katholiken hatten seit der Kaiserzeit als Minderheit mit dem insbesondere von Bismarck geschürten Verdacht zu leben gehabt, national unzuverlässig zu sein. Als soziale Großgruppe, die ihre Befehlszentrale „jenseits der Berge“ im fernen Rom hatte, schien die katholische Kirche ein Fremdkörper in der „verspäteten Nation“ zu sein. Die Katholiken versuchten sich von diesem Odium zu befreien, indem sie immer wieder beteuerten, sich in der Liebe zum Vaterland von niemandem übertreffen zu lassen. Der Erste Weltkrieg schien ihnen die Stunde der Bewährung zu sein, mit der die nationale Außenseiterrolle endgültig überwunden werden sollte. Doch trotz des bedingungslosen Einsatzes im Krieg und trotz (oder wegen?) der staatstragenden Rolle der Katholiken in der Weimarer Republik ließ sich das Stigma des national unzuverlässigen Kantonnisten nicht abschütteln. Der nationalsozialistische Propaganda gelang es, alte Vorurteile gegen die „fremdgesteuerten“ Katholiken erneut zu beleben.

Katholischerseits bemühte man sich, allen Verdächtigungen den Boden zu entziehen. Hitlers Außenpolitik wurde von den deutschen Bischöfen vorbehaltlos unterstützt. Ob es sich nun um die

Rückgliederung des Saargebietes im Jahr 1935 oder um den „Anschluss“ Österreichs drei Jahre später handelte – die Zustimmung von Kirchenführern und Kirchenvolk war der Regierung gewiss. Zu Unstimmigkeiten kam es nur, wenn bei den angesetzten Plebisziten gleichzeitig eine Akklamation zur NS-Politik im allgemeinen verlangt wurde. Auch nach Kriegsbeginn im September 1939 gab es kaum ein Hirtenwort, in dem nicht der Gedanke der Vaterlandsliebe beschworen wurde. So äußerte der Rottenburger Bischof Sproll die Bitte, Gott möge den Soldaten Kraft geben, „für das teure Vaterland siegreich zu kämpfen oder mutig zu sterben.“, während der Münsteraner Bischof von Galen den Krieg gar als Konsequenz des Versailler Vertrages begriff:

„Der Krieg, der 1919 durch einen erzwungenen Gewaltfrieden äußerlich beendet wurde, ist aufs neue ausgebrochen und hat unser Volk und Vaterland in seinen Bann gezogen. Wiederum sind unsere Männer und Jungmänner zum großen Teil zu den Waffen gerufen und stehen im blutigen Kampf oder in ernster Entschlossenheit an den Grenzen auf der Wacht, um das Vaterland zu schützen und unter Einsatz des Lebens einen Frieden der Freiheit und Gerechtigkeit für unser Volk zu erkämpfen.“⁴

Die Diktion lässt keinen Zweifel daran aufkommen, dass solche Aufrufe nicht allein aus taktischen Gesichtspunkten erfolgten, sondern der inneren Überzeugung ihrer Verfasser entsprachen. Auch bei den Geistlichen und den einfachen Gläubigen war Patriotismus ein echtes Leitmotiv. Wiederholt wurde der Verdacht zurückgewiesen, die kirchentreuen Katholiken kämpften in diesem Krieg nur mit halbem Einsatz. Gute Christen seien nicht feig, sondern „verteidigen das Vaterland genauso wie andere“, erklärten die Bauern in der Fränkischen Schweiz. Zur Bekräftigung dieser Ansicht erzählten sie sich gerne eine Geschichte. Da-

nach habe ein Kreisleiter in Nürnberg in einer politischen Versammlung über das staatsfeindliche Verhalten der katholischen Kirche geschimpft. Daraufhin habe sich ein in Urlaub befindlicher älterer Major erhoben und erklärt, er müsse diese Angriffe zurückweisen, da in seinem Bataillon schon 14 Pfarrer gefallen seien, aber noch kein Kreisleiter.

Demselben Bedürfnis nach Demonstration des katholischen Heldentums kam der Anfang des Jahres 1942 verbreitete Mölders-Brief entgegen. Der am 22. November 1941 tödlich verunglückte Oberst Werner Mölders, einer der „erfolgreichsten“ Jagdflieger der deutschen Luftwaffe und erster Träger der höchsten Tapferkeitsauszeichnungen, hatte in seiner Jugend dem Bund Neudeutschland angehört und galt als praktizierender Katholik. Der englische Geheimdienst machte sich die um Mölders' Tod rankenden Gerüchte, von denen eines besagte, der Oberst sei von der SS ermordet worden, zu nutze und formulierte einen angeblichen Brief des Jagdfliegers an einen imaginären Propst von Stettin, in dem Werner Mölders sich nicht nur nachdrücklich zur katholischen Kirche bekannte, sondern darüber hinaus auch behauptete, durch das Beispiel der tapferen katholischen Soldaten seien viele der so genannten „Lebensbejahenden“, d.h. der Nationalsozialisten, eines Besseren belehrt worden und hätten wieder zum Glauben gefunden.

Der gefälschte Brief⁶, den die Royal Air Force über Deutschland abwarf, erlebte eine ungeheuere Resonanz. Die deutschen Katholiken schienen förmlich auf ein solches Bekenntnis gewartet zu haben. Der Mölders-Brief wanderte von Hand zu Hand, wurde immer wieder abgeschrieben und vervielfältigt, in Gottesdiensten verlesen und im Religionsunterricht verwendet. Der Staat reagierte rasch. Die Gestapo beschlagnahmte Schreibmaschinen und Vervielfältigungsapparate, verwarnte die überführten Geistlichen und machte ihnen zur Auflage, einen im Wortlaut festgelegten Widerruf über die Fälschung des Briefes öffentlich zu verlesen. Viele Personen, Kleriker wie Laien, wurden staatspolizeilich verwarnt. Für

manche aber schien der Eifer der Gestapo geradezu ein Beweis dafür zu sein, dass der Brief doch echt war. Mit dem Mölders-Brief in der Hand konnten die Katholiken einer feindseligen Umgebung zeigen: „Wir sind auch Deutsche, wir sind auch national.“ Das angebliche Bekenntnisschreiben des tapferen Jagdfliegers diene so als psychologische Stärkung im Selbstbehauptungskampf gegen den Nationalsozialismus auf der einen und im opferbereiten Kampf fürs Vaterland auf der anderen Seite⁷.

Bis zum Schluss glaubte man, für Deutschland, für das Vaterland zu kämpfen. Dass sie mit ihrem pflichtbewusstem Einsatz in Hitlers Wehrmacht de facto für die Erhaltung und Ausbreitung des NS-Regimes kämpften, wurde von den Katholiken durchweg nicht erkannt und rückte auch nach 1945 kaum ins Bewusstsein.

Autoritätsgläubigkeit

Es war – unter Berufung auf Kapitel 13 des Römerbriefs – alte katholische Lehre, dass der Christ der rechtmäßigen Obrigkeit Gehorsam schulde. Dies hatten die Bischöfe den Gläubigen auch gleich im Jahre 1933 nochmals eingeschärft und zugleich die starke Betonung des Autoritätsgedankens im neuen Staat freudig begrüßt⁸. Gehorsam zu leisten, das war für den Katholiken eine schlichte Selbstverständlichkeit; Gehorsam war gleichsam die katholische Basistugend. „Ein gutes Kind gehorcht geschwind“, hieß es im Katechismusunterricht. „Keiner kann in Gemeinschaft mit Christus stehen, der sich nicht dem kirchlichen Lehramt unterwirft“, war in einer Kleinen Laiendogmatik aus dem Jahre 1935⁹ zu erfahren. Ein damals wie heute bekanntes Kirchenlied lautet:

*„Fest soll mein Taufbund immer stehn,
ich will die Kirche hören.
Sie soll mich allzeit gläubig sehn
und folgsam ihren Lehren.
Dank sei dem Herrn,
der mich aus Gnad
in seine Kirch berufen hat.
Nie will ich von ihr weichen.“*

Im Katholischen Feldgesangbuch aus dem Jahre 1939 erhielt das Lied eine weitere Strophe:

*„Will halten, was in heiligem Eid
ich Gott geschworen habe,
dem Volke und der Obrigkeit treu
dienen bis zum Grabe!“*

*Will wanken und verzagen nicht,
die Ehre lieben und die Pflicht.
So wahr mein Gott mir helfe!“¹⁰*

Gehorsam also auch in Kriegzeiten! Der Pazifismus war keine offizielle katholische Option. Allerdings war es traditionelle katholische Lehre, dass ein Krieg nur unter bestimmten Bedingungen gerechtfertigt sei¹¹. Doch fatalerweise dispensierte man sich von der Frage, ob es sich um einen gerechten Krieg handle, mit dem Hinweis, dass darüber allein die Obrigkeit entscheiden könne¹². Ganz in diesem Sinn stellte der Bamberger Erzbischof Kolb klar, es genüge „für den Christen das Unrecht, das seinem Vaterland angetan wird, der Gehorsam, den er der weltlichen Obrigkeit schuldet, um das Schwert zu zücken und seinem Fahneneid getreu zu kämpfen“¹³. Auch ohne expliziten Bezug auf die Theorie des „gerechten Krieges“ bedeuteten diese und ähnliche Stellungnahmen zweifellos eine theologische Legitimation des NS-Krieges, durch die das Gewissen der Gläubigen gebunden werden sollte.

Bezeichnenderweise konnten die wenigen katholischen Kriegsdienstverweigerer nicht mit einer Unterstützung durch ihre Oberhirten rechnen. Es ist aufschlussreich, wie der Linzer Bischof Fließner, der dem nachdenklichen Katholiken Franz Jägerstätter während des Krieges die Verweigerung hatte ausreden wollen, noch 1946 argumentierte:

„Ich halte jene idealen katholischen Jungen und Theologen und Priester und Väter für die größeren Helden, die in heroischer Pflichterfüllung und in der tiefgläubigen Auffassung, den Willen Gottes auf ihrem Platz zu erfüllen, wie einst die christlichen Soldaten im Heer des heidnischen Imperators, gekämpft haben und gefallen sind. Oder sind die Bibelforscher und Adventisten, die 'konsequent' lieber im Konzentrationslager starben als zur Waffe griffen, die größeren Helden?“¹⁴

Mit dem Gedanken, dass eine konsequente Verweigerung gegenüber dem nationalsozialistischen Krieg das deutlichere christliche Zeugnis gewesen sein könnte, mochte man sich offensichtlich nicht beunruhigen. Wer gehorchte und seine (Kriegs-)Pflicht tat, war nach katholischer Auffassung moralisch auf der richtigen Seite. Ein gehorsamer Soldat konnte demnach mit sauberem Gewissen aus

einem unsaubereren Krieg herauskommen. Eine Gewissensentscheidung zu treffen, die die Aufkündigung des staatsbürgerlichen Gehorsams beinhaltet, wurde hingegen dem katholischen Gläubigen nicht zugestanden.

Der soldatische Dienst als Gottesdienst

Was der Linzer Bischof 1946 nur indirekt ansprach, wurde in der NS-Zeit selbst oft klar und ohne Umschweife zum Ausdruck gebracht: die Auffassung, der katholische Soldat erfülle mit seinem Waffendienst den Willen Gottes. Im Werkblatt für die katholische Soldaten „Die Kasernenstunde“ erschien im Juli 1936 ein Artikel, in dem – nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht – das soldatische Dienst-Ethos religiös begründet wurde. Der junge Mensch, so hieß es, solle *„das Bewusstsein bekommen, dass wahrer soldatischer Dienst zuletzt immer Gehorsam gegen fremden Willen ist, der seinerseits trotz aller menschlichen Unzulänglichkeit im Einzelfalle im Willen Gottes begründet ist und dass jeder dienende Gehorsam schließlich im Gehorsam gegen die unbedingte Person gründet, d.h. im Gehorsam gegen Gott“*¹⁵.

Zwar blieb es Feldebischof Rarkowski vorbehalten, die Befehle Hitlers unmittelbar mit göttlichem Glanz zu versehen, wenn er in einem Hirtenwort aus dem Jahre 1942 meinte:

*„Was diese Zeit fordert an Mühen, Blut und Tränen, was der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht euch Soldaten befiehlt und die Heimat erwartet: hinter all dem steht Gott selbst mit seinem Willen und seinem Gebot.“*¹⁶

Doch auch der Gesamt-episkopat glaubte den katholischen Soldaten die „trostvolle Gewissheit“ mit auf ihren strapaziösen Weg geben zu müssen, *„dass ihr ... nicht bloß dem Vaterlande dient, sondern zugleich dem heiligen Willen Gottes folgt, der alles Geschehen, auch das Schicksal der Völker und der einzelnen Menschen in seiner weisen Vorsehung lenkt“*¹⁷

Die Vorsehung führte bekanntlich auch der Mann aus Braunau gerne im Mund. Na-

türlich, bei Hitler stand hinter dieser Rede nicht die christliche personale Gottesvorstellung, seine Berufung auf den Allmächtigen war eine Instrumentalisierung religiöser Anschauungen für eigene Zwecke. Aber beweist der Missbrauch durch den einen auch schon den rechten Gebrauch durch die anderen? Oder ist es nicht vielmehr so, dass die Begriffe Vorsehung und Wille Gottes ein immens hohes Ideologiepotential in sich bergen? Haben sich nicht auch katholische Bischöfe und Priester zu Unrecht auf einen göttlichen Willen berufen, wenn es tatsächlich um allzu menschliche MACHENSCHAFTEN ging? Offenbar steht fromme Rede immer in der Gefahr, auch noch die schrecklichsten Geschehnisse auf Erden religiös zu verkleistern.

Furcht vor dem Bolschewismus

„Der Gegensatz zwischen Tag und Nacht, zwischen Feuer und Wasser kann nicht größer sein als der Gegensatz zwischen der katholischen Kirche und der bolschewistischen Weltanschauung. ... Nur der Wahnsinn kann den Sieg des Bolschewismus herbeiwünschen“, vernahmen die deutschen Katholiken zum Weihnachtsfest 1936 aus dem Munde ihrer Bischöfe¹⁸. An der prinzipiellen Ablehnung der „satanischen Macht“ des Bolschewismus¹⁹ konnte in der Tat keinerlei Zweifel bestehen. Wie hätte es

auch anders sein können? Die radikale Kirchen- und Religionsfeindschaft des Bolschewismus war schließlich keine Erfindung des deutschen Episkopats. Zudem standen den Kirchenführern die Ausschreitungen im spanischen Bürgerkrieg deutlich vor Augen. Bedenklich ist allerdings die apokalyptisch anmutende Rhetorik, die im Bolschewismus nicht nur „eine Pforte der Hölle“, sondern gar einen „Vortrupp des Antichrist“ erblickte²⁰. Wer eine begründete Gegnerschaft dermaßen in eschatologische Dimensionen rückte, stand in der Gefahr, rationale Maßstäbe zu verlieren und auf dem rechten Auge zu erblinden²¹.

Es ist deshalb bemerkenswert, dass die deutschen Bischöfe mit Ausnahme Rarkowski²² den Krieg gegen die Sowjetunion nur mäßig unterstützten. Für Aufregung bei der NS-Führung sorgte der Umstand, dass der deutsche Episkopat in seinem Hirtenbrief vom 26. Juni 1941, mithin vier Tage nach dem Überfall auf die Sowjetunion, die Gläubigen zwar zu „treuer Pflichterfüllung, tapferem Aus-harren, opferwilligem Arbeiten und Kämpfen im Dienste unseres Volkes“ mahnten²³, aber mit keinem Wort auf den Kampf gegen den Bolschewismus eingingen und stattdessen lautstark über die Bedrückung der Kirche in Deutschland klagten²⁴. Zwar äußerten die Bischöfe in der Folgezeit dann doch ihre „Genugtuung“ über den „Kampf gegen die Macht des Bolschewismus“²⁵, aber zugleich wurden die Gläubigen belehrt, man dürfe auch die



Wehrmachtsgottesdienst in der Kirche Sainte Madeleine in Paris. In den eroberten Gebieten fanden Wehrmachtsgottesdienste häufig in den dortigen Kirchen statt. Wenn deutsche Soldaten bei den Priestern der einheimischen Bevölkerung fragten, ob sie in ihren Kirchen Gottesdienst halten dürften, wurde vielen erst bewusst, dass es neben SS und den Nazis auch deutsche Soldaten gab, die Christen waren wie sie selbst.

(Foto und Bildunterschrift aus: Priester in Uniform. Seelsorger, Ordensleute und Theologen im Zweiten Weltkrieg /Hrsg. vom Kath. Militärbischofsamt und Hans Jürgen Brandt. Augsburg 1994)

„Vorbote und Vorkämpfer des Bolschewismus“ in der Heimat nicht übersehen²⁶. In der Tat: Da Bolschewismus für die Katholiken letztlich identisch war mit Gottlosigkeit und Feindschaft gegen das Christentum, war es nur konsequent, den Nationalsozialismus in die Nähe des Bolschewismus zu rücken. Zwar hielt man das sowjetische Original immer noch für schlimmer als das nationalsozialistische Regime daheim, aber der Elan im Kampf gegen die „satanische Macht“ des Bolschewismus wurde durch die kirchenfeindlichen Maßnahmen der NS-Regierung zweifelsohne empfindlich gedämpft.

Der Soldatentod als Märtyrertod?

„Das Vaterland darf jedes Opfer fordern“ – dieser Ausspruch Theodor Körners, mit dem die katholischen Soldaten in ihrem Feldgesangbuch konfrontiert wurden, bezeichnet treffend die fatalisti-

sche Haltung, mit der die Katholiken sich in ihr Schicksal fügten und dem „Führer“ Adolf Hitler ihre Kampfkraft zur Verfügung stellten. Opferwilligkeit erwarteten auch die Bischöfe von ihren Gläubigen. Als Belohnung wurde ihnen die „ewige Seligkeit“ in Aussicht gestellt, da der Soldatentod dem „Martertod um des Glaubens willen“ gleiche²⁷.

Wie sehr der Opfergedanke tatsächlich auch bei jungen Katholiken virulent war, zeigt eindrücklich der Bericht über die Symbolhandlung, die Soldaten beim Tod von Hans Niermann, des ehemaligen Reichsführers der katholischen Jugendorganisation „Sturm-schar“, im Juni 1940 in einer französischen Dorfkirche vornahmen:

„Nun liegt er tot vor uns, Hans, unser lieber Kamerad. ... Wir tragen ihn in die Kirche - und legen ihn auf die Stufen des Altars, mit dem Kopf nach oben. Ein Kamerad nimmt ein Altartuch und legt es unter den To-

ten, wir hüllen den Körper in eine Zeltbahn und stellen Altarkerzen zu beiden Seiten. Sie brennen die ganze Nacht. In das Opfertuch des Altars eingehüllt, die Hände in Kreuzesform auf die Brust gelegt, so liegt Hans nun selbst als Opfergabe vor dem Altar des Herrn, so brachte er sein großes Opfer dar.“²⁸

Der Soldatentod erhielt als Opfertod eine gleichsam sakrale Qualität. Offenbar kam niemand auf den Gedanken, dass der christliche Gott vielleicht gar keinen Geschmack an Menschenopfern finden könne. Hier rächte es sich, dass die katholische Tradition des Christentums den Charakter einer Opferreligion nie ganz abgestreift hatte. Durch die einseitige Interpretation des Todes Jesu als Opfertod wurde das Opfer mystifiziert und so der kritischen Reflexion entzogen. Sich (im Krieg) zu opfern, galt als Akt der Christusnachfolge. Dass man dabei in der Regel auch andere opferte, geriet schnell in Vergessenheit.

ANMERKUNGEN

- 1) Akten dt. Bf. über die Lage der Kirche 1933-1945, Bd. 1, hg. v. B. Stasiewski (Mainz 1968) 102.
- 2) Unter den kath. Würdenträgern bildete Feldbf. Rarkowski, ein glühender Hitler-Verehrer, der in seinen Hirtenbriefen kaum ein nat. soz. Klischee ausließ, eine Ausnahme. Er wurde von seinen Amtsbrüdern kritisch beäugt und nicht zu den Sitzungen der Fuldaer Bf.konf. eingeladen: H. Missalla, Wie der Krieg zur Schule Gottes wurde. Hitlers Feldbf. Rarkowski (Oberursel 1997).
- 3) Zum Thema Kath. Kirche und Zweiter Weltkrieg: H. Missalla, Für Volk und Vaterland (Königstein 1978); H. Hürten, Kath. Kirche und nat. soz. Krieg, in: Die dt. Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, hg. v. M. Broszat, K. Schwabe (München 1989) 135-179; A. Leugers, „Opfer für eine große und heilige Sache“: Kath. Kriegserleben im nat. soz. Eroberungs- und Vernichtungskrieg, in: Volksreligiosität und Kriegserleben, hg. v. F. Boll (Münster 1997) 157-174; Dem Führer gehorsam, hg. v. Th. Breuer (Oberursel 1989).
- 4) Diese und weitere „vaterländische“ Hirtenworte in: Breuer (A. 3) 14-17.
- 5) Th. Breuer, Verordneter Wandel? (Mainz 1992) 300.
- 6) H. Witetschek, Der gefälschte u. der echte Mölders-Brief, in: VfZ 16 (1968) 60-65.
- 7) Breuer (A. 5) 300f.
- 8) Ebd. 86 ff.

- 9) Ch. Beilmann, Eine kath. Jugend in Gottes u. dem Dritten Reich (Wuppertal 1989) 235.
- 10) Breuer (A. 3) 35.
- 11) Die drei klassischen Bedingungen des „gerechten Krieges“ formulierte Thomas von Aquin (Summa theologica II-II, 40,1). Danach muss ein Krieg erstens auf Befehl der legitimen Obrigkeit geführt werden, zweitens einen gerechten Grund haben, d.h. der Kriegsgegner muss ein zu ahndendes Unrecht begangen haben, und drittens in der rechten Absicht geführt werden, d.h. die Kriegführenden müssen entweder das Gute mehr oder das Böse meiden wollen.
- 12) Erzbf. Gröber bereits 1935: Breuer (A. 3) 8; vgl. auch die Äußerung von Galens aus dem Jahr 1938: „Ob und inwiefern ein Krieg gerecht ist, kann niemals dem Urteil des einzelnen, etwa dem des Soldaten, unterliegen, sodass er die Bereitschaft, sein Leben einzusetzen, davon abhängig machen könnte. Solches zu entscheiden, ist Sache der Führung“, zit. nach Beilmann (A. 9) 366.
- 13) Breuer (A. 5) 297f.
- 14) R. Feneberg, Max Josef Metzger – ein politischer Theologe, in: Auf dem Weg zu einem Friedenskonzil, hg. v. d. Pax-Christi-Bewegung, Dt. Sekretariat (Frankfurt 1987)
- 15) Breuer (A. 3) 12.
- 16) Ebd. 25.
- 17) Hirtenwort v. 26.6.1941, ebd. 18.
- 18) Hirtenwort des dt. Episkopats v. 24.12.1936, ebd. 10.
- 19) Ebd. 9.

20) Ebd.

- 21) Für Bf. von Galen war Franco der „spanische Befreier“: Beilmann (A. 9) 78.
- 22) Der Feldbf. übernahm die rassistische Sprache der Nat. soz. und sprach von einer „Auseinandersetzung mit dem bolschewistischen Untermenschentum“: ebd. 26. Allerdings war der Paderborner Erzbf. Jaeger nicht weit entfernt von dieser Begrifflichkeit, wenn er in einem Hirtenbrief vom Februar 1942 die Gläubigen mahnte: „Schaut hin auf Russland! Ist jenes arme unglückliche Land nicht der Tummelplatz von Menschen, die durch ihre Gottfeindlichkeit und durch ihren Christushass fast zu Tieren entartet sind? Erleben unsere Soldaten dort nicht ein Elend und ein Unglück sondergleichen? Und warum? Weil man die Ordnung dort nicht auf Christus, sondern auf Judas aufgebaut hat.“; zit. nach H. Gruß, Erzbf. Jaeger als Kirchenführer im Dritten Reich (Paderborn 1995) 407f., dessen Entlassungsversuche nicht zu überzeugen vermögen, vgl. meine Rez. in ThRv 94 (1998) 78f.
- 23) Breuer (A. 3) 17
- 24) Goebbels sprach in seinem Tagebuch von einem „Dolchstoß des kath. Klerus in den Rücken unserer Kriegführung“: Hürten (A. 3) 176f.
- 25) Die westdt. Bf. im März. 1942: Breuer (A. 3) 19.
- 26) Erzbf. Faulhaber im Dezember 1941: Breuer (A. 3) 18.
- 27) Bf. von Galen in seinem Fastenhirtenbrief 1944, zit. nach Leugers (A. 3) 164.
- 28) Beilmann (A. 9) 186; vgl. auch Leugers (A. 3) 161-163.

LESERBRIEF ZUM VORSTEHENDEN BEITRAG:

„Gehorsam, pflichtbewusst und opferwillig – Deutsche Katholiken und ihr Kriegsdienst in der Wehrmacht“ von Thomas Breuer

... In der (Jesuiten-)Zeitschrift „Stimmen der Zeit“ 1/99 steht ein Beitrag von Dr. Thomas Breuer „Gehorsam, pflichtbewusst und opferwillig“, *Deutsche Katholiken und ihr Kriegsdienst in der Wehrmacht* (Untertitel). Dieser Beitrag ist unerhört, ein Kollege nannte ihn „skandalös“. Ich schrieb an die Redaktion der „Stimmen der Zeit“ und erhielt mit einer kurzen Antwort auch die Mitteilung, dass Sie um Erlaubnis des Ab-

drucks in der Soldatenzeitschrift AUFTRAG gebeten haben.

Mein Schreiben an die Redaktion kann Ihnen eine Informationshilfe sein eines „Zeitgenossen“ der damaligen unseligen Zeit. Freilich wissen es die „Zeitgeschichtler“ besser, werfen uns Zeitgenossen sogar Verschwimmen der Erinnerungen, Einseitigkeit etc. vor; sie „wissen“ es anscheinend, gestützt auf manche, meist ausgewählte, einseitige

„Quellen“, manchmal auch unbelegt, wie in jenem Beitrag, besser. Der unkommentierte Abdruck im AUFTRAG könnte Verwirrung zur Folge haben.

Ein „ehemaliger Offizier“ hat sich laut Redaktion „Stimmen der Zeit“ anscheinend auch positiv zu jenem Beitrag geäußert.

Was meine Person betrifft, war ich ja nur San.-Geistlicher, offiziell SanÜffz.

A. Brandmüller,
StudDir (Rel.Lehrer) i.R.,
Bergisch-Gladbach.

Informationshilfe eines „Zeitgenossen“

Als sehr, sehr langer Leser und Bezieher Ihrer Zeitschrift (*Stimmen der Zeit, Anm. der Redaktion*) bin ich sehr selten und kaum so enttäuscht über einen fast total daneben geratenen Beitrag wie den oben genannten, der ja im Inhaltsverzeichnis wohl absichtlich mit „Gehorsam, pflichtbewusst und opferwillig“ überschrieben ist.

Es ist mir unerklärlich, wie ein so schlecht recherchierter und größtenteils ohne Belege für die teils ungeheuerlichen Behauptungen von Dr.(!) Thomas Breuer in Ihre Zeitschrift geraten konnte, ohne dass die Redakteure sich bei wirklichen „Zeitgenossen“ jener unseligen Zeit oder in wirklich sorgfältig konzipierten historischen Werken Aufschluss holten!

Zu S. 11, Sp. 1, Abs. 1, Z. 7: Was hat Hitler im Gespräch mit Bischof Berning mit „gläubigen Soldaten“ gemeint? Doch sicher nicht religiös Gläubige, sondern solche, die an „Deutschland“ etc. glauben, so wie sich selbst Hitler pseudoreligiös(!) öfters geäußert hat, analog seiner Worte über die „Vorsehung“!

S. 11, Sp. 1, Abs 2, Z.6: „man folgte dem Aufruf zum Kriege“: Man musste(!) folgen, wenn man nicht sofort das Kriegsgericht riskieren wollte mit KZ oder „Kopf ab“! Ich weiß, was ich schreibe: ich war selbst einmal zur Vernehmung vor dem Kriegsgericht befohlen wegen einer Äußerung, die ich nicht einmal getan, sondern nur mitangehört hatte!

S. 11, Sp 1, Abs 3, Z. 1 ff.: „Trotzdem machten die(!!) Katholiken mit ... nicht widerwillig“. Die weitaus allermeisten meiner Kameraden, die

ich in den Jahren meines Kriegsdienstes in den verschiedensten „Einheiten“ kennen lernte, haben diesen Dienst sehr widerwillig(!) gemacht.

S. 11, Sp 2, Z. 4f.: Dass der Feldbischof R. (ob „glühender Hitler-Verehrer“?) ziemlich auf „jener“ Seite war, war auch uns Sanitäts-Geistlichen etwas bekannt. Wir hatten mit ihm nur zu „tun“ als Unterschreiber unseres notwendigen Celebrets, hörten nie (!)einen Aufruf oder dergl. Von ihm. Ob solche den Kriegspfartern zugestellt wurden, weiß ich nicht. Die vielen mir damals bekannten Kriegs-Pfarrer haben darüber kein Wort verloren! Zu dieser Anmerkung bzgl. Feldbischof R.: warum ist kein(!) Beispiel jener „eindringlichen Mahnungen“ zugunsten der „Legitimität des Krieges“ von Seiten der Bischöfe zitiert?? Wo bleibt da die Akribie des Schreibers??

S. 11, Sp. 2, Abs. 1, drei letzte Z.: Dass „die“ Katholiken „bereitwillig und ohne größere Skrupel in den nazistischen Krieg“ zogen, ist (trotz angegebener und von mir nicht einsehbarer Literatur) schlicht und einfach falsch und eine unqualifizierte Behauptung, um mich „schonend“ auszudrücken!

S. 11, Sp. 2, letzter Abs.: „Hitlers Außenpolitik wurde von den deutschen Bischöfen vorbehaltlos unterstützt“. Die nur zwei angegebenen Beispiele konnte man auch als Nicht-Nazi akzeptieren; gestatten diese Beispiele aber Ihre absolut uneingeschränkte Behauptung?? Zu Hitlers Außenpolitik gehörte aber auch z.B. die Be-

setzung des Sudetenlandes, die Einnahme der CSSR, die ganz sicher nicht durch die zwei folgenden Beispiele der Bischöfe Sproll und von Galen „gedeckt“ sind!

S. 12, Sp 1: Der „Möldersbrief“ war mir bekannt, hatte aber in keiner Weise in unseren kath. Kreisen diese ungeheure Bedeutung, von der hier geschrieben wird!

In meiner ganzen phil.theol. Studienzeit in München, Freising und Eichstätt traf ich nie solche Katholiken, auf die die furchtbare Bemerkung am Schluss des Elaborats(!) zutrafen. In meiner Zeit als Kaplan während des Krieges auch nicht. Und dann, die Jahre in Russland, Italien und Eifel/Ardennen, – die Nazis und besonders die katholischen „für das Vaterland“ Kämpfenden unter Hundert kaum einer. Das bezieht sich auch auf die SanOffz (Ärzte und Apotheker) und die Offiziere überhaupt. – Man stand damals unter dumpfem Druck; was wollte man machen; gerade wir sehr vielen San-Geistlichen mussten und wollten ja den Kriegsoffizieren helfen; aber der „Druck“ lastete auch auf den allermeisten anderen Soldaten und Offizieren. Da kann man heute leicht reden und urteilen.

Was die Vorkriegs-Nazizeit betrifft, so wusste man die Nazis in meiner weitesten Umgebung kaum mit der Lupe finden.

Man könnte noch viel schreiben zu solchen Artikeln wie zur Frage stehen, aber man wird als „Zeitgenosse“ ja oft überhaupt nicht mehr ernst genommen; man würde alles nur mehr „verschwommen“ sehen und beurteilen, wie ich schon gedruckt las von nicht-mehr-„Zeitgenossen“. □

Der Last der Freiheit nicht ausweichen!

Jürgen Nabbefeld

„Der Krieg weckt die edelsten Tugenden einer Nation!“ – Das war das Thema eines Aufsatzes, den Schüler eines Gymnasiums vor der Einberufung zum Reichsarbeitsdienst und zur Wehrmacht schreiben mussten.

Ein Schüler beschreibt die Situation so: „Eine Schulfest in jener Zeit ist mir noch gut im Gedächtnis. Lehrer, Schülerinnen und Schüler waren im Musiksaal versammelt. Am Flügel saß der Musiklehrer; er begleitete eine junge Schülerin, die ein altes Lied gesungen hat, dessen Text aus dem Jahre 1620 stammte: 'Kein schönerer Tod ist in der Welt, als wer vom Feind erschlagen...'. – Wie oft hatte man uns eingeschärft: 'Die Sache des Führers und der Partei verlangt Gehorsam.'“

Mein Vater hat uns Kindern wenig von seinen Erfahrungen und Erlebnissen aus dem 2. Weltkrieg erzählt. Aber eines hat er uns immer wieder gesagt: 'Im Jahr 1945 haben wir aufgeatmet. Zwar war viel Elend um uns, aber es war Friede – und mit der Diktatur war es vorbei.'“

Vorbei war die Zeit, in der Lehrer, Journalisten, Filmemacher, Amtsinhaber, Schulungsleiter ... als edelste Tugend den blinden Gehorsam hoch gelobt und den schönsten Tod besungen haben. Vorbei war die Zeit, in der einzig und allein wichtig war, „Die Pflicht zu tun“ und „Befehlen zu gehorchen“.

Jene Menschen, die damals an den Führer und sein Evangelium vom Wert der nordischen Rasse, von Blut und Boden, von Kampf und vom notwendigen rücksichtslosen Einsatz geglaubt haben, und die vielen, die kritiklos mitgelaufen sind, weil man ja mit der Zeit gehen muss, die haben sich nach 1945 zurückgezogen ins Private nach dem Motto: „Ich bin einmal hereingefallen, das langt mir!“.

Die Chance war da, zu fragen: Was will ich? Was kann ich? Was halte ich für notwendig? Wie will ich selber leben? Wie soll die Welt um mich aussehen?

Verantwortungsbewusstsein war gefordert, Offenheit für die sich bietenden Möglichkeiten, kritisches und sachliches Abwägen, der nüchterne Blick auf das was ist, und dann die Überlegung: Wie kann Besseres entstehen? Kein blinder Gehorsam – dafür aber Mut zur Verantwortung und zur Entscheidung, die das Risiko einer möglichen Fehlentscheidung kennt.

In gewisser Hinsicht ist das Leben in einem totalitären Staat leichter: Das Denken und Entscheiden wird einem abgenommen. Die Verantwortung liegt bei dem, der befohlen hat. Die Grundprinzipien für das Leben sind einfach: Befehl und Gehorsam.

Aber – und das ist für mich eine sehr positive Erfahrung –: In vielen Menschen, die eine Diktatur erlebt haben, lebt der Wille, das Leben in eigener Verantwortung zu wagen. Zum Beispiel sind nach dem Ende der DDR viele Organisationen und Verbände entstanden. Nach der einen vorgeschriebenen Weltanschauung eine Vielzahl von religiösen, kulturellen, politischen und lebenskundlichen Richtungen.

Aber: Auch heute sind viele ratlos. Das geistige Durcheinander in der kleingewordenen Welt bietet einzigartige Chancen für Wichtigmacher, redegewandte Vereinfacher, für Moralisten, die hämisch auf Defizite bei den anderen hinweisen, für Gurus, die Gefühle ansprechen und das redliche Nachdenken verhindern.

Viele versuchen heute, dem Durcheinander und dem Zwang zum Selber-Denken auszuweichen. Sie ziehen sich in ihre eigene kleine Welt zurück und schließen sich einer Gruppe an, in der ihnen die Mühe des eigenen Denkens und Entscheidens abgenommen wird. Wenn ich in die Geschichte zurückschaue, frage ich mich: Ist es gut und richtig, das Denken und Entscheiden anderen zu überlassen?

Lebt einer, der auf seine Freiheit verzichtet und andere für sich denken lässt, wirklich besser? Ich

gebe zu, er lebt zunächst einmal bequemer. Aber früher oder später wird man ihm wieder von den sehr edlen Tugenden erzählen – und was dann kommt, das kennen wir alle aus der Geschichte.

Die Tyrannen sorgen für alles und verlangen Gehorsam. Das Leben in einer freiheitlichen Gesellschaft verlangt Kraft und Mut zur Eigenverantwortung. Natürlich können wir uns das Leben auch heute leicht machen.

Wir können uns darauf beschränken, die Zeitung zu lesen, die Meldungen in Funk und Fernsehen über uns ergehen zu lassen, und dann zu kritisieren oder zu schimpfen: auf Parteien und Verbände, auf die Unfähigen in den Institutionen, auf die Gerichte, die Pfarrer und die Lehrer ... Die Liste ist endlos.

Auch für die Kirche in einer Demokratie ist vieles gar nicht einfach. Demokratische Ordnungen ruhen nicht in sich selbst; sie werden nicht durch Geheimdienste, durch Konzentrationslager und Propagandaminister stabilisiert. Sie brauchen Frauen und Männer, die wissen: Uns geht es gut, wenn es den anderen auch gut geht. Wir nehmen die Mühe des selbst Denkens auf uns, wir weichen der Last der Freiheit nicht aus. Wir geben Zeugnis von unseren Wertvorstellungen und versuchen diese zu leben.

Diese Mühe ist immer noch geringer als jene Opfer, die in Diktaturen mit den edelsten Tugenden verlangt werden. Wir schulden dies den nachfolgenden Generationen.

Wir dürfen der Last der Freiheit nicht ausweichen!

Predigt zum Neujahrsempfang des Militärgeneralvikars für den Vorstand ZV und den Exekutivausschuss der GKS am 22.01.1999 in der Kapelle des Gästehauses des Katholischen Militärbischofs in Bonn.

ERKLÄRUNG DES VORSITZENDEN DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ ZU DEN NATO-LUFTOPERATIONEN IN JUGOSLAWIEN

DILEMMA: Moralische Pflicht zur Nothilfe kontra Gefahr für das Gewaltmonopol

Nachdem es nicht gelang, durch intensive und lang andauernde politische Verhandlungen für das Kosovo eine Befriedung zu schaffen, führt die NATO Luftoperationen gegen militärische Ziele in der Bundesrepublik Jugoslawien durch. Sie sollen dazu beitragen, dass eine humanitäre Katastrophe und eine Bedrohung des internationalen Friedens abgewendet werden, wie sie aus der kompromisslosen Politik der jugoslawischen Regierung gegen große Bevölkerungsteile im Kosovo folgen könnten.

Wir anerkennen die humanitären Ziele dieser Intervention. Ein stabiler Friede ist nicht möglich ohne die Beachtung der fundamentalen Rechte der Menschen. Wir appellieren an die jugoslawische Regierung, ihre Politik gegenüber den Albanern im Kosovo augenblicklich zu korrigieren. Wir hoffen auf ein rasches Ende der Militäraktionen. Wir sind mit unseren Gedanken auch bei den Soldaten und ihren Angehörigen. Militärgeistliche begleiten die Soldaten im Einsatzgebiet und halten auch Kontakt zu ihren Familien.

Die Aktivitäten der NATO werfen eine Reihe bedrängender Probleme auf. Es besteht die Gefahr, dass das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen untergraben wird, das zu den Grundlagen auch der kirchlichen Friedensethik zählt. Es stellt sich auf der anderen Seite die Frage, wie man der moralischen Pflicht zur Nothilfe nachkommen kann angesichts einer UN-Weltautorität, die nicht so beschaffen ist, dass sie ihrer Aufgabe, Frieden in Recht weltweit zu garantieren, verlässlich nachkommen kann. Wir befinden uns hier noch in einer Übergangsphase. Die politisch Verantwortlichen befinden sich deshalb in einem Dilemma, dem sie nicht einfach ausweichen können.

Gerade wegen der humanitären Zielsetzung der NATO-Operationen drängen wir auf größtmögliche Mäßigung im Einsatz militärischer Mittel. Unsere Sorge gilt insbesondere der Zivilbevölkerung,

deren Leiden unsere Solidarität fordern. Notwendig ist der Zugang für internationales Hilfspersonal vor allem in das Kosovo. Die Nachbarländer Jugoslawiens bitten wir um großzügige Aufnahme von Flüchtlingen, die auf begrenzte Zeit ihre Heimat verlassen müssen. Die Bundesrepublik Deutschland muss diesen Ländern Erleichterung verschaffen und helfen.

Wir wissen uns allen Menschen guten Willens in Jugoslawien, be-

sonders auch den Brüdern und Schwestern der serbisch-orthodoxen Kirche im aufrichtigen Bemühen um einen tragfähigen Frieden verbunden. Wir bitten alle Gläubigen um das Gebet für den Frieden. Es ist zu hoffen, dass wir gemeinsam zur Wiederherstellung des internationalen Ansehens des serbischen Volkes beitragen können, dessen wahre Größe durch die Politik der Belgrader Regierung auf dramatische Weise beschädigt wird.

KOMMENTAR:

Die Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz zu den NATO-Luftoperationen in Jugoslawien ist zu begrüßen. Bischof Lehmann zeigt darin das ethische Dilemma des militärischen Einsatzes auf, das auch innerhalb der GKS seit dem zustimmenden Beschluss des Bundestages vom 16.10.98 mit großem Ernst und mit Sachverstand diskutiert wird.

Einerseits befürwortet die GKS die „humanitäre Intervention“ zur Verhinderung von schweren Menschenrechtsverletzungen und Völkermord. Andererseits verkennt sie nicht, dass die nicht durch ein UN-Mandat gedeckte Aktion „das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen untergraben wird“, wie es in der Erklärung des Bischofs heißt.

Die GKS anerkennt die moralische Pflicht der NATO, einer skrupellosen Regierung das Handwerk zu legen und Frieden wieder herzustellen, „angesichts einer UN-Weltautorität, die nicht so beschaffen ist, dass sie ihrer Aufgabe, Frieden in Recht weltweit zu garantieren, verlässlich nachkommen kann“. Die GKS sorgt sich aber, dass die Nothilfe der NATO für die Bevölkerung im Kosovo nicht nur das Völkerrecht schwächt, sondern Staaten, die dem Recht weniger verpflichtet sind, ermuntert in der NATO-Aktion einen Präzedenzfall zur Durchsetzung ihrer

eigenen Interessen sehen. Der angestrebte Zweck würde sich dadurch in sein Gegenteil verkehren.

Weil aber innerhalb des Verbandes die Frage strittig diskutiert wurde, wie und ob die GKS ihre völkerrechtlichen Bedenken – die ja schließlich auch eine moralische Ebene haben – öffentlich machen sollte, hat sich die Führung zunächst dazu durchgerungen, das ethische Dilemma zugunsten der Verhinderung einer humanitären Katastrophe im Kosovo auszuhalten.

Gerade aus dieser Zurückhaltung erwächst jedoch die Notwendigkeit, den mit der humanitären Intervention verbundenen Fragen nicht auszuweichen, wie z.B.:

- Umgang der Völkergemeinschaft mit dem Widerspruch, dass der VN-Sicherheitsrat zwar eine Bedrohung des Weltfriedens feststellt, aber keine Beschlüsse zum Eingreifen fasst.
- Gefahr eines Missbrauchs der Berufung auf Nothilfesituationen, welche die Existenz legitimer und durchsetzungsfähiger Gewalt voraussetzen, an deren Stelle gehandelt wird, die es aber in der Staatengemeinschaft nicht gibt.
- Revision des völkerrechtlichen Legitimationsdefizits, um auf innerstaatliche Konflikte/humanitäre Katastrophen reagieren zu können.

(PS)

Zum 50. Geburtstag der Allianz: Die neue NATO

Neue Strukturen, neue Herausforderungen, aber wohl keine neue Strategie

Eckhard Stuff

I. Neue NATO

Unserer weiterhin unverzichtbaren sicherheitspolitischen Heimat, der NATO, ist durch die Umbrüche in Europa das Feindbild abhanden gekommen. Was wird nun aus ihr? Die Allianz muss sich – auch ohne klares Feindbild – ständig mit neuen Risiken auseinandersetzen. Am Ende des Jahrhunderts zeichnen sich neue Herausforderungen und Risiken für die Sicherheit der Bündnispartner deutlich ab:

- Der Wegfall der großen Schwerter hat die kleinen Dolche wieder gebrauchbar gemacht. Die Auflösung des Warschauer Paktes hat militärische Auseinandersetzungen nicht verhindert, im Gegenteil gab es wohl eher eine Beschleunigung: ungelöste nationale und ethnische Fragen haben auch auf europäischem Boden, in Ex-Jugoslawien, zum Krieg geführt. Die bundesdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik, ja, die Europäer insgesamt haben sich dabei zunächst ihrer Verantwortung nicht gewachsen gezeigt. Die Lehre war ein weiteres Mal: ohne die Vereinigten Staaten läuft nichts.
- Die Entwicklung nach dem Zerfall der Sowjetunion birgt insbesondere auf russischem Boden viele Risiken für die Sicherheit Gesamteuropas. Der Sieg von Demokratie und Rechtsstaat ist für Russland

nicht annähernd erreicht. Alexander Lebed hat gesagt, dass Freiheit in Russland für viele die Freiheit sei, getötet zu werden. Russland bleibt das Pulverfass des 21. Jahrhunderts. Kontrollierte westliche Hilfe ist im eigenen Interesse erforderlich.

- Flüchtlings- und Migrationsbewegungen bringen schon jetzt hohe Belastungen für die deutsche Gesellschaft. Insbesondere angesichts des enormen Bevölkerungswachstums in den unterentwickelten Regionen der Welt muss mit einem sich verstärkenden Migrationsdruck auf ganz Westeuropa und Nordamerika gerechnet werden. Im Zusammenwirken von Innen- und Außenpolitik sind endlich gesellschaftlich akzeptierte Antworten zu entwickeln, wie mit diesem Druck umzugehen ist.
- In der Kombination von weltweitem Bevölkerungswachstum und Ressourcenverknappung tun sich zusätzliche Probleme auf. Im regenreichen Deutschland mag es seltsam klingen, in anderen Teilen der Erde schon lange nicht mehr: Ein künftiger Krieg könnte um die kostbare Ressource Wasser geführt werden. Denkende Köpfe in der NATO weisen jedenfalls auf dieses Problem hin. Es kann schließlich auch uns berühren.
- Die Proliferation von A-, B- und C-Waffen schreitet fort. Die Vorstellung, dass biologi-

sche oder chemische Waffen in der Verfügungsgewalt so genannter „Schurkenstaaten“ sind, lässt Gruselschauer aufkommen. Dringender Handlungsbedarf ist gegeben. Der Einsatz von Amerikanern und Engländern im Irak hat dieses gerade wieder belegt.

Und die Allianz muss unter den veränderten Rahmenbedingungen weiterhin ihre Kernfunktion erfüllen: Die NATO ist ein Bündnis kollektiver Verteidigung, und das wird auch so bleiben. Daneben muss sie sich zusätzlichen Aufgaben stellen. Wenn sie im April 1999 ihr 50-jähriges Bestehen feiert, kann sie sich durchaus als erfolgreichste Allianz der Geschichte begreifen. Die dann vollzogene Erweiterung wird sie mit 19 Mitgliedstaaten sehen: Polen, die Tschechische Republik und Ungarn werden als Vollmitglieder dabei sein. Und der Drang weiterer Staaten in die NATO erscheint ungebrochen. Diese Entwicklung hat der NATO-Gipfel von London im Sommer 1990 eingeleitet, der den neuen Demokraten in Ost- und Mitteleuropa „die Hand ausstreckte“. 1994 wurde in Brüssel das Öffnungsangebot der NATO beschlossen. Außerdem wurde die Partnerschaft für den Frieden eingerichtet, die, zunächst als „Vorhof der NATO“ belächelt, sich schnell zu einem großen politischen Erfolg entwickelt hat. Mittlerweile partizipieren 27 Staaten an diesem Programm der sicherheitspolitischen Kooperati-



on. Hierdurch wurde damals zunächst auch ein Auffangbecken für Russland geboten, das allerdings nur spärlich genutzt wurde. Neues Mitglied ist die Schweiz, die sich ansonsten traditionell aus allen Bündnissen heraushält.

Der Madrider NATO-Gipfel von 1997 sprach dann die Einladung zur NATO-Mitgliedschaft an Polen, Ungarn und die Tschechische Republik aus. Dieses geschah unter zahlreichen Protesten der russischen Regierung. Auch hier hat inzwischen eine Beruhigung eingesetzt. Dazu haben nicht unwesentlich der Abschluss des Partnerschaftsabkommens der EU mit Russland und die Einrichtung des NATO-Rußland-Rates beigetragen. Damit ist der ständigen Konsultation zwischen Moskau und dem Westen ein fester Rahmen gegeben. Dieser bewährt sich derzeit in Versuchen, das weitere Vorgehen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo zu synchronisieren.

Über eine zweite Welle der NATO-Erweiterung wird im April 1999 in Washington zu sprechen sein. Derzeit ist die Lage dazu noch unübersichtlich, die Kandidaten sind zahlreich: Rumänien, Slowenien, Slowakei, Bulgarien, die baltischen Staaten. Die beiden erstgenannten haben durch ihre „Vornotierung“ in Madrid 1997 einen gewissen Vorteil. Die baltischen Staaten werden von der Bundesregierung vorgeschlagen. Darüber hinaus ist auch ein Interesse am Beitritt zur Allianz in Österreich und – wie neueste Umfragen zeigen – in Schweden nicht völlig auszuschließen. Deutlich scheint aber auch, dass die Messlatte für eine zweite Welle der NATO-Erweiterung insbesondere von der amerikanischen Regierung hochgehängt werden wird. So wird wohl nur durchlaufen, was im Interesse amerikanischer Außenpolitik liegt.

II. Neue Strategie?

Kaum im Amt, hat der neue Außenminister Fischer die westlichen Verbündeten mit seiner Forderung auf Verzicht auf die Option des nuklearen Ersteinsatzes der NATO aufgeschreckt. Damit wäre der gültigen Abschreckungstheorie die Grundlage entzogen. Der vorher noch mit vielen Vorschuss-

lorbeeren bedachte „Joschka“ Fischer gab jetzt den Verbündeten in Washington, London und Paris Rätsel auf. Wer allerdings sowohl die sozialdemokratische wie die grüne Programmatik über die Jahre verfolgt hat, dürfte nicht überrascht worden sein. Für beide Regierungsparteien gilt grob gesagt: Alles Nukleare ist Teufelszeug und muss überwunden werden. Der politische Wert der kriegsverhindernden Waffe hat sich Polit-Romantikern noch nie erschlossen. Und in beiden Regierungsfractionen dürften die Mehrheiten eindeutig sein: die Romantik siegt.

Was aber glaubt Fischer und was will er erreichen? Gutmeinende, auch im NATO-Hauptquartier in Brüssel, unterstellen eine Attacke aus innenpolitischen und innerparteilichen Gründen. Psychodrops für Romantikerseelen, sozusagen. Sollte Fischer aber eine Strategiediskussion führen wollen, so muss vor allem der Proliferationsaspekt, und damit die B- und C-Waffen, einbezogen werden. Gerade bei biologischen und chemischen Waffen stellt die Weiterverbreitung ein globales Problem dar, und der Handlungsbedarf ist dringend gegeben. Die Nuklearwaffen und die Option des Ersteinsatzes benötigt die Allianz aber derzeit noch. Deutliche Worte dazu hat General Naumann, der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, gefunden: *„Die Nuklearwaffen der Allianz spielen eine entscheidende Rolle. Ihre bloße Existenz bewirkt ein außerordentlich hohes Maß an Unsicherheit über die Reaktion der Allianz, sofern ihr Einsatz nicht von vornherein ausgeschlossen wird. Mit dieser Unsicherheit entstehe die Gewissheit, dass es im Allianzgebiet keinen Krieg geben wird. Nuklearwaffen waren niemals als Kompensation konventioneller Unterlegenheit gedacht. Nur dadurch, dass es keine Gewissheit über mögliche Reaktionen der NATO gab, war auch keine zuverlässige Kalkulation des Schadens für einen Gegner möglich. Damit wird das Risiko für jeden Gegner zu hoch, und das verhindert Krieg. Heute, in einer Zeit des Übergangs, mit vielen Unsicherheiten und mit anhaltender Proliferation, ist Kriegsverhinderung nach wie vor notwendig. Unsere Demokratien dürfen nicht erpressbar werden.“* (s. DIE WELT vom 30.11.1998)

Dazu gesellt sich in der öffentlichen Darstellung folgendes Problem: In der aktuellen Strategiediskussion werden von einigen Teilnehmern die Begriffe Erstschatz und Ersteinsatz durcheinander gebracht. Hierzu gilt es festzustellen: Ein Erstschatz ist nicht Bestandteil der NATO-Strategie. Die NATO versteht sich als defensives Bündnis und würde Waffen nur im Verteidigungsfall einsetzen. Die nukleare Ersteinsatzoption dient zur Kriegsverhinderung durch Abschreckung und käme erst im Verteidigungsfall als Handlungsoption infrage.

Umstritten bleibt in Teilen der grünen Fraktion auch die Frage, wann ein NATO-Einsatz erfolgen kann und ob in allen Fällen, in denen nicht ein Einsatz nach Artikel 5 der NATO-Charta (= der klassische Verteidigungsfall) vorliegt, jeweils ein UN- (oder OSZE-)Mandat eingeholt werden muss. Hier hat Außenminister Fischer eine gewisse Flexibilität erkennen lassen, die allerdings aus den Reihen seiner Partei sofort kritisiert wurde.

Es kann davon ausgegangen werden, dass sowohl die Frage der Mandatierung der NATO, und damit die Frage der Zusammenarbeit zwischen NATO und UNO bzw. OSZE, wie die Frage des Einflusses und der Verantwortung der Europäer im Bündnis wie auch die Diskussion um die NATO-Strategie uns in den nächsten Jahren begleiten werden. Die neue NATO ist immer noch dabei, sich zu finden und ihre Aufgaben und Möglichkeiten vor dem Hintergrund der existierenden Herausforderungen für die Sicherheit zu definieren. Sie hat dabei große Schritte in Richtung auf eine feste Etablierung als die paneuropäische Sicherheitsorganisation in der Welt nach dem Kalten Krieg gemacht. Sie hat sich im doppelten Sinn geöffnet: neue Mitglieder und Partnerschaften auf der einen und die Übernahme neuer Aufgaben auf der anderen Seite. Die zur klassischen Selbstverteidigung hinzukommenden Aufgaben der Krisenverhütung und Konfliktregulierung werden die NATO auch in den kommenden Jahren stark beschäftigen. Ein funktionierender Ersatz für die NATO ist nirgendwo in Sicht, schon gar nicht in Gestalt der fragwürdigen WEU. □

RICHARD HOLBROOKE – DIPLOMAT UND MACHER

Vom Krieg zum Frieden in Bosnien

Eckhard Stuff

1995 entschloss sich Präsident Clinton, einen Mann seines Vertrauens mit der schwierigen Aufgabe zu betrauen, den Krieg auf dem Balkan zu beenden. Er wählte dafür Richard Holbrooke. Der erfahrene Diplomat, der von 1993 bis 1994 auch amerikanischer Botschafter in Bonn war, schaffte schließlich mit dem Abkommen von Dayton den Durchbruch. In seinem Buch „Meine Mission“ erzählt Holbrooke die Geschichte seiner diplomatischen Bemühungen bis zum Abschluss der Verhandlungen. In einem ausführlichen Epilog arbeitet er auch die Nachgeschichte bis zum Frühjahr 1998 auf. Sein Buch ist ungemein wertvoll, weil Holbrooke offen, freimütig und sehr direkt seine Eindrücke und Erfahrungen wiedergibt.

Schon in der Beschreibung der Vorgeschichte des Krieges in Bosnien lässt Holbrooke nichts an Deutlichkeit fehlen: „Monatelang hatte Deutschland die EG und die USA gedrängt, Kroatien anzuerkennen. Vance und Carrington lehnten die deutsche Forderung entschieden ab. Beide berichteten mir später, dass sie ihren alten Freund und Kollegen Hans-Dietrich Genscher unmissverständlich davor gewarnt hatten, mit der Anerkennung Kroatiens eine Kettenreaktion auszulösen, an deren Ende ein Krieg in Bosnien entstünde. Eine Anerkennung Kroatiens würde Bosnien dazu zwingen, dem Beispiel zu folgen und sich ebenfalls für unabhängig zu erklären. Es wäre absehbar, prophezeiten Vance und Carrington, dass die bedeutende serbische Minderheit in Bosnien sich gegen einen von Muslimen dominierten Staat erheben würde. ... Doch Genscher, der erfahrenste unter den europäischen Außenministern, schlug die Warnungen seiner alten Freunde in den Wind. Ganz untypisch ließ Deutschland seine Muskeln spielen. Auf dem entscheidenden Treffen der europäischen Außenminister Mitte Dezember des Jahres 1991 erklärte Genscher gegenüber

seinen Kollegen, Deutschland werde, sollten die anderen EG-Staaten nicht mitziehen, Kroatien notfalls auch im Alleingang anerkennen. Die Europäer standen kurz vor der Unterzeichnung des historischen Maastrichter Vertrages, ein Vertrag, der den Beginn eines neuen, vereinten Europas symbolisieren sollte und zu dessen treibenden Kräften Helmut Kohl zählte. In dieser Situation wollte keiner der anderen Außenminister einen offenen Bruch in der europäischen Front riskieren, und so gab man Genschers Forderung nach.“

Was folgte, ist bekannt: Die Kriege auf dem Boden des ehemaligen Jugoslawien forderten allein von 1991 bis 1995 rund 300.000 Menschenleben. Amerikaner und Europäer reklamierten diese Kriege zunächst als ein europäisches Problem. Hierzu Holbrooke: „Dennoch scheuten die Europäer vor einem energischen Eingreifen zurück und beschränkten sich darauf, 'friedenserhaltende' UN-Truppen in ein Land zu entsenden, in dem es keinen Frieden gab, der hätte gehalten werden können – und ihnen die für die Beendigung der Kämpfe notwendigen Mittel und Machtbefugnisse vorzuenthalten. Schließlich beschlossen die Vereinigten Staaten 1995 angesichts immer neuer Gräueltaten und unverhüllter Drohungen der bosnischen Serben, einen eigenen Verhandlungsvorstoß zu unternehmen.“

Die Geschichte dieser von ihm gebührten Verhandlungen gibt Holbrooke auch die Gelegenheit zu interessanten Persönlichkeitsskizzen: „Milosevic war in dieser Hinsicht, wie auch in so vielen anderen, das genaue Gegenteil von Izetbegovic. Er liebte Verhandlungen bis spät in die Nacht, vielleicht weil sein Durchhaltevermögen und seine Trinkfestigkeit ihm zu dieser Zeit einen zusätzlichen Vorteil vor anderen verliehen.“ Und an anderer Stelle zum Verhalten des damaligen serbischen Präsidenten während der Verhandlungen von Dayton: „Milosevic scheint die Zeit in Dayton zu genießen, auch wenn

er gern den wilden Mann markiert. Wenn er angreift, muss man den Angreiferwidern, das ist der ganze Trick. Er respektiert Leute, die genau so hart verhandeln wie er, und er stellt uns fortwährend auf die Probe. Um ihn zum Einlenken zu bringen, müssen wir sehr deutliche Signale setzen und dürfen erst dann von ihnen abrücken, wenn wir genau wissen, was wir im Gegenzug dafür erhalten.“

Über die Mängel des Abkommens von Dayton vom November 1995 gibt sich Richard Holbrooke keinen Illusionen hin. Er listet sie Punkt für Punkt auf und gesteht: „Der schlimmste Mangel des Daytoner Friedensabkommens besteht darin, dass mit den Truppen der Serben und denen der kroatisch-muslimischen Föderation zwei feindliche Armeen in einem Land belassen wurden. Wir waren uns dieses Problems während der Verhandlungen voll bewusst, doch da die Nato nicht bereit war, die Entwaffnung der Parteien als bindende Verpflichtung zu akzeptieren, konnten wir weder die Schaffung einer einzigen Armee noch die Entwaffnung ganz Bosnien-Herzegowinas erreichen.“

Auch daran schimmerte die Schwäche der Europäer durch, die schwer getroffen waren, dass es, für die ganze Welt sichtbar, wiederum der Amerikaner bedurfte, um ein europäisches Problem zu regeln, und die jetzt die Verwicklung in militärische Auseinandersetzungen fürchteten.

Holbrooke bekannt sich in seiner anspruchsvollen Erzählung seiner Mission zu einer Mischung aus Realismus und Idealismus in der Außenpolitik. Sein Buch ist eine gelungene Studie, die ebenso die Grenzen verantwortbaren idealistischen Handelns aufzeigt wie sie Idealismus – konkret das unermüdliche Eintreten für die Menschenrechte – fordert.

Das politische Buch

Richard Holbrooke: Meine Mission. Vom Krieg zum Frieden in Bosnien. Piper Verlag, München, 603 S. □

BISCHÖFE ZU FRIEDENSERHALT UND FRIEDENSGESTALTUNG IN EUROPA

„Wahrheit, Erinnerung und Solidarität – Schlüssel zu Frieden und Versöhnung“

Unter dem Titel „Wahrheit, Erinnerung und Solidarität – Schlüssel zu Frieden und Versöhnung“ hat die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union (ComECE) in einer Pressekonferenz am 11. März 1999 in Brüssel ein Wort zum Frieden vorgelegt. Es wurde von Bischof Dr. Josef Homeyer (Hildesheim), dem Vorsitzenden von ComECE, vorgestellt.

In ihrem gemeinsamen Wort schreiben die Bischöfe, es sei „ein wichtiger Maßstab für die Bewertung des europäischen Integrationsprozesses, ob auf diesem Weg ein Beitrag zur Friedensfähigkeit der europäischen Staatengemeinschaft geleistet werden kann“. Von ihrer Zielperspektive eines gerechten Friedens her würdigen sie eine Reihe positiver Entwicklungen seit der politischen Wende in Europa Ende der achtziger Jahre. Hervorgehoben werden die Überwindung des trennenden Charakters der Ost-West-Grenze und die Transformationsprozesse in mittel- und osteuropäischen Ländern hin zu rechtsstaatlichen Strukturen, die eine Garantie grundlegender Menschenrechte ermöglichen. Die Bischöfe verweisen ferner auf Fortschritte bei der „Suche nach Wegen, wie mit den ‘Schatten der Vergangenheit’ umzugehen ist und der Schmerz der Wunden, die z.T. weit zurückliegendes Handeln den Opfern zufügte, gelindert werden kann.“

Unter Hinweis auf die Situation im ehemaligen Jugoslawien beklagen sie demgegenüber, es sei „nicht gelungen, die Rückkehr des Krieges nach Europa zu verhindern“. Doch würden auch manche westeuropäischen Regionen infolge innerstaatlicher Konflikte „immer wieder von Gewalt und Terror erschüttert“. Es sei bis heute nicht gelungen, die Weiterverbreitung von konventionellen Rüstungsgütern wie von Nukleartechnologie zu militärischen Zwecken hinreichend zu kontrollieren und einzudämmen. In Ost- wie Westeuropa lebten die Menschen unter der Last von Ungewissheiten über ihre persönliche Zukunft in wirtschaftlicher wie sozialer Hinsicht. Drogenkonsum, organisierte Kriminalität, Terrorismus und „ein Klima wachsender Intoleranz und Gewaltbereitschaft gegenüber Minderheiten im eigenen Land, Ausländern und Migranten“ drohten den gesellschaftlichen Frieden und die Zustimmung zur freiheitlichen und demokratischen Verfassung von Staat und Gesellschaft zu untergraben.

Angesichts dieser Entwicklungen stellen die Bischöfe fest, „dass die gegenwärtige politische Landkarte Europas und der Welt weniger denn je eine strikte Trennung zulässt zwischen Problemen, die die Friedensverantwortung der internationalen Staatengemeinschaft betreffen, und solchen, die herkömmlich als Fragen innerstaatlich herzustellender Gerechtigkeit aufgefasst wurden“. Es sei zu fragen, ob eine gemeinsame Wurzel der beklagten Missstände nicht „in einer übermäßigen Betonung unterschiedlicher For-

men von Eigeninteressen zu Lasten jenes umfassenden Gemeinwohls liegt, auf das solidarische Handeln auch in gesellschaftlichen und politischen Systemen gerichtet sein muss“. Nationalstaatliche Interessenverfolgung büße dort ihre Legitimität ein, wo sie „elementare Rechte und Interessen anderer verletzt und ... zu neuer Ungerechtigkeit oder zur Festschreibung überkommener Unrechtsverhältnisse“ führe.

Demgegenüber gelte es, die Zukunft Europas auf Gerechtigkeit und Solidarität zu gründen. Dies erfordere „aufseiten der wirtschaftlich und politisch starken Akteure die Bereitschaft, dort auch substantiellen Verzicht auf eigene Vorteile zu leisten, wo sich nur auf diese Weise Armut, Verelendung und politische Destabilisierung in den Ländern des Ostens wirksam bekämpfen lassen“. Die Bischöfe äußern ihre Besorgnis darüber, dass in aktuellen Vorschlägen zu einer Weiterentwicklung des Asyl- und Flüchtlingsrechts im Interesse der inneren Sicherheit der potentiellen Aufnahmestaaten „der Gedanke der notwendigen Solidarität mit Flüchtlingen und Asylsuchenden kaum mehr spürbar ist“. Diese gebiete, Verfolgten Schutz zu gewähren und ihre grundlegenden Menschenrechte zu garantieren; insbesondere dürfe „niemand dorthin abgeschoben werden, wo er zum Opfer von Folter oder anderen Formen grausamer und unmenschlicher Behandlung zu werden droht“. Zur Verwirklichung solidarischen Handelns sei es unausweichlich, dass alle Partnerländer der EU die Bereitschaft zu einer „europäischen Lastenteilung“ entwickelten. Der „entscheidende Maßstab“, an dem auch Konzepte zur Gewährleistung von gemeinsamer Sicherheit in Europa und der Welt zu messen seien, müsse die Frage sein, „wie weit diese Konzepte den von Not, Gewalt und Unfreiheit am meisten Bedrohten zugute“ kämen.

In der Tradition der kirchlichen Friedenslehre unterstreichen die Bischöfe, „dass stets mit Vorrang eine Politik der Gewaltvermeidung verfolgt werden muss“. Deswegen gelte es, die Möglichkeiten der Gewaltprävention sowie einer gewaltfreien politischen Konfliktbearbeitung und Krisenintervention zu erweitern. Für den Erfolg gewaltfreier Konfliktbearbeitung trügen auch Kirchen und Religionsgemeinschaften eine Mitverantwortung. Nur angesichts des Scheiterns solcher Bemühungen lasse sich in extremen Fällen legitimerweise „nach ethischen Kriterien möglicher Gewaltanwendung“ fragen. Dabei sei zu bedenken, dass sich bewaffnete Interventionen vielfach gerade dann als problematisch erwiesen, wenn man sie anhand dieser Kriterien beurteile.

Im Interesse von Gewaltvermeidung fordern die Bischöfe einen Schutz legitimer Minderheiteninteressen. Es gelte „durch Demokratisierung und Erweiterung der Möglichkeiten zur Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, durch föderalistische Regierungsformen und großzügige Autonomieregelungen jene Gründe zu beseitigen, die den Angehörigen der

Minderheiten das Streben nach Sezession und Grenzrevisionen geraten scheinen lassen“. Allerdings sei für eine lebendige Demokratie „ein sie tragendes Ethos der Bürger dieser Gesellschaft unerlässlich“, in dem nicht nur Ansprüche geltend gemacht, sondern ebenso Solidaritätspflichten bejaht würden.

Im Blick auf die Mitverantwortung Europas für eine Politik, die dem Wohl der Völkergemeinschaft als ganzer dient, betonen die Bischöfe das „friedensgefährdende Potential“ der immensen sozialökonomischen Disparitäten zwischen und innerhalb von Staaten. Im Zeitalter der Globalisierung komme „der friedenserhaltenden Funktion einer gerechten Gestaltung der Welthandelsordnung und einer konsequenten Ausrichtung der Entscheidungen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds auf die Bedürfnisse der Armen und Benachteiligten eine wachsende Bedeutung zu“. Für „die teilweise gigantische Verschuldung gerade gering entwickelter Länder“ müsse eine Lösung gefunden werden, „die nicht zu Lasten der ärmsten und schwächsten Mitglieder der dortigen Gesellschaften geht“. Es gelte, nicht nur über Umschuldungsmodelle nachzudenken, sondern unter bestimmten Bedingungen auch „die Möglichkeit eines erheblichen Schuldenerlasses ernsthaft zu erwägen“. Nur so könne es auch gelingen, „den gesellschaftlich-politischen und sozialen Wurzeln der Fundamentalismen den Nährboden zu entziehen“, die direkt mit dem Ausmaß zusammenhängen, „in dem individuelle Lebenssituationen als perspektivlos empfunden werden“. Neben ökonomischen und politischen Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung bedürfe es paralleler Anstrengungen seitens kulturprägender Institutionen – auch der Kirchen und Religionsgemeinschaften – um eine Friedenserziehung im Geist von Toleranz und Dialogbereitschaft angesichts der interkulturellen Herausforderungen an der Jahrtausendwende.

Die Bischöfe treten für eine restriktive Politik des Exports von Rüstungsgütern ein und fordern hierüber baldmöglichst bindende Absprachen in Europa. Ebenso gelte es möglichst sicherzustellen, dass Produkte, die sowohl zivil wie militärisch genutzt könnten, zu ausschließlich zivilen Zwecken verwendet würden. Auch könne ein Verzicht auf nukleare Rüstung glaubwürdig nur von solchen Staaten gefordert werden, die ihrerseits zur Abrüstung ihrer schon vorhandenen Potentiale an solchen Waffen bereit seien.

Schließlich betonen die Bischöfe, die Suche nach angemessenen Formen des Umgangs mit belasteter Vergangenheit angesichts der Erfahrungen mit modernen Diktaturen müsse selbst als Friedensaufgabe verstanden werden. Es bedürfe einer Auseinandersetzung mit jüngster Geschichte, die darauf gerichtet sei, Räume dafür offen zu halten, dass das von den Opfern Erlebte erinnert werden könne und ihnen die Möglichkeit bleibe, Gehör zu finden. Aber auch mit Blick auf ehemalige Täter sei die Suche nach Wegen, „wie sich mit den Lasten der Vergangenheit menschenwürdig leben lässt“, eine Aufgabe „für solche christlichen Bewegungen ..., die sich für mehr Gerechtigkeit und Frieden engagieren“, sowie für die ökumenische Zusammenarbeit der christlichen Kirchen.

Erziehungs- und Bildungsarbeit könne der Herausbildung oder Wiederbelebung von Feindbildern entgegenwirken, indem „durch Bemühungen um Aufklärung über den tatsächlichen Verlauf gemeinsamer Geschichte, über die Entstehungsgründe unterschiedlicher Geschichtsbilder und Identitätskonzepte und durch ähnliche Vermittlungsformen die Macht solcher gewaltträchtiger Klischees gebrochen“ werde. Hier liege nicht zuletzt ein Aufgabenfeld für die Arbeit kirchlicher Schulen, Akademien und Fakultäten, dessen Bedeutung kaum überschätzt werden könne.

(KNA)

DOKUMENTATION: DIE ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN BISCHÖFE IM WORTLAUT

Präambel

1. Die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union nimmt die näherrückende Jahrtausendwende zum Anlass, sich zu Fragen des Friedenserhalts und der Friedensgestaltung zu äußern. Wir Bischöfe betrachten die Stellungnahme zu politischen und sozialen Prozessen, die für das Leben der Menschen und Völker in Europa und darüber hinaus von großer Bedeutung sind, als einen wichtigen Teil unserer Verantwortung. Deswegen sprechen wir, als Vertreter der verschiedenen Bischofskonferenzen aus den Ländern der Europäischen Union, zu allen Menschen Europas – zu jenen, die mit uns denselben Glauben teilen, aber auch zu allen anderen Menschen guten Willens. Besonders wenden wir uns an jene, deren Handeln in Politik und Gesellschaft eine besondere Bedeutung zukommt.
2. Schon die Bibel legt uns die Sorge um den Frieden ans Herz; immer wieder weisen die alttestamentlichen Propheten auf den untrennbaren Zusammenhang von Gerechtigkeit und Frieden hin, und die Bergpredigt im Neuen Testament preist jene selig, die Frieden stiften (vgl. Mt 5,9). In der Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils und in den Verlautbarungen der Päpste dieses Jahrhunderts liegt auf Fragen einer Ethik des Friedens besonderes

Gewicht. Papst Johannes XXIII. machte sie zum Gegenstand einer eigenen Enzyklika, und im gleichen Geist hob Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika „Centesimus Annus“ hervor: „*Der wahre Friede ... ist niemals das Ergebnis eines errungenen militärischen Sieges, sondern besteht in der Überwindung der Kriegsursachen und in der echten Aussöhnung unter den Völkern*“ (CA 18). In seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 1999 betont der Papst, dass nur dort Friede möglich wird, wo die Würde und die Rechte des Menschen geachtet und geschützt werden.

3. Auch die Bischofskonferenzen in einzelnen Ländern haben sich wiederholt und in verschiedener Weise zu Fragen des Friedens geäußert. Dies unterstreicht die fundamentale Bedeutung dieser Thematik. Uns ist dabei bewusst, dass die Idee eines vereinigten Europas und der Gedanke des Friedens eng miteinander verbunden sind. Nach der Katastrophe zweier verheerender Kriege in diesem Jahrhundert haben Staatsmänner in verschiedenen Ländern unseres Kontinents damit begonnen, schrittweise ein gemeinsames Europa aufzubauen. Sie suchten nach politischen und gesellschaftlichen Strukturen, die die Institution des Krieges in dieser Region der Welt überwindbar machen und die Völker und Nationen friedensfähig werden lassen. Dieses Anliegen bleibt – trotz aller Fortschritte, die wir dankbar ver-

zeichnen dürfen – auch heute aktuell. Mehr noch: es ist ein wichtiger Maßstab für die Bewertung des europäischen Integrationsprozesses, ob auf diesem Weg ein Beitrag zur Friedensfähigkeit der europäischen Staatengemeinschaft geleistet werden kann.

4. Für die politischen Entscheidungsträger, aber auch für jene, die im Raum der Gesellschaft in unterschiedlicher Weise an öffentlicher Verantwortung teilhaben, kommt es heute darauf an, gemeinsam nach den Möglichkeitsbedingungen eines gerechten Friedens zu suchen, der allein den Kriegen vorzubeugen vermag. Dabei verkennen wir nicht, dass die Auffassungen der Verantwortlichen über die Wege, wie die Voraussetzungen für einen gerechten Frieden herbeigeführt werden können, von einer Vielfalt verschiedener Weltansichten und normativer Orientierungen beeinflusst sind. Das Finden eines übergreifenden Grundkonsenses erweist sich so als eine ebenso anspruchsvolle wie dringliche Aufgabe. Im Geist christlicher Friedensspiritualität wollen wir daran mitwirken, dass sie bewältigt werden kann. Dabei orientieren wir uns an der Aufforderung Jesu, die jeweiligen Zeichen der Zeit zu verstehen (vgl. Lk 21,5-28) – aufmerksam zu sein für die tatsächlichen Leiden und Opfer der Menschen und die Notwendigkeit, sie zu überwinden, anstatt sich dem ethischen Anspruch, der von ihnen ausgeht, durch eine Flucht in ideologische Rechtfertigungsversuche zu entziehen. Wir bekräftigen, dass Gottes- und Nächstenliebe eine unauflösliche Einheit bilden – nicht nur im Bereich der privaten Lebensführung, sondern auch im Raum der Politik, ja sogar im Feld der internationalen Beziehungen. Trotz allen Realismus über die Grenzen, an die das Bemühen um eine ethisch annehmbare Außenpolitik auch gegenwärtig häufig stößt, halten wir daran fest, dass es alles zu tun gilt, die Chancen und Möglichkeiten einer solchen Politik auszureizen, ja immer mehr zu erweitern.

Positive Entwicklungen

5. Zunächst möchten wir unserer Freude darüber Ausdruck geben, dass die Herausforderungen der politischen Wende in Europa Ende der achtziger Jahre angenommen wurden und ihre Bewältigung auf vielen Gebieten voranschreitet:
6. Überwiegend haben die Grenzen ihren trennenden Charakter für die Menschen verloren. Die Spaltung Europas in zwei hochgerüstete Militärböcke wurde gewaltfrei überwunden. Die Gefahr eines großen, zerstörerischen Krieges unter Einsatz von Atomwaffen erscheint erheblich verringert. Internationale Organisationen und Institutionen (z.B. der Europarat, die Europäische Union, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) wurden weiterentwickelt. Sie haben dazu beigetragen, ein immer dichteres Netz von Strukturen kooperativer Sicherheit entstehen zu lassen. Auch das atlantische Bündnis formuliert seine Aufgaben im Hinblick auf die Kooperation mit den Staaten Mittel- und Osteuropas in umfassenderer Weise. In Ländern, die sich unter den Voraussetzungen der Ost-West-Konfrontation auf die Position der Neutralität verwiesen sahen, wird nun neu darüber diskutiert, in welcher Weise die eigene außenpolitische Mitverantwortung für die Konsolidierung einer Friedensordnung künftig wahrgenommen werden soll.
7. Die Überwindung der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa gelang auf unblutige Weise. In vielen dieser Länder wurden jene Rechtssysteme abgeschafft, in denen sich vor allem der umfassende Herrschaftsanspruch

einer einzigen Partei spiegelte. Nunmehr sind fast überall demokratische Verfassungsordnungen eingeführt, in denen grundlegende Menschenrechte und persönliche Freiheiten wirksam vor staatlichem Zugriff geschützt sind. Wo solche grundlegenden Reformen gelungen sind, erscheinen die vormals vertrauten Instrumente politischer Repression nicht länger als eine unabänderliche, wengleich für unzählige Menschen leidvolle Wirklichkeit.

8. Vorsichtig und allmählich kommt selbst die Suche nach Wegen voran, wie mit den „Schatten der Vergangenheit“ umzugehen ist und der Schmerz der Wunden, die z.T. weit zurückliegendes Handeln den Opfern zufügte, gelindert werden kann. Dies ist besonders in den Ländern Zentral- und Osteuropas dringlich, und es ist – wengleich in verschiedenem Grad und auf unterschiedliche Weise – spürbar geworden, dass die Bedeutung dieser Aufgabe anerkannt wird. Die bisherigen mutigen Schritte zur friedlichen Überwindung der Apartheid in Südafrika zeigen stellvertretend für manch andere Entwicklungen, dass Prozesse der inneren Aussöhnung nicht auf den europäischen Zusammenhang beschränkt bleiben. Das Modell der südafrikanischen „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ macht dabei deutlich, dass der innere Frieden einer Gesellschaft nicht gefunden und erhalten werden kann, solange man der Frage nach einem angemessenen Umgang mit der Last der Erinnerung auszuweichen sucht. In ähnlicher Weise hat sich nach dem über dreißigjährigen Bürgerkrieg in Guatemala unser grausam ermordeter Mitbruder, Bischof Gerardi, darum verdient gemacht, dass das Projekt einer „Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses“ erfolgreich durchgeführt werden konnte. Auf diese Weise wurde eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür geschaffen, sich jüngster Geschichte unter dem Anspruch der Wahrhaftigkeit zu erinnern. Nur so lässt sich verhindern, dass das Leid derer, die zu Opfern von Unrecht und Gewalt wurden, im Nachhinein beschönigt und verharmlost werden kann.

Gründe für Scham und Trauer

9. Gleichwohl stehen neben diesen Fortschritten andere Ereignisse und Entwicklungen, die uns besorgt machen, ja denen gegenüber wir Trauer empfinden und Scham:
10. Es ist nicht gelungen, die Rückkehr des Krieges nach Europa zu verhindern. Das ehemalige Jugoslawien brach unter furchtbaren Gewaltexzessen auseinander, deren Opfer vor allem die Zivilbevölkerung geworden ist. Die Eskalation der Gewalt auf dem Balkan hat vor Augen geführt, wie zerbrechlich viele Errungenschaften zivilen Zusammenlebens sind. Sie hat auch offenbart, wie wenig wir damit rechnen können, dass politische Verhältnisse, die vor allem durch äußeren Druck oder innere Repression erzwungen wurden, auf längere Sicht bestehen bleiben.
11. Die Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien stehen überdies für einen neuen Typ von Konflikten. Sie beruhen nicht auf zwischenstaatlichen Streitigkeiten, sondern gehen auf Verhältnisse innerhalb von Staaten zurück, die schwere Defizite an politischer und sozialer Gerechtigkeit aufweisen. Vor allem in der Eskalation solcher Konflikte und in der latenten Gefahr ihres Übergreifens auf Nachbarstaaten liegen die friedenspolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges. In derartigen Konflikten offenbart sich zudem die Gefahr nationalistischer Ideologien. Sie suchen die unbewältigten Erinnerungen an erlittenes Leid und Unrecht in der Vergangenheit neu zu beleben, um Menschen zur Gewalt gegen ihre Mitmenschen bereit zu machen.

12. Innerstaatliche Konflikte beschränken sich nicht auf den mittel- und osteuropäischen Raum. Wenngleich uns bewusst ist, dass jede Krisen- und Konfliktsituation ihre eigenen Konturen aufweist, gilt doch auch für Westeuropa, dass bis in die jüngste Vergangenheit manche Regionen – z.B. Korsika, das Baskenland, Nordirland – immer wieder von Gewalt und Terror erschüttert wurden. Auch dort sind Friedensprozesse nur unter vielfältigen Rückschlägen mühsam voranzubringen.
13. Bisher ist es nicht gelungen, die Proliferation konventioneller Rüstung wie die Weiterverbreitung von Nukleartechnologie, die militärischen Zwecken dienen soll, hinreichend zu kontrollieren und einzudämmen. Die Atomwafferversuche in Indien und Pakistan vom Frühjahr 1998 haben die ernstesten Gefahren, die in einer ungehemmten Fortsetzung solcher Trends liegen, sehr deutlich werden lassen. Doch ist ebenso daran zu erinnern, dass die großen Nuklearmächte ihrer vertraglichen Verpflichtung zu einschneidender Abrüstung noch immer nicht entsprechen, und dass den Ursachen der politischen Konflikte, die hinter dem Streben nach moderner Bewaffnung aller Art sichtbar werden, auch gegenwärtig nicht entschlossen genug entgegen gewirkt wird.
14. In vielen Ländern Mittel- und Osteuropas haben die Menschen das Ende der Ost-West-Konfrontation als Befreiung, aber auch als den Beginn neuer Ungewissheiten über ihre persönliche Zukunft erfahren. Vertraute, wenngleich in ihrer konkreten Form häufig abgelehnte politische, wirtschaftliche und soziale Strukturen wurden infolge dieser epochalen Zäsur zerstört. Für viele brachte dies Desorientierung und nicht selten den Verlust dessen mit sich, was sie sicher erreicht zu haben hofften und worauf sie stolz waren. Sie begannen alsbald zu fragen, wie sich neugewonnene Freiheiten und Maßstäbe der sozialen Gerechtigkeit künftig würden vereinbaren lassen.
15. Auch für die Staaten Westeuropas stellen sich Fragen politischer und sozialer Gerechtigkeit immer dringlicher: Zunehmende Arbeitslosigkeit (besonders unter Jugendlichen), Drogenkonsum, Kriminalität und ein Klima wachsender Intoleranz und Gewaltbereitschaft gegenüber Minderheiten im eigenen Land, Ausländern und Migranten drohen den innergesellschaftlichen Frieden zu untergraben. Diese Entwicklungen, deren Wurzeln teilweise den nationalen Rahmen überschreiten, zeigen an, dass auch der Zusammenhalt westlicher Gesellschaften durch Ungerechtigkeiten und Spaltungen gefährdet ist. Sie wecken den Ruf nach einer Erneuerung grundlegender Übereinstimmungen in Fragen der nationalen wie internationalen Solidarität und des Schutzes der individuellen Menschenwürde.
16. Grenzüberschreitend sind die Stabilität auch demokratisch legitimer politischer Ordnungen und die persönliche Sicherheit ihrer Bürger durch Terrorismus und organisierte Kriminalität bedroht. Die Schwierigkeiten ihrer Bekämpfung im Rahmen rechtsstaatlicher Grundsätze tragen dazu bei, dass die Zustimmung zur freiheitlichen und demokratischen Verfassung von Staat und Gesellschaft unterhöhlt wird. Wir sind über diese gesellschaftlich-politischen Folgewirkungen nicht weniger besorgt als über deren verursachende Faktoren selbst.
- Aktuelle Herausforderungen**
17. Gerade denjenigen Kräften in Politik und Gesellschaft, die die Chancen einer Vergewisserung über solche grundlegenden Konsense wesentlich beeinflussen können, kommt in dieser Situation besondere Verantwortung zu. Dies gilt auch für Kirchen und Religionsgemeinschaften. Nicht selten waren sie an der Entstehung und dem Verlauf bewaffneter Konflikte beteiligt. Sie können aber heute darauf einwirken, welche Chancen der Bewahrung und Förderung des Friedens eröffnet werden.
18. Als Bischöfe wenden wir uns daher nicht nur an diejenigen, die mit uns denselben Glauben teilen, sondern – wie wir es in den einleitenden Sätzen formuliert haben – an alle Menschen guten Willens, die am Aufbau einer friedens- und zukunftsfähigen Gemeinschaft der Völker mitwirken können. Wir stellen fest, dass die gegenwärtige politische Landkarte Europas und der Welt weniger denn je eine strikte Trennung zulässt zwischen Problemen, die die Friedensverantwortung der internationalen Staatengemeinschaft betreffen, und solchen, die herkömmlich als Fragen innerstaatlich herzustellender Gerechtigkeit aufgefasst wurden.
19. Haben die von uns beklagten Entwicklungen nicht eine gemeinsame Wurzel, die in einer übermäßigen Betonung unterschiedlicher Formen von Eigeninteressen zu Lasten jenes umfassenden Gemeinwohls liegt, auf das solidarischer Handeln auch in gesellschaftlichen und politischen Systemen gerichtet sein muss? Ist nicht die Verfolgung solcher Eigeninteressen mit den Mitteln der Machtkonkurrenz auf nahezu allen Ebenen zum bestimmenden Prinzip des Handelns geworden? Bewirkt dies nicht zwangsläufig, dass auch in den Strukturen, in denen dieses Handeln sich vollzieht, Maßstäbe überparteilicher politischer Gerechtigkeit nicht mehr hinreichend zur Geltung gebracht werden können? Gerade weil wir anerkennen, welche Fortschritte im weiteren Aufbau von Instrumenten der Friedenssicherung in den vergangenen Jahren gemacht werden konnten, sind wir besorgt, dass diese Strukturen hinter ihrer möglichen Leistungsfähigkeit zurückbleiben könnten, weil sie zu wenig vom Geist der internationalen Solidarität getragen werden. Gewiss hat auch das zögerliche Vorankommen auf dem Weg hin zu einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik hier eine seiner tiefreichendsten Wurzeln.
20. Dabei erinnern wir an die großen Fortschritte in den Beziehungen der Völker und Staaten, die besonders nach dem Zweiten Weltkrieg aus einem allseits geteilten Interesse an mehr Frieden und Gerechtigkeit heraus möglich wurden. Das Verhältnis zwischen Franzosen und Deutschen mag hier als ein Beispiel dienen. Traditionelles Denken, das im anderen vor allem den politischen Gegner und Rivalen, wenn nicht gar den Feind zu erkennen glaubte, konnte überwunden werden. Dies ist dem Friedenswillen maßgeblicher Akteure auf allen Seiten zu danken, die den Mut und die Bereitschaft zu politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit aufbrachten. Erst dadurch konnten herkömmliche Denkweisen und Verhaltensmuster in Frage gestellt und der Blick auf diejenigen Herausforderungen geschärft werden, von denen die Völker Europas und der Welt zunehmend gemeinsam betroffen sind.
21. Deswegen rufen wir dazu auf, dass die dringend notwendige Anpassung der politischen Systeme an die Aufgaben, die es zur Friedenserhaltung heute zu bewältigen gilt, von einer Bekehrung der Herzen begleitet sein möge. In einem erneuerten Geist, der solcher Umkehr entspricht, wird es möglich werden, jede Engführung der Friedensverantwortung auf die besonderen Interessen nur des jeweils eigenen Staates und Volkes zu korrigieren. Sie sind ja, bei Licht besehen, nur Teil jenes übergreifenden Gesamtinteresses der Menschheit, das sich als Weltgemeinwohl bezeichnen lässt. Erst die Perspektive eines solchen überna-

tionalen Gemeinwohls lässt uns erkennen, wo nationalstaatliche Interessenverfolgung ihre Legitimität einbüßt, weil sie elementare Rechte und Interessen anderer verletzt und so leicht zu neuer Ungerechtigkeit oder zur Festschreibung überkommener Unrechtsverhältnisse führt.

22. Solche Erkenntnisse haben ihre Konsequenzen in allen Bereichen des politischen und sozialen Lebens; sie erstrecken sich auf Fragen der Friedenssicherung mit den Mitteln der klassischen Außenpolitik, auf die Fortentwicklung des internationalen Rechts, aber ebenso auf die komplexen Probleme einer Beherrschung der großen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Trends, die häufig mit dem Schlagwort der „Globalisierung“ markiert werden. In diesem Zusammenhang gewinnt auch der Ausbau von Strukturen eines einigen Europas eine neue Bedeutung. Denn er trägt dazu bei, dass sich zwischen dem Wohl der Personen, der Gruppen, der Nationen und der gesamten Völkergemeinschaft Brücken schlagen lassen. Aus der Perspektive des Weltgemeinwohls erscheinen uns die nachfolgend genannten Aufgaben besonders dringlich:

Die Zukunft Europas auf Solidarität und Gerechtigkeit gründen

23. Bisher haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in konkreten Fragen ihre je eigenen Optionen gewählt, auch wenn sie sich im Interesse an einem weiteren Ausbau der europäischen Institutionen zusammenfinden. Dies gilt auf sicherheitspolitischem Gebiet, aber nicht minder in wesentlichen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bei der Fortentwicklung solcher Institutionen wie im Prozess der Öffnung der Europäischen Union für weitere europäische Teilnehmerstaaten kommt es deswegen wesentlich darauf an, Absprachen und Regelungen vom Gedanken eines Interessenausgleichs her zu treffen, der im Hinblick auf alle von der jeweiligen Regelung Betroffenen gerecht, ja solidarisch genannt werden kann. Dies erfordert aufseiten der wirtschaftlich und politisch starken Akteure die Bereitschaft, dort auch substanziellen Verzicht auf eigene Vorteile zu leisten, wo sich nur auf diese Weise Armut, Verelendung und politische Destabilisierung in den Ländern des Ostens wirksam bekämpfen lassen und – wie es im Frühjahr 1998 Papst Johannes Paul II. in Wien formulierte – das „unmenschliche Wohlstandsgefälle innerhalb Europas“ allmählich abgeflacht werden kann.
24. Das Fehlen einer Politik, die sich allseits an diesem Prinzip orientiert, zeigt sich gegenwärtig besonders im binneneuropäischen Umgang mit Fragen der internationalen Migration. Wir sind besorgt darüber, dass in aktuellen Vorschlägen zu einer Weiterentwicklung des Asyl- und Flüchtlingsrechts – in einzelnen Mitgliedsstaaten, aber auch auf der Ebene der europäischen Institutionen – der Gedanke der notwendigen Solidarität mit Flüchtlingen und Asylsuchenden kaum mehr spürbar ist. Stattdessen erscheinen die Abwehrmöglichkeiten der potentiellen Aufnahmestaaten gegenüber einer unbegründeten Inanspruchnahme ihres Schutzes und Fragen der inneren Sicherheit dieser Staaten als fast allein ausschlaggebender Maßstab der Flüchtlingspolitik. Besonders problematisch ist dies in Bezug auf die wachsende Zahl von Menschen, die vor interethnischen Auseinandersetzungen und bürgerkriegsähnlichen Konflikten auf der Flucht sind. Die Frage, welche Mitverantwortung für ihr Schicksal uns die Achtung vor der personalen Würde dieser Menschen abverlangt, droht demgegenüber zunehmend in Vergessenheit zu geraten.
25. Jede Rücksicht auf partikulare nationale Interessenlagen muss mit der Zielbestimmung vereinbar bleiben, Flüchtlingen und Verfolgten Schutz zu gewähren und ihre grundlegenden Menschenrechte zu garantieren. Insbesondere darf niemand dorthin abgeschoben werden, wo er zum Opfer von Folter oder anderen Formen grausamer und unmenschlicher Behandlung zu werden droht. Vor einer Rückführung von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen in ihre Herkunftsländer ist sorgsam zu prüfen, ob die Situation vor Ort es ermöglicht, die Heimkehrenden vor neuer Gewalt wirksam zu schützen und sie in die dortige Gesellschaft schrittweise wieder einzugliedern. Darüber hinaus stellt die Bereitschaft zu einer europäischen Lastenteilung gerade auf dem Feld der Migrationspolitik eine der wichtigsten Herausforderungen auf dem Weg zur weiteren Integration Europas dar. Wir betonen dies mit Nachdruck, denn wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass es gerade in dieser Frage weithin an der politischen Bereitschaft fehlt, notwendige und zumutbare Entscheidungen im europäischen Rahmen zu treffen und durchzusetzen.
26. Das Prinzip eines gerechten Interessenausgleichs verdient auch in den Beziehungen mit solchen Staaten Beachtung, die auf absehbare Zeit den sich erweiternden europäischen Institutionen nicht angehören werden. Die Beziehungen auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik wie auf der Ebene der wirtschaftlichen Kooperation müssen so gestaltet werden, dass nicht der Eindruck entsteht, Europa suche seine ökonomische Prosperität und außenpolitische Stabilität zu Lasten anderer internationaler Partner zu wahren. Vielmehr obliegt es gerade einem wirtschaftlich starken, einflussreichen und hochintegrierten Europa, sich nach Kräften für gerechtere Strukturen auch in der Weltwirtschaft einzusetzen. Ebenso ist grundlegend für ein Verständnis von Sicherheit, das die geforderte Orientierung am übergreifenden Gesamtinteresse der Völkergemeinschaft ernst nimmt, die Entfaltung des Sicherheitskonzepts in einer universellen Perspektive: als gemeinsame Sicherheit nicht nur für die wohlhabenden Staaten des westeuropäischen bzw. nordatlantischen Raumes, sondern auch für jene Staaten und mit ihnen, die den vorhandenen Strukturen und Institutionen multilateraler Sicherheitspolitik aus unterschiedlichen Gründen nicht angehören. In gesamteuropäischer Sicht ist insbesondere festzuhalten, dass die Menschen in allen Ländern Mittel- und Osteuropas nicht weniger als diejenigen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bzw. der NATO legitime Sicherheitsinteressen haben, denen es beim Auf- und Ausbau einer Friedensordnung Rechnung zu tragen gilt. Schließlich erinnern wir daran, dass der entscheidende Maßstab für die politische Qualität und die ethische Legitimität auch von Konzepten zur Gewährleistung europäischer oder globaler Sicherheit darin liegt, wie weit diese Konzepte den von Not, Gewalt und Unfreiheit am meisten Bedrohten zugute kommen, d.h. wie sie sich auf die Situation der Schwachen und Verletzlichen, der Flüchtlinge und der aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen Verfolgten konkret auswirken.

Die Möglichkeiten der Gewaltprävention erweitern

27. Die blutigen Ereignisse der vergangenen Jahre – im ehemaligen Jugoslawien, aber auch in Zentral- und Ostafrika – lehren uns: ohne konsequente Nutzung und planmäßigen Ausbau der Mittel und Methoden zur Früherkennung von Konflikten und ohne rechtzeitiges politisches Einwirken auf Krisensituationen werden entscheidende Chancen ver-

geben, der Eskalation in Gewaltanwendung entgegenzuwirken. Vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen wird an Konzepten friedlicher Konfliktbewältigung gearbeitet, und wir unterstützen diese Bemühungen mit Nachdruck. In der Tradition der kirchlichen Friedenslehre betonen wir, dass stets mit Vorrang eine Politik der Gewaltvermeidung verfolgt werden muss. Nur unter dieser Voraussetzung kann es in extremen Fällen, in denen eine auf Gewaltvermeidung gerichtete Politik erfolglos bleibt, legitim sein, nach ethischen Kriterien möglicher Gewaltanwendung zu fragen.

28. Der Ruf nach militärischen Interventionen kommt angesichts von Berichten über schon geschehene Gräueltaten nicht nur häufig zu spät. Er ist ebenso oft ein Beleg für schwere Versäumnisse in den unmittelbaren Vorphasen der bewaffneten Auseinandersetzungen. Wer vermeiden will, dass militärische Interventionen vonseiten der internationalen Staatengemeinschaft zum äußersten Mittel der Politik werden, muss sich dafür einsetzen, dass das im Prinzip verfügbare Instrumentarium präventiver Konfliktbearbeitung und frühzeitigen Krisenmanagements weitaus entschlossener genutzt wird, als es regelmäßig geschieht. Wir unterstreichen dies auch deswegen, weil bewaffnete Interventionen vielfach ihre eigene Problematik haben, gerade wenn man sie unter den ethischen Kriterien betrachtet, die die christliche Tradition für die Eindämmung und Begrenzung von Gewalt entwickelt hat.
29. Ein positives Beispiel für präventive Konfliktbearbeitung bieten demgegenüber die Langzeitmissionen der OSZE in einigen Staaten Ost- und Südosteuropas, deren Mandate sich vor allem darauf richten, bei drohenden Auseinandersetzungen zwischen Titularnation und ethnischen Minderheiten zu vermitteln, die Gewährleistung von Menschen- und Minderheitenrechten zu beobachten und den Prozess der Demokratisierung zu unterstützen. Es kommt darauf an, die dort gemachten Erfahrungen auszuwerten und in ein umfassendes Konzept präventiver Politik zu integrieren. Ein solches Konzept müsste nicht zuletzt der Tatsache Rechnung tragen, dass gelungene Prozesse der Konfliktnachsorge bereits einen Beitrag zur Verhinderung neuer Spannungen und ihrer gewaltsamen Eskalation darstellen.
30. Für den Erfolg solcher Bemühungen tragen Kirchen und Religionsgemeinschaften eine Mitverantwortung. Wir bitten deswegen ihre Repräsentanten, sich an den vielfältigen, keineswegs nur politischen Aufgabenstellungen innerhalb von Konzepten der Konfliktprävention und -nachsorge zu beteiligen, wo und wann immer dies möglich ist.

Die legitimen Interessen von Minderheiten schützen

31. Im Schutz der legitimen Interessen von Minderheiten eröffnet sich ein Weg, auf dem viele innerstaatliche Konflikte politisch bearbeitet und vielleicht gelöst werden können, die anderenfalls rasch eine immer schwerer beherrschbare Eigendynamik entfalten können. Unzureichender Minderheitenschutz ist einer der wichtigsten Gründe, warum Bestrebungen nach Sezession aus bestehenden staatlichen Einheiten politische Resonanz finden. Der Ruf nach Grenzrevisionen, der mit solchen Bestrebungen häufig verbunden ist, zeigt an, dass aus der ungenügenden Berücksichtigung von Minderheiteninteressen eine Gefährdung nicht nur des innerstaatlichen, sondern auch des internationalen Friedens erwachsen kann.
32. So entspricht es durchaus dem längerfristigen Eigeninteresse der heutigen Nationalstaaten und ihrer Zentralregie-

rungen, durch Demokratisierung und Erweiterung der Möglichkeiten zur Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, durch föderalistische Regierungsformen und großzügige Autonomieregelungen jene Gründe zu beseitigen, die den Angehörigen der Minderheiten das Streben nach Sezession und Grenzrevisionen geraten scheinen lassen. Auch wenn einer solchen Politik im Einzelfall erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen, erscheint sie doch als einzige Alternative zu einer Verlängerung und Intensivierung von absehbaren schweren Konflikten, die den Fortbestand von Staaten in ihrer Substanz bedrohen können. Allerdings kann die Einführung demokratischer Verfahren und Organisationsformen nicht bereits von sich aus garantieren, dass sachgemäße und ethisch zustimmungsfähige Entscheidungen getroffen werden. Für eine lebendige Demokratie, die tatsächlich dem Wohl einer Gesellschaft dient, weil sie vorhandene Gegensätze und Konflikte politisch bearbeitbar macht und gewaltfrei bleiben lässt, ist ein sie tragendes Ethos der Bürger dieser Gesellschaft unerlässlich. Dieses Ethos wird besonders dort spürbar, wo nicht lediglich Ansprüche geltend gemacht, sondern ebenso Solidaritätspflichten bejaht werden.

33. Die Verantwortlichkeit der jeweiligen Nationalstaaten für eine angemessene rechtliche und politische Stellung der in ihnen lebenden Minderheiten sollte durch eine wirksamere Ausgestaltung internationaler Instrumente des Schutzes von Menschen- und Minderheitenrechten ergänzt werden. Wir verweisen daher auf die politische Bedeutung, die dem Aufgabenbereich des Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten der OSZE zukommt, und bitten die Verantwortlichen, dafür Sorge zu tragen, dass dieses Amt so ausgestattet wird, wie es seiner Funktion für die friedliche Bearbeitung latenter oder aktueller Minderheitenkonflikte entspricht.

Den Fundamentalismen durch nachhaltige Entwicklung entgegenwirken

34. Nicht nur aus Gründen der Humanität und der Gerechtigkeit, sondern auch aufgrund eigener Interessenlagen sind die reichen Länder des Globus gehalten, durch Entwicklungskooperation den Frieden in und zwischen denjenigen Ländern zu fördern, die noch immer in vielfältiger Hinsicht benachteiligt sind. Denn bei zunehmender globaler Verflechtung wird es keinem Einzelstaat mehr möglich sein, längerfristig eigene Interessen zu wahren, indem er gegen grundlegende Erfordernisse der internationalen Gerechtigkeit und damit des weltweiten Gemeinwohls verstößt. Die immensen sozialökonomischen Disparitäten nicht nur zwischen, sondern vor allem innerhalb von Staaten beinhalten ein eigenes friedensgefährdendes Potential. In einer Zeit, in der Finanzkapital hochmobil ist und in der die Standortentscheidungen von Unternehmen zunehmend global ausgerichtet sind, kommt der friedenserhaltenden Funktion einer gerechten Gestaltung der Welthandelsordnung und einer konsequenteren Ausrichtung der Entscheidungen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds auf die Bedürfnisse der Armen und Benachteiligten eine wachsende Bedeutung zu.
35. In diesem Zusammenhang erweist es sich auch als notwendig, für die teilweise gigantische Verschuldung gerade gering entwickelter Länder eine Lösung zu suchen, die nicht zu Lasten der ärmsten und schwächsten Mitglieder der dortigen Gesellschaften geht. Denn nicht sie sind es, die für die Verschuldungssituation verantwortlich zu machen wä-

- ren; ihnen die Hauptlast der Folgen dieser Situation aufzubürden, ist eine schwer wiegende Ungerechtigkeit. Neben Modellen großzügiger Umschuldungsabkommen ist deswegen auch die Möglichkeit eines erheblichen Schuldenerlasses ernsthaft zu erwägen, wie ihn der Internationale Währungsfonds gegenüber mehreren Ländern Mittelamerikas, die unter den verheerenden Folgen eines Wirbelsturms leiden, kürzlich beschlossen hat. Voraussetzung für den Erfolg solcher Schritte sind institutionelle Vorkehrungen in den verschuldeten Ländern, die sicherstellen, dass Erleichterungen der Schuldenlast tatsächlich den Armen zugutekommen.
36. Eine sozial und ökologisch verträgliche, längerfristig durchhaltbare Politik der Entwicklungszusammenarbeit leistet jedoch nicht nur einen unmittelbaren Beitrag dazu, das Los der Ärmsten dieser Welt zu verbessern. In ihr liegt zudem eine bedeutende Chance, den zunehmend als bedrohlich wahrgenommenen Fundamentalismen gegenzusteuern. Zwar speisen sich fundamentalistische Bewegungen regelmäßig auch aus politischen und ideologischen Motivlagen. Doch es bestehen enge Beziehungen zwischen der gesellschaftlichen Akzeptanz, die fundamentalistische Bestrebungen finden, und dem Ausmaß, in dem individuelle Lebenssituationen als perspektivlos empfunden werden.
37. Das Hauptaugenmerk bei dem Versuch, unterschiedlichen Spielarten fundamentalistischer Bestrebungen entgegenzuwirken, muss deswegen darauf gerichtet sein, den gesellschaftlich-politischen und sozialen Wurzeln der Fundamentalismen den Nährboden zu entziehen. Nur so lässt sich vermeiden, dass in politischen und militärischen Sicherheitskonzepten an die Stelle einer differenzierten Ursachenanalyse des Fundamentalismus und seiner radikalen terroristischen Extremformen eine pauschalierende Feindbild-Konstruktion tritt, die insbesondere die Beziehungen zur islamischen Welt zu vergiften droht.
38. Entwicklung ist jedoch nicht nur eine Sache der Ökonomie und geeigneter politisch-rechtlicher Strukturen. Vielmehr sind parallele Anstrengungen seitens kulturprägender Institutionen und Organisationen – unter ihnen auch der Kirchen und Religionsgemeinschaften – erforderlich. Nur so kann sich jenes gesellschaftliche Klima der Toleranz und der Dialogbereitschaft entfalten, in dem ein entschlossenes Engagement unterschiedlicher Gruppierungen für eine bessere gemeinsame Zukunft erst möglich wird. Kirchen und Religionsgemeinschaften nehmen, indem sie sich auf diesem Feld engagieren, eine genuine Aufgabe der Friedenserziehung angesichts der interkulturellen Herausforderungen auf der Schwelle zum nächsten Jahrtausend wahr.

In den Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht nachlassen

39. Neben Versäumnissen auf dem Feld nachhaltiger Entwicklung untergräbt vor allem die Weiterverbreitung von Rüstungsgütern aller Art Frieden und Stabilität in vielen Regionen der Welt. Die leichte Verfügbarkeit solcher Güter kann nicht nur den kriegerischen Austrag politischer Konflikte entscheidend begünstigen. Sie schafft auch die Voraussetzungen dafür, dass sich eine wechselseitige Rüstungsdynamik entwickeln kann, in der jede eigene Rüstungsmaßnahme mit einem tatsächlichen oder vermeintlichen Vorsprung von solchen Staaten gerechtfertigt wird, die man als Gegner betrachtet. Zudem werden vielfältige Formen innenpolitischer Repression, die mit schwer-
- wiegenden Menschenrechtsverletzungen einhergehen, durch die Weitergabe moderner Waffentechnologien erheblich erleichtert.
40. Deswegen gilt es politische und wirtschaftliche Partner auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion von der Bedeutung restriktiver Standards für entsprechende Exporte zu überzeugen und so bald wie möglich bindende Absprachen hierüber zu vereinbaren. Wir erwähnen in diesem Zusammenhang besonders die Bemühungen um einen europäischen Kodex von Exportregeln für Rüstungsgüter und begrüßen die entsprechende Beschlussfassung des Ministerrats der Europäischen Union vom Mai 1998 als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Wir regen weiter an, durch wirksame Absprachen möglichst sicherzustellen, dass Güter, die sowohl zivil wie militärisch brauchbar sind, zu ausschließlich zivilen Zwecken verwendet werden.
41. Zudem müssen sich alle, die in politischer Verantwortung über die Aufrechterhaltung eines hohen Rüstungsniveaus entscheiden, bewusst sein, dass vereinbarte Rüstungskontrolle weitergehende Abrüstung nicht überflüssig macht. Dieses dringliche Desiderat gilt insbesondere für Nuklearwaffen: es ist eine Glaubwürdigkeitsfrage für diejenigen Staaten, die solche Waffen besitzen, dass sie selbst zur Abrüstung bereit sind, wenn sie einen Verzicht auf Kernwaffen von denjenigen Staaten einklagen, die diese noch nicht besitzen.

Den Umgang mit belasteter Vergangenheit als Friedensaufgabe verstehen

42. Jeder gewaltsam ausgetragene Konflikt fordert Opfer, ist mit oft unermesslichem menschlichem Leid verbunden. Vergangenes Geschehen lastet freilich nicht nur als Erinnerung an Krieg und Bürgerkrieg auf den Seelen der Menschen. Europa musste erfahren, wie moderne Diktaturen immer effizienter darin wurden, ein Maximum an Repression zu erreichen; wie es ihnen immer wirksamer gelang, die ihnen Unterworfenen in Zwangslagen zu bringen und sie moralisch zu korrumpieren, und wie sie dies zum Prinzip ihrer fast unumschränkten Machtausübung werden ließen. Solche Strukturen haben auch Vertreter der Kirchen schuldig werden lassen.
43. Räume dafür offen zu halten, dass das von den Opfern Er-littene erinnert werden kann; dass ihnen die Möglichkeit bleibt, Gehör zu finden; dass die gesellschaftlich erfahrbare Zäsur in eine Welt der Täter und eine Welt der Opfer überwunden werden kann – dies sind unmittelbare, unersetzliche Beiträge zur Konsolidierung des gesellschaftlichen Friedens. Solche Schritte zur Auseinandersetzung mit den Schatten der Vergangenheit stehen vielerorts dringend an - nicht nur im ehemaligen Jugoslawien, in Zentral- und Ostafrika, in Lateinamerika. Politisches Handeln und justizielle Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen können sie möglicherweise erleichtern – unter diesem Gesichtspunkt begrüßen wir es, dass es der internationalen Staatengemeinschaft unlängst in Rom gelungen ist, sich auf das Statut eines Ständigen Internationalen Strafgerichtshofs zu verständigen.
44. Das Bemühen um einen angemessenen Umgang mit den Schatten der Vergangenheit kann und darf sich jedoch darin nicht erschöpfen. Es bleibt eine originäre Aufgabenstellung für Zivilgesellschaften, die sich ihrer Verantwortung für eine bessere Zukunft ihres Gemeinwesens bewusst sind. Die Mitwirkung an Prozessen, in denen Wege gesucht werden, wie sich mit den Lasten der Vergangenheit menschen-

würdig leben lässt, sehen wir als eine Aufgabe besonders für solche christlichen Bewegungen an, die sich für mehr Gerechtigkeit und Frieden engagieren. Auch für die ökumenische Zusammenarbeit der christlichen Kirchen liegt hier ein zentrales Feld gemeinsamer Verantwortung.

Durch Erziehungs- und Bildungsarbeit zum Wachsen wechselseitigen Vertrauens beitragen

45. Bildungseinrichtungen und die durch sie gebotenen Programme können großen Einfluss auf das öffentliche Meinungsklima gewinnen. Sie können dazu beitragen, dass politische Strategien gefördert werden, ihnen aber auch wirksam entgegengearbeitet werden kann. Die Herausbildung oder Wiederbelebung von Feindbildern, von nationalistischen Ideologien, von Klischees vorgeblicher ethnischer Überlegenheit bereitet nicht selten erst den Boden für den Erfolg jeder Variante von Gewaltpolitik. Umgekehrt kann durch direkte Begegnungen mit Menschen aus der Gruppe des angeblichen „Feindes“, durch Bemühungen um Aufklärung über den tatsächlichen Verlauf gemeinsamer Geschichte, über die Entstehungsgründe unterschiedlicher Geschichtsbilder und Identitätskonzepte und durch ähnliche Vermittlungsformen die Macht solcher gewaltträchtiger Klischees gebrochen werden. Nicht zuletzt für die Arbeit kirchlicher Schulen, Akademien und Fakultäten bietet sich hier ein Aufgabenfeld, dessen Bedeutung kaum überschätzt werden kann.

Schlusswort

46. Viele der in Politik und Gesellschaft Verantwortlichen mühen sich täglich darum, die hier skizzierten Aufgaben zu bearbeiten. Wir wollen ihnen dafür unseren Dank aussprechen. In diesen Dank schließen wir auch alle jene mit ein, die als Glieder der Kirche und treu der Botschaft des Evangeliums ihren Beitrag für Gerechtigkeit und Frieden leisten. In verschiedenen Ländern dürfen wir freudig feststellen, dass solche Bemühungen Frucht getragen haben. Wir bitten alle, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen, damit sich am Auf- und Ausbau von Institutionen und Instrumenten gemeinsamer europäischer Politik ablesen lässt, dass ein dauerhafter, gerechter Frieden in dieser Welt keine bloße Utopie bleibt.
47. Möge Gottes Geist die ethischen Orientierungen in uns wach halten, für die wir hier gemeinsam eintreten. Wir beten darum, dass er uns die Gnade schenke, dazu beizutragen, dass schon hier und jetzt immer wieder erfahrbar wird: Versöhnung ist eine Gabe Gottes, sie ist ein Quell neuen Lebens. Wir laden alle, die mit uns denselben Glauben teilen, dazu ein, eine Gemeinschaft des Gebetes um Frieden und Versöhnung zu bilden, die die Grenzen von Territorien und Sprachen überschreitet. Die Gemeinsamkeit des Gebets möge uns Kraft dazu geben, geduldig und beharrlich unseren Weg zu gehen, auf dem wir bezeugen wollen: weil wir in Christus mit Gott versöhnt sind, können wir auch miteinander Versöhnung suchen. □

BLICK IN DIE GESCHICHTE: VOR 1.200 JAHREN ERZBISTUM PADERBORN GEGRÜNDET

Ein Papst als Kaisermacher

Anselm Verbeek (KNA -Korr.)

Im Juli 799, vor nahezu 1200 Jahren, begrüßte Karl der Große vor Paderborn Leo III. Der Franke und der Römer umarmten einander und tauschten Friedensküsse aus, während sich die angetretenen Krieger dreimal unter Waffendröhnen zu Boden warfen.

Gemeinsam legten sie die letzte Strecke zu den Paderquellen zurück, wo sich damals nur eine Pfalz mit Kirche inmitten des noch feindlichen Sachsenlandes befand. Der Papst hatte den Frankenkönig in seinem östlichsten Machtbereich aufgesucht, um ihn für die Niederschlagung eines Aufstands in Rom um Hilfe zu bitten. Damals wurden auch die Fundamente des Bistums Paderborn gelegt, dessen 1200-jähriges Bestehen in diesem Jahr gefeiert wird.

In den Weihnachtstagen des Jahres 795 war Leo III. „einmütig“ zum Papst gewählt worden. Aber anders als sein Vorgänger Hadrian I. entstammte er nicht dem stadtrömi-

schon Adel, der das Amt des Bischofs von Rom als Erbhof betrachtete. Ohne Hausmacht suchte Leo Rückhalt bei Karl dem Großen, den schon seine Zeitgenossen „Vater Europas“ nannten. Als sich der Papst nicht als Werkzeug der römischen Adelsgeschlechter fügen wollte, traten seine Gegner eine Verleumdungslawine los. Die Beschuldigung, der Heilige Vater habe einen Meineid geleistet und sei der Unzucht verfallen, sollte Leo untragbar machen.

Doch die Verleumdungen fruchteten nicht. Deshalb gingen die Aufmacher zur offenen Gewalt über. Der Papst wurde bei einer Bittprozession am 25. April 799 überfallen. Man riss ihm die Pontificalgewänder vom Leib und misshandelte ihn. Aber der brutale Versuch seiner Feinde, dem Opfer auch Zunge und Augen herauszuschneiden, misslang. Eine Narbe an der Augenhöhle, dünn wie ein „Faden“ und von „schneeweißem Glanz“, blieb als Erinnerungsmal zurück. Der Papst konnte fliehen.

Fränkische Königsboten geleiteten ihn nach Paderborn.

Trotz des ehrenvollen Empfangs hatte Leo III. bei Karl dem Großen keinen einfachen Stand. Gesandte der stadtrömischen Adelsfamilien erhoben vor dem Gericht des Königs in Paderborn formelle Anklage. Ungewiss war, ob sich der kanonische Rechtsgrundsatz durchsetzen würde, dass niemand den Apostolischen Stuhl richten könne. Nach monatelangen Verhandlungen erreichte der Papst, dass ihn Karl mit militärischem Geleit wieder in die Ewige Stadt zurückführen ließ. Im November des Jahres 800 kam Karl selber nach Rom. Zwei Tage vor dem Weihnachtsfest schwor Leo III. in der vollbesetzten Petersbasilika mit dem Evangelium in der Hand den Reinigungseid vor Gott, vor dessen Gericht er sich einmal verantworten müsse. Am Weihnachtsfest setzte der Papst dem Frankenkönig unter kurzem Segenspruch die Kaiserkrone aufs Haupt, gerade als Karl sich vom Gebet erheben wollte. Vivat-Rufe der Römer bestätigten die Krönung. Mit Leo III. waren die Päpste zu den Kaisermachern des Mittelalters geworden. □

Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Ausland

CIMIC – Keine Eintagsfliege

Klaus Liebetanz

Beim massiven Einsatz von CIMIC-Kräften der Bundeswehr im Bereich des rückkehrbegleitenden Wiederaufbaus in Bosnien-Herzegowina (BuH) ist der Eindruck entstanden, es handle sich bei dieser Art von Einsätzen um eine einmalige Aktion, weil Deutschland ein erhebliches Interesse an der Rückführung von über 300.000 Bürgerkriegsflüchtlingen in ihre Heimat hat. Desweiteren besteht der Trugschluss man könne CIMIC (Civil Military Cooperation) nach dem Friedenseinsatz der Bundeswehr in BuH wieder in der Versenkung verschwinden lassen oder auf das unbedingt Notwendige zurückfahren. Bei dieser Betrachtungsweise wird übersehen, dass CIMIC ein integrierender Bestandteil von Friedenseinsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen ist. Die „Agenda for Peace“ der Vereinten Nationen, in die auch deutsche Nachkriegserfahrungen eingegangen sind, widmet der Friedenskonsolidierung in Konfliktfolgezeiten ein eigenes Kapitel: „Um wirklich erfolgreich zu sein, werden friedensschaffende und friedenssichernde Einsätze auch umfassende Anstrengungen zur Ermittlung und Förderung von Strukturen beinhalten müssen, die geeignet sind, den Frieden zu konsolidieren und bei den Menschen ein Gefühl des Vertrauens und Wohlbefindens zu fördern“ (Ziff. 55). Zukünftige Friedenseinsätze der Bundeswehr werden daher sinnvollerweise aus zwei wesentlichen Elementen bestehen, die sich gegenseitig bedingen, um erfolgreich zu sein, nämlich der militärischen Friedenserzwingung und/oder -sicherung auf der einen Seite und der Friedensgestaltung (CIMIC) auf der anderen Seite (Abb. 1). Daraus folgt, dass Feldweibel und Offiziere der Krisenreaktionskräfte nicht nur zu professionellen Kämpfern sondern auch zu sensiblen Sozialingenieuren ausgebildet werden müssen. Dem trägt das

Verhältnis von Friedenserzwingung und Friedensgestaltung (CIMIC) in BuH

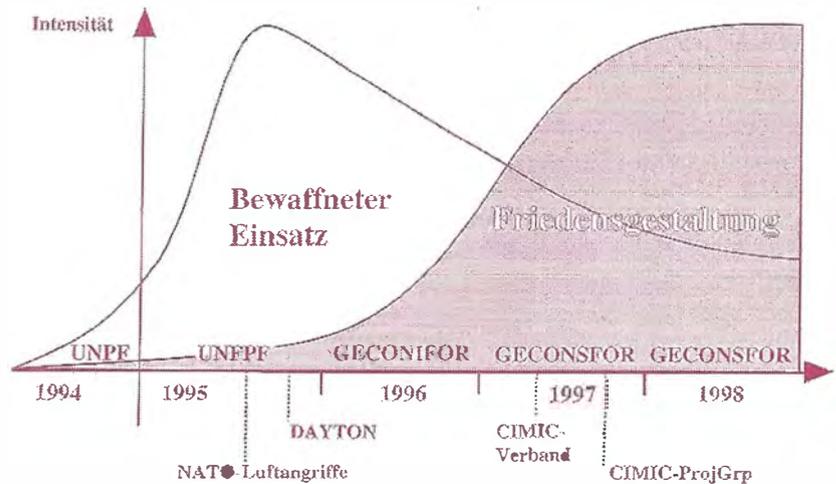


Abb. 1

deutsche Heeresführungskommando durch seinen Wahlspruch Rechnung, der lautet: „Planen, Führen, Helfen“. Im Folgenden soll dazu der deutsche CIMIC-Einsatz in Bosnien-Herzegowina beispielhaft dargestellt werden.

Aufgaben und Ziele der G5/CIMIC-Arbeit

Generell:

Optimale Einsatzvoraussetzungen für die Truppe schaffen und wo möglich und leistbar die Verbesserung der Lage im Einsatzland unterstützen.

Im Einzelnen:

- bestmögliche Bedingungen für die Stationierung
- Unterstützung des Streitkräfteeinsatzes
- Informationsgewinnung über die Lage im zivilen Bereich
- Klimaverbesserung zwischen Truppe, nationalen und internationalen Dienststellen sowie der Bevölkerung im Einsatzland
- Effektive Unterstützung des zivilen Friedensprozesses im Rahmen von Auftrag und freien Kapazitäten des Einsatzverbandes

Zivil-Militärische Aspekte des Dayton-Abkommens

Inhalt

- Sicheres Umfeld
- Regionale Stabilisierung
- Wahlen
- Konstitution Schiedsverfahren
- Menschenrechte
- Flüchtlinge
- Wirtschaftlicher Aufbau
- Räumung der Minen
- Polizei
- Rüstungskontrolle

Leit-Organisation

- SFOR (Stabilisierungskräfte)
- OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
- Die Parteien (Bosniaken, Serben, Kroaten)
- Menschenrechtsbeauftragter UN
- UNHCR, ICRC
- Büro des Hohen Repräsentanten UNMAC
- IPTF (UN International Police Task Force)
- OSZE

Das deutsche Rückkehrprogramm

Von den ehemals 4,3 Millionen Einwohnern Bosnien und Herzegowinas (BuH) haben fast 40% während des Krieges ihren angestammten Wohnort freiwillig oder unter Gewaltandrohung verlassen. Insgesamt sind 716.000 Flüchtlinge im Laufe des Bürgerkrieges nach Europa geflohen, davon 345.000 nach Deutschland. Am Anfang des Jahres 1997 befanden sich noch ca. 320.000 Flüchtlinge in Deutschland. Nachdem SFOR den Auftrag der IFOR-Kräfte zur Durchsetzung der Vertragsvereinbarungen von Dayton weiterführte, setzte Ende des Jahres 1996 die Flüchtlingsrückkehr ein. Derzeit leben noch ca. 100.000 Flüchtlinge in Deutschland (Stand Dez. 98). Die Implementierung der Vertragsvereinbarungen von Dayton erfordert auch die Unterstützung von Aufgaben im zivilen Bereich. Dabei steht zur Zeit die Flüchtlingsrückkehr und der nur zögernd vorankommende Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur BuH's im Vordergrund. Im Juni 1997 haben sich die zuständigen Bundesminister auf verstärkte Koordination zwischen allen mit der Rückkehrproblematik bosnischer Flüchtlinge befassten deutschen, internationalen sowie bosnischen Dienststellen und Organisationen in BUH geeinigt. Auch wurde die Bündelung aller für die Rückkehr wichtigen Maßnahmen in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Bund und Ländern vereinbart. Zum Beauftragten der Bundesregierung für Flüchtlingsrückkehr und den rückkehrbegleitenden Wiederaufbau wurde im Juli 1997 MdB Schlee ernannt (ab Nov. 98 der ehemalige Bremer Bürgermeister Hans Koschnik).

Entwicklung und Struktur der deutschen CIMIC-Gruppe

Am 6. Juni 1997 wurde der Aufbau einer deutschen CIMIC-Gruppe im Rahmen des Heereskontingents befohlen. Die CIMIC-Gruppe unterstützt die Maßnahmen des Arbeitsstabes des MdB Schlee (Ast BEA) zur Flüchtlingsrückkehr und zum rückkehrbegleitenden Wiederaufbau durch Informationsaufbereitung und Begleitung ziviler Infrastruktur-

projekte. Die Schwerpunkte der Unterstützung des Ast BEA sind:

- Gewinnen, Verdichten und Austausch von Informationen zur Flüchtlingsrückkehr und zum Wiederaufbau als auch Zusammenfassen gewonnener Erkenntnisse in Form von bewertenden Berichten
- Begleiten und Durchführen von Infrastrukturprojekten
- Ansprechpartner bei der Koordination nationaler Aufgaben der Flüchtlingsrückkehr.

Berichte zur Flüchtlingsrückkehr

Es kam zunächst darauf an, sich eine Übersicht über die Situation in den 185 Opstinas (vergleichbar einem Land- oder Stadtkreis) in Bosnien-Herzegowina zu verschaffen. Diese „*Berichte zur Flüchtlingsrückkehr*“ sind bis Ende 1998 in den einzelnen Opstinas vollständig erstellt worden und seit Beginn 1998 in das INTERNET eingegeben worden (<http://www.bbs.bund.de>).

Diese Berichte umfassen Aussagen zu folgenden Bereichen:

- Bevölkerung (Zahl, Verteilung, Ethnien, Meinungslage etc.)
- Wohnungssituation (vorhandener Wohnraum, Verteilung, Möglichkeiten zur Förderung...)
- Wirtschaft (Leistungsfähigkeit, Arbeitsplatzsituation, Probleme, Förderungsmöglichkeiten,...)
- Infrastruktur (Energieversorgung, Verkehrsanlagen, Telefon...)
- Öffentliche Einrichtungen (Verwaltungsstellen, Schulen, Medizinische Versorgung, soziale Einrichtungen etc.)
- Sicherheit (Öffentliche Ordnung, Polizei, Minenlage, ...)
- Kontaktadressen (Behörden, Hilfsorganisationen, Unternehmen, Verbände, ...)
- Empfehlungen (für die Möglichkeiten und Förderungsmaßnahmen zur Rückkehr von Flüchtlingen)

Hauptadressat der Berichte ist der Beauftragte der Bundesregierung für die Flüchtlingsrückkehr. Sie werden aber auch von den Länderinnenministerien und internationalen Organisationen und NGO's genutzt.

Zivile Infrastruktur Projekt Begleitung (ZIPB)

Im September 1997 wurde die CIMIC-Gruppe um die Zivile Infrastruktur Projekt Begleitung (ZIPB) erweitert. Die ZIPB-Gruppe hat die Aufgabe, Aufträge an einheimische Unternehmen zu vergeben, Bauarbeiten zu beaufsichtigen, Bauabnahmen durchzuführen und Projekte zusammen mit dem Beauftragten der Bundesregierung an die zuständigen Gemeindevertreter zu übergeben. Der Beauftragte der Bundesregierung entscheidet, welche Projekte in den Opstinas begleitet werden und stellt zusammen mit der CIMIC-Gruppe die Finanzierung über EU und Weltbank sicher.

Die Zusammenarbeit mit Behörden und Firmen

Die Zusammenarbeit der über 100 Mann starken CIMIC-Gruppe beim „Nationalen Befehlshaber“ mit den Behörden der drei Volksgruppen gestaltet sich im allgemeinen problemlos, weil die örtlichen Autoritäten an der Verbesserung der Infrastruktur interessiert sind. Die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen ist jedoch begrenzt. Dies gilt nicht nur für die Gemeinden, in denen Minority Returns geplant sind, sondern auch für Majority Returns. Soweit die Bausubstanz ein Bewohnen zulässt, sind die Häuser weitestgehend von Displaced Persons (Vertriebene im eigenen Land) belegt. Die Bereitschaft der Behörden, diese Personen zugunsten der Flüchtlinge, selbst wenn es die Besitzer der Häuser sind, auszuquartieren, ist gering ausgeprägt. Die Erwartungshaltung gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft bzgl. finanzieller Hilfe, ist sehr hoch. Eigeninitiativen hängen sehr davon ab, ob die Bevölkerung davon ausgeht, am Ort zu verbleiben oder evtl. doch noch in die ursprüngliche „Heimat“ zurückkehren zu können. Die örtlichen Firmen leisten in allgemeinen eine gute Arbeit, welche meistens auch deutschen Qualitätsstandards entspricht. Voraussetzung für diese Qualitätssicherung ist eine detaillierte Leistungsbeschreibung und eine regelmäßige Bauaufsicht durch das Infrastrukturpersonal.

Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen

Hier soll insbesondere auf die Kooperation mit der OSZE bei der Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl in Bosnien-Herzegowina hingewiesen werden.

Am 13./14.09. 1997 wurde die Kommunalwahl in BuH durchgeführt. Die Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl war eine große Herausforderung für SFOR (Stabilisierungskräfte). Insgesamt waren ca. 30 sehr unterschiedliche Parteien zur Wahl angetreten. Eine besondere Gefährdung war durch den Umstand zu erwarten, dass 570.000 Flüchtlinge und 600.000 Vertriebene an der Wahl mit insgesamt 3,2 Mio. Stimmberechtigten teilnehmen durften. Es war ungewiss, wie sich die Bewohner einer Ortschaft verhalten würden, wenn Flüchtlinge zu Wahl kämen, die vor Juli 91 dort nicht gelebt hatten. Insgesamt wurden 2.300 Wahllokale mit 2.890 Wahlstationen eingerichtet. Zu den Aufgaben von SFOR (mit deutschem Anteil) gehörte:

- Beitrag zu einem sicheren Umfeld
- Unterstützung in der Auswahl von Registrierungscentren und Wahllokalen
- Unterstützung der OSZE im „Joint Elections Operation Centre“ (JEOC)
- Technischer Rat bei Fernmelde-Unterstützung und Wählerinformation
- Transport von „sensitiven“ Material
- Sicherheit des Zentrallagers
- Transport der 480 Wahlbeobachter an den Wahltagen
- Evakuierung von OSZE-Personal

Durch massive Präsenz von SFOR und der damit verbundenen abschreckenden Wirkung gegen potentiell gewaltbereite Gruppen wurde die Wahl und die Installation der gewählten Kommunalparlamente ohne wesentliche Störungen ermöglicht.

Zusammenarbeit mit deutschen GO's und NGO's

Die deutschen und internationalen Hilfsorganisationen waren schon lange vor der Bundeswehr in

BuH, um die Not der betroffenen Zivilbevölkerung zu lindern. Beim Eintreffen der Bundeswehr verfügten sie über umfangreiche Kenntnisse der Situation im zivilen Bereich. Bei der dt. Botschaft in Sarajewo wurde 1996 (davor in Zagreb) ein „Beratungsbüro der deutschen GO's und NGO's für rückkehrfördernde Maßnahmen in Bosnien-Herzegowina“ (DBB) eingerichtet. Ziel dieses Büros (DBB) ist es, enge Information, Koordination und Abstimmung unter den beteiligten deutschen Institutionen, Regierungsstellen, Botschaften und den internationalen Organisationen (UNHCR, UNPD, Weltbank, EU, IMG etc.), den beteiligten GO's und NGO's und den örtlichen Behörden anzubieten. Die dt. CIMIC-Gruppe entsendet einen ständigen Vertreter in die Beratungsgespräche des DBB. Dem DBB gehören u.a. folgenden dt. GO's und NGO's an:

- Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (GO des BMZ)
- Technisches Hilfswerk (THW) (GO des BMI)
- DRK (im Rahmen des IKRK)
- Johanniter Unfall-Hilfe (JUH)
- Malteser Hilfsdienst (MHD)
- CARITAS (katholisch)
- Diakonie (evangelisch)
- Arbeiter-Samariter-Bund (ASB)
- HELP

Im allgemeinen erfolgt der Informationsaustausch zwischen Vertretern der CIMIC-Gruppe und den

deutschen GO's und NGO's in freundschaftlicher Atmosphäre und für alle Seiten Gewinn bringend. Im Gegensatz dazu gestaltet sich die direkte Zusammenarbeit in den möglichen gemeinsamen Projekten von CIMIC und Hilfsorganisationen nur sehr zurückhaltend. Dies deckt sich mit der langjährigen Erfahrung des „Koordinationsausschusses Humanitäre Hilfe“ beim Auswärtigen Amt, wo in den Grundsatzfragen zwischen Vertretern der Hilfsorganisationen und der Bundeswehr große Übereinstimmung herrscht. Nur in der praktischen Zusammenarbeit im „Feld“ sieht es dann weniger gut aus. Dies liegt mitunter daran, dass dt. Hilfsorganisationen (einschl. THW) eine Dominierung in ihrem ureigensten Aufgabengebiet durch die Bundeswehr befürchten. Ferner haben sie Sorge, dass die Bundeswehr für ihr Aufgabenprogramm finanzielle Mittel von nationalen und internationalen Geldgebern (z.B. ECHO (EU)) abziehen, welche bislang ausschließlich für Projekte der Hilfsorganisationen zur Verfügung standen. Die Hilfsorganisationen verweisen in diesem Zusammenhang auf ihren gemeinsam verabschiedeten Verhaltenskodex, der u.a. folgende Ziele der NGO's beinhaltet:

- **Generell:**
Hilfe für die von einer Katastrophe / einem Konflikt am meisten betroffenen Opfer (in der Regel Frauen, Kinder und ältere Menschen).

<p>Gemeinsame Aktivitäten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Transportunterstützung - Nutzen von Kommunikationsmitteln - Medizinische Unterstützung - Übernahme und Fortführung von Projekten - Militärische Absicherung von Hilfsmaßnahmen - Notfall-evakuierung - Bau und Instandsetzung von Sozialeinrichtungen - Aufbau und Betreiben von Flüchtlingslagern - Gegenseitige Information - Gemeinsame Planspiele und Übungen - Komplementäres Peacekeeping 	<p>Konfliktfelder:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Führungsanspruch der Bw - Konkurrenz um die gleichen Geldgeberorganisationen - Verdrängung der Hilfsorganisationen bei der humanitären Hilfe - Streit um die Bezahlung der Unterstützungsleistung der Bw im Rahmen freier Kapazitäten - Gefährdung der Neutralität der NGO's - Verschiedene örtliche Schwerpunkte (größte Not ist z.B. nicht im Stationierungsgebiet der Bw) - Hoher technischer Standard der Bundeswehrhilfe, kein Dritte-Welt-Standard (daher keine Übernahme durch NGO's)
---	--

Abb. 3

• Im Einzelnen

- Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit lokalen Hilfsorganisationen unter Einbeziehung der Betroffenen
- schnelle, angepasste und professionelle Soforthilfe (Emergency Response Units)
- einheimische Mitarbeiter und lokaler Einkauf
- Rehabilitation und Wiederaufbau mit schrittweiser Übergabe an einheimische Organisationen
- Katastrophenprävention: Defizite beim Partner vor Ort mindern und vorhandene Kräfte und Fähigkeiten stärken
- NGO's wollen keine Instrumente der eigene Außenpolitik sein

Gemeinsame Aktivitäten und Konflikte in der Zusammenarbeit von G5 / CIMIC und dt. NGO's

Bei der Zusammenarbeit der Bundeswehr mit Hilfsorganisationen gibt es Bereiche, in denen sich beide sehr erfolgreich gegenseitig unterstützen können. Es gibt jedoch besonders aus Sicht der NGO's Konfliktfelder, welche bei Planungen und Aktivitäten der Bundeswehr berücksichtigt werden sollten. Generell sollte jedoch aus der Sicht der Hilfsorganisationen zur Kenntnis genommen werden, dass erstens ihre Zusammenarbeit mit der Bundeswehr bei

Friedenseinsätzen einen Sonderfall darstellt, der sich im Vergleich zu ihren weltweiten Hilfseinsätzen auf ein verhältnismäßig kleines Gebiet erstreckt, und dass zweitens die Bundeswehr im Gegensatz zur nationalsozialistisch geführten Wehrmacht keinen Eroberungsauftrag erhält sondern ihre Friedenseinsätze einen eindeutigen und nachweisbaren humanitären Charakter haben.

Schlussbemerkungen

1. Dieses aktuelle Beispiel im ehemaligen Jugoslawien zeigt, dass friedenserhaltende Einsätze nicht mehr nur allein durch Streitkräfte mit ihren originären Elementen geleistet werden können. Nur durch die Einbindung bzw. Zusammenfürgung ressortübergreifender Kräfte und Mittel aus den Bereichen AA, BMI, BMZ und BMVg und in Zusammenarbeit mit den deutschen Hilfsorganisationen wird die erforderliche Expertise im Sinne eines gesamtstaatlichen Ansatzes erfolgreich umgesetzt werden können. Diese Strukturen gilt es, in einer gemeinsamen Auswertung des Einsatzes mit allen zuständigen Bundesministerien und beteiligten Hilfsorganisationen im ehemaligen Jugoslawien zu schaffen, sodass „Peace-Keeping aus einem Guss“ kein Fremdwort mehr

ist (vgl. NOTFALLVORSORGE I / 97).

2. Ferner hat der SFOR-Einsatz gezeigt, dass die verschiedenen Akteure beim Wiederaufbau in BuH nach eigenen „souveränen“ Regeln arbeiten, die von den jeweiligen Partnern gekannt und beachtet werden sollten, um eine erfolgreiche Zusammenarbeit zu gewährleisten. Eine Reihe von Missverständnissen und/oder Vorurteilen müssen hierfür noch abgebaut werden.
3. Schließlich führt der friedenserhaltende Einsatz im ehemaligen Jugoslawien deutlich vor Augen, wie wichtig eine erfolgreiche G5/CIMIC-Arbeit für den abschließenden Einsatzerfolg der Truppe ist. Um zu einer weiteren Verbesserung der konzeptionellen, personellen und materiellen Lage auf diesem Gebiet des Heeres zu kommen, muss die Abteilung G5 im Heeresführungskommando zusätzliche Anstrengungen unternehmen. Außerdem sollte die Strukturkommission „Zukunft der Bundeswehr“ dem neuen Gebiet G5/CIMIC in angemessener Weise Rechnung tragen, wenn sie vom wahrscheinlichsten Einsatzfall der Bundeswehr, nämlich von friedenserhaltenen und/oder -wiederherstellenden Auslandseinsätzen ausgeht. □

CIMIC-Projekt in Ilidza, Ortsteil Otes im Oktober 1998. Das Projekt besteht aus vier Mehrfamilien-Wohnblöcken mit insgesamt 165 Wohnungen, welche saniert werden. Als Teil des deutschen Heereskontingents der Stabilisation Forces, GECONSFOR unterstützt der CIMIC-Verband planerisch und organisatorisch die konkreten Maßnahmen der Bundesregierung bei der Reintegration von Kriegsflüchtlings in Bosnien. Im Bild: Aus Deutschland mit ihren Familien zurückgekehrte Kinder, die erst wieder heimisch werden müssen. (Foto: Detmar Modes, BMVg)



Syrien und die Lage seiner christlichen Minderheit

Etwa zehn Prozent der syrischen Bevölkerung sind Christen, die in verschiedene altorientalische und orthodoxe Kirchen aufgespalten sind. Der Beitrag befasst sich mit der Lage der Christen in Syrien, einem Staat, in dem die islamische Rechtslehre zwar eine Hauptquelle der Gesetzgebung, der Islam aber keine Staatsreligion ist und der allen Bürgern Glaubensfreiheit gewährt. Der Verfasser, der von 1992 bis 1995 als Militärattaché mit seiner Frau in Damaskus lebte, möchte dazu beitragen, das christliche Syrien, das unserer Erinnerung zu entgleiten droht, ins Bewusstsein zurückzurufen.

Im Teil I der Untersuchung wird das Land in seiner ethnographischen und konfessionellen Vielfalt dargestellt und der Rahmen für die christlichen Minderheiten innerhalb der muslimischen Mehrheiten abgesteckt. Auf Besonderheiten des alawitischen Regimes des Staatspräsidenten Hafiz Al Assad wird hingewiesen. Er stellt den historischen Rahmen von Antiochia über die Ökumenischen Konzile, die muslimische Eroberung, die Kreuzzüge bis zum osmanischen Herrschaft und die Mandatszeit her.

Teil II, der in AUFTRAG 236 folgt, beschreibt die Lage der Christen in Syrien heute.

Weitere Beiträgen über die Lage der christlichen Minderheiten in anderen Ländern des Nahen Ostens sollen folgen.

Volker W. Böhler

1. Land, Staats- und Regierungsform, Bevölkerung und Wirtschaft

1.1 Land

„Unterwegs aber, als er sich bereits Damaskus näherte, geschah es, dass ihn plötzlich ein Licht vom Himmel umstrahlte. Er stürzte zu Boden und hörte, wie eine Stimme zu ihm sagte: Saul, Saul, warum verfolgst du mich? Er antwortete: Wer bist du, Herr? Dieser sagte: Ich bin Jesus, den du verfolgst. Steh auf und geh in die Stadt; dort wird dir gesagt werden, was du tun sollst.“ (Apg 9,1-6)
Das nebenstehende Foto aus einem Bibellexikon zeigt eine Krypta im christlichen Viertel von Damaskus. Diese heutige Kapelle wird seit frühester Zeit für den Raum im Haus des Judas gehalten, in dem Hananias Paulus getauft hat (Apg 9,17).



Syrrien, Wiege der Menschheit im Fruchtbaren Halbmond, Schnittstelle zwischen Orient und Okzident, Ursprungsland der großen monotheistischen Religionen! Für uns Europäer, die wir gewohnt sind, nüchtern zu denken, mag dieses Land wie eine morgenländi-

sche Fata Morgana erscheinen, das sich uns in seinem spirituellen Reichtum nur zögernd erschließt. Denken wir an das christliche Syrien, so fällt uns bestenfalls noch die Bekehrung des Paulus vor den Toren von Damaskus ein.

Syrien ist halb so groß wie die Bundesrepublik ohne Bayern. Es grenzt an folgende Länder:

- im Norden an die Türkei
- im Osten an den Irak
- im Süden an Jordanien
- im Westen an Israel, den Libanon und das Mittelmeer.

Die längsten Grenzen hat Syrien zur Türkei mit 800 km und zum Irak mit 600 km. Syrien liegt am nördlichen Rand des Trockengürtels der Erde. Geogra-

phisch gehört es zu Vorderasien.

Nach einer 175 km langen und 30 km breiten fruchtbaren Küstenebene im Westen erhebt sich östlich davon bis 1.560 m ü.N.N. das Alawiten-Gebirge, oder der Jebel Ansariya. Dieses Gebirge verlängert sich im Süden in den Libanon und den Anti-Libanon. Es verläuft in Nord-Süd-Richtung. Das Alawiten-Gebirge wird im Osten durch das Orontes-Tal begrenzt. Weiter nach Osten schließt sich die Große Syrische Wüste bis zum Euphrat und die Al Jezira-Wüste bis zur Grenze zur Türkei und zum Irak an. Höchster Berg ist der Hermon im Anti-Libanon mit 2.814 m.



Inhalt**Teil I:**

1. Land, Staats- und Regierungsform, Bevölkerung und Wirtschaft
 - 1.1 Land
 - 1.2 Staats- und Regierungsform
 - 1.3 Bevölkerung, Ethnographie, Religion
 - *Sunniten*
 - *Drusen*
 - *Ismaeliten*
 - *Alawiten*
 - 1.4 Wirtschaft
 - 1.5 Das Alawitische Regime
2. Historischer Rückblick

Teil II:

3. Die Lage der Christen in Syrien heute
 - 3.1 Christliche Kirchen in Syrien
 - *Orthodoxe Kirchen*
 - *Jakobiten und Nestorianer*
 - *Rom-Unierte Kirchen*
 - *Griechisch-Katholisch-Melkitische Kirche*
 - *Armenisch-Katholische Kirche*
 - *Koptisch-Katholische Kirche*
 - *Maronitische Kirche*
 - *Syrisch-Katholische Kirche*
 - *Chaldäische Kirche*
 - *Römisch-Katholische (Lateinische) Kirche*
 - 3.2 Das Verhältnis der unierten Kirchen zu Rom
 - 3.3 Christen unter Assad
4. Ausblick

1.2 Staats- und Regierungsform

Die offizielle Landesbezeichnung lautet

SYRISCH-ARABISCHE REPUBLIK –
AL-GUMHURIYYA AL-'ARABIYYA
AS-SURIYYA (SYR).

Das Land ist seit 1973 eine präsidentiale Republik mit volksdemokratisch-sozialistischem Charakter. Syrien ist in 13 Provinzen aufgeteilt. Seit 1967 wird der Westteil der Provinz Quneitra mit den Golan-Höhen völkerrechtswidrig durch Israel besetzt¹⁾ und seit 1981 annektiert. Das 1939 der Türkei zugeschlagene Gebiet um Antakya (Antiochia) und Alexandretta ist zwischen beiden Staaten strittig.

1.3 Bevölkerung, Ethnographie, Religion

Syrien hat ca. 14 Millionen Einwohner, 4 Millionen leben in der Hauptstadt Damaskus. Ethnographisch gesehen sind

- 86 % der Bevölkerung Araber,
- 6 % Kurden,
- 3 % Armenier.

Die restlichen Gruppen setzen sich zusammen aus

- Turkmenen,
- Tscherkessen,
- Türken und
- Persern.

In der arabischen Bevölkerung sind ca. eine halbe Million palästinensischer Flüchtlinge enthalten. Die Religionszugehörigkeit stellt sich wie folgt dar:

- 78 % Sunnitische Muslime,
- 10 % Alawiten,
- 1 % Drusen,
- 10 % Christen.

Sunniten

Die überwiegende Mehrzahl der Muslime in Syrien sind Sunniten. Es gibt eine relativ kleine Zahl shiitische Muslime, man muss aber zur Kenntnis nehmen, dass Alawiten, Ismaeliten und im weitesten Sinne auch die Drusen zur Shia gehören. Die Shia, das sei in Erinnerung gerufen, verehrt den Schwiegersohn und Vetter des Propheten, Ali, ganz besonders.

Während der osmanischen Herrschaft und zurzeit des französischen Mandats bildete die sunnitische Mehrheit die privilegierte Klasse. Alawiten, Ismaeliten und Drusen, die sich aus der siebener Shia abgespalten, wurden immer wieder unterdrückt. Alle drei Sekten huldigen einer Geheimreligion, über die nicht allzu viel bekannt ist.

Auf die Sekte der Alawiten wird im weiteren näher eingegangen. Zu den beiden anderen Sekten mögen die folgenden Hinweise genügen:

Drusen

Die Drusen gehen auf den Fatimiden-Kalif Al Hakim Bi Amrillah (996–1021) zurück, eben jenen verrückten Hakim, der die Grabeskirche in Jerusalem schändete. Seine Adepten Hamza Ibn Ali und Mohamed Al Darazi schufen das theologische Gebäude der Sekte. Von Al Darazi leitet sich der Name Drusen ab. Höchster Eingeweihter ist der Sheik Al Aql, der „Älteste des Verstandes“.

Ismaeliten

Die Ismaeliten berufen sich auf den 7. Imam Ismael, den sie als den wahren Mahdi betrachten, der ins Verborgene entrückt wurde und der eines Tages wiederkehren wird. Der heutige Sheik der Ismaeliten ist der Agha Khan.

Alawiten

Die Alawiten machen ca. 10 % der Gesamtbevölkerung aus. Der Staatspräsident, Hafiz Al Assad, ist Angehöriger dieser Sekte und das heutige Syrien wäre ohne Elementarkenntnisse über diese Volksgruppe schwer verständlich.

Die Bezeichnung Alawiten geht auf Ali Ben Abu Taleb, den Schwiegersohn Mohameds zurück, der nach dem Verständnis der Shia seiner rechtmäßigen Nachfolge als Kalif beraubt und ermordet wurde. Häufig wird auch die Bezeichnung „Nusairier“ für die alawitische Gemeinschaft benutzt. Diese geht auf den irakischen Mönch Ibn Nasir zurück, der im 9. Jh. lebte und als möglicher Gründer der Sekte gilt.

Die Alawiten, die sowohl für den orthodoxen Sunniten als auch die Shiiten als Häretiker gelten und permanenten Verfolgungen und Benachteiligungen ausgesetzt waren, zogen sich in die schwer zugänglichen Gebirgsregionen längs der Mittelmeerküste zwischen Lattakia und Tartous und in Teile der Bekaa im Libanon zurück, wo sie in der Mehrzahl heute noch leben.

Diese Religion ist – wie bereits erwähnt – eine Geheimreligion, die islamisch-shiitische Elemente, christliches Gedankengut sowie Reste der alten heidnischen Religionen des Fruchtbaren Halbmondes verbindet.

Kern des theologischen Gebäudes ist eine Art Trinität, in der Ali

das Wesen der Wahrheit, Mohamed der Schleier der Wahrheit und ein Freund Mohameds, Suleiman Al Farzi, das Tor zur Wahrheit darstellen. Das Wesen der Wahrheit, Ali, steht über allen anderen und genießt quasi göttliche Verehrung.

Jesus wird als Prophet Isa und Maria als dessen jungfräuliche Mutter besonders verehrt. So werden auch Feste christlichen Ursprungs wie das Weihnachtsfest nicht nach dem islamischen Mondkalender, sondern nach dem Sonnenkalender gefeiert.

Die heidnischen Elemente der Alawiten werden in der Gleichsetzung Ali's mit der Sonne, Mohamed's mit dem Mond und Suleiman Al Farsi's mit dem Himmel deutlich. Die Seele eines gerechten Mannes verwandelt sich bei dessen Tod in einen Stern.

Nach dem Verständnis der Shia und ganz besonders natürlich dem der Sunna sind die Alawiten wegen ihrer gottähnlichen Verehrung Ali's Eiferer und Übertreiber und hängen einer häretischen Randerscheinung der Shia an.

Das Wissen um die Theologie der Alawiten gleicht einer Pyramide. Eine sehr kleine Gruppe hütet die Geheimnisse des Glaubens und gibt die Erkenntnisse in mehreren Stufen an einen ergebenen Schüler weiter. Zur Basis der Pyramide wird das Wissen immer geringer. Dies hat zur Folge, dass sich ein breiter Volksglaube – oftmals synkretistischer Natur – entwickelte.

Die Verpflichtung zur Geheimhaltung erhebt den in der Shia

wichtigen Grundsatz der „Taqiyah“, gleichbedeutend mit Verleugnung, Lüge und Täuschung, zum Prinzip. Zur Sicherung des Fortbestandes des Glaubens ist einem Ungläubigen gegenüber nahezu alles erlaubt.

1.4 Wirtschaft

Syrien ist überwiegend ein Agrarstaat, dessen Hauptanbaubereiche (Getreide, Baumwolle) in einem schmalen Streifen längs der Küste und in den Tälern der großen Flüsse Euphrat und Orontes liegen. In der Jezira, jenseits des Euphrat, wird Öl gewonnen, das nahe der großen Städte und an der Küste zwischen Tartous und Lattakia weiter verarbeitet wird.

Von ca. 3,2 Millionen Erwerbstätigen sind 28 % in der Landwirtschaft, 21 % bei staatlichen Organen und 14 % in der Industrie beschäftigt. Der Rest teilt sich auf Handel, Bauwirtschaft und Handwerk auf. Das Land hat eine offizielle Arbeitslosenrate von ca. 7 %, tatsächlich dürfte die Zahl weit höher liegen. Das Wirtschaftswachstum betrug 1996 3 bis 4 %, die Inflationsrate lag bei 15 %.

Trotz vorsichtiger Liberalisierung ist eine sozialistisch ausgerichtete Planwirtschaft und die Tatsache, dass ein hoher Anteil des Etats in den Unterhalt der Streitkräfte fließt, Haupthindernis in einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Die Stagnierung des Friedensprozesses verschärft diese Lage.

1.5 Das Alawitische Regime

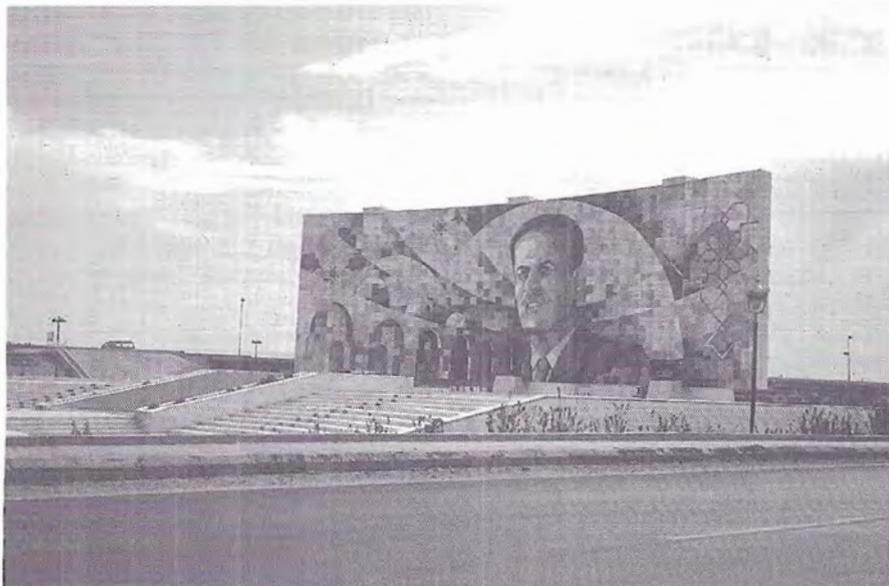
Während zurzeit der Herrschaft der Mameluken und der Osmanen die Alawiten ständigem Verfolgsdruck ausgesetzt waren und ihnen der Zugang zu allen Ämtern verschlossen blieb, trat während des französischen Mandats eine Verbesserung ein, ohne allerdings die Bevorzugung der sunnitischen Bevölkerungsteile anzutasten. Für die Alawiten führte der Zugang zur Macht über die Armee.

Mit Hafiz Al Assad putscht sich 1971 erstmalig ein Angehöriger dieser Sekte an die Spitze des Staates, fegt die korrupten Vorgängersysteme weg und errichtet ein alawitisches Minderheitsregime. In kurzer Zeit werden alle Schlüsselpositionen alawitisch besetzt. So stehen an der Spitze der 8 Geheimdienste, der Polizei, des Zolls, der Panzerdivisionen, der Fallschirmjägerdivision, der Republikanischen Garde und der Kommando-Truppen alawitische Befehlshaber, die dem Präsidenten voll ergeben sind.

Die Tatsache, dass Assad selbst aus einem eher unbedeutenden Alawiten-Clan stammt, gleicht er durch eine kluge Heiratspolitik und eine gezielte Amterverteilung aus. So ist Assad selbst mit einer Frau aus dem mächtigsten Alawiten-Clan, den Maglouf's, verheiratet. Sein Schwager Adnan Maglouf ist Kommandeur der Republikanischen Garde. Dies könnte man so beliebig fortsetzen.

Assad war immer darauf bedacht, die sunnitische Mehrheit nicht völlig von der Macht auszuschließen. So hat er z.B. die Positionen des Premierministers und des Außenministers stets mit Sunniten besetzt. Das Amt des Vizepräsidenten besetzt seit Jahren der Sunnit Abdal Halim Khaddam, der als Erzieher des tödlich verunglückten Assad-Sohnes Basil fungierte. Verteidigungsminister ist der Sunnit und Kriegsschulkamerad Mustafa Tlass, der als einer der treuesten Assad-Paladine gilt.

Assad's Machtsystem setzt auf persönliche Loyalitäten und eine geschickte Balance der einzelnen



Einfahrt nach Damaskus vom Norden aus, Monument mit einem überlebensgroßen Assad-Mosaik

Gruppen, auch innerhalb der alawitischen Familien.

Störungen der Balance können auch in der Familie des Präsidenten selbst entstehen. So musste Assad's Bruder Rifaad, der aufgrund der angeschlagenen Gesundheit des Präsidenten im Jahre 1984 kurz vor einem Putsch stand, das Land verlassen. Er kehrte erst 1992 wieder zurück. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass er auch künftig als „Königsmacher“ eine wichtige Rolle spielen wird.

Welche Bedeutung hat nun die in Syrien allgegenwärtige Baath-Partei? Baath steht für einen arabischen Sozialismus, Baath steht für einen säkularen Staat. Baath steht als Träger des Systems. Aber: Baath ist zu einem Akklamationsorgan für Entscheidungen des Präsidenten verkommen.

Opposition gegen das alawitische Minderheitsregime Assad's gibt es hauptsächlich aus der sunnitischen Mehrheit, die nicht akzeptieren will, dass sie von einflussreichen Positionen ausgeschlossen ist.

Diese Unzufriedenheit machte sich ab der Mitte der 70er und zu Beginn der 80er-Jahre die radikale religiöse Sekte der Muslim-Brüder zunutze. Es kam zu zahlreichen terroristischen Akten, die Assad unnachgiebig verfolgte. Im Jahre 1982 ließ er das Zentrum der Muslim-Brüder in der Altstadt von Hama mit Artillerie und Panzern zusammenschießen. Konservative Schätzungen gehen von 10.000 Toten aus.

Heute kann eine radikale, islamistische Bedrohung des Systems – zumindest nach außen hin – ausgeschlossen werden. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es eine radikal-religiöse Opposition im Untergrund gibt. Man sollte sich darüber im Klaren sein, dass die vom Maghreb über Ägypten, über Jordanien, die Türkei und die arabische Halbinsel spürbare islamistische Rückbesinnung Syrien nicht ausspart. Es fällt auf, dass in Damaskus eine immer größer werdende Zahl junger Mädchen und Frauen den Schleier tragen. Es ist unübersehbar, dass in einem – nach unseren Maßstäben

armen Land – neue, prachtvolle Moscheen wie Pilze aus der Erde schießen. Dennoch ist derzeit ein arabischer Fundamentalismus voll unter Kontrolle. Er stellt weder außenpolitisch noch innenpolitisch eine akute Gefahr dar. Im Falle einer Instabilität des Systems aber kann sich dies innerhalb von Stunden ändern.

Mit seiner eindeutigen Parteinahme im Golf-Krieg gegen den Erzrivalen Saddam, mit seiner Bereitschaft zur Teilnahme am Nahost-Friedensprozess war Assad für den Westen ein akzeptabler Staatsmann geworden, der als Verhandlungspartner zwar äußerst schwierig, in seinem Commitment zum Frieden aber ernst genommen werden muss.

12. Historischer Rückblick

Syrien blickt in Kürze auf 2.000 Jahre christlicher Kultur zurück. Es war in Syrien – in Antiochia – wo die Gemeinde des Nazareners erstmals Christen genannt wurde.²⁾

Bis zum Konzil von Chalzedon 451 n. Chr. hatten sich im Oströmischen Reich vier Patriarchate gebildet:

- Alexandria (Konzil von Nizäa 325)
- Antiochia (Konzil von Konstantinopel 381)
- Konstantinopel (Konzil von Konstantinopel 381)
- Jerusalem (Konzil von Chalzedon 451).

Im Weströmischen Reich hatte Rom als einziges Patriarchat seit dem Konzil von Nizäa den Vorrang vor allen anderen Patriarchaten. Der Anspruch Konstantinopels auf Platz zwei der Ehrenstellungen wurde erst im 4. Laterankonzil 1215 anerkannt.³⁾

Im Osten lebten Alexandria, Antiochia und Jerusalem in der gleichen geistigen Welt, was nicht ausschloss, dass es zwischen dem 3. und 5. Jh. zu Irrlehren kam.

Aus der Vielzahl der Häresien sollen die wichtigeren kurz erwähnt werden:

- Manichäer (3. Jh.), eine synkretistisch-gnostische Lichtreligion.
- Apollinaristen (4. Jh.), die behaupteten, Christus habe keine menschliche Seele. Diese sei durch das Wort, den Logos, ersetzt.
- Nestorianer (5. Jh.), die in Christus nicht nur zwei Naturen, sondern auch zwei Personen sahen und dementsprechend die Bezeichnung Gottesmutter (theotokos) für Maria ablehnten.
- Monophysiten (5. und 6. Jh.), die in Christus nur eine Person sahen, die nur eine Natur hat, nämlich die gottmenschliche.

Nestorianer und Monophysiten gibt es bis zum heutigen Tage. Als Beispiele für die nestorianischen Christen mögen die Assyrer (Alt-Orientalen) im Irak und in Persien hier genügen. Die Kopten, die Abessinier und die Jakobiten (Alt-Syrer oder Syrisch-Orthodo-



Früh-christliche Symbole auf einem alten Sarkophag, Qanawat, Hauran/Süd-Syrien

Kreuzfahrerfestung
Krak de Chevaliers
in Mittel-Syrien



xe) folgen der monophysitischen Lehre. Ein Teil dieser Gruppen lebt heute wieder in Union mit Rom.

Mit einer geschätzten Zahl von 30 Millionen Christen erreichte die Ostkirche bis zum frühen 4. Jh. einen Höhepunkt in ihrer Entwicklung.⁴⁾ Dies ist auch die Zeit, in der sich aus den Cönobiten (Einsiedler) und den Anachoreten (Mönche) blühende Klöster in Ägypten, im Sinai und in Syrien entwickelten.

Während des 5. und 6. Jh. zeigten sich Zerfallserscheinungen, die es in der Folgezeit der neuen aggressiven Religion des Mohamed leicht machten, binnen weniger Jahrzehnte das Christentum in Syrien unter die grüne Fahne zu zwingen. So fiel die Heilige Stadt 637, ein Jahr später fielen ganz Palästina, die Küstenstädte bis Antiochia und 639 Teile der Gebirgsregionen des Libanon. Ägypten geriet zwischen 639-642 unter islamische Herrschaft. 715 erreichte das arabische Großreich unter der Dynastie der Omaiaden den Höhepunkt. Damaskus wurde Hauptstadt.

Im Laufe der nächsten Jahrhunderte wanderten die Christen in großer Zahl aus oder nahmen den Glauben der Eroberer an. So weit sie ihrem Glauben treu blieben, zahlten sie als „Schutzbefohlene“ eine Kopfsteuer, die Dschizyah.

Sie waren zweitrangige Bürger, genossen aber die Freiheit des Kults und verfügten über eine gewisse Autonomie und ihre eigenen geistlichen Oberhäupter. Eine weitere Schwächung erfuhr die Ostkirche durch den unseligen Bilderstreit im 8. Jahrhundert. Der Arm des oströmischen Kaisers aber reichte nicht mehr bis nach Syrien, sein Machtbereich beschränkte sich mehr und mehr auf die Hauptstadt und ihre unmittelbare Umgebung.

Zwischen 750 und 969 wechselten die Machtverhältnisse in Syrien mehrfach und auf die abbasidische Dynastie folgten mehrere türkische Dynastien von kürzerer Dauer, bis Byzanz Syrien und einen Teil Palästinas zurückeroberte

konnte. Jerusalem selbst und der südliche Landesteil kamen unter die Herrschaft des fatimidischen Kalifen Al Hakim (995- 1020), der die Christen grausam verfolgte. Unter Constantin IX. Monomachus wurden die Heiligtümer bis 1048 wieder restauriert.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Christen unter den Omaiaden im Großen und Ganzen Toleranz genossen. Unter den Abbasiden kam es zu zahlreichen Abfällen.⁵⁾

So war die Situation am Vorabend der Kreuzzüge dadurch gekennzeichnet, dass das Byzantinische Reich siechte und die muslimischen Araber ihren ersten Schwung verloren hatten und mehr und mehr durch nichtarabische Anhänger des Propheten wie Turk-Stämme, Seldschuken, Kurden und Mameluken im Führungsanspruch verdrängt wurden.

Während der Kreuzzüge (1098–1291) verbesserte sich die Situation der einheimischen Christen kaum, war doch das Verhältnis zwischen lateinischen Franken und den Ostkirchen, besonders aber zu Byzanz von Misstrauen geprägt. Sukzessive wurden die Patriarchen der Ostkirchen durch lateinische Patriarchen ersetzt, ohne dass die römische Kirche in der Bevölkerung tiefer Fuß fassen konnte.

Salah Ed Din (Saladin), der Gründer der aiyubischen Dynastie, versetzte dem christlichen Heer bei den Hörnern von Hattin am See Genezareth den entscheidenden Schlag, 1187 ging Jerusa-

lem verloren. Die fränkischen Grafschaften und Fürstentümer fielen mit ihren letzten Festungen an den Mameluken-Sultan Baibars. Die Königreiche Zypern und Klein-Armenien konnten sich noch bis zum Jahr 1376 halten.

Die Zeit der Kreuzzüge blieb den Ost-Christen in Groß-Syrien bis zum heutigen Tage nicht in guter Erinnerung, wurden doch die Osttraditionen durch die Lateiner rücksichtslos unterdrückt. Einzig die Maroniten, die sich während des Bilderstreites von Nord-Syrien in den Libanon zurückgezogen hatten, suchten eine Annäherung an Rom.

Die Mamelukische Dynastie (1291–1517) konnte nicht verhindern, dass die Mongolen in zwei großen Wellen unter Hülagü, dem Enkel Dschingis Khans, und Timur Lenk (Tamerlan) im 13. und 14. Jh. in Syrien einfielen und schlimmste Verwüstungen anrichteten. Dauerhafte Spuren haben die Mongolen nicht hinterlassen. Insgesamt gesehen hat sich die Lage der Christen in Groß-Syrien unter der Mameluken-Herrschaft weiter verschlechtert.

1517 eroberten die Osmanen Palästina, Syrien und Ägypten. Als Schutzbefohlene, so genannte Dimmis, gerieten die Christen unter die Herrschaft der osmanischen Dynastie, ohne dass sich ihr Los verbessert hätte. Zwischen dem 17. und 19. Jh. lebten sie unter der Hohen Pforte in einer ambivalenten Situation. Der Diwan in Istanbul war weit weg und der Arm des Sultans reichte ohnehin

kaum bis nach Syrien. Dies änderte sich auch wenig, als im Jahre 1856 die Restriktionen für Nicht-Muslime aufgehoben wurden und ihnen – zumindestens formal – die gleichen Bürgerrechte eingeräumt wurden. Nach dem „Millet-System“ waren die Christen zwar im Hinblick auf ihre Glaubensgemeinschaft autonom, hatten aber dennoch eine ganze Reihe von Nachteilen zu erdulden.

Syrien war für den Divan immer eine Randprovinz. Folgerichtig konnte sich eine blühende Wirtschaft nicht entwickeln. Dies führte zu einer massiven Abwanderung der Bevölkerung, und Christen und Muslime waren von diesem Niedergang gleichermaßen betroffen.

Im Libanon, der sich der Ausbeutung durch die türkischen Paschas besser entziehen konnte, waren die Folgen nicht so gravierend, zumal bereits 1535 Frankreich erstmals eine Art Schutzmachtfunktion über die Christen erlangen konnte, die sich mit Napoleons ägyptischem Abenteuer verfestigte.⁶⁾

Massaker der Drusen an den mit Rom unierten Maroniten führten letztlich zur Abtrennung des Libanon von Syrien und zur Errichtung einer christlichen Administration im Mont Liban Gebiet unter französischer Kontrolle. Nach dem 1. Weltkrieg schließlich wurden Syrien und der Libanon 1920 französisches Mandatsgebiet. 1926 schufen die Franzosen den unabhängigen christlichen Staat Libanon. Das Gebiet um Antiochia und Alexandretta wurde 1939 als Provinz Hatay der Türkei zugeschlagen.

Die französische Mandatszeit war insgesamt gesehen oppressiv, es kam zu zahlreichen Aufständen, und Frankreich bombardierte wiederholt die Hauptstadt Damaskus. Mit dem Ende des 2. Weltkrieges wurde die Situation dramatisch und im Mai 1945 kam es zu blutigen Aufständen in Damaskus, Homs und Hama. Auf Druck der USA und des Vereinigten Königreichs wurde Syrien im April 1946 schließlich in die Unabhängigkeit entlassen. Es folgte eine Periode permanenter Instabilität, die schließlich mit der Machtergreifung des Luftwaffengenerals Hafiz Al Assad 1971 beendet wurde.

Seitdem – sieht man von den terroristischen Umtrieben der Muslim-Brüder in den späten 70er und frühen 80er-Jahren ab – erfreut sich Syrien einer gewissen Prosperität, die allerdings durch vier arabisch-israelische Kriege immer wieder unterbrochen wurde.

So haben die Mandatszeit, die Geburtswehen bei der Staatsgründung, drei Kriege mit Israel und die Instabilität der 50er und 60er-Jahre zu einer massiven Abwanderung syrischer Christen aller Konfessionen geführt.

KURZ BERICHTET

Jerusalem: Melkiten-Bischof will gemeinsames Wort der Kirchen

Ein gemeinsames Dokument aller christlichen Kirchen im Heiligen Land zum bevorstehenden Jahr 2000 hat der griechisch-melkitische Erzbischof in Jerusalem, Lutfi Laham, vorgeschlagen. Gegenüber Radio Vatikan sagte Laham in einer am 2. Februar ausgestrahlten Sendung, in diesem Dokument solle alles betont werden, was die christlichen Konfessionen im Heiligen Land gemeinsam hätten. Ferner soll darin ein Programm für künftige gemeinsame Aktionen festgeschrieben werden. Laham sagte, das Dokument solle in möglichst viele Sprachen übersetzt und an allen christlichen Stätten des Heiligen Landes zur Begrüßung der Pilger ausgehängt werden. Laham wiederholte in der Sendung seine Einladung an Papst Johannes Paul II., zum Heiligen Jahr nach Jerusalem zu kommen. Die Kirche des Heiligen Landes brauche den Frieden, den der Papst bringe. (KNA)

Erzbischof Sabbah würdigt Verdienste Husseins

Der auch für Jordanien zuständige Lateinische Patriarch von Jerusalem, Erzbischof Michel Sabbah, zeigte sich tief bestürzt über den Tod des jordanischen Königs Hussein, zu dem er seit langem ein gutes Verhältnis gehabt hatte. Hussein, dem das Wohl seines Volkes am Herzen gelegen habe, habe sich

Anmerkungen

- 1 UN-Sicherheitsratsresolution Nr. 242 und 338
- 2 Apostelgeschichte 11, 26
- 3 Joseph Chammas, Die Melkitische Kirche, Teil I, Altertum
- 4 ebd.
- 5 Joseph Chammas, Die Melkitische Kirche Teil II, Jahrhunderte der Bewährung
- 6 Joseph Hajar, Zwischen Rom und Byzanz, 1972, 4. Kapitel: Die Lösung der Uniatischen Frage in der Neuzeit



stets um ein gutes Verhältnis zur katholischen Kirche sowie um konstruktive Beziehungen der monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam bemüht, meinte ein Sprecher des Erzbischofs. So habe er das Al-Bayt-Institut als wichtiges interreligiöses Dialogzentrum ins Leben gerufen. Hussain sei ein Freund der katholischen Kirche gewesen und habe ihre Aktivitäten immer unterstützt, betonte der Sprecher. – Vor seiner Ernennung zum Erzbischof von Jerusalem war Sabbah über 20 Jahre Pfarrer einer wichtigen Innenstadtpfarrei in Amman. (KNA)

Rechtsunsicherheit für Christen in der Türkei

Eine „fortbestehende Rechtsunsicherheit für christliche Minderheiten“ in der Türkei hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) kritisiert. Von dieser Unsicherheit seien besonders die Aramäisch sprechenden syrischen Christen betroffen, da sie nicht als Minderheit anerkannt seien. Der Bischof-Joseph-Kreis der IGFM appellierte anlässlich des 75jährigen Bestehens der Republik Türkei im Oktober 1998 an die dortigen Behörden, „beantragte Kirchenbauten ebenso wie den Unterricht in der syrischen Kirchensprache landesweit zu gestatten“. Nach Angaben der IGFM sind 0,2 Prozent der 64 Millionen Einwohner in der Türkei Christen. (KNA)

„Der Beste, aber kein Großer“

Helmut Schmidt zum 80. Geburtstag am 23.12.1998

Eckhard Stuff



1974 während der 7. Wahlperiode des Deutschen Bundestages wird Helmut Schmidt als Nachfolger des zurückgetretenen Willy Brandt zum zweiten sozialdemokratischen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. In einer national und international von Ungewissheit geprägten Zeit lautet sein Regierungsprogramm zunächst: „Kontinuität und Konzentration“. Im Bild leistet Helmut Schmidt seinen Amtseid als Bundeskanzler gegenüber Annemarie Renger, Präsidentin des Deutschen Bundestages von 1972 bis 1976 (Foto: Bundesbildstelle)

Helmut Schmidt ist am 23. Dezember 1998 80 Jahre alt geworden. Aktiv und meinungsfreudig ist er immer noch, zuletzt in Äußerungen zu den „Pflichten“ des Staatsbürgers. Sein hanseatischer Charme, seine offene, direkte Art („Schmidt-Schnauze“) und seine Kompetenz, die er alle, die es wollen oder nicht, auch spüren lässt, verbinden sich zu einem unverwechselbaren Charisma. Schmidt weiß das, er genießt es. Auch heute noch ist er in den Augen einer Mehrheit aller Bundesbürger Ost und West ein Mann, dem man auf Grund seines Könnens vertrauen kann. Aber Helmut Schmidt leidet auch darunter, dass das Schicksal ihm nicht erlaubte, ein großer Kanzler zu werden, obwohl er vielleicht der beste war, den wir hatten.

Bisher hat die Bundesrepublik Deutschland Glück gehabt mit ihren Kanzlern. Mindestens dreien haben das Schicksal und ihr Gespür für das Mögliche und Machbare den Weg zu historischer Bedeutung, zu bleibender Größe gebahnt.

Konrad Adenauer wird als Kanzler des Aufbaus und der Westintegration, Willy Brandt als Kanzler der Aussöhnung mit dem Osten und Helmut Kohl als Kanzler der Einheit in die Geschichtsbücher einziehen. Helmut Schmidt wird das nicht schaffen. Dabei hat seine Kanzlerschaft im-

merhin achteinhalb Jahre, von 1974 bis 1982, gedauert. Jahre ohne Glanz, aber mit vielen Schwierigkeiten und Gefahren, in denen der Lotse Schmidt bewies, dass er das Staatsschiff auf Kurs halten konnte: trotz weltwirtschaftlicher Probleme, ausgelöst durch zwei Ölkrisen; trotz eines international operierenden Terrorismus; trotz NATO-Doppelbeschlusses, an dem er maßgeblich beteiligt war, von dem aber die westliche Führungsmacht USA den einen Teil, seine eigene Partei den anderen Teil nicht wollte, aber nur beide zusammen Sinn ergaben. Der Hauch der Geschichte zog an Helmut Schmidt vorbei, so blieb er ein guter Kanzler, konnte kein großer werden.

Das Zeug zum „Großen“ aber hatte er zweifelsohne. Vor dem Hintergrund eines Volkswirtschaftsstudiums und erster Erfahrungen in der Hamburger Verwaltung (unter dem Chef Karl Schiller!) fand der junge Bundestagsabgeordnete in den fünfziger Jahren zur Außen- und Sicherheitspolitik. Auch die Fronterfahrung als junger Offizier im 2. Weltkrieg hat ihn geprägt. Seine große Stunde aber schlug 1962 als Hamburger Innenminister während der Flutkatastrophe: Ohne langes Federlesen dirigierte er alles, was hilfreich sein konnte: Behörden, Polizei, Technisches Hilfswerk, gar die Bundeswehr. Nicht in jedem Fall hatte er

die Zuständigkeit, aber stets die Autorität. Und er war erfolgreich. So hatte Helmut Schmidt den Ruf des erfolgreichen Machers weg.

Es folgten drei Jahre als SPD-Fraktionsvorsitzender während der großen Koalition. 1969, mit Beginn der sozialliberalen Koalition, wurde er Verteidigungsminister. Mit großer Elan ging er an die Aufgabe. Um nur zwei Stichworte zu nennen: die Gründung der Bundeswehrhochschulen in Hamburg und München ist sein Werk wie auch die inhaltliche Ausfüllung und Umsetzung des Begriffs der „Inneren Führung“. 1972 erscheint in der Zentralen Dienstvorschrift 10/1 „Hilfen für die Innere Führung“ die klassische Definition: „Die Pflichterfüllung durchzusetzen und zugleich die Rechte des Soldaten zu garantieren ist Aufgabe der Inneren Führung.“ Damit ist der Begriff erstmals inhaltlich normiert.

Nach Rücktritt der Minister Möller und Schiller übernahm Helmut Schmidt schließlich das Finanz- und das Wirtschaftsressort. „Superminister“ wurde das inoffiziell betitelt.

Seine eigenen geistigen Fundamente baute Schmidt auf Kant und Karl Popper; dabei stand für ihn immer der Begriff „Pflicht“ im Mittelpunkt, und wenn schon Leidenschaft, dann zur praktischen Vernunft. Das war der immer weiter nach links rückenden Funktionärsschicht seiner Partei nicht sozialistisch genug, seine darauf aufbauende pragmatische Politik stand nicht im Einklang mit ihren Weltverbesserungsträumen. Besonders deutlich wurde die zunehmende Isolation Schmidts und sei-

ner weniger werdenden Getreuen in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses.

Es gehört zur Tragik der Endzeit der Kanzlerschaft Schmidts, dass er ausgerechnet in diesem zentralen Punkte von zwei Seiten in Bedrängnis kam: Nach Afghanistan bestand die westliche Führungsmacht USA auf dem einen Teil des Doppelbeschlusses, der Stationierung moderner Mittelstreckenraketen in Westeuropa, und vernachlässigte den Rüstungskontrollteil der NATO-Entscheidung, während die stärkste Regierungspartei, die SPD, zunehmend die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen ablehnte und schließlich nur noch den Rüstungskontrollteil des Doppelbeschlusses realisieren wollte. Gerade in dieser wichtigen außenpolitischen Frage hatte die Mehrheit der Funktionärsschicht der SPD Helmut Schmidt gegen Ende sei-

ner Kanzlerschaft zunehmend im Stich gelassen. Dieses wurde später für die Öffentlichkeit auf dem Bundesparteitag der SPD in Köln im November 1983 dramatisch sichtbar, als nur noch ein gutes Dutzend Bundesparteitagsdelegierte zum Doppelbeschluss und damit zu Schmidt stand.

Es hat Helmut Schmidt besondere Genugtuung bereitet, dass ausgerechnet der Sozialist François Mitterrand den in der Sicherheitspolitik gewendeten deutschen Sozialisten 1983 vor dem Plenum des deutschen Bundestages die Leuten las und ohne Wenn und Aber zum Doppelbeschluss stand. Die Geschichte gab Schmidt und Mitterrand Recht.

Schmidts gesamte Persönlichkeit wurde von „Parteifreunden“ dadurch aufs Korn genommen, dass sie nicht nur seinen Hang zur „Pflicht“, sondern überhaupt die ihn auszeichnenden Tugenden als

solche charakterisierten, mit denen man auch ein KZ leiten könnte. Das war nicht nur derb, das war unverschämt und dumm. Seine Verärgerung darüber zeigte Schmidt noch viele Jahre später in einem Interview mit Reinhard Appel: „*Ich werde dem Lafontaine nicht vergessen, was er beispielsweise über meine Tugenden gesagt hat... Das war der äußere Ausdruck für die Art und Weise, wie sie unter sich über mich geredet haben. Der Saarländer hatte nur eine noch frechere Klappe als die anderen.*“

Ein Mann wie Helmut Schmidt fehlt der deutschen Politik. Seine anerkannt hohe Kompetenz und sein Charisma sind bisher von niemandem nach ihm erreicht worden. Es ist zweifelhaft, ob unsere Volksparteien überhaupt noch in der Lage sind, ähnliches politisches Urgestein hervorzubringen; zu sehen ist jedenfalls keines, auch nicht in seiner Partei. □

Helmut Kohl ein großer Deutscher und Europäer

Die Regierungszeit von Altbundeskanzler Helmut Kohl, dem Nachfolger im Amt von Helmut Schmidt, würdigt Manfred Zach im Zusammenhang mit der Deutschland- und Europapolitik. In der Zeitschrift *MUT – Forum für Kultur, Politik und Geschichte – Nr. 376/Dezember 1998*, betrachtet Zach, Ministialdirigent im baden-württembergischen Arbeits- und Sozialministerium, unter der Überschrift „*Helmut Kohl – ein großer Deutscher und Europäer*“ die politischen Leistungen Kohls in Verbindung mit seinen Charaktereigenschaften sowie seinem politischen Instinkt für besondere Situationen. Dabei beschränkt sich der Autor nur auf die Prozesse der deutschen und europäischen Einigung. Zach geht aber auch auf die Wechselwirkungen zwischen der CDU und ihrem damaligen Vorsitzenden Bundeskanzler Kohl ein. (bt)

Respekt nach der verlorenen Bundestagswahl

Zuletzt habe er doch noch bekommen, wonach ihm wohl am meisten verlangt hätte: den Respekt, ja die Zuneigung vieler Deutscher auch derer, die ihm als Wähler die Unterstützung versagt hatten, meint Manfred Zach. Die Würde und Selbstverständlichkeit, mit denen Helmut Kohl die schlimmste Niederlage seiner politischen Laufbahn auf sich genommen hätte, sicherten ihm ein Maß an Sympathie, das ihn bewegte, weil er es offenbar nicht mehr erwartet hätte. Möge der Kanzler Kohl nach der verlorenen Bundestagswahl innerlich mit mancher

Fehlentscheidung manchem personellen Fehlgriff gehadert haben – der Gemütsmensch Kohl, den die harte Schale des Machtpolitikers zwar umschloss, aber nie verdrängte, schien mit sich und der Welt im Reinen. Am Ende eines langen und dornenreichen Weges in den Herzen der Menschen angekommen zu sein, sei ihm wohl ebenso wichtig wie das Wissen sich als Kanzler der Deutschen Einheit und Wegbereiter der Europäischen Union einen dauerhaften Platz in der Geschichte gesichert zu haben.

Kohls Machtinstinkt

Der Autor schreibt weiter: „Freilich: Kaum einer, viel-

leicht nicht einmal er selbst, hatte ihm dies am Anfang seiner Kanzlerschaft zugetraut. Trotz seiner atemberaubend steilen Karriere begleitete ihn das Odium, nur zweite Wahl zu sein, von der Übernahme des CDU-Bundesvorsitzes 1973 bis zum Ende der 80er Jahre. Manches tat er selbst dazu, das meiste wurde von den Medien und so genannten Männerfreunden gesteuert. Franz Josef Strauß, der sich fälschlicherweise für den einzig legitimen Erben Konrad Adenauers hielt, und ungeduldige CDU-Frondeure, denen der Kanzler je nach Selbsteinschätzung nicht tiefgängig oder progressiv genug war, versorgten die Öffentlichkeit mit immer neuen Mängelrügen am angeblichen Auslaufmodell Kohl. Letztlich scheiterten sie alle – an ihrer eigenen Unentschlossenheit, an Kohls Machtinstinkt oder wie der frühere Ministerpräsident Späth, an beidem. Trotzdem hatte, als mit der sanften Revolution im Osten Kohls historische Bewährungsstunde schlug, sein Renommee unter dem jahrelangen offenen und verdeckten Trommelfeuer so stark gelitten, dass nichts auf die überragende



Helmut Kohl leistet den Amtseid als neuer Bundeskanzler am 15. Oktober 1982 vor dem damaligen Bundestagspräsidenten Rainer Barzel (Foto: Bundesbildstelle)

Rolle hindeutete in die er binnen weniger Monate hineinwachsen sollte.

Es gehört zu den erstaunlichsten Begleiterscheinungen der an unvermuteten Wendungen und Windungen reichen Wiedervereinigung, dass sie von einem keineswegs im Zenit seiner Macht stehenden Politiker bewerkstelligt wurde. Bevor Kohl die entscheidenden Gespräche mit François Mitterrand, George Bush und Michail Gorbatschow führte, schien das politische Gewicht der Bundesregierung und ihres Kanzlers allenfalls auszureichen, um im deutsch-deutschen Verhältnis einen langen, mühsamen Prozess zwischenstaatlicher Annäherung in Gang zu bringen. Dass es anders kam, zeigt exemplarisch, wie wenig vor der Geschichte der tagespolitische Pulverdampf von Kommentarspalten oder die Fähigkeit zur politischen Selbstinszenierung zählt.

Verblüffenderweise gerieten nämlich gerade jene Eigenschaften, die Helmut Kohl häufig als Schwäche angelastet worden waren plötzlich zu seinen stärksten Waffen, mit denen es ihm gelang, Verbündeten, Skeptikern und Gegnern die Zustimmung zur Deutschen Einheit abzurufen. Seine bieder wirkende Bodenständigkeit fernab jeden Auftrumpfens erweckte das Vertrauen, dass auch ein größeres Deutschland mit dem hinzugewonnenen politischen Gewicht verantwortungsvoll würde umgehen können. Sein oft belächelter Drang, ausländische Staatsoberhäupter in private Freundschaftsgesten einzubinden, ermöglichte eine Gesprächsintimität, die durch keine noch so routinierte Außenpolitik hätte herbeigeführt

werden können.

Seine nicht nur in der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses bis zur Sturheit demonstrierte Bündnistreue und das für den Geschmack der meisten Zeitgenossen übertrieben historisierende Europabewusstsein wirkten wie ein Unterpand, dass Deutschland auch nach der Wiedervereinigung ein verlässlicher Partner bleiben und den Weg in die Europäische Union konsequent fortsetzen werde.“

Die Kunst des „Aussitzens“

„In der Rückschau betrachtet, konnte es 1989/90 in der größten potentiellen Krise Europas seit dem Bau der Berliner Mauer für Deutschland keine bessere Außenrepräsentanz geben als eine Persönlichkeit wie Helmut Kohl, die Menschlichkeit, Normalität und Kontinuität verkörperte. Auch sonst erwies sich, was ihm im politischen Tagesgeschäft eher zum Nachteil gereichte in dieser historischen Ausnahmesituation plötzlich als Glücksfall. Sein Gefühl für politische Reifungsprozesse, oft als „Aussitzen“ missdeutet, sagte ihm, dass der Weg zur Einheit kürzer sein werde als von den Experten prophezeit, weil die Menschen in Ostdeutschland sie ohne Umwege haben wollten. Die Situation war gemäß der schlichten Terminologie Konrad Adenauers, „da“, und indem Kohl sie erkannte und danach handelte, bewies er endgültig geschichtliches Format. Es ist müßig, darüber zu lamentieren, dass Politiker solch ingenieuser Begabung dazu neigen, der operativen Umsetzung einer historischen Weichenstellung nicht mehr dieselbe Bedeutung beizumessen wie dem

großen Wurf selbst. Beides zusammen verträgt sich offenbar schlecht, und in der Entscheidung, Detailfragen an Kompetentere zu delegieren, kann durchaus auch das Eingeständnis eigener Grenzen liegen, was große Leistungen nicht kleiner, eher menschlicher macht. Kohl jedenfalls verließ sich auf Wolfgang Schäuble als bauleitenden Architekten des neuen deutschen Hauses, und er hätte auch insoweit keine bessere Wahl treffen können.

Wenn es einen Gott der Geschichte gibt, so hat er es am Ausgang dieses nur Deutschland öfter beschämenden als beglückenden Jahrhunderts noch einmal gut mit den Deutschen gemeint. Im entscheidenden Moment, da sich der Knoten schürzte, stellte er ihnen einen Mann zur Seite, der als Staatsmann dachte und als Bürger auftrat. So konnte der Knoten durchschlagen werden, ohne dass von dem Schwert Furcht und Schrecken ausgingen.“

Der Aufbau des europäischen Hauses

Zach fragt dann, ob es Gott mit seinem Werkzeug Helmut Kohl auch gut gemeint hätte und fährt fort: „Als die D-Mark zu den Menschen im Osten gekommen, der Beitritt der neuen Bundesländer zum deutschen Staatsgebiet vollzogen war, begann das, was man Kohls persönliche Tragik nennen könnte, das zwangsläufige Auseinanderstreben der innenpolitischen und der europa- und weltpolitischen Folgen der Wiedervereinigung. In Deutschland standen mühsame Kärnerarbeit und schmerzhaft Korrekturen am Idealbild einer von selbst zusammenwachsenden Gesellschaft auf der Tagesordnung. Außenpolitisch musste der „wind of change“ als einmalige Chance, die politische Union Europas unumkehrbar festzuschreiben, genutzt werden. Das eine war so unaufschiebbar und zeitgebunden wie das andere.

Zu verlangen, dass ein Kanzler die Herkuleskraft aufbringen soll, beides mit derselben Intensität zu verfolgen, hieße, selbst eine hoch belastbare Natur wie Helmut Kohl zu überfordern. Kohl spürte das Dilemma, in das er mehr und mehr hineingeriet. Bewusst entschied er

sich dafür, seine verbleibende Zeit vorrangig für den weiteren Aufbau des europäischen Hauses einzusetzen. Er wusste dass der Vertrauensbonus, den er in West und Ost genoss, am besten durch die Übernahme der politischen Führungsfunktion auf dem Gebiet der europäischen Einigung gerechtfertigt werden konnte. Sein Instinkt und seine Erfahrung als gelernter Historiker sagten ihm, dass es auf absehbare Zeit keinen vergleichbaren europäischen Antriebsschub mehr geben werde wie den einer von allen Partnern gewünschten Einbettung Deutschlands in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Zumindest einer, der französische Staatspräsident Mitterrand, der wie Kohl in historischen Zusammenhängen zu denken pflegte, folgte ihm in dieser Einschätzung. So kam es nur zwei Jahre nach der Deutschen Einheit zum historischen Vertrag von Maastricht – eine politische Leistung, die in ihrer Tragweite und Beherrztheit, die Gunst geschichtlicher Stunden zu nutzen, dem deutschen Einigungswerk in nichts nachsteht.“

Kohls Fehlentscheidung

Den meisten Menschen in Ost- und Westdeutschland sei dieser Zusammenhang freilich verborgen geblieben, was wenig verwunderlich wäre, befindet der Autor. Weiter heißt es dann: „Ökonomische und finanzielle Probleme, steigende Abgabenlasten und Sorgen um den Arbeitsplatz drücken den einzelnen alle Mal schwerer als völkerrechtliche Verträge. Kohl erkannte dies zu spät – sein einzig großer gleichwohl verhängnisvoller Fehler nach der geschichtlichen Zäsur. Als er die bedrohliche Divergenz zwischen außen- und innenpolitischer Folgenbewältigung realisierte, hieß ihn sein ausgeprägtes Pflichtgefühl, auch für den ins Stocken geratenen Aufbau Ost die politische Verantwortung übernehmen zu müssen. Dies war so ehrenhaft wie falsch. Für die Probleme, um die es jetzt ging, stand mit Wolfgang Schäuble der bessere Mann längst bereit.

Es wäre zu einfach, nur den unmittelbar Beteiligten, Kohl und Schäuble die Verantwortung für diese Fehlentscheidung aufzubürden. Pflichtgefühl und Loyalitäts-

bewusstsein waren die Maßstäbe gewesen, die sie über ein Jahrzehnt hinweg geleitet und zusammen erfolgreich gemacht hatten. Wie sollten sie nun einfach über ihren Schatten springen können ohne mit dem eigenen Koordinatensystem in Konflikt zu geraten?“

Die Rolle der Partei

„An ihrer Partei, der Christlich-Demokratischen Union, wäre es gewesen, sich in dieser Situation eindeutig zu artikulieren und das persönliche Dilemma ihrer beiden Führungsfiguren durch eine konstruktive Nachfolgediskussion politisch honorig aufzulösen. Doch die Partei, die Helmut Kohl in der ersten Hälfte seiner Kanzlerschaft aus oft nichtigem Anlass gezaust hatte, versteckte sich jetzt, da sie als Korrektiv dringend gebraucht wurde, hinter seinem breiten Rücken. Die so genannten jungen Wilden wurden beim ersten Stirnrutschen des politischen Übervaters zahm, die Länderfürsten blieben in der schützenden Deckung ihrer Provinzialität. Anders als der Vormann patzte die CDU in ihrer ersten großen Bewährungsprobe. Das Ergebnis der Bundestagswahl mag vordergründig als Wähler-votum gegen Helmut Kohl erscheinen, im Kern ist es nichts anderes als das vernichtende Urteil der

Bürger über eine Partei, die als eigenständige politische Kraft versagt hat.“

Der Lotse geht von Bord

In den letzten Wochen vor dem sich abzeichnenden Debakel des 27. September sei der Kanzler von dem Wankelmut und der Orientierungslosigkeit seiner Partei angesteckt worden. Nicht nachvollziehbare personalpolitische Schnellschüsse und ein zuletzt nur noch fahriger Kurs in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hätten das bedrückende Bild eines Politikers gezeichnet, der in Anfängerfehler zurückzufallen drohte. Die klare Entscheidung der Wähler habe diese Entwicklung gestoppt, bevor sie in Selbstdemontage ausarten konnte, unterstreicht Zach und hebt abschließend hervor:

„Helmut Kohl hat die Dinge am Wahlabend mit wenigen Worten wieder zurechtgerückt. Ihm, dem Ehrenbürger Europas, dem diese Auszeichnung wie keinem zweiten lebenden Europäer gebührt, schuldet die Bundesrepublik Deutschland Dank. Ein großes politisches Lebenswerk ist abgeschlossen. Die Union dagegen wird erst noch beweisen müssen, was sie ohne den Lotsen der von Bord ging, wert ist.“ □

ATOMAUSSTIEG

Eine unehrliche Diskussion

Glaubt man den Atomgegnern, dann ist die Atomkraft der Fluch der Menschheit und muss sofort abgeschaltet werden. Das gehe umso leichter, als man nur die Überkapazitäten abbauen, die Wärmedämmung der Häuser verstärken, erneuerbare Energien fördern und an Energie sparen müsse. So einfach sei das.

Hört man die Argumente der Energie-Erzeuger, dann macht Strom aus Kernbrennstoffen etwa 34 Prozent des Bedarfs aus. Der Privatbedarf am Energieverbrauch wird mit zehn Prozent geschätzt.

Wenn ich nun meinen Haushalt ansehe, dann habe ich durch

kürzliche Anschaffung von neuen Haushaltsmodellen – Herd, Tiefkühltruhe, Kühlschrankschrank, Waschmaschine usw. – eine Strom-einsparung herbeigeführt. Meine Lampen sind meist Sparlampen und mit Strom gehen wir recht vorsichtig um. Noch neuere Modelle, so es sie gibt, kann ich mir nicht leisten. Die derzeitigen müssen etwa zehn Jahre halten. Außerdem wäre es wirtschaftlicher Unsinn, relativ neue Apparate auf die Entsorgungshalde zu werfen.

Es wäre sicherlich eine bessere Wärmedämmung möglich. Das würde aber ca. 30.000 Mark kosten und das Geld habe ich nicht – so geht es vielen. Ich könnte mir auch

eine Solaranlage aufs Dach setzen. Doch auch hier stehen Kosten und Nutzen, wie die Haltbarkeit und Erneuerbarkeit noch in keinem wirtschaftlichen – und damit bezahlbaren – Verhältnis.

Wenn also alle Mitbürger so sparsam wie eben möglich mit Energie umgehen würden, könnten derzeit vielleicht ein bis zwei Prozent der zehn Prozent Privatverbrauch eingespart werden. Dann fehlen aber noch 22 Prozent des Atomstromanteils. Das müsste die Industrie decken. Da aber neuere Techniken nicht vom Himmel fallen, weiß man, dass jede Entwicklung um die 10 Jahre dauert. Also müsste man den Strom aus Kernenergie etwa so lange beibehalten. Voraussetzung aber ist, daß alle Stein-, Braunkohle-, Öl- und Gas-Energiebetriebe so weiterlaufen wie bisher, obwohl man

weiß, dass sie die Umwelt erheblich mehr belasten, als der Atomstrom.

Nachwachsende Energien brauchen ebenso eine Zeit von 5 bis 8 Jahren, es sei denn, man findet eine höhere Ausbeute. Dass dann wieder Pferdewagen durch die Stadt ziehen und „Briketts“ aus Pflanzen anliefern – mit allen persönlichen Belastungen – ist kein Bild abstruser Phantasie.

Und völlig abwegig ist, in einer Übergangsphase den Strom aus den unsicheren russischen oder den effizienteren französischen Kraftwerken zu beziehen.

Eine Rechnung macht jedoch kaum einer auf: Wie lange reichen unsere Weltvorräte an Stein-, Braunkohle, Gas und Öl? Ist es nicht unverantwortlich, den nachkommenden Generationen die Rohstoffe heute auszubeuten?

Die Bürger wollen wissen, was auf sie zukommt. Wird die Stromversorgung unsicher? Wird die Energie teurer? Werden unsere hochfähigen Atom-Techniker arbeitslos? Wie sollen sie umgeschult werden? Leidet unsere Industrie unter Energiemangel und wird damit der Export gefährdet? Welche Ersatzenergien stehen ab wann mit einer gleich bleibenden Leistung zur Verfügung? Wann können wir Wasser, Sonne und Wind besser nutzen und welchen Preis an Energie muss man als Vorschuss aufwenden?

Alle diese Fragen stehen noch an und etliche mehr – z.B. wie umweltverträglich sind die „Neuen“? Bevor das nicht geklärt ist, sollte man mit Brutaleinschnitten sehr vorsichtig sein und vor allem eine ehrliche Diskussion führen. (HF)

Polen: Zweifel an der deutschen Wehrmachtsausstellung

Joachim G. Görlich*

In Polen hegt man schon seit geraumer Zeit Zweifel an der in Deutschland laufenden Wehrmachtsausstellung. Die Wehrmacht, voran deren Abwehr, ist in Polen nicht negativ besetzt. Man weiß zudem, dass es in jeder Armee kriminelle Elemente gibt. Polens Historiker wissen, dass ohne die Wehrmacht es überhaupt keinen Widerstand gegen Hitler gegeben hätte. Es gibt genügend Berichte über vorbildliches Verhalten von Wehrmachtsangehörigen gegenüber polnischen Menschen im letzten Weltkrieg.

Erst kürzlich würdigte in der regierungsnahen „Rzeczpospolite“ der Historiker Prof. Zbigniew L. Stenczyk, die Rolle von Abwehrchef Admiral Wilhelm Canaris, der viele hohe polnische Offiziere und deren Ehefrauen vor dem Gestapo-Zugriff gerettet, bei sich versteckt und außer Landes gebracht hat. Nun meldete sich der Historiker Prof. Dr. Bogdan Musial zu Wort und sagte bezüglich der Wehrmachtsausstellung: „Geschichtliche Zusammenhänge dür-

fen nicht einfach manipuliert werden. Nach Ansicht des Gelehrten, der an der Europa-Universität in Frankfurt/Oder lehrt, sind die Unterschriften unter einigen Fotos falsch.

„Die Pommersche Zeitung“ (Lübeck) zitiert Musial: „Hierbei handelt es sich nicht um Opfer der deutschen Wehrmacht, sondern der sowjetischen Geheimpolizei NKWD“.

Musial weist darauf hin, dass das NKWD noch rasch vor dem Einmarsch der Wehrmacht in Galizien Tausende „sowjetfeindliche“ Polen, Ukrainer und Juden ermordete. Es waren zumeist Juden, denen später die Wehrmacht befahl, diese Opfer auszugraben. Dabei wurden auf Geheiß Goebbels Fotos gemacht. Und auf diesen Fotos halten sich die Menschen wegen des Verwesungsgeruchs die Nasen zu. Daher „ist nicht jeder Leichenberg, hinter dem deutsche Soldaten stehen, ein Beweis für Verbrechen der Wehrmacht“. Zwecks Untermauerung seiner Ansicht reiste Musial nach Galizien und ließ sich

von den Zeitzeugen exakt berichten. Er hat sogar in New York ehemalige jüdische Bewohner oder Angehörige gefunden. Er hat schließlich in NKWD-Protokollen sowie in alten deutschen Wochenschaubildern Beweise für seine These gefunden. Schließlich könne man die gleichen Fotos im kleinen galizischen Museum von Zloczow sehen, allerdings mit anderen Unterschriften und mit Hinweis auf NKWD-Greueln. Bei neun Fotos aus der Abteilung „Genickschüsse“ stimmten die Unterschriften nicht und auch bei 20 weiteren habe er Zweifel. – Bisher hat der polnische Historiker vergeblich den Veranstaltern der Wehrmachtsausstellung seine Zusammenarbeit angeboten. □

* Der Verfasser, Mag. Joachim Georg Görlich, ist Sohn eines deutschen Wehrmachtsoffiziers, der im Zweiten Weltkrieg nachweislich Polen das Leben gerettet hat. Görlich, freier Journalist, war polnischer Reserveoffizier und ist korrespondierendes Mitglied des polnischen General-Sikorski-Instituts, London (zu diesem Institut s.a. AUFTRAG Nr. 234/Dez 1998, S. 50). Er ist mit einer NS-geschädigten Nichte eines hochdekorierten polnisch-britischen Brigadegenerals verheiratet.

Zur „Wehrmachtsausstellung“
s.a. Leserbrief Seite 76

Witze, Anekdoten, Karikaturen über Religion und Moral in Russland

Paul Roth

Witze, Anekdoten, Karikaturen wollen nicht objektiv sein, sie überhöhen, provozieren. Trotzdem sind sie Dokumente einer Epoche. Der ehemalige sowjetische Journalist E. Sevela urteilt: *„In der zeitgenössischen Anekdote, und nur in ihr, spiegelt sich die gesamte Weisheit unseres Volkes, frei ausgedrückt und ohne Zensur. Glaubt ihr, dass die Historiker, wenn sie eines Tages unser Leben zu erforschen suchen, in der Literatur des sozialistischen Realismus nachlesen werden? Nie und nimmer. Sie werden Witze ausgraben und nach ihnen ein lebenswahres Bild unserer Epoche rekonstruieren, ein Bild von Fleisch und Blut und bitterstem Humor.“*

Der folgende Text versucht, die Rolle von Witzen, Anekdoten und Karikaturen über Religion und Moral in der Sowjetunion / im Danach-Rußland zu skizzieren. Der Schwerpunkt liegt auf den Jahren nach 1985. Ohne einen knappen Rückblick geht es hierbei nicht ab. Er macht es erst möglich, die Bedeutung des Schwenks in der Religionspolitik, aber auch der „Erblast“ anschaulich zu machen.

Die Zeit der Verhöhnung und Verfolgung

Die Meinungslenkung zur Sowjetzeit bestimmte, worüber gelacht und gewitzelt werden durfte. Derjenige, der kühn einen Witz weiterflüsterte, spielte mit seinem Leben, zumindest mit seiner Freiheit, wenn der Witz „konterrevolutionär“ war.

Ein Richter kommt aus dem Gerichtssaal und lacht lauthals. Ein Kollege fragt ihn auf dem Flur, worüber er denn so lache. - „über einen Witz!“ - „Und wie lautete der?“ - „Das kann ich dir nicht sagen, denn ich habe gerade für diesen Witz zehn Jahre verpasst.“

Zu den Institutionen, die diffamiert und verhöhnt werden mussten, gehörten Religion und Religionsgemeinschaften. Die Vorwürfe waren immer gleich; Religion verdammt die Menschen, macht sie zu Heuchlern, ist ein Instrument der Ausbeuter und Imperialisten, behindert die Erziehung zum „neuen Menschen“, zum „Sowjetmenschen“. Alle Medien mussten sich an dieser Verhöhnung beteiligen,

alle Agitatoren, alle Karikaturisten. Während des „Großen Vaterländischen Krieges“ gab es eine kurze Atempause.

Trotz der Verfolgung der Religionsgemeinschaften hielt ein Teil der Bevölkerung am Glauben fest. Aber natürlich waren nicht alle Helden und Märtyrer. 1960 erzählte Chruschtschow auf einer Pressekonzferenz im Kreml:

Nach der Oktoberrevolution 1917 wurden Fragebögen ausgeteilt. Man fragte die Bürger, ob sie an Gott glauben. Die einen antworteten: „Zu Hause glaube ich an Gott. Aber im Dienst natürlich nicht.“

Flüsterwitze über dieses Thema gab es nur wenige.

Das Ortskomitee der Partei erhält einen anonymen Brief, dass der Partorg einer Fabrik (Hauptverantwortlicher für die Parteilarbeit im Betrieb) sich jedes Mal bekreuzige, wenn er sein Haus verlasse, um zur Arbeit zu gehen. Der Partieinstrukteur des Kreises geht der Sache nach. Der Partorg verteidigt sich: „Was wollen Sie, was hat die Handbewegung mit Gott zu tun?! Wenn ich zur Arbeit gehe, kontrolliere ich: sitzt die Mütze richtig, ist die Hose zugeknöpft, habe ich in der rechten Brusttasche die Fahrkarte, in der linken den Parteiausweis!“

Ein anderer Flüsterwitz begründet dieses Verhalten:

Die Besonderheiten des Sowjetmenschen sind: Er sagt das eine, denkt etwas anderes und tut wieder etwas anderes und verfügt über einen sechsten Sinn „tiefer Befriedigung.“

Die atheistische Propaganda erstartete im Laufe der Jahrzehnte in Klischees – in den Karikaturen kann man das besonders gut verfolgen. Als nach der Entstalinisierung, die 1956 von Chruschtschow eingeleitet wurde, der Marxismus-Leninismus seine Rolle als Ersatzreligion immer mehr einbüßte, flüsterte man:

Die eine Hälfte glaubt noch an den Marxismus-Leninismus, praktiziert ihn aber nicht. Die andere Hälfte

praktiziert ihn, glaubt aber nicht mehr daran.

Unter den Flüsterwitzen findet man keine, die Religion oder eine Religionsgemeinschaft kritisierten. Einige wenige machten die Sowjetische Führung lächerlich.

Ministerpräsident Kossygin soll mit dem Papst ein Konkordat aushandeln, um das Ansehen der Sowjetunion aufzupolieren. Doch kommt man nicht über den ersten Satz hinaus. Der Papst verlangt, dass er lautet: „Gott hat den Menschen erschaffen.“ Kossygin will den Zusatz: „Unter Anleitung der Partei.“

Seit den sechziger Jahren verlor die offizielle Ideologie ihre mobilisierende Kraft. Intellektuelle begannen, sich für die russische Geschichte zu interessieren, stießen auf die Bedeutung der Religion. Diskussionszirkel bildeten sich. Für den Wandel ist der Schriftsteller W. Solouchin ein Beispiel. In der Zeitschrift „Unser Zeitgenosse“ (Nr. 3/1981) schrieb er: „im 20. Jahrhundert kann es für einen Menschen mit gesundem Verstand keinen Zweifel daran geben, dass auf der Welt, im Universum und in der Vielfalt des Lebens ein höchster vernünftiger Ursprung existiert... Die Frage lautet nicht, ob es eine höchste Vernunft gibt, sondern ob diese von mir weiß und zu mir irgendwelche Beziehung hat“. Der ZK-Organ „Kommunist“ (Nr. 2/1982) beschuldigte daraufhin Redaktion und Verfasser des „Kokettierens mit dem lieben Gott“.

Die atheistische Propaganda wurde erneut auf Trab gebracht, war jedoch in altbekannten Vorwürfen und Schablonen erstartet. Nach dem Attentat auf Papst Johannes Paul II. wurde der Verdacht geäußert, Moskau habe seine Hand im Spiel gehabt.

Folgende Flüsteranekdote befasste sich damit:

In Andropows Arbeitszimmer steht eine Reihe von Uhren, die die unterschiedlichen Zeiten auf der Welt anzeigen. Ein Besucher wundert

Abb. 1: „Nun kehren wir endlich nach Hause zurück“

Zeichner: L. Fillipow

Quelle: Krokodil Nr. 35/1990



sich darüber. Andropow klärt ihn auf: „Neulich wollte ich im Vatikan anrufen und mich erkundigen, wie es dem Papst nach dem Attentat geht. Ich hatte auf meine Armbanduhr geschaut. Glücklicherweise machte mich mein Sekretär darauf aufmerksam, dass das Attentat erst in zwei Stunden erfolgen würde, da in Rom eine andere Uhrzeit sei. Seit dem habe ich hier so viele Uhren.“

Bis zum Ende des Jahres 1987 blieb die atheistische Propaganda praktisch unverändert. Die satirische Zeitschrift „Krokodil“ schlug einen „Schleichweg“ ein. In Karikaturen beklagte sie den Verfall von Kirchen, schließlich seien sie russisches Kulturerbe. Ende 1987 wurde die Verfolgung der Religionsgemeinschaften eingestellt, 1990 folgte das neue Religionsgesetz.

Eine Karikatur im „Krokodil“ zeigte die heilige Familie auf dem Weg zur Kirche. Der Text dazu lautete: „Nun kehren wir endlich nach Hause zurück“ (Abb. 1).

Vorsichtige Kritik

Der Schwenk in der Religionspolitik bedeute nicht, dass die Führung sich plötzlich bekehrt hatte. Es war noch die Zeit Gorbatschows, als sich der Premierminister der RSFSR (Russische Föderation), I. Silajew, in einem Interview über die Gründe des Schwenks äußerte (Sobesednik Nr. 29/91). Auf die Frage, ob Russland Gottes Hilfe brauche, antwortete der Atheist

„Nein“, doch brauche Russland die Hilfe der Kirchen zu seiner geistigen Gesundheit.

Die atheistische Propaganda verschwand aus den Massenmedien. Das Erzählen von Witzen wurde nicht mehr bestraft, Bücher mit antisowjetischen Anekdoten aus Vergangenheit und Gegenwart erschienen, die Karikaturisten bekamen freie Hand. Insbesondere die russisch-orthodoxe Kirche konnte einen Zustrom von Gläubigen verzeichnen und stieg im Ansehen der Bevölkerung. Der Vorschlag, Lenins Mumie aus dem Mausoleum zu entfernen, dämpfte die pseudoreligiöse Verehrung des Staatsgründers.

Witze, Karikaturen, die die Religion verhöhnen oder angreifen, sind aus der Öffentlichkeit verschwunden. Offensichtlich möchte niemand beschuldigt werden, die sowjetische Religionspolitik in irgendeiner Form fortzusetzen. Eine Karikatur im „Krokodil“ stellt Judas dar, der mit dem Finger auf den Gekreuzigten zeigt und sagt: „Ich denke nicht daran zu bereuen. Die Zeiten waren eben so.“

Zweifel wird in Text und Bild daran geäußert, ob es sich beim „Taufboom“ der russisch-orthodoxen Kirche wirklich um eine massenhafte Bekehrung handelt.

Die kommunistische „Prawda“ (12.10.1991) veröffentlichte eine bissige Satire „Auf dem Weg zum Fest Mariä Himmelfahrt.“ Der Inhalt ist – natürlich stark gekürzt – folgender: *Der Direktor einer Lokomotivenfabrik, einst Parteigenosse, jetzt getaufter orthodoxer Christ, hat eine La-*

gerhalle in eine Fabrikkirche umwandeln lassen, einen Priester eingestellt (auf der Stelle eines Mitarbeiters für Materialversorgung). Als eines Tages der zuständige Minister aus Moskau kommt, hat der Direktor doch einige Bedenken. Der Minister rät ihm jedoch Transparente aufzuhängen „Religion für das Volk“ (statt „Opium für das Volk“), statt „Ruhm der KPdSU“ jetzt „Ehre sei dem Herrn“, „Begehren wir die Himmelfahrt Mariä mit neuen Arbeitserfolgen“. In jede Zeche müsse eine Ikone usw.

Diese Satire ist keine Bösartigkeit der Kommunisten gewesen. Das Thema wird auch in Karikaturen aufgegriffen (z.B. im „Sobesednik“):

Ein wichtiger Funktionär (angedeutet durch einen bedeutsamen Schreibtisch) steigt auf seinen Sessel, um eine Christusikone aufzuhängen. Am Boden steht – mit dem Kopf nach unten – das Bild von Karl Marx. (Abb. 2)

Nun wäre es jedoch falsch, zu vermuten, dass die Kommunisten sich nach dem Schwenk weiter gegen Religion und Religionsgemeinschaften geäußert hätten. In der „Sowjetskaja Rossija“ (27.08.1992) äußerte sich der Schriftsteller I. Wassiljew: „Ich denke, ... dass wir Kommunisten, die nicht an Christus geglaubt haben, dem Geist der Selbstaufgabe nach IHM am

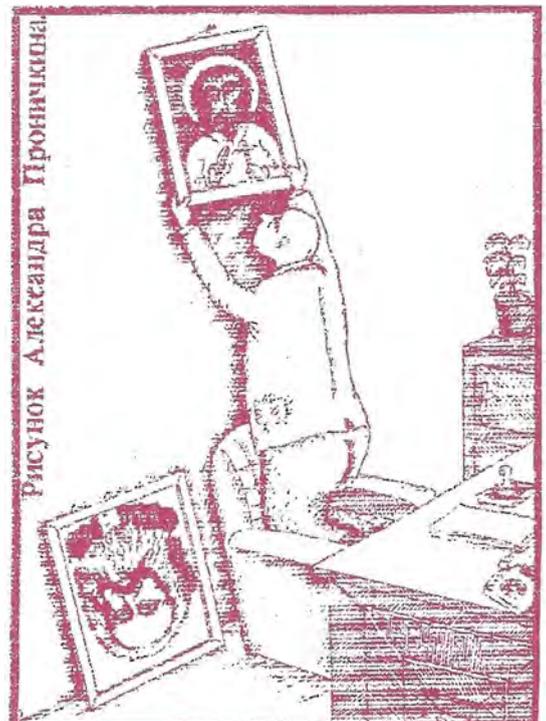


Abb. 2: Ohne Text; Bilderwechsel
Zeichner: A. Pronitschkin
Quelle: Sobesednik Nr. 19/1991

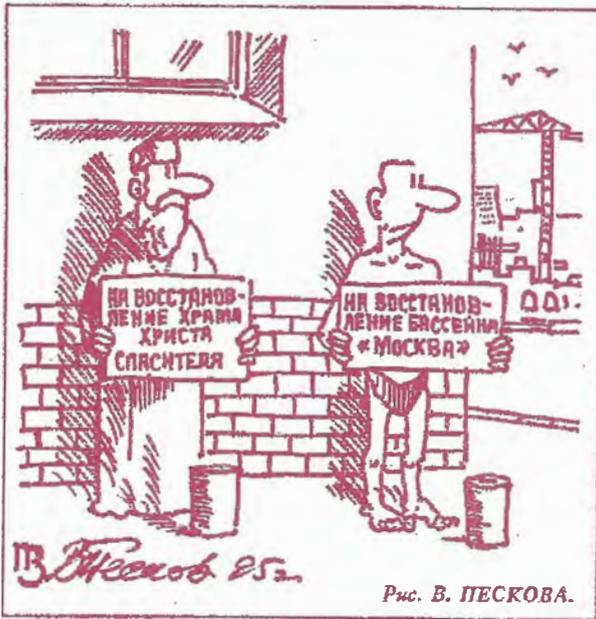


Abb. 3:
 Linker Sammler: „Für die Wiedererrichtung der Christus-Erlöser-Kathedrale.“
 Rechter Sammler: „Für die Wiedererrichtung des Schwimmbades Moskwa“ – dieses Schwimmbad wurde an der Stelle der zerstörten Kathedrale angelegt
 Zeichner: V. Peskow
 Quelle: Iswestija 18.08.1995

nächsten waren, und dass es keine Übertreibung wäre, zu sagen, fürwahr die streitende Partei war das Heer Christi.“ Es bildete sich eine Gruppe „Christen für den Kommunismus“. Man könnte noch viele ähnliche Beispiele anfügen. Kommunistenführer Sjuganow hat in seinem Buch „Russland – meine Heimat. Die Ideologie des staatlichen Patriotismus“ (Moskau 1996) die segensreiche Rolle der orthodoxen Kirche in der Geschichte Russlands gepriesen.

Ob diese Einstellung aufrichtig war und ist, ob es eine Anpassung daran ist, dass das Moskauer Patriarchat das höchste Wohlwollen der Machthaber genießt und im Volk als vertrauenswürdig angesehen wird, muss unbeantwortet bleiben. Karikaturisten sind skeptisch. Zweimal konnte man in der „Iswestija“ (10.09.1992 und 18.08.1995) Karikaturen über die „Konkurrenz“ zwischen Kirche und Kommunisten finden:

Eine schwächliche Nonne sammelt für die Wiederrichtung der Christus-Erlöser-Kathedrale. Neben ihr steht ein massiger Kommunist, der für die Restaurierung der Partei sammelt. – Zwei Männer stehen auf der Straße und bitten um Spenden. Der eine sammelt für die Kathedrale. Der andere für die Wiederherstellung des Schwimmbekens „Moskwa“. (Das Schwimmbekken war an der Stelle angelegt

worden, an der früher die Kathedrale gestanden hatte.) (Abb. 3)

Der Meister des schwarzen Humors, A. Merinow, hat in seinen Karikaturen nicht nur vor dem Missbrauch der Religion durch die Politik gewarnt, sondern auch vor den falschen Freunden (1995/1996 in einer Karikaturbroschüre).

Die Karikatur zeigt einen Christus, der vom Berg herabsteigt mit segnend erhobenen Händen. Unten stehen drei Männer, die ihm entgegenwinken. Doch auf dem Rücken halten sie Hammer und Nägel bereit, um ihn wieder zu kreuzigen. (Abb. 4)

Karikaturen, Witze, Anekdoten über die Religion und die Religionsgemeinschaften sind – im Vergleich zu anderen Themen –

selten. Das Ansehen speziell der russisch-orthodoxen Kirche war und ist hoch. Regierung, Banken, Konzerne spendeten Geld für Kirchen. Das neue Wappen Russlands und das Wappen Moskaus tragen in der Mitte wieder den heiligen Georg. Etwas verärgert reagierten Kritiker über den Anspruch des Moskauer Patriarchates und seine Bemühungen um beste Beziehungen zur Regierung, um eine Vorrangstellung zu erhalten. Die Jugendzeitung Sobesednik“ (Nr. 28/1991) prangerte die Zusammenarbeit des Moskauer Patriarchates mit den Kommunisten in einer Karikatur an. Darauf sieht man einen Vertreter der Orthodoxen Kirche in inniger Umarmung mit einem kommunistischen Funktionär. Der folgende Witz ist auch nicht gerade kirchenfreundlich.

Der Patriarch kommt zum Präsidenten: „Überlassen Sie uns die Gebeine Lenins. Wir werden sie kostenlos zeigen. Wir haben eine gute Erfahrung damit, wie man aus Überresten Gewinn ziehen kann. Wir teilen dann.“ – „Wir können Ihnen die Gebeine überlassen. Aber wie wollen sie aus Lenin einen Heiligen machen, da er so viele Priester hat erschießen lassen?“ – „Die Kirche ist es gewohnt, Räubern zu verzeihen. Fürst Wladimir hat seinen Bruder erschlagen – und wurde der erste russische Heilige. Und was die Heiligkeit von Lenin anbetrifft, so hat er drei Christliche Wohltaten vollbracht: Er ist im Schlafwagen durch Deutschland gefahren, das mit Russland ge-

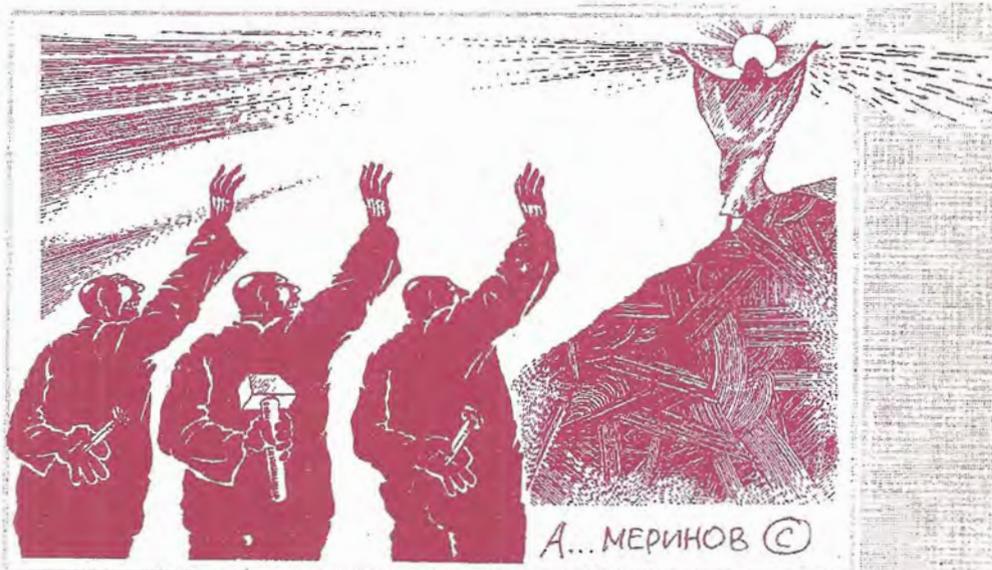


Abb. 4: Ohne Text
 Zeichner: A. Merinow
 Quelle: Komsomolskaja Prawda 1995



Abb. 5:
Ohne Text; der Neureiche in der Kirche
Quelle Krokodil Nr. 1/1995

und einem Kreuz in der anderen. Er steht auf den Werken von Marx, Engels und Lenin.

Häufiger sind Witze, die sich mit den Neureichen und deren Religiosität befassen. Ein Neureicher betet in der Kirche vor einer Ikone: „Herr, schicke mir einen neuen Mercedes! Plötzlich hört er neben sich ein altes Mütterchen beten: „Herr, mit meiner Pension kann ich nicht leben. Hilf mir!“ Der Neureiche ist über die Störung verärgert: „Hier hast du 1000 Rubel, aber hör auf, Gott mit deinen Kleinigkeiten zu belästigen. Bei mir

geht es um größere Dinge!“ (Abb. 5)
Oder:

Ein Neureicher findet in einem Antiquariat ein großes goldenes Halskreuz. Das war gerade in Mode gekommen. „Also, das nehme ich. Aber den Gymnastiker darauf, den machen Sie bitte weg.“ Oder: Es ist Osterzeit, unter den Gläubigen in der Kirche ist auch ein Neureicher. Plötzlich schreit er laut auf: „Ein Wunder, ein Wunder! Ich kann wieder gehen. Um ihn herum sammeln sich Gläubige: „Wie ist das Wunder geschehen?“ - „Mir ist gerade mein Mercedes vor der Kirche gestohlen worden.“

Damit sind wir allerdings schon beim Thema Moral angekommen, das im nächsten AUFTRAG Nr. 236 skizziert wird. □

kämpft hat; das heißt, er hat ihnen verziehen. Er hat ferner Marx korrigiert. Er hat den Kommunismus nur in einem einzelnen Land errichtet; das heißt, er hat Mitleid mit der übrigen Menschheit gehabt.“

Mit diesem Witz hängt auf eine makabre Weise der folgende zusammen:

„Was wird auf der nächsten Bischofskonferenz der Kirche behandelt werden? – „Es wird um die Frage gehen, ob man die Apokalypse in nur einem Land verwirklichen kann.“

Andere Witze und Karikaturen zu diesem Thema liegen sozusagen am Rande, im Umfeld.

Breschnew geht zur Osterzeit im Kreml spazieren. Die Kathedralen sind für den Gottesdienst freigegeben. Ein Priester kommt vorbei und grüßt: „Christus ist erstanden!“ Breschnew schweigt. Dann kommt der nächste Geistliche und sagt wieder: „Christus ist erstanden!“ Breschnew ärgert sich und antwortet: „Ich weiß schon, man hat es mir bereits gemeldet.“

Als Jelzin in der Öffentlichkeit seine Sympathie für die orthodoxe Kirche demonstrativ zeigt, erschien in der kommunistisch orientierten Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ (27.06.1992) folgende Karikatur:

In der Mitte kniet Jelzin vor einer Ikone. Links schwingt sein Berater Burbulis ein Rauchfass, rechts steht der Moskauer Bürgermeister Popow mit einer Kerze in der Hand

LESERBRIEF ZUR „WEHRMACHTSAUSSTELLUNG“

Gewalt kein Argument

Wer Gewalt androht oder ausübt zeigt, dass er keine Argumente hat – also in der geistigen Auseinandersetzung bereits gescheitert ist. Am Falle der Wehrmachtsausstellung ist Gewalt auch deshalb zu verurteilen, weil dadurch eine so genannte wissenschaftliche Ausstellung aufgewertet wird.

Wenn man diese Ausstellung betrachtet und analysiert, muss man feststellen, dass sie ein übles, einseitiges Machwerk ist. Leider wird damit auch eine wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Rolle der Wehrmacht verhindert.

Es wird behauptet, dass man aus ca. 5.000 Beweisfotos die eindruckvollsten ausgewählt habe. Die Fakten sind jedoch anders. Von den gezeigten Fotos sind allein auf 216 überhaupt kein Soldat zu sehen. Auch Zeit bzw. Täter sind nicht erkennbar. 242 Fotos sind weder mit Zeit- oder Ortsangabe versehen. In 84 Fällen ist der „ungefähre Ort“, aber keine Tatzeit angegeben. Bei 28 Bildern ist eine Tatzeit verzeichnet, aber kein Tatort. Somit fallen also schon 570 der „beweiskräftigsten“ Bilder aus.

Nimmt man dann die Bilder hinzu, bei denen aus einem, durch Ausschnittsvergrößerung zwei gemacht wurden, sowie die offensichtlich retuschierten, dann sind

allein ca. 600 Bilder als beweisuntüchtig anzusehen.

Unhaltbar aber wird der Anspruch dieser „Dokumentation“, dass mit ihr die Beteiligung der Wehrmacht an der NS-Judenverfolgung bewiesen wird. Die angelieferten „Beweisstücke“ zeigen, dass Fälscher am Werk waren. Betrachtet man die Fundstellen, dann wird deutlich, dass ca. 95% der Bilder aus Archiven von Axel Springer, vor allem aber aus dem Propagandamaterial kommunistischer Sammlungen aus Belgrad, Minsk, Kiew und Moskau stammen.

Hinzu kommt, dass nicht erwähnt wird, dass der Partisanenkrieg keine Volkserhebung war, sondern eine kommunistische Kampferrfindung von Marx bis Stalin, Mao und Tito ist. Sie steht im krassen Gegensatz zum geltenden internationalen Kriegerrecht.

Ebenso wenig wird erwähnt, dass durch russische Gerichte nach Zusammenbruch des kommunistischen Systems in diesem Jahrzehnt über 7.000 Deutsche offiziell rehabilitiert wurden, obwohl sie angeblich als Kriegsverbrecher „überführt“ und vielfach hingerichtet worden waren. Auf die alten Urteile berufen sich die Ausstellungsmacher, die Rehabilitation verschweigen sie.

Helmut Fettweis, Oberst a.D., Bonn

50 JAHRE GRUNDGESETZ DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Vor 50 Jahren

- am 8. Mai 1949 beschließt der Parlamentarische Rat das Grundgesetz und
- am 23. Mai 1949 tritt das Grundgesetz in Kraft.

Dieser Tag ist die Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland.

Das Grundgesetz (GG) ist die freiheitlichste Rechtsordnung, die sich Deutschland in seiner bisherigen Geschichte gegeben hat. Es hat die Wiedervereinigung erleichtert und es soll auch die europäische Einigung fördern. Trotz allen Erfolges weisen Verfassungsrechtler auf gewisse Schwächen des GG hin, wie z.B.: Verpasste Neugliederung des Bundesgebietes durch eine Verringerung der Zahl der Länder, Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern, die Stellung des Bundesrates im Bund, das Verhältnis von Exekutive und Legislative zumal in den Ländern, die Finanzverfassung. 1949 hat es andere Sorgen und Bedenken gegeben, wie die nachfolgend wiedergegebene Erklärung der deutschen Bischöfe zeigt. Sie war am 11. Februar 1949 in Pützchen bei Bonn von Joseph Kardinal Frings, Erzbischof von Köln und Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, unterzeichnet worden. (PS)

Erklärung der Deutschen Bischöfe zum geplanten Grundgesetz

Ernste Besorgnis um die Zukunft unseres Volkes hat uns deutsche Bischöfe veranlasst, zu einer außerordentlichen Beratung zusammenzukommen.

Der Stand der Verhandlungen im Parlamentarischen Rat in Bonn lässt uns befürchten, dass in dem geplanten Bundesgrundgesetz wichtigste und für den Aufbau eines gesunden staatlichen Lebens unentbehrliche Grundrechte und Grundsätze außer Acht gelassen werden. Das Grundgesetz eines Staates kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn darin die schon in der Natur gegebene ewig gültige, durch Christus neu gefestigte und vollendete Gottesordnung als die tragende Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt wird. Die Würde der freien sittlichen Persönlichkeit muss geachtet werden. Jeder Staatsbürger muss die unbedingte Gewähr haben, sein persönliches Leben und das Leben seiner Familie nach seinem Gewissen gestalten zu können, das sich an das Gesetz Gottes gebunden weiß.

Eine der wichtigsten Forderungen, die wir stellen müssen, ist die Forderung, dass in der Bundesverfassung das gottgegebene Elternrecht anerkannt wird. Die Eltern sind die von Gott berufenen und vor Gott verantwortlichen Erzieher ihrer Kinder und müssen

deshalb die Möglichkeit und das Recht haben, ihre Kinder nicht nur in der Familie, sondern auch in den öffentlichen Schulen entsprechend dieser Verantwortung zu erziehen bzw. erziehen zu lassen. Auf diese Forderung können und werden wir – das stellen wir hiermit im Bewusstsein unserer Verantwortung in aller Öffentlichkeit fest – unter keinen Umständen verzichten. Wir wissen uns hierin einig mit unseren katholischen Eltern, ja mit unserem ganzen katholischen Volk, das mit uns voll ernster Sorge ist. Wie soll eine Bundesverfassung die Grundlage sein für eine gesicherte und friedvolle Zukunft unseres Volkes, wenn in ihr ein solches Grundrecht bewusst ausgeschaltet wird.

Stehend nehmen die Mitglieder des Parlamentarischen Rates die Verkündung des Grundgesetzes entgegen

Die Kämpfe und Leiden der vergangenen Jahre wären umsonst gewesen, wenn die Bundesverfassung nicht ein für aller Mal der Staatsgewalt die Möglichkeit zur Vergewaltigung des christlichen Gewissens nimmt, sondern gerade in der Schulerziehung unserer Jugend von neuem Staatsgewalt über Elternrecht stellt. Wir lehnen jedenfalls jetzt schon jede Verantwortung für die damit beginnende Entwicklung ab.

Die Angriffe die in Presse und Parlament bei den Auseinandersetzungen um das Reichskonkordat gegen den Hl. Stuhl gerichtet worden sind, weisen wir Bischöfe auf das entschiedenste zurück. Sie haben uns und das ganze katholische Volk aufs tiefste verletzt. Sie waren umso beleidigender für den Hl. Vater, als der Hl. Stuhl in der Zeit unserer Erniedrigung nicht aufgehört hat, Deutschland als vertragsfähigen Partner anzuerkennen und unbekümmert um das Urteil der übrigen Welt sich als Freund und Helfer unseres darniederliegenden Volkes zu erweisen. Wir erwarten, dass die Bundesverfassung eine Garantie für die Aufrechterhaltung des vom Heiligen Stuhl mit dem deutschen Reich abgeschlossenen Konkordates enthält.

Mögen alle, die für den Aufbau unseres staatlichen Lebens eine Verantwortung tragen, unsere Stimme hören und, ehe es zu spät ist, dem solange geknechteten deutschen Volk die von allen heiß ersehnte und unentbehrliche innere Freiheit geben. □



VOR 85 JAHREN:

Das Attentat in Sarajewo und das Schicksal des „Mordautos“

Wolfgang Altendorf

Am 28. Juni 1914 besuchten Österreich-Ungarns Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand d'Este und seine Frau, die Herzogin von Hohenberg, Serbien und hier die bosnische Stadt Sarajewo. Man hatte das Paar vor diesem Besuch und zu diesem Zeitpunkt gewarnt. Die durch die Feiern zum 525. Jahrestag der Schlacht gegen die Türken auf dem Amsfeld (28. Juni 1389) „national erregten Serben“ galten ohnehin als wenig freundlich gegenüber den Österreichern.

Schon am Vormittag des Besuchstages, als sich der Erzherzog und die Herzogin in ihrem Wagen zum Empfang in den Konak (Rathaus) von Sarajewo fahren ließen, wurde eine Bombe gegen das Auto geschleudert, deren Zündung sich jedoch verzögerte, so dass sie erst explodierte, als der Wagen die Stelle bereits passiert hatte. In dem darauf folgenden Wagen wurden, wie die Vossische Zeitung in einem Extrablatt berichtete, „Major Graf Boos-Waldeck von der Militärkanzlei des Thronfolgers und Oberstleutnant Merizzi, der Personaladjutant des Landeshauptmannes von Bosnien erheblich verwundet. Sechs Personen aus dem Publikum wurden

schwer verletzt. Diese Bombe war von einem Typografen namens Cabrinowitsch geschleudert worden. Der Täter wurde sofort verhaftet.“

Aus serbischen Depots

Trotz dieses Anschlages und ungeachtet der Opfer fand der feierlich-festliche Empfang im Rathaus statt. Auch die vorgesehene anschließende Stadtrundfahrt wurde – wiederum gegen größte Bedenken der Sicherheitskräfte – angesetzt. In der Nähe des Regierungsgebäudes schoss der Gymnasiast der achten Klasse, der Primaner Gavrilo (Gabriel) Prinzip aus Grabow, aus einem Browning mehrere Schüsse gegen das Thronfolger-Ehepaar ab. Der Erzherzog wurde im Gesicht, seine Frau in den Unterleib getroffen. Beide starben kurz nachdem sie in den Regierungskonak gebracht wurden waren. Prinzip wurde ebenfalls verhaftet. Die ersten Untersuchung ergab, dass Verbindungen zu hohen Militärs und politischen Persönlichkeiten in Belgrad bestanden; die Bombe und die Waffen stammten aus einem serbischen Depot. Die Serben befürchteten offenbar, dass

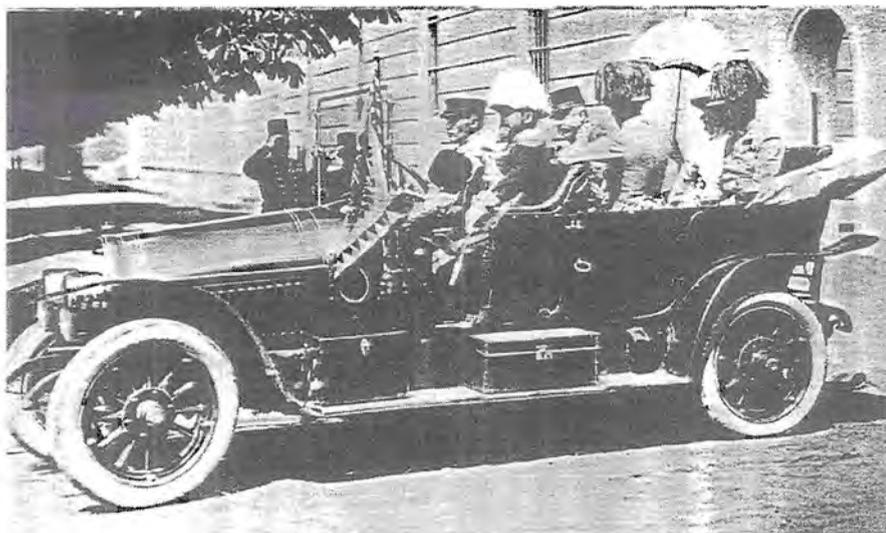
dieser Besuch des Thronfolgers und seiner Frau die Kroaten und Bosnier enger an die österreichische Monarchie binden könne, was den großserbischen Initiativen hinderlich sein würde. Der Anschlag löste den Ersten Weltkrieg (1914–1918) mit allen seinen deprimierenden Folgen aus.

Das Mordauto

Das Auto, in dem das Thronfolgerpaar gesessen hatte, wurde verkauft. Es ging das Gerücht, dass ein Fluch an ihm hänge und offenbar „bewahrheitete“ sich dieses Gerücht durch etliche Vorfälle, die sich mit ihm (bis zu seiner Verschrottung) zutrugen.

Es fand noch 1926 als Postauto für Bosnien Verwendung. Mit seiner hellroten Lackierung erschien es auffällig genug, um diesen „Fluch des Mordautos“ über die Jahre hinweg lebendig zu erhalten. Die Kroaten bekreuzigten sich, wenn sie es sahen, die Bosnier wandten ihren Blick stets erschrocken ab. Den vorherigen Besitzern dieses Autos sei, so gingen die Gerüchte, etliche Unfälle damit passiert.

Nach dem Mord gelangte das Auto in den Besitz eines Generals. Er hielt es – ob der Kapriolen, die es ihm verursachte – für verhext und verkaufte es nach kurzer Zeit an einen wohlhabenden bosnischen Arzt, der über den „Spuk“ lachte, seine „Ungläubigkeit“ aber schon auf der ersten Fahrt durch einen Unfall mit seinem Leben büsste. Der Wagen überschlug sich bei voller Fahrt und begrub den Arzt unter sich; man zog ihn tot darunter hervor. Danach wechselte das „Mordauto“ häufig den Besitzer, bis es schließlich zum „Postauto“ avancierte, wo es von da – unfallfrei aber berüchtigt genug – einige Jahre seinen alles in allem positiven Dienst tat. □



Vor der tödlichen Stadtrundfahrt. Das Thronfolgerpaar ganz hinten im Auto
(Foto: Archiv Altendorf)

Ein neues Fundament für die Männerseelsorge

Predigt von Bischof Prof. Dr. Karl Lehmann, Mainz, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, anlässlich der 60. Wiederkehr der Männerseelsorgekonferenz am 30. November 1998 in Fulda (Bonifatiushaus). Die Zwischenüberschriften wurden durch die Redaktion AUFT AG eingefügt.

Die Männerseelsorge war längere Zeit zu sehr im Schatten des pastoralen Gesamtauftrags der Kirche gestanden. Dies hat viele Gründe. Die von den so genannten „Naturständen“ ausgehende klassische Seelsorge ist in vieler Hinsicht fragwürdig geworden. Die Zuwendung zur Frauenfrage hat die bisherigen Freiheits- und Spielräume des Mannes eingeschränkt und hat nun über Jahrzehnte einen dominierenden Vorrang erhalten. Dies hat seine Gründe. In der Zwischenzeit ist aber auch deutlich geworden, dass man neue Wege gehen muss. Diese sollen im Rahmen dieser Predigt ein wenig skizziert werden.

Gleichwertigkeit von Mann und Frau

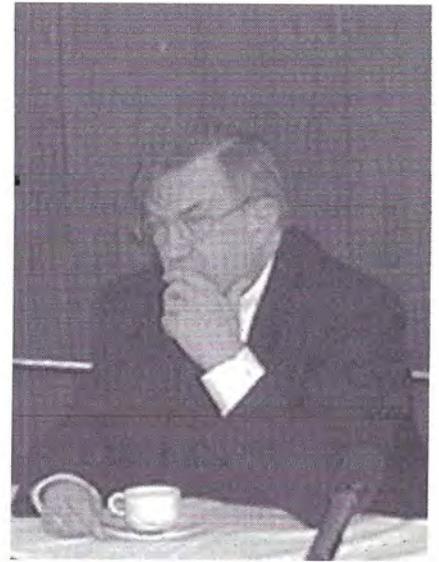
Das Verständnis des Mannes lässt sich nicht trennen vom Bild der Frau. Die wechselseitige Beziehung der Geschlechter lässt sich nicht einfach aufheben. Aber sie darf auch nicht dazu benützt werden, um aus der Andersheit und Verschiedenheit problematische Rollen abzuleiten und zuzuweisen.

Hier kann die Schöpfungszählung in Genesis 1 eine wichtige Hilfe sein. Mit unübersehbarer Betonung heißt es dort: „*Gott schuf also den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie.*“ (Gen 1,27). Mann und Frau sind gleichermaßen Ebenbilder Gottes, sind gemeinsam beauftragt worden. Es gibt den Menschen gleichsam nur in der Doppelausgabe als Mann und Frau. Man kann diesen Text verschieden verstehen. Daraus kann man die tiefe Bedeutung der Prägung als Mann und Frau für das Menschsein herleiten, was zweifellos hiermit zum Ausdruck kommt. Man kann wohl aber auch den Schluss ziehen, dass in der letzten Heilsfrage die Geschlechter gleichgültig sind. Es scheint mir, dass man dies nicht nur auf die Ebene des Heils anwenden

darf. Hier wird es in eschatologischer Perspektive ohnehin noch sehr viel deutlicher, wenn es im Galaterbrief heißt: „*Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid einer in Christus Jesu.*“ (3,28) Ich bin aber der festen Überzeugung, dass die Aussagen in Gen 1 auf der Ebene der Schöpfungswirklichkeit viel aussagen für die Gleichwertigkeit von Mann und Frau. Hier bedarf es eines sorgfältigen Unterscheidens. Es kann Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung, vor allem in den Menschenrechten und den daraus sich ergebenden Gesetzen, also Ebenbürtigkeit geben, ohne dass dies Gleichheit heißen muss. Dies wird oft verwechselt.

Verschiedenheit der Geschlechter

Man muss jedoch vorsichtig sein in der Art und Weise, wie man das Verhältnis näher deutet. Solange die Gleichwertigkeit und Ebenbürtigkeit nicht überzeugend in allen Lebensbereichen verwirklicht ist, ist jede Rede von einer Verschiedenheit der Geschlechter schwierig. Viele Frauen sehen in den gängigen Beschreibungen dieser Differenz festgeschriebene Rollen, die weniger mit der biologischen Anlage von Mann und Frau, sondern viel mehr mit der gesellschaftlichen Prägung zu tun haben. Erst wenn unzweideutig die Gleichwertigkeit und Ebenbürtigkeit von Mann und Frau mit den rechtlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen durchgesetzt ist oder glaubwürdig verwirklicht wird, hat die Frage nach einer Verschiedenheit, die nicht nur geschichtlicher und sozialer Herkunft ist, einen guten Sinn. Weil dies in vieler Hinsicht nicht verwirklicht ist, kämpfen viele Spielarten des Feminismus um eine emanzipative Gleichheit, die alles abstrakt nur auf das gemeinsame Menschsein abhebt, weil in jeder besonderen Rolle der Keim einer



Unterordnung oder Unterbewertung erblickt wird.

Seelsorge für Männer

Dies hat auch etwas mit dem Ansatz der Männerseelsorge zu tun. Ein einseitiges Abheben nur auf die Eigenart und gar die Vorzüge des Mannes fällt hinter die heutige Fragestellung zurück. Jedenfalls gilt dies für den Ansatz. Die Männerseelsorge muss sich selbst zu einem Vorreiter der Gleichwertigkeit und Ebenbürtigkeit der Geschlechter machen. Sie soll freilich nicht problematischen Leitbildern einer abstrakten Frauenemanzipation nachlaufen. Darum ist es gut, wenn in der Männerseelsorge die oft versteckten Reste eines unhaltbaren Frauenbildes ausgeräumt werden. Denn nur auf dem Boden einer von der Schöpfung her anerkannten Gleichwertigkeit und Ebenbürtigkeit kann es auch echte Partnerschaft geben.

Deshalb ist es auch durchaus sinnvoll, dass die Männerseelsorge über die Einbeziehung des Verhältnisses zur Frau hinaus sich dem Leben in der Familie zuwenden muss. Aber auch dies ist nur möglich, wenn dies nicht eine letztlich doch versteckte Unterordnung der Frau bedeutet. Im Übrigen entspricht dies auch dem Zusammenhang des Gesamtbildes in Gen 1, wo es in unmittelbarem Anschluss an die schon besprochene Stelle heißt: „*Gott segnete sie, und Gott sprach zu ihnen: Seid fruchtbar, und vermehrt euch, bevölkert die Erde, unterwerft sie euch und herrscht über die Fische*

des Meeres, über die Vögel des Himmels und über alle Tiere, die sich auf dem Land regen.“ (Gen 1,28) Die Männerseelsorge muss sich bewusst bleiben, dass sie hier für die Frauen einen wichtigen solidarischen Dienst ausübt. Wahre Männerseelsorge geschieht also immer auch um der Frau und der Familie willen. Es hat auf die Dauer auch nur Sinn, wenn beide, Mann und Frau, ihre sozialen Erwartungen und Einstellungen gemeinsam überprüfen und evtl. ändern.

Identität des Mannes

Aber damit ist noch nicht die Fragestellung zu Ende. Die Einbeziehung der Frau und der Familie darf nicht Anlass oder gar Grund werden, um alles einzuebnen. Dies gilt zunächst für die Frau selbst. Eine wirkliche Besserstellung der Frau kann auf die Dauer nicht gelingen, ohne dass die Gemeinsamkeit, die Differenz und die Beziehungen zwischen den Geschlechtern neu wahrgenommen werden. Wenn die Frau in allem wie ein Mann behandelt werden soll und am Ende letztlich doch den Löwenanteil für die Familie übernehmen soll, kommt sie in noch größere Überbelastung als früher und muss in vielen Fällen die Zeche bezahlen. Auch der Mann seinerseits muss fragen, welche Motive in ihm verborgen sind, damit es zu einer Unterbewertung der Frau und zu einer Abwehr des Weiblichen kommen konnte. Sonst kann man kaum auf längere Sicht und wirklich gründlich Beziehungen wie wechselseitige Anerkennung, ebenbürtige Person und wahre Partnerschaft ausreichend reflektieren. Wenn diese Rückfragen nicht angegangen und bewältigt werden, dann kann es auch kaum eine wirkliche Antwort auf die Frage nach der Identität des Mannes geben. Es muss auch eine neue Identität sein, wenn dies heißt, dass die soeben dargelegten Fragen und Aufgaben in diese Suche einbezogen werden müssen.

Neuer Ansatz für die Männerseelsorge

Ich sehe eine Chance für eine neue Männerseelsorge, wenn wir den Mut zu einem neuen Ansatz

haben. Auch hier bedarf es eines Aufbruchs. Elementare Voraussetzungen, ohne die ein solcher nicht möglich ist, ist die uneingeschränkte Anerkennung der Gleichwertigkeit und Ebenbürtigkeit von Mann und Frau. Dies ist nicht leicht, denn dies muss auch rechtlich, gesellschaftlich und politisch eingelöst werden. Aber dies heißt eben nicht, dass die Lebensfelder von Mann und Frau mit Ausnahme der biologischen Funktionen weitgehend austauschbar sind. Auf den Grund einer rückhaltlosen Anerkennung der Gleichwertigkeit kann dann unter den Voraussetzungen eines neuen Miteinander auch die Andersartigkeit der Geschlechter neu entdeckt werden. Das Anderssein mag dann sogar zunächst als fremd und befremdlich erscheinen. In einem neuen spannungsgeladenen Miteinander entsteht dann eine unverwechselbare Gemeinschaft im Geben und Nehmen, in gegenseitigem Austausch. Die Männer müssen dann nicht weiblich und die Frauen nicht männlich werden. Eine Gleichmacherei würde letztlich nur die Eigenart beider zerstören. Diese neue Gemeinschaft muss in der Verteilung der Aufgaben und Lasten immer neu ausgehandelt werden. Es gibt hier nicht nur so etwas wie eine vollendete naturale Anlage, sondern auch die Art des Vater- und Mutterseins muss, wie in anderen Bereichen, in einem differenzierten Lernprozess angenommen werden, der sich in den verschiedenen Lebensaltern auch abwandelt.

Die Männerseelsorge muss Männer dazu bringen, dass sie zu diesem „Aushandeln“ und zu diesem Lernprozess fähig werden und sich nicht auf eine schlechthin vorgegebene Rolle zurückziehen oder der Frau eine solche überstülpen wollen. Dieses Aushandeln bezieht sich ganz wesentlich auf die Partnerschaft von Männern und Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Einsatzbereitschaft zum Zeugnis in Kirche und Gesellschaft und zum Engagement in sozialen Diensten. Nur wenn beide Partner stark genug sind, kann man sich verändern, ohne sich aufzugeben. Es gibt nämlich viele oberflächliche Veränderungen oder gar Behauptungen über bloße Veränderungsbereitschaft im Mit-

einander von Mann und Frau. Die empirische Männerstudie „Männer im Aufbruch“ (Stuttgart 1998) hat demgegenüber erwiesen: Je mehr es in den Kernbereich der Person geht, umso weniger Veränderungsbereitschaft ist bei Männern gegeben. Aber vielleicht hat man auch vom Mann zu viel Selbstaufgabe gefordert?

Auf diesem neuen Fundament kann auch eine neue Männerseelsorge entstehen, die in bisher nicht versuchter Weise und ohne Verletzung der Würde der Frau nach der eigenen Identität fragt. Diese ist nicht so leicht abstrakt festzulegen, indem man einfach das Vatersein, die Zuwendung nach außen, die Leistungsbereitschaft und Aktivität in der Welt als typisch ansieht. Vieles davon können auch Frauen unter Beweis stellen. Aber man wird gewiss auch bei den verschiedenen Aufgaben in der Weitergabe des Lebens ansetzen dürfen und die Aufgaben als Vater und Mutter, aber auch gemeinsam als Eltern über den biologischen Bereich hinaus neu bedenken. Gerade auch kinderlose Ehepaare können einem aufzeigen, wie schöpferisch sie für andere werden können, und zwar nicht selten als Mann und Frau zusammen.

Die Männerseelsorge bezieht sich natürlich nicht nur auf Männer in Ehe und Familie. Sie wird heute in unterschiedlicher Weise Ledige, Geschiedene, Alleinerziehende berücksichtigen. Manche bleiben – wie auch Ordensangehörige und Priester auf ihre Weise – zugunsten ihres beruflichen Auftrags und um ihrer Sendung willen, näherhin des Reiches Gottes wegen ehelos. Die Männerseelsorge muss so weit angelegt sein, dass sie auch noch solche Existenzweisen in ihrem Bild des Mannes aufnehmen kann.

60 Jahre Männerseelsorgekonferenz belegen den zum Teil raschen Wandel. Davor und angesichts der Dominanz anderer Fragestellungen darf man nicht kapitulieren oder resignieren. Es ist höchste Zeit, der Männerseelsorge auf diesem neuen Fundament wieder frischen Schwung zu geben. Dies ist gewiss nur durch einen neuen Ansatz möglich. Die Gelegenheit dazu ist in vieler Weise günstig. Gott gebe uns dazu seinen ermutigenden Segen. □

60 Jahre Männerseelsorgekonferenz in Fulda

Festvortrag anlässlich der 60. Wiederkehr der Männerseelsorgekonferenz am 30. November 1998 in Fulda

Roman Bleistein SJ

Ein Rückblick auf 60 Jahre Männerseelsorgekonferenzen in Fulda lässt ganz unterschiedliche politische und kirchliche Zeiten am Auge des aufmerksamen und kritischen Betrachters vorüberziehen. Es seien, um die geschichtlichen Dimensionen anzudeuten, nur einige Stichworte genannt: Überwachung durch die Gestapo, Jahre des Wiederaufbaues, die Studentenrevolte, neue religiöse Impulse durch Konzil und Synode, die Emanzipation der Frau, die Individualisierung, die Suche nach dem neuen Mann. Diese Stichworte deuten bereits eine grandiose Berg- und Talfahrt an, die sich nur in ihren wichtigsten Schritten darstellen lässt; denn der einzelnen Aktivitäten und der wichtigsten Akteure sind zu viele, als dass man sie zumal auf dem Hintergrund der politischen und kirchlichen Zeitgeschichte angemessen würdigen könnte. Drei Zeitabschnitte sollen nun besonders herausgehoben werden:

1. Der Aufbruch im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, ab 1938
2. Die Suche nach neuen Orientierungen, ab 1964
3. Die Frage nach dem neuen Mann, ab 1988

1. Der Aufbruch im Widerstand gegen den Nationalsozialismus – ab 1938.

Natürlich gab es auch vor dem Jahr 1938 eine katholische Männerarbeit. Sie hatte seit Jahren in den Marianischen Männerkongregationen und in den vielen Standesvereinen sich so prächtig entfaltet, dass sie im Katholizismus, dieser verkirchlichten Form des Christentums zwischen 1850 und 1950, die Säulen im deutsche Milieukatholizismus ausmachten und gerade dieses katholische Milieu zu stabilisieren vermochten. Gerade weil nach der nationalsozialistischen Machtergreifung Ende Januar 1933 diese Organisationen und



Strukturen durch den totalitären Anspruch des Nationalsozialismus nicht mehr zu sichern gewesen waren – trotz des umstrittenen und am Ende nicht präzise definierten Artikels 31 des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 – entstanden die „Richtlinien zur Männerseelsorge“, die am 19. August 1936 von der Deutschen Bischofskonferenz auch als erste Reaktion auf die politische Situation veröffentlicht wurden. Sie bringen diesen hoffnungsvollen Grundsatz: *„Die Kirche ruft den Mann. Andererseits dringt aus der Männerwelt immer lauter und vernehmbarer der Ruf nach der Kirche, nach Führung auf religiösem und sittlichem Gebiet. Man spürt Sehnsucht nach den unersetzlichen Lebenswerten der Religion, deren Hüterin und Spenderin die Kirche ist“*. So sahen die Richtlinien im Mittelpunkt des seelsorglichen Mühens ausschließlich den Mann; denn er trug die Verantwortung für die Familie und für den Beruf und durch beides wirkte er christlich – verantwortlich auf die Öffentlichkeit ein. Die damaligen geschlechtsfixierten Stereotype boten der Frau leider keinen vergleichbaren Platz in Kirche und Gesellschaft. Diese Impulse aus der deutschen Bischofskonferenz wurden bereits 1937 in Fulda aufgegriffen. Die erste große Tagung zum Thema: Männerseelsorge fand dort am 17. November 1937 statt, der sich nach dem festlichen Gottesdienst – als Zeichen gegen den Zeitgeist – eine öffentliche De-

Gespräch über nahezu 50 Jahre Männerarbeit und Männerseelsorge nach dem Zweiten Weltkrieg am Rande der Festveranstaltung im Fuldaer Bonifatiushaus. Pater Prof. Dr. Roman Bleistein SJ, München, (re.) im Gespräch mit Oberst a.D. Hans Georg Marohl, Köln, der lange Jahre die GKS im Präsidium der Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands (GKMD) vertrat (Foto: PS)

monstration anschloss. Der damalige Fuldaer Bischofskoadjutor Johannes B. Dietz (1879–1959) – übrigens ein unverdient vergessener Bischof im Widerstand der Kirche gegen den Nationalsozialismus – wurde Protektor der Männerarbeit und nach einem Schreiben an die Ordinariate vom 8. Oktober 1938 fand vom 29. auf 30. November 1938 die erste überverbandliche und überdiözesane Aussprachekonferenz der Männerseelsorge in Fulda statt, an der 100 Priester und 40 Laien teilnahmen. Ihr Thema hieß: *„Der Mann in der kirchlichen Seelsorge“*. Damit begann die neue katholische Männerarbeit, die sich im Gegenwind des nationalsozialistischen Regimes zu entfalten hatte. Das ereignete sich also vor 60 Jahren.

Die Umstände dieses Anfangs sollten wir uns – zumal als Nachgeborene – bewusst machen: Damit die Verantwortlichen dieser Veranstaltung sich damals im Hinblick auf ihre eigene Freiheit keinen Illusionen hingäben, trat ein Gestapomann gleich zu Beginn der Tagung zur Überwachung auf: Man möge ihm einen wenig auffällenden Platz anweisen. Doch damit man ihn bei der Tagung nicht übersehe, ließ man ihn in der ersten Reihe Platz nehmen.

Das Thema war damals ein doppeltes: einmal den Mann in seiner Psyche und Gestalt zu erkennen und zum anderen die Weisen seiner religiösen Formung zu entwerfen. Die Tagung wurde am

Ende als eine „in allen Teilen vorzüglich gelungene Aussprache – Tagung überdiözesaner Art“ bezeichnet.

Nach diesem geglückten Start folgten ihr – von der Fuldaer Zentrale verantwortet – nun im Herbst eines jeden Jahres große Aussprachetagungen – mit unterschiedlichen Themen. Diese Themen seien genannt: 1939 ging es wiederum um den Mann als Seelsorger in der Familie und das seelsorgerliche Schrifttum für ihn. 1940 stand die Beichte des Mannes in der Mitte des Tagungsprogramms. Das Thema 1941 hieß: die Kirche. Bei dieser Tagung hielt erstmals P. Alfred Delp, der durch die Vermittlung des sagenhaften Münchner Männerseelsorgers P. Rupert Mayer in diesen Kreis gekommen war, sein allgemein beachtetes Referat: Das Vertrauen in die Kirche. Die Tagung 1942 wurde bereits von der Gestapo verboten. Ihr Thema wäre gewesen: Das moderne Welterlebnis und die christliche Weltverantwortung.

Auch dazu lieferte P. Delp einen ermutigenden Beitrag. Auffallend ist, dass die Themen immer eher anthropologisch, also induktiv, ansetzten, bevor sie zu pastoralen Imperativen kamen, die allerdings immer die konkrete Wirklichkeit im Auge hatten. Joseph Joos urteilte später über die Mitarbeit von P. Delp: *„In P. Delp kam ein Mann von überragendem Wissen und beispiellosem Mut hinzu. Die Arbeiten der Jahre 1941 und 1942 der Fuldaer Arbeitsstelle für Männerseelsorge sind gekennzeichnet durch eine wachsende Kühnheit in der Auswahl von Aussprachestoff, den P. Delp wie kein anderer weit schauend und aufwühlend bearbeitete“*. Seitdem also P. Delp in diesem Kreis mitarbeitete, hatte die Thematik der Tagungen an philosophischer Tiefe und an politischer Brisanz gewonnen. Er legte in seinen Anregungen großen Wert darauf, niemals nur an innerkirchlichen Symptomen zu kurieren, sondern mit an Martin Heidegger geschulten anthropologischen Kategorien die jeweilige geschichtliche Situation zu erheben.

Aufgrund dieses Ansatzes verwundert es nicht, dass etliche Mitglieder der Katholischen Männerarbeit im Widerstand gegen den Nationalsozialismus standen und

am Ende zu Opfern der Nazijustiz geworden sind. Es sei auch in dieser Stunde mit Ehrfurcht erinnert an Prälat Dr. Otto Müller (verstorben im Gefängnis Berlin-Tegel am 12.10.1944), Nikolaus Groß (hingerichtet in Berlin-Plötzensee am 23.1.1945), Bernhard Letterhaus (hingerichtet in Berlin-Plötzensee am 11.11.1944) und nicht zuletzt an P. Alfred Delp (hingerichtet in Berlin-Plötzensee am 02.02.1945). Aufgrund dieser Sachlage erwartete man von Tag zu Tag im Bonifatiushaus die Gestapo, die den regierungskritischen Kreis um den Prälaten Anton Wohlgemuth ausheben würde. Diese Befürchtung drängte sich umso mehr auf, da der Protektor der Männerarbeit, Bischof Johannes B. Dietz, nicht nur im widerständigen Ordensausschuss der Deutschen Bischofskonferenz mitarbeitete, sondern auch zum bischöflichen Kontaktmann zur Widerstandsgruppe um den Grafen Helmuth James von Moltke, dem „Kreisauer Kreis“, erkoren worden war. Er hatte sich auch einmal mit Helmuth James von Moltke und Carlo Mierendorff in seinem Palais getroffen und deshalb wurde seine Name auch im Todesurteil über Alfred Delp genannt, weil er dieses Treffen arrangiert hatte. Die Zurückhaltung der Gestapo, obgleich sie nach den Verhören nach dem 20. Juli 1944 von diesen konspirativen Verbindungen wusste, lässt sich nur aus der Tatsache erklären, dass es nach der Aussage eines SS-Mannes der Gestapo grundsätzlich verboten war, sich an einem Bischof zu vergriffen.

Am Ende dieser nationalsozialistischen Epoche lässt sich festhalten: Durch die aktuellen Themen, die keine weltfremde Seelsorge fördern wollten, die im Gegenteil zur Verantwortung der Welt, und zwar der konkreten Welt der nationalsozialistischen Unterdrückung ermutigten, entwickelte sich die Zentrale in Fulda zu einem Knotenpunkt des katholischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Diese Tatsache bringt ohne Zweifel eine ehrenvolle und zu politischem Engagement ermutigende Erkenntnis mit sich. Die Männerseelsorge und die Männerarbeit wiesen damals einen Platz inmitten einer lebensgefährlichen, ideologischen Welt an.

2. Die Suche nach Orientierungen – ab 1947

War in den Jahren zwischen 1938 und 1945 sowohl das Selbstbild des Mannes wie die Aufgabe der Männerseelsorge gerade durch die Konfrontation mit der Ideologie und dem Terror des nationalsozialistischen Systems einigermaßen klar, so setzte spätestens nach dem Ende des Wiederaufbaues eine Erosion in den Zielen und Aufgaben ein, und das obgleich 1948 die Hauptstelle für Männerseelsorge in Fulda errichtet und am 14. März 1951 ein neuer organisatorischer Aufbau beschlossen worden war – mit diesen Zielen: Tagungen und Arbeitskreise in ganz Deutschland zu veranstalten, Schrifttum für Priester und führende Laien herauszugeben, den stetigen Gedankenaustausch zwischen den Verantwortlichen in der Männerseelsorge in den Bistümern und Verbänden zu pflegen.

Aus der Thematik der Aussprachekonferenzen und aus den Beiträgen in den Zeitschriften der damaligen Jahre lässt sich entnehmen, dass das Selbstbild des Mannes noch klar und sicher gewesen war. So kann man 1951 zu diesem Thema lesen: *„Der Mann ist von Natur aus zur Aktivität veranlagt“* oder noch deutlicher 1952: *„Ja, du bist ein Mann, und das bedeutet Herr und Gebieter, das bedeutet Kämpfer und Eroberer, Riese und Sieger; das bedeutet Geistträger, Gründer, Schaffer, Erhalter, Vater“*. Solche Beschreibungen verraten eine große Sicherheit in der Wahrnehmung des Selbstbildes des Mannes. Aus heutiger, kritischer Sicht sind diese Namen und Titel eigentlich nur eine Abfolge von unbeweisbaren, grandiosen Stereotypen.

Was nun die Antwort auf die gesellschaftliche Situation betrifft, standen in den Jahren des Wiederaufbaus, nach dem katastrophalen Kriegsende nahe liegend, die soziale Frage und die Herausforderungen einer christlichen Gesellschaftsordnung im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Auffallend setzte 1951 die Suche nach Orientierungen ein, sei es dass man die „Säkularisierung in Welt und Leben“ überwinden wollte, sei es dass man 1952 „aus der Wirklich-

keit des Gnadenslebens“ die Männerarbeit neu zu konzipieren beabsichtigte.

Es folgten Jahre eines besonderen politischen Engagements, in denen es um den Frieden, um die Ost-Westproblematik, um die Konfrontation mit der Koexistenz und um die eher „ökologische Thematik“: „Die Erde ist uns aufgegeben“ ging. Letzteres bereits das Thema der Tagung von 1958 (!). Diese Jahre endeten dann in den politisch bewegten Ereignissen des beginnenden Wertewandels ab 1964 und mit dessen Höhepunkt in der Studentenrevolte 1968–1971. Ein gewisses kirchliches Echo auf diese weltweiten Umbrüche und Unruhen lässt sich im 2. Vatikanischen Konzil erkennen, in den Jahren 1962–1965, mit seinen beiden großen Apostolischen Konstitutionen: *Lumen gentium* und *Gaudium et spes*. Was in Rom an Reformen aufbrach, griff dann in der „Würzburger Synode“ in den Jahren 1972–1975 in die Katholische Kirche Deutschlands über. Auf diese Weise versuchte die Weltkirche und die Ortskirche mit ihren Reflexionen und Imperativen manche, zumal deutsche, Unlust und Unruhe zu unterlaufen.

Diese Verunsicherung lehrte, auch die religiöse Krise des Mannes wahrzunehmen und ein Selbstverständnis zu entwickeln, das „theoretisch noch auf der alten Linie lag, im praktischen Vorgehen jedoch konziliar – konzilient war“. So schwankte die Programmatik zwischen der Neubelebung alter Positionen – etwa das Mänestum und das Vaterbild – und deren Aktualisierungen, indem man etwa „Kreise junger Familien“ zu gründen suchte. Das Motto dabei lautete: „Der freien Initiative sind keine Grenzen gesetzt“ (P. Heinrich Ostermann SJ). Bei aller darin sichtbaren pragmatischen Beweglichkeit fühlte man sich wohl tuend an die strukturellen Organisationen und an die tragenden Elemente – wie das naturständische Seelsorgeprinzip – gebunden.

In den siebziger Jahren brach sich die Erkenntnis Bahn, dass man 23 Jahre für die Parolen einer längst vergangenen Zeit gekämpft habe, man habe an einer Welt gebaut, „die von gestern ist“ (P. Heinrich Ostermann SJ). Man be-

gann endlich die nachkonziliare Situation und den weltanschaulichen Pluralismus in der Bundesrepublik zu realisieren, mit der Konsequenz, dass man eine modifizierte naturständische Seelsorge betreiben wolle, die sich allerdings in unterschiedlichen Modellen entfalten könne. Und diese Modelle gingen in ihren Entwürfen dann von traditionell über zeitkritisch und zeitoffen bis zu emanzipatorisch. Diese widersprüchliche Vielfalt war schwer auf eine Linie zu bringen, selbst wenn man den Grundsatz „Das Erbe bewahren – die Zukunft gestalten“ beschwörend vortrug und den Debatten plakativ voraustrug. Mit einem solchen Grundsatz mag es möglich gewesen sein, die Verzettelung zu überwinden und die frühere Programmatik festzuhalten. Beides konnte nur gelingen, solange man die Partizipation der Männer forderte und förderte, auch durch die Gründung von sog. Kernkreisen. Der ganze Vorgang lässt sich auch an den Titeln der entscheidenden Zeitschrift ablesen, von „Mann in der Kirche“, zu „Mann in der Zeit“ bis am Ende zu „Weltbild“.

Als das Ende dieser Zeit der Orientierungssuche darf man die neuen „Richtlinien für die Männerseelsorge und kirchliche Männerarbeit“ vom 25. Januar 1982 werten. Einleitend hält dieser wichtige Text den Sinn einer eigenen kategorialen Seelsorge für die Männer – entgegen ihrer Absorption in der Familienseelsorge – fest und begründet diese Sicht mit folgenden Worten: „Das Leben in einer weithin säkularisierten Welt fordert die Berücksichtigung der soziologischen Fakten und eine den Gegebenheiten gemäße Pastoral. Der Mann wie auch die Frau fühlen sich häufig in der Arbeitswelt, in der weithin andere Werte dominieren als in der Kirche verkündet, alleingelassen. Von daher gehört es zum Grundauftrag einer Männerseelsorge, konkrete Wege aufzuzeigen, wie Glaube auch in der Arbeitswelt gelebt werden kann“.

Bei der Aufgabe und bei den Aufgabenfeldern zeitgemäßer Männerseelsorge und kirchlicher Männerarbeit wird dann ausgeführt: „Bei den Bedürfnissen und Erwartungen ist der vorgegebenen Eigentart des Mannes zu entsprechen, wo-

bei niemals ein Anspruch erhoben wird, dass diese Aufgabenfelder allein dem Mann zukommen“. Diese Aussage darf als eine vorsichtige Ablösung von der Sicherheit aus früheren Selbstbildern gewertet werden.

Deshalb klingt es in den folgenden Ausführungen noch bescheidener, wenn man schreibt, es gehe darum, „dem Manne Möglichkeiten aufzuzeigen, seine persönliche freie Entscheidung für Christus im Glauben zu vertiefen und entfalten zu können. Das Moment der freien persönlichen Glaubensentscheidung, die den Mann ganzheitlich einfordert, spricht das Bewusstsein in besonderem Maße an“. Zu dieser Aussage darf man heute wohl anmerken, dass ein personaler Glaube gewiss das Ziel eines jeden Christen und daher auch jeder verantworteten christlichen Erziehung für Frauen und Männer darstellt.

Dieser personale Glaube wird dann in seine sozialen Dimensionen hinein entfaltet, als Dienst für die Kirche als dem einen Volk Gottes, als Dienst in der „häuslichen Kirche“, als Dienst des Gatten und Vaters, als Dienst in der Berufs- und Arbeitswelt und endlich als Dienst in der Öffentlichkeit und in der Politik. In diesen Aussagen werden weithin die früheren Festlegungen aufgegriffen und in modernen Formulierungen ausgesagt. Die restliche Hälfte dieses grundlegenden Textes beschäftigt sich mit den Fragen der Strukturen und Organisationen, die insgesamt von einer großen Sicherheit geprägt sind. Offensichtlich stellen diese Richtlinien den Endpunkt eines Ganges durch die Unsicherheiten dieser bewegten Jahre dar und markieren zugleich das Auftauchen einer unverhofften, neuen Herausforderung.

3. Auf der Suche nach dem neuen Mann – ab 1988

Die neue Herausforderung brachte die um sich greifende Frauenbewegung mit sich, die sich seit den siebziger Jahren mit feministischen Zielsetzungen, auch im Blick auf die Gleichberechtigung in der Frauenrechtsbewegung, zu Wort meldete. Dadurch kam die patriarchalisch eher schiefe Balance zwischen den Geschlechtern, die zumal in einer hierarchisch



Die Gesprächsrunde der „Alten“ tauscht Erinnerungen an ihre Visionen beim Einstieg in die kirchliche Männerarbeit aus, beschreibt wichtige Wegmarken in ihrer Zeit und gibt Hinweise auf das, was heute Not tut.

Im Bild v.l.n.r.: Prälat Siegfried Schindele, langjähriger Diözesanmännerseelsorger im Bistum Augsburg und stellvertretender Vorsitzender der Kirchlichen Arbeitsstelle für Männerseelsorge – Oberst a.D. Hans-Georg Marohl (Köln), langjähriger Vizepräsident der GKMD – Josef Orgass, früher Leiter der Männerseelsorge im Bistum Essen – Markus Roentgen, Diözesanmännerreferent im Erzbistum Köln und junger Moderator der Runde – P. Siegfried Klöckner ofm (Bad Soden-Salmünster), Leiter der Kirchlichen Arbeitsstelle für Männerseelsorge von 1990 bis 1993 – Oberbürgermeister a.D. Dr. Wolfgang Hamberger (Fulda) GKMD-Vizepräsident in den 70er Jahren – Klaus Milde, Leiter der Männerseelsorge im Bistum Dresden-Meißen (Foto: PS)

verfassten, maskulinen Kirche von Männern noch vertieft worden war, noch mehr aus dem Lot und es entwickelte sich fortschreitend eine Männerbewegung, die sich die Emanzipation des Mannes zum Ziel gesetzt hat.

Die Frage, wer der Mann sei, war nicht mehr so leicht und sicher wie früher zu beantworten. Der neue Mann stellte als Erstes die überkommenen Selbstbilder des Mannes in Frage. So banal diese Feststellung auch klingen mag, sie hatte durch eine nun totale Orientierungslosigkeit für die Katholische Männerseelsorge und Männerarbeit weitreichende Konsequenzen; denn zu der Orientierungslosigkeit in den Zielen und Aufgaben war die Fragwürdigkeit der überkommenen männlichen Selbstbilder hinzugekommen. Man kann schwerlich zielstrebig tätig werden, wenn das Bild des Adressaten der Bemühungen bis zur Unkenntlichkeit verschwimmt; denn das Verhältnis des Mannes zum Beruf verändert sich fortschreitend. Es kommt eine neue Bereitschaft auf, sich in die Familie und in den Haushalt einzubringen und ebenso die Innenwelt der Gefühle wird entdeckt: das Leiden und das Lieben, der Tod und die Religion.

Demnach war der „neue Mann“ das Ziel. Ein Mann, der sich durch die emanzipierte Frau nicht bedroht empfand und der einsah, dass er – wie es Volker Elis Pilgrim formulierte – „unfrei, abhängig, unselbständig (ist). Das zu erkennen, verlangt eine neue Denkweise. Die Unfreiheit des Mannes äußert sich zweifach: Der Mann ist innerlich – psychisch – und äußerlich – gesellschaftlich – unfrei. Die Unfreiheit verdeutlicht sich in Zwangsverhaltensweisen, in einer ununterbrochenen Wiederkehr von Handlungen und Unterlassungen, in unabänderlichen geistigenhaltungen, in der Erstarrung des Selbstbildes“.

Die Folgen aus solchen grundlegenden Einsichten sind: Der Mann muss eine neue Identität finden und ein anderes Selbstwertgefühl entwickeln. Er muss eine neue Balance zwischen Arbeit und Beruf und Familie schaffen. Seine sittlich verantwortete Sexualität muss mehr mit aller Zärtlichkeit ins Lebensganze integriert werden. Er muss auch die Beziehung zu seinen Kindern vertiefen und verlebendigen, wie seine weithin unbewusste Einschätzung von Hierarchie, Autorität und Gewalt kritisch überdenken und verän-

dern. Dieser Aufgabenkatalog zielt wie man heute sagt - eine androgyne Gesellschaft an, die von Paul M. Zulehner 1990 folgendermaßen beschrieben wurde. „Mit der Vision einer solchen androgynen Gesellschaft verbindet sich nicht nur die Hoffnung, dass sich Männer und Frauen aus ihren ‚halbierten Rollen‘ befreien können, die ihnen die gegenwärtige Industriekultur zuweist. Ein Zugewinn wird auch für die Menschlichkeit in der Gesellschaft erwartet“. Es handelt sich also um ein gesamt-gesellschaftliches Projekt.

Um diese Vision zu verwirklichen, werden in Amerika bereits „Initiationen in die Männlichkeit“ also Seminare, unter Leitung des Franziskanerpaters Richard Rohr angeboten, die in diesen modernen Einkehr-Tagen die folgenden Weisheitslehren in beeindruckenden Übungen zu vermitteln suchen: Das Leben ist hart. Du wirst einmal sterben. Du bist nicht so wichtig. Du hast nicht die Herrschaft. Als Einzelner bist du machtlos. In deinem Leben geht es nicht um dich. Wie diese initiatorischen Wahrheiten andeuten, werden in ihnen die Gegenpositionen zu überkommenen Selbstbildern von Männern bezogen: vom König bis

zum Macho. Diese Antithesen machen aber auch bewusst, welche Wegstrecken zu einem „neuen Mann“ noch heute in Gesellschaft und Kirche zu gehen sein werden.

Als konkrete Verwirklichung dieser Zielsetzung darf man heute bereits die Kooperation der Männerseelsorge mit der Frauenseelsorge werten, ebenso das intensiviertere ökumenische Gespräch über die Männerarbeit; denn auch die evangelische Kirche steht in diesem Seelsorgsfeld vor ähnlichen Problemen. Als ein erstes Ergebnis darf auch die ökumenisch verantwortete Männerstudie des Jahres 1998 gewertet werden (siehe unten). Endlich darf man auf das neuartige Angebot für Männer auf dem Mainzer Katholikentag am 11. Juni 1998 im „Männerzentrum“ hinweisen, das sich nicht nur theoretisch mit dem Problem des neuen Manns und seiner Spiritualität auseinandersetzt, sondern ebenso in der spirituellen Praxis – von der Frühstücksmatinee (das Trommeln!) über Workshops bis zum Männergottesdienst – erste Schritte ging. Alle drei Tatsachen sind Signale für einen Neuanfang, der sich weiterhin noch auswirken wird und muss.

Man muss zugeben: Mit diesen Projekten wird in Deutschland gewiss Neuland betreten, zumal wenn man sich die Impulse zur Männerarbeit in Österreich bewusst macht. Denn bei den ungewohnten Themen und Methoden kann nicht übersehen werden, dass diese Experimente eine religiöse Sinnspitze besitzen, wie ausdrücklich die Leitlinien der Österreichischen Männerbewegung von 1997 betonen. Diese sagen nämlich: die religiöse Verkümmern der Männer sei feststellbar. Männer suchten neue Werte und zögen gleichzeitig aus der Kirche aus. Als erste Reaktion auf diese beunruhigende Tatsache heißt es dann: *„Männer brauchen die Suche nach neuen Antworten aus dem Glauben und nicht nur die Wiederholung der Standardaussagen. Männer brauchen die Auseinandersetzung eines offenen Dialogs über den Glauben und die Kirche und nicht beschwichtigende Antworten. Männer brauchen den Pioniergeist unserer Glaubensväter und nicht das Angebot des ständig Gleichen“*. Aus diesen Einsichten ergeben

sich selbstverständlich Konsequenzen, die die Leitlinien für die österreichische Männerarbeit bereits formulierten. Exemplarisch seien einige dieser Konsequenzen genannt: *„Leitbild der Männerarbeit ist der partnerschaftliche Mann. Männerarbeit bemüht sich um eine Erweiterung der Lebensmöglichkeiten des Mannes. Männerarbeit heißt, über sich selbst und die anderen sprechen zu lernen. Männerarbeit steht immer in der Spannung, dem subjektiven Leiden des einzelnen Mannes gebührend Raum zu geben und gleichzeitig die objektiven männlichen Machtstrukturen zu thematisieren. Männerarbeit will nicht nur Bewusstseinsveränderung, sondern bemüht sich um eine Veränderung der männlich dominierten gesellschaftlichen Strukturen“*. Dass mit diesen Zielvorstellungen auch Glaube und Kirche umgriffen werden, liegt auf der Hand: eine andere Kirche wird sichtbar, die – nach der Maßgabe des 2. Vatikanischen Konzils – auf die Zeichen der Zeit achtet. Dass diese Erkenntnisse keine auf die Männer fixierten Einsichten sind, hat die neueste Männerstudie, von Paul M. Zulchner und Rainer Volz mit dem Titel „Männer im Aufbruch“ bewiesen. Aus ihr ergab sich, dass nur drei Prozent der Männer der Meinung sind, zu einer idealen Partnerschaft gehöre eine gemeinsame religiöse Überzeugung. Nicht zu übersehen ist zugleich, dass im Gegenteil dazu allgemeine menschliche Werte wie Vertrauen, Liebe und Ehrlichkeit weit vor religiösen Zielsetzungen rangieren. Offensichtlich wird hier ein ins Leben integrierter christlicher Glaube entweder in der Umwelt nicht entdeckt oder grundsätzlich für unmöglich gehalten. Dieser menschenfreundliche, intellektuell redliche Glaube wird also in Zukunft in der Mitte der Aufmerksamkeit der Männerarbeit stehen müssen. Im gleichen Problem-Spektrum erbrachte diese Männerstudie die folgenden vier Grundtypen von Männern:

1. Der traditionelle Mann (etwa 20 Prozent der befragten Männer). Er orientiert sich an den überkommenen Vorstellungen von den Aufgaben des Mannes im Beruf und der Frau in der Familie.

2. Der „neue“ Mann (etwa 20 Prozent). Die Aufgaben in Familie und Beruf werden partnerschaftlich geteilt.

3. Der „pragmatische“ Mann (etwa 25 Prozent). Er nützt die Vorteile der Emanzipation, ohne dass er sich selbst verändern will.

4. Der „verunsicherte“, besser: der indifferentere Mann (37 Prozent). Er lehnt überkommene Rollenzuweisungen ab, ist aber noch weit von diesem „neuen“ Selbstverständnis entfernt und sitzt somit zwischen allen Stühlen.

Diese empirischen Daten beweisen unübersehbar, dass sich die Männerwelt in einer Phase des Umbruchs und des Überganges befindet – und dass sich hier für die Männerarbeit einige neue Herausforderungen stellen. Deren genauen Zielvorstellungen sind allerdings heute noch eher unklar als klar. Es lassen sich deshalb nur anthropologisch begründete Optionen formulieren: Wünschenswert wäre auf keinen Fall ein narzisstischer Mann. Jede männliche Selbstfindung müsste polar – auf die Frau hin – und sozial – auf die Gesellschaft hin – aufgeboren sein. Damit werden unübersehbar Spannungen und Konflikte sichtbar. Die Bereitschaft, auch diese anzunehmen, könnte gerade die kirchliche Männerarbeit zu einem Einübungsfeld von zukunftsträchtigen Lösungen in einer Umbruchgesellschaft machen. Kirche könnte hier in der Auseinandersetzung mit dem Zeitgeist zum Kundschafter des Neuen und Lebenserfüllenden werden.

Die nötigen Schritte in die Zukunft kann man nur mit jener Zuversicht tun, die man aus der bewegten Geschichte der katholischen Männerseelsorge und Männerarbeit gewonnen hat. Der Blick in die Vergangenheit ist also nicht eine müßige und ineffektive Beschäftigung mit Historie, sondern er weckt die Hoffnung, aus den Erfahrungen der Vergangenheit auch die Zukunft bestehen zu können. Die Lehren aus der Geschichte können in Zusagen für die Gegenwart umgemünzt werden. Ich hoffe, das gelingt Ihnen und uns allen. □

Das Alte Testament vermittelt ganz konkrete Vorstellungen von „Männer-Gestalten“. Ihre Beschreibung lässt vor dem inneren Auge der Zuhörer Bilder entstehen, welche Aspekte der männlichen Existenz, der männlichen Sozialisation und der männlichen Spiritualität beleuchten. Diese Begegnung mit männlichen Vor-Bildern des Alten Testaments (die Visualisierung von Männer-Gestalten bzw. von Aspekten des Mann-Seins) bietet die Möglichkeit der Bearbeitung des eigenen Männer-Bildes. Möge der Leser dieser Beschreibungen die Begegnung mit Jakob, Abraham (Heft 234), Josef (Heft 236), Moses (Heft 237), Salomon (Heft 238), Elija (Heft 239) und Jeremia (Heft 240) konstruktiv nutzen und aus dieser Begegnung Konsequenzen für sein Mann-Sein ziehen. Die Männerbilder sind mit freundlicher Genehmigung des Verlags dem Buch entnommen: „Müssen Männer Helden sein? Neue Wege der Selbstentwicklung“ / Paul M. Zulehner (Hrsg) mit Beiträgen von Walter Hollstein, Johannes Kaup, Michael Overmann und Christian Reichart. Tyrolia-Verlag Innsbruck 1998; ISBN 3-7022-2097-6.

JAKOB

Michael Overmann SDS

Von den Schwierigkeiten,
ein Mann zu werden.

Die Urformen der Männlichkeit müssen immer als Voraussetzung und als Ziel betrachtet werden. Einerseits sind sie die Voraussetzung für die gesunde Entwicklung der männlichen Nachkommen, andererseits sind sie das Ziel derselben. Die so genannten „Patriarchen-Geschichten“ im ersten Buch des Alten Testaments heben mit der Vorstellung des Patriarchen Abraham die Erfahrung von Väterlichkeit als Grundlage zur Entfaltung einer gesunden Männlichkeit hervor und gehen dann auf Aspekte des männlichen Individuations- und Sozialisationsprozesses ein. Bevor wir uns also mit weiteren Formen des Mann-Seins beschäftigen, setzen wir uns, der biblischen Vorgabe folgend, mit den Erfahrungen und Konflikten der Mann-Werdung auseinander. Im Mittelpunkt unserer Gedanken steht zunächst Jakob, auch Israel genannt. Wer war Jakob? Welches Bild vom Mann Jakob, dem Sohn und Ehemann, tritt hinter den biblischen Erzählungen hervor? Wie wurde Jakob zu dem, was er war? Was können wir für unsere Männlichkeit möglicherweise aus der Lebensgeschichte Jakobs lernen?¹

Die Familie des Jakob

- *Isaak - der Vater*

Isaak war der Sohn betagter Eltern. Lange erwartet, wuchs er als einziger Sohn seiner Mutter auf, wurde von ihr verhätschelt und verwöhnt und konnte sich nie ganz von ihr lösen. Die Bindung an sie scheint sehr stark gewesen zu sein, erst nach seiner Heirat mit Rebekka überwand er den Tod seiner Mutter: „*Isaak führte Rebekka in das Zelt seiner Mutter Sara. Er nahm sie zu sich, und sie wurde seine Frau. Isaak gewann sie lieb und tröstete sich so über den Verlust seiner Mutter.*“ (Gen 24,67)²

Die Beziehung Abrahams zu Isaak spiegelt sich in der Bezeichnung „einziger Sohn“ wider, wie wir sie in der Geschichte vom geforderten Opfer Abrahams (Gen 22,2) lesen können; eine Formulierung, die so nicht stimmt, weil sie den ersten Sohn Abrahams, Ismael, den Sohn seiner Dienerin Hagar, unterschlägt. Das Erlebnis auf einem Berg im Lande Morija ändert jedoch diese Beziehung von Vater und Sohn nachhaltig. Nie kann Isaak vergessen, dass sein Vater bereit war, ihn zu töten; nie ist die Angst des jungen Isaak vor dem Vater von ihm gewichen. Das wird u.a. in dem Gottesnamen deutlich, der in der Familie Isaaks gebräuchlich ist: „*Da leistete Ja-*

kob einen Eid beim Schrecken seines Vaters Isaak.“ (Gen 31,53); dieser, im Altertum gebräuchliche Gottesname, „Schrecken Isaaks“, spielt auf dessen Erfahrung mit seinem Vater Abraham an.

Isaak ist kein Mann, der Großes vollbringt. Er wandelt in den Spuren seines Vaters. Er gräbt keine neuen Brunnen; er geht lediglich den Brunnen nach, die sein Vater Abraham einst entdeckt hat (Gen 26,18). Man gewinnt den Eindruck, dass Isaak sein Schicksal mehr erleidet als gestaltet. In der bereits angesprochenen Erzählung vom geforderten Opfer Abrahams wird Isaak erstmals als Opfer in einer passiven Rolle beschrieben und auch bei der Wahl seiner Frau Rebekka ist er nicht sonderlich aktiv. Die Initiative geht letztlich von seinem Vater aus, der seinen ältesten Knecht auf Brautsuche schickt (Gen 24,2). Isaak hat zu nehmen, was für ihn ausgesucht wird. Und schließlich weicht Isaak auch Konflikten aus: als ihm die Hirten von Gerar einen Brunnen streitig machen, zieht er an einen anderen Ort (Gen 26,20). Kann dieser passive und schwache Mann ein Vorbild für seinen Sohn sein?

Jungen möchten stolz auf ihren Vater sein. Wenn Männer wie Isaak in der Familie eine Randerscheinung sind, ist das für die Söhne hinderlich, denn sie brauchen das Vorbild des Vaters, um eine gesunde männliche Identität zu entwickeln. Die Identifikation des Jungen mit dem Vater ist darüberhinaus notwendig für die Lösung der Mutter-Sohn-Bindung. Schwache oder nicht vorhandene Väter können diese Lösung von der Mutter nicht bewirken und ihren Kindern kein positives Bild von Männlichkeit vermitteln. Richard Rohr formuliert: „*Fehlt die Energie des Vaters, entsteht ein Loch, eine Leere in der Seele, die ausschließlich durch diese Art von Energie gefüllt werden kann ... (Ansonsten bleibt) ein schwarzes Loch, das Belohnung um Belohnung aufsaugt und doch nie heller wird. Es wird zu einer Brutstätte für die Dämonen des Selbstzweifels, der Angst, des Misstrauens, des Zynismus und der Wut.*“³

- *Rebekka – die Mutter*

Rebekka dagegen, eine kluge und gebildete Frau aus dem Kulturland Mesopotamiens, weiß genau, was sie will und handelt entschlossen. Sehr selbstbewusst, findet sie sich nur schwer mit der Rolle der Frau in der patriarchalisch bestimmten Nomadenkultur ab. Ihr Mann Isaak ist und bleibt – auch als schwache Persönlichkeit – das bestimmende Familienoberhaupt. Er allein kann den Segen weitergeben und über die Zukunft der Söhne entscheiden. Wenn Rebekka mitreden und mitbestimmen will, muss sie sich schon etwas einfallen lassen. Mit weiblicher List beeinflusst sie die Stimmung ihres Mannes und setzt ihre Anliegen durch. So lesen wir: „*Sie (Jakobs Mutter) bereitete ein leckeres Mahl, wie es sein Vater gern mochte.*“ (Gen 27,14) An Isaak wird deutlich: Wenn Männern die Lösung von der klammernden Mutter nicht gelingt, bleiben sie in ihrem weiteren Leben auf die Verwöhnung durch die Frau (als Mutterersatz) angewiesen.

Rebekka sichert sich ihren Einfluss, in dem sie die Rolle ihres Mannes, des Vaters ihrer Söhne, mit weiblicher List untergräbt. Sie erzieht den Zweitgeborenen als ihren Sohn, als Gestalt, in der ihr eigenes Leben eine Fortsetzung findet, verbündet sich mit ihm und instrumentalisiert ihn für ihre Interessen. Der Angst, dem Misstrauen und dem Widerstand Jakobs bei der Erschleichung des väterlichen Segens begegnet sie mit der alleinigen Übernahme der Verantwortung: „*Der Fluch sei auf mir, mein Sohn!*“ (Gen 27,13) und behindert damit wiederum die Entwicklung eines gesunden männlichen Selbstbewusstseins.

- *Esau – der ältere Bruder*

Das Bild, das die Bibel von Esau zeichnet, hat etwas Chaotisches, Rohes, Ungeschliffenes. Er wirkt dümmlich, scheint nicht zu durchschauen, was sein jüngerer Bruder vorhat und wird so als Gegotyp seines Bruders gezeichnet. Am Körper stark behaart, verkörpert er das Primitive. Vom Trieb bestimmt, verkauft er für die Stillung des Hungers das Vorrecht der Erstgeburt, zieht später als Jäger durch das Land und lässt sich mit den Töchtern Kanaans ein.

Esau war der Liebling Isaaks, vielleicht, weil diesen seine Kraft, sein Mut und seine Wildheit faszinierte. Esau war das Gegenbild seines Vaters, repräsentierte dessen nichtgelebtes Leben und verwirklichte eine Männlichkeit, die für seinen Vater lebenslänglich unerreichbare Idealvorstellung blieb. Zu seiner Mutter Rebekka hat Esau ein gestörtes Verhältnis. Sie stieß ihn ab und stand dem sensibleren Jakob wesentlich näher.

Esau und Jakob sind noch nicht geboren, da beginnt bereits der Kampf zwischen ihnen. Es geht dabei um Erbe und Segen. Das Verhältnis der ungleichen Brüder ist zerrüttet: „*Esau war dem Jakob feind wegen des Segens, mit dem ihn sein Vater gesegnet hatte, und Esau sagte: Es nähern sich die Tage der Trauer um meinen Vater; dann werde ich meinen Bruder Jakob umbringen.*“ (Gen 27,41) Rivalität und Konkurrenz sind Männerthemen. Von Beginn, vom ersten Händedruck an ist die Begegnung von Männern eine Konfrontation, ein Kräfteressen. Gerade in der männlichen Entwicklung und Sozialisation hat das Kräfteressen einen hohen Stellenwert. Nach wie vor wird die Behauptung und Durchsetzung von Jungen erwartet. In diesem Sinn entspricht Esau eher als Jakob dem immer noch vorherrschenden Männerbild.

- *Jakob – Muttersohn und Schlitzohr*

Der Schriftsteller Elie Wiesel beschreibt Jakob als einen Schwächling, den jeder für sich arbeiten lässt, und der gehorcht, wenn man ihm etwas sagt: „Das liegt in seiner Natur, er hat keine eigene Initiative, kann keinen Entschluss allein fassen ... Er folgt lieber, als dass er Gefolgschaft hat ... Er hat, wie man sagt, dicht am Wasser gebaut. Er weint, wenn er zu Hause ist, und weint, wenn er fern der Heimat ist. Er umarmt Laban und weint, er umarmt Esau und weint ... Man könnte von einem liebes- und schutzbedürftigen großen Kind sprechen. Das ist nicht erstaunlich, seine besitzergreifende und herrschsüchtige Mutter hat ihn verwöhnt. Rebekka ist ständig hinter ihm her: Tu dies, tu das nicht, komm hierher, geh

dort hin! Sicher will sie, wie alle Mütter, sein Bestes, denn er ist schwächer als sein Bruder, zarter und wehrloser. Man muss ihn vor den anderen beschützen. Rebekka ist wie eine Glücke, deren Liebe erstickt.“⁴

Jakob hätte den väterlichen Segen ohne seine Mutter nicht erhalten. Sie hat die Idee zu dem Betrug, zerstreut seine Zweifel, nimmt ihm die Ängste, schützt ihn vor dem Zorn Isaaks und versöhnt den alten Isaak dadurch, dass sie für Jakob eine standesgemäße Heirat einfädelt, eine Heirat mit einer Frau aus dem Land der Väter (Gen 27,46 ff). Auch als Esau Rachepläne schmiedet, ist es wiederum Rebekka, der eine Lösung einfällt. Die als Brautsuche kaschierte Flucht dient dazu, Jakob in Sicherheit zu bringen. Interessant ist, dass die Mutter nur dem Vater gegenüber von einer Brautsuche spricht; Jakob gegenüber erwähnt sie dieses Anliegen nicht. Ist eine Schwiegertochter nicht eine Konkurrentin, an die sie ihren Sohn verlieren könnte? Wie auch immer, Jakob flieht mit dem Segen des Vaters in das Land seiner Vorfahren. Rebekkas Aktivitäten führen schließlich doch zur Trennung von Mutter und Sohn, wenn auch nicht aktiv herbeigeführt, sondern passiv erlitten. Die Heimat- und Orientierungslosigkeit Jakobs werden als Folge mütterlicher Überbehütung hergeleitet.

Alles hat aber nun seine zwei Seiten: die Orientierungslosigkeit birgt die Chance einer Neuorientierung. Durch die Trennung vom Elternhaus kann er sich von der Umklammerung der Mutter lösen, eine Aufgabe, die jeder Mann bewältigen muss. Zur Entdeckung seiner Männlichkeit muss jeder Mann ein zweites Mal geboren werden. Diese uralte Einsicht der Kulturen findet ihren Ausdruck in den Initiationsriten der Naturvölker, die die Trennung von der Mutter, die Trennung von Sippe und Stamm und dem bisherigen Leben aktiv herbeiführen. Mit dem Übergang zum neuen Lebensabschnitt sind die Erfahrung von Angst, Einsamkeit und Schmerz verbunden; die Härte der Initiationsriten soll den Initianden davor bewahren, rückfällig, wieder Kind zu werden. Wer die Tren-

nung von der Mutter nicht durchmacht und durchsteht, bleibt – zumindest innerlich – ein abhängiges Kind. Auf dem Weg zur reifen Männlichkeit, muss der Sohn sich also verlieren, sein Zuhause verlassen und sich allein in ein fernes Land aufmachen; nur die Fremde ermöglicht die Erfahrung der eigenen Nichtigkeit. Die Entsöhnung ist demnach die Voraussetzung einer zukünftigen Versöhnung; es kann keine Heimkehr ohne vorhergehenden Abschied geben. Ein muttergebundener Sohn dagegen sucht in der Ehefrau weiterhin die eigene Mutter; ohne sie fühlt er sich einsam und leer. Dass die Trennung von der Mutter allein aber noch nicht genügt, werden wir später sehen.⁵

Am Ziel seiner Flucht angekommen, nimmt Jakob sich eine Frau. Kaum, dass er Rahel sieht, küsst er sie und weint. Seine Verhältnis zu Frauen scheint von einem Wiederholungszwang bestimmt zu sein, auch er sucht in der Ehe eigentlich nur wieder die Nähe zu seiner Mutter. Dass er sich als „Sohn der Rebekka“ (Gen 29,12) vorstellt – nicht, wie man es von einem Israeliten erwarten würde, als Sohn des Isaak –, spricht für sich. Aber bis er Rahel heiraten kann, muss er sieben Jahre lang für seinen Schwiegervater Laban Dienst tun. Dann aber in der Brautnacht, als Jakob endlich Rahel „erkennen“ will, schiebt Laban ihm die ältere Tochter Lea unter. Auf den Schwindel angesprochen sagt dieser: *„Es ist hierzulande nicht üblich, die Jüngere vor der Älteren zur Ehe zu geben. Verbring mit dieser noch die Brautwoche, dann soll dir auch die andere gehören um weitere sieben Jahre Dienst.“* (Gen 29,26f) Interessant ist nun, was die Bibel über die Beziehung Jakobs zu Lea und Rahel berichtet. Die Frauen machen unter sich aus, wer von ihnen die Nacht mit Jakob verbringen wird. So erzählt die Bibel, dass Lea für den Tausch der Liebesäpfel, die ihr Sohn Ruben ihr schenkte, eine Nacht mit Jakob erkaufte: *„Als Jakob am Abend vom Feld kam, ging ihm Lea entgegen und sagte: Zu mir musst du kommen! Ich habe dich nämlich erworben um den Preis der Alraunen meines Sohnes. So schlief er in jener Nacht bei ihr.“* (Gen 30,16) Die Bibel

schildert Jakob nicht als handelnden und selbständigen, sondern als behandelten und unselbständigen Mann.

Aufgrund seiner Arbeit und die ihm eigene Schlitzohrigkeit wird Jakob, rein äußerlich gesehen, ein erfolgreicher Mann, mit Kindern gesegnet. Doch sein Erfolg und seine Gerissenheit führen zum Zerwürfnis mit Laban und dessen Söhnen. Wieder ist Jakob auf der Flucht, wieder scheut er die Auseinandersetzung, wieder verdankt er seine Rettung der List einer Frau. Rahel hatte vor der Abreise den Hausgott ihres Vaters Laban gestohlen. Jakob weiß nichts davon. Dieser Diebstahl bringt Laban in Schwierigkeiten, „gottlos“ muss er Jakob entgegenreten. Noch hat Jakob Angst. Erst nachdem Laban Jakobs Hab und Gut vergeblich nach dem Hausgott durchsucht hat – Rahel sitzt auf dem Gottesbild und verhindert dessen Entdeckung mit dem Hinweis auf ihre Menstruation – trumps dieser auf und trotz dem, durch den Diebstahl geschwächten Schwiegervater einen Verhandlungssieg ab. Auch in dieser Situation sind es die Kraft und die List der Frau, die Jakob stark werden lässt. Ohne Rahels Hilfe hätte er es wahrscheinlich nicht geschafft. Samuel Osherson schreibt über junge Ehemänner, wie auch Jakob einer war: *„Der junge Ehemann ... wird zu Hause wie ein Kind behandelt, während er gleichzeitig seiner Familie gegenüber den Mythos schafft und verbreitet, dass er unabhängig und die treibende Kraft sei. Die Familie, in die er sich zurückziehen und versorgt werden kann, wird zur wohl wollenden Mutter, die ihm immer wieder bestätigt, dass er der hart arbeitende, erfolgreiche Mann sei.“*⁶ Viele Männer hängen in diesem fragwürdigen Mythos ihrer eigenen Macht und entfremden sich zunehmend von den übrigen Anteilen ihres Selbst. Solange Männer ihre Ängste und Schwächen, Schmerzen und Verwundungen aber nicht erkennen, sich selbst etwas vormachen bzw. vormachen lassen, werden sie wie Jakob auf der Flucht vor sich selbst sein.

Jakob ist ein Mann, der sich mit List und Tücke durch das Leben schlägt. Ein Beispiel dafür ist die Gottesbegegnung in Bet-El auf

dem Weg zu seinem Schwiegervater. Der Gott Abrahams und Isaaks segnet Jakob, verheißt ihm Land und Nachkommen und sagt ihm Schutz zu auf seinen Wegen, bis er zurückkehren werde in das Land seiner Väter. Das Gelübde, das Jakob daraufhin ablegt, wirft ein bezeichnendes Licht auf ihn. Er verspricht: *„Wenn Gott mit mir ist und mich auf diesem Weg, den ich eingeschlagen habe, behütet, wenn er mir Brot zum Essen und Kleider zum Anziehen gibt, wenn ich wohlbehalten heimkehre in das Haus meines Vaters und der Herr sich mir als Gott erweist, dann soll der Stein, den ich als Steinmal aufgestellt habe, ein Gotteshaus werden ...“* (Gen 28,20ff) Materialistischer hat in der Bibel niemand seinen Glauben bekannt! Aber genau das ist Jakob – ein Geschäftemacher und kühler Rechner. Er versteht Gott als seinen persönlichen Vorteil, dem er auf die Sprünge helfen muss, wenn das Schicksal es anders vorgesehen hat.

Jakob – Krise und Kampf in der Lebensmitte

Jakob ist angesehen, erfolgreich und wohlhabend. Er ist sich seiner Leistungen bewusst (*„du weißt selbst, wie ich dir gedient habe und was aus deinem Viehbestand geworden ist. Denn nur wenig war es, was du besaßest, ehe ich zu dir kam; es nahm gewaltig zu. So hat Jahwe dich bei jedem meiner Schritte gesegnet.“* Gen 30,27) und findet die Anerkennung seines Schwiegervaters (*„Ich spüre, dass Jahwe mich gesegnet hat um deinetwillen.“* Gen 30,30). Und trotzdem ist Jakob unzufrieden; sein Leben bei Laban füllt ihn nicht mehr aus. Es kommt zur Krise, Jakob möchte sich verändern, etwas Neues, etwas Eigenes beginnen (*„Aber wann soll ich denn für mein eigenes Haus sorgen?“* Gen 30,30). Ein äußerlich erfolgreicher Mann möchte endlich zu sich kommen, möchte für sich und die Seinen leben und Verantwortung tragen. Das ist die Frage der Lebensmitte, die viele Männer an sich stellen: *Lebe ich oder werde ich gelebt? Die Verantwortung wird zur Last, man fühlt sich ausgeliefert und ohnmächtig, hat den Eindruck, das Leben verfehlt zu haben. Manchmal gibt es einen Auslöser*

für die Krise, oft aber stellt sie sich schleichend ein. Bei Jakob gab es einen Auslöser. Rahel, seine Lieblingsfrau, wird erstmalig schwanger und bekommt einen Sohn: Josef. Die Geburt seines Lieblingssohnes ruft in ihm erneut die Frage nach seiner Identität wach.

- Es kommt zur Teilung der Herde zwischen Jakob und Laban, die schwierige Aufgabe der Differenzierung steht Jakob bevor:

„Was ist mein; was ist dein? Was ist Eigen- und was ist Fremdleistung?“ (Gen 30,32 ff) Wer das nicht klärt, bleibt unfrei und unzufrieden.

- Ein Zweites ist in dieser Lebensphase des Jakob wichtig. Als Jakob sein Leben noch einmal verändern will, stellen sich seine Freunde und Verwandten gegen ihn. Er macht die Erfahrung, die jeder erlebt, der mitten im Leben das Ruder noch einmal herumreißen will: Die Gesellschaft duldet keine Aussteiger. Bisherige Freunde und Partner werden fremd und feind.

Neben dem Verhältnis zu den Menschen der näheren Umgebung kommt aber auch die Beziehung zu Gott in Bewegung. Jahwe diente Jakob bislang nur zur Bestätigung seines selbst gemachten Lebensplanes und Jakob manipulierte Gott für seine Zwecke. Sein Verhältnis zu Gott war von einem Kosten-Nutzen-Denken bestimmt, typisch männlich. Männer gehen mit sich und anderen häufig instrumental um, so, als hätten sie es mit einer Sache zu tun. Auch überrascht uns nicht, dass Jakob sich nicht mehr auf den unbekanntten Gott einlassen kann, streben Männer doch danach, ihr Leben weitgehend selber im Griff zu haben und möglichst unabhängig zu sein.

Die ständigen Auseinandersetzungen mit Laban machen deutlich: Jakob steht vor einer neuen Herausforderung. Er kommt mit

seinem Leben nicht mehr zurecht. Zunächst versucht er, mit bekannten Methoden die Probleme zu lösen, aber die alten Mittel helfen nicht mehr. Kaum ist er der Rache Labans entkommen, melden ihm Boten: „Wir kamen zu deinem Bruder Esau. Schon eilt er dir entgegen, vierhundert Mann sind bei

rück in dein Land, zu deiner Verwandtschaft! Ich will es dir wohlgergehen lassen. Ich bin nicht wert aller Gnaden und aller Treue, die du deinem Knecht erwiesen hast. Denn nur mit meinem Stab hatte ich diesen Jordan überschritten, und nun besitze ich zwei Lager. Rette mich doch aus der Hand

meines Bruders, aus der Hand Esaus. Denn ich fürchte mich vor ihm, dass er kommt und mich überwältigt ...“ (Gen 32,10 ff) Welch ein Wandel! Hier steht ein Mann ohne Maske, ohne List, ohne Ausflucht und ohne Hintertür in seiner ganzen Hilfsbedürftigkeit. Zwar versucht er es noch einmal, mit alten Methoden, nämlich seinen Bruder mit Geschenken zu besänftigen, doch schließlich hat er keine Möglichkeiten, vor sich auszuweichen. In der Einsamkeit der folgenden Nacht kommt es zur Begegnung mit dem Unbekannten, eine Begegnung mit dem Schatten der eigenen Person, die Konfrontation mit den dunklen Seiten seiner selbst. Die Beschreibung des Kampfes ist beeindruckend:

„In derselben Nacht stand er auf nahm seine beiden Frauen, seine beiden Mägde sowie seine elf Söhne und durchschritt die Furt des Jakob. Er nahm sie und ließ sie den Fluss über-

queren. Dann schaffte er alles hinüber, was ihm sonst noch gehörte. Als nur noch er allein zurückgeblieben war, rang mit ihm ein Mann, bis die Morgenröte aufstieg. Als der Mann sah, dass er ihm nicht beikommen konnte, schlug er ihn aufs Hüftgelenk. Jakobs Hüftgelenk renkte sich aus, als er mit ihm rang. Der Mann sagte. Lass mich los; denn die Morgenröte ist aufgestiegen! Jakob aber entgegnete: Ich lasse dich nicht los, wenn du mich nicht segnest. Jener fragte: Wie heißt du? Jakob, antwortete er. Da sprach der Mann: Nicht mehr Jakob wird man dich nennen, sondern Israel (Gottesstreiter); denn



Bleistiftzeichnung zu 1. Mose 32 von Rudolf Hensch

ihm.“ (Gen 32,7) Allseitig von Gegnern umgeben – hinter ihm Laban, vor ihm Esau – ist Jakob am Ende. Er bringt Frauen, Kinder, Hab und Gut ans andere Ufer des Flusses und bleibt allein zurück. Es ist die Erfahrung von Bedrängnis und Einsamkeit, in der ein Mann beginnen muss, nachzudenken über das, was er ist, in der aber auch alte Antworten und bisherige Strategien nicht mehr greifen.

Jakob erkennt seine Abhängigkeit und seine Schwächen und beginnt in seiner Not zu beten: „Gott meines Vaters Abraham und Gott meines Vaters Isaak, Jahwe, der du zu mir gesagt hast: Kehre zu-

mit Gott und Menschen hast du gestritten und hast gewonnen. Nun fragte Jakob: Nenne mir doch deinen Namen! Jener entgegnete: Was fragst du mich nach meinem Namen? Dann segnete er ihn dort.“ (Gen 32,23-30)

Die härtesten Kämpfe finden in unserer Seele statt, wenn wir unserem Selbst nicht mehr ausweichen können, sondern uns ihm stellen müssen; sie enden in der totalen Erschöpfung. Im Verlauf seines Kampfes muss Jakob seinen Namen nennen. Das heißt: Er muss sich bekennen. Der Name Jakob bedeutet Betrüger, Schlitzohr, Fallensteller und indem er seinen Namen nennt, gibt Jakob sein Wesen zu. Das Bekenntnis ist die Grundlage für Neubeginn und Segen. Er bekommt eine neue Identität: „Du sollst nicht mehr Jakob heißen, sondern Israel.“ Jakob aber bleibt ein Gezeichneter, er hinkt, und er wird die Spuren des Kampfes nicht verlieren. Der biblische Text verdeutlicht die initiatorische Erfahrung, dass die Seele nur durch Schmerzen lernt. Erst die Erfahrung der Wichtigkeit, des Schmerzes und der Verletzlichkeit macht den Neubeginn möglich, lässt Israel entstehen. Wer Kränkungen, Schmerzen und Verletzungen verdrängt, bleibt seelisch arm.

Nach dieser Nacht, nach diesem Kampf und nach der Anerkennung durch Jahwe ist Jakob verwandelt. Er tritt aus dem Schatten seiner Mutter heraus, bekennt seine Schuld und übernimmt in männlich-väterlicher Weise Verantwortung. Er geht jetzt seiner Familie voran und seinem Bruder entgegen. Noch ist er beides, noch der Alte und schon der Neue, Jakob und Israel; noch traut dem Frieden mit Esau nicht und lehnt es ab, mit ihm zu ziehen. Was Esau angeht, bleibt Jakob wohl weiterhin Jakob. Kann Israel den Jakob jemals wegwischen? Nein, er kann und darf es nicht, selbst, wenn der Himmel ihm den Befehl dazu gäbe. Jakob gehört zu Israel und Israel gehört zu Jakob. Man kann nicht von heute auf morgen ein anderer werden, Jakob nicht und wir auch nicht. Ohne Brüche und Widersprüche scheint es nicht zu gehen im Leben. Und doch, mitten in diesen Widersprüchen finden Gottesbegegnungen statt. Damit lösen

wir die Widersprüche nicht auf, aber wir kommen einer realistischeren Einschätzung unserer Selbst näher. Weiterhin machen wir die Erfahrung, dass wir mit unseren Unzulänglichkeiten und Widersprüchen am Leben teilnehmen dürfen. Das eröffnet unserem Selbst ganz neue Möglichkeiten der Verwirklichung; das schenkt unserer gefangenen Seele neuen Lebensraum.

Jakob und du

Wer sich im Bereich der Religion nur mit dem Schulwissen zufrieden gibt, hat gewöhnlich ein sehr hohes Bild von den Patriar-

chen, deren Glaubens- und Lebensgeschichte im ersten Buch des Alten Testaments überliefert ist. Im kirchlichen Leben werden sie uns ja auch immer wieder als Vorbilder nahe gebracht. Wer sich dagegen genauer mit diesen Gestalten und den Berichten über sie auseinandersetzt, spürt, wie hier mythologisches Wissen über die Entwicklung des Mannes vermittelt wird. So entdecken wir in der Vorstellung des Jakob eine Reihe problematischer Aspekte männlicher Sozialisation, die dich und mich veranlassen könnten, einmal über unser eigenes Mann-Werden und Mann-Sein nachzudenken.

Fragen zur persönlichen Reflexion

- Wie hat sich meine Beziehung zu meiner Mutter entwickelt und wie bestimmt sie möglicherweise noch heute mein Leben?
- Welche Erfahrungen und Prägungen haben die Entwicklung meines männlichen Selbstbewusstseins gefördert bzw. beeinträchtigt?
- Welche männlichen Ideale habe ich und versuche ich in meinem Leben zu verwirklichen und welchen pos./neg. Einfluss haben dabei die Erwartungen der Gesellschaft (Stichwort: Werbung)?
- Welche Ereignisse bzw. Vorgänge haben mich als Mann verunsichert und wo/bei wem habe ich in meiner Orientierungslosigkeit Halt gefunden?
- Welche Möglichkeiten hättest du, als erwachsener Mann Jungen bzw. junge Männer im Rahmen ihrer männlichen Sozialisation zu begleiten (Stichwort: Betreuung von Sportgruppen, Jugendarbeit im Vereinswesen, Begleitung von Firmgruppen in der Gemeinde)?

Betrachtungswerte Schriftstellen

Gen 25,19-28:	Geburt Esaus und Jakobs
Gen 25,29-34:	Esau verkauft sein Erstgeburtsrecht
Gen 27,1-45:	Erlistung des väterlichen Segens
Gen 27,46-28,5:	Flucht Jakobs
Gen 29,1-144:	Ankunft Jakobs bei Laban
Gen 32,23-30)	Die beiden Frauen Jakobs
Gen 31-32,3:	Die Flucht Jakobs, Auseinandersetzung mit Laban
Gen 32,4-33,17:	Jakobs Begegnung mit Esau
Gen 32,23-33:	Jakobs Kampf mit Jahwe

Anmerkungen

- 8) Vgl. Männerarbeit der Ev.-Luth. Landeskirche Hannovers (Hg.): Männer gestalten in der Bibel. ... ein Anstoß zum Weiterdenken, Hannover 1994, S. 33-48.
- 9) Soweit die Schriftstellen nicht anderen Quellen entnommen wurden, entsprechen sie der Einheitsübersetzung.
- 10) Richard Rohr: Masken des Maskulinen. Neue Reden zur Männerbefreiung, München 1993, S. 41.
- 11) Eli Wiesel: Adam oder das Geheimnis des Anfangs. Brüderliche Urgestalten, Freiburg 1980, S. 113-114.
- 12) Nach der ersten Trennung von der Mutter ist für den Sohn die zweite Trennung vom Vater notwendig. Siehe den Beitrag über „Josef“ in AUFTRAG 236.
- 13) Samuel Osherson: Männer entdecken ihre Väter. Die ersehnte Begegnung, Freiburg 1993, S. 111.

„Solidarität im gemeinsamen Glauben an Gott“

AUFTRAG: *Bischof Cabrejos, aus welchem Grund sind Sie zu einem Kurzbesuch nach Bonn gekommen und mit wem werden Sie hier Gespräche führen?*

Bischof Miguel Cabrejos:

Ich bin zu diesem Besuch nach Deutschland gekommen, um der Einladung von Militärgeneralvikar Nabbefeld zur Feier anlässlich seines 50. Geburtstages zu folgen.

Gleichzeitig verbinde ich meinen Besuch mit der Gelegenheit, Gespräche mit Angehörigen des deutschen Militärordinariats zu führen. Ich habe außerdem mit Vertretern von ADVENIAT hier in Bonn über Projekte gesprochen, die uns in Peru betreffen, und werde u.a. einer Einladung des Nuntius folgen.

Mir ist es im Rahmen meines kurzen Aufenthaltes vor allem wichtig, die verschiedenen Treffen und Gespräche dafür nutzen zu können, mich für die Hilfe und Unterstützung zu bedanken, die man uns aus Deutschland – und vor allem vom Militärgeneralvikariat aus – zukommen lässt.

AUFTRAG: *Seit wann sind Sie Militärbischof von Peru und was haben Sie vor Ihrer Beauftragung gemacht?*

Bischof Cabrejos: Ich begann mein Theologiestudium in der Hauptstadt von Peru, Lima, und setzte es dann für zwei Jahre in Jerusalem fort. Im Anschluss daran studierte ich vier Jahre an der Universität in Leuven (Belgien) und schloss das Studium dort mit meiner Promotion ab. Nach meiner Rückkehr nach Lima ging ich für sieben Jahre als Rektor an das dortige Theologische Institut, um biblische Wissenschaften (Schwerpunkt Altes Testament) zu lehren. Danach war ich siebeneinhalb Jahre als Weihbischof in Lima tätig. In dieser Zeit übernahm ich für drei Jahre das Amt des Generalsekretärs der peruanischen Bischofskonferenz. Seit Mitte 1996 bin ich nun Militärbischof und damit seelsorgerisch für die Armee und die Polizei in Peru zuständig.

AUFTRAG: *Wie lautet Ihr bischöflicher Wahlspruch?*

Bischof Cabrejos: „Jesus Christus – gestern, heute, in Ewigkeit“; entsprechend dem Wahlspruch zum Eintritt in das 3. Jahrtausend.

AUFTRAG: *Könnten Sie bitte die Situation der Kirche in Peru kurz charakterisieren?*

Bischof Cabrejos: Ungefähr 90 Prozent der peruanischen Bevölkerung sind katholisch und ein Großteil von ihnen praktizierende Christen. Der Atheismus bildet meiner Ansicht nach als überzeugte Lebensart für die Peruaner keine aktuelle Herausforderung. Vielmehr ist der aktiv miteinander gelebte Glaube für sie nach wie vor die überzeugendste Art, Christentum zu verwirklichen.

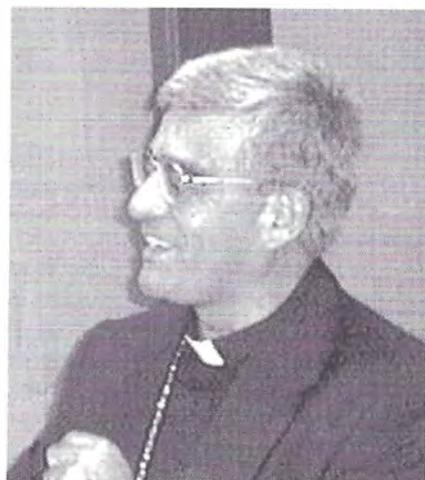
AUFTRAG: *Wie ist die Militärseelsorge in Peru – im Vergleich zur deutschen Militärseelsorge – strukturiert?*

Bischof Cabrejos: Die peruanische Militärseelsorge hat im Grunde dieselbe Organisation wie die deutsche Militärseelsorge. Die Kurie setzt sich aus dem Bischof und dem Generalvikariat mit dem ihm nachgeordneten Bereich zusammen und bildet daher wie in Deutschland eine eigene Militärdiözese. Allerdings übe ich mein Amt im Unterschied zum deutschen Militärbischof hauptamtlich aus.

Zurzeit sind in der katholischen Militärseelsorge 60 Militärfarrer tätig, die die insgesamt 500.000 Angehörigen von Armee und Polizei, sowie ihre Familien seelsorgerisch betreuen.

AUFTRAG: *Wie würden Sie die Stellung der peruanischen Militärseelsorge in Kirche und Staat beschreiben?*

Bischof Cabrejos: Die Militärseelsorge ist ein anerkannter, integrierter Bestandteil von Kirche und Staat. Seit 1980 besteht zwischen dem Vatikan und dem peruanischen Staat ein Kirchen-



vertrag, der unter anderem eine Klausel enthält, die die Existenz und Arbeit der Militärseelsorge regelt.

AUFTRAG: *Und wie stellt sich Ihrer Meinung nach die Situation des Militärs in der peruanischen Gesellschaft dar?*

Bischof Cabrejos: Das Militär nimmt eine Reihe von Aufgaben wahr, die es zu einem wichtigen Bestandteil der Gesellschaft machen. Es leistet einen großen Beitrag dadurch, dass es gut ausgebildete Männer zur Verfügung stellt, um gemeinnützige Arbeit zu verrichten. So ist das Militär z.B. beteiligt an der Wahrnehmung sozialer Aufgaben, am Bau von Straßen und Schulen. Diese Hilfe wird von der übrigen Bevölkerung anerkannt und hoch geschätzt.

AUFTRAG: *Was ist Ihrer Meinung nach die wichtigste Aufgabe der peruanischen Militärseelsorge?*

Bischof Cabrejos: Die wichtigste Aufgabe der Militärseelsorge ist zurzeit die Vorbereitung ihrer Angehörigen auf das Dritte Jahrtausend. Die Menschen müssen vorbereitet werden auf alle Entwicklungen, die das neue Jahrtausend für den Einzelnen mit sich bringen wird und auf die Erwartungen, die es an die Menschen stellt. Es gibt neue pastorale Pläne und Direktiven, die diese Vorbereitung unterstützen sollen. Außerdem befindet sich ein neuer „Katechismus des Soldaten“ in Arbeit, der wegweisend für den Eintritt in das Jahr 2000 sein soll.

AUFTRAG: *Wie stellt sich das Laienapostolat in der peruanischen Militärseelsorge dar? Gibt es eine organisierte Mitarbeit der Laien wie bei uns in Form von Pfarrgemeinderäten und Verbänden wie z.B. der GKS?*

Bischof Cabrejos: Die Arbeit der Laien stellt sich in der peruanischen Militärseelsorge anders dar als in Deutschland. Bei uns gibt es kein organisiertes Laienapostolat mit Pfarrgemeinderäten oder Verbänden. Basis der Laienarbeit ist vielmehr die Gemeinde als lokale religiöse Einheit. Die Angehörigen von Armee und Polizei leben zusammen in Kleinstädten, deren Wohn- und Lebensgemeinschaft sich nahezu ausschließlich aus ihnen und ihren Familien zusammensetzt. In diesen Gemeinden wirken sie mit ihren Familien sehr aktiv an der kirchlichen Arbeit mit.

AUFTRAG: *Wie würden Sie den Glauben der Soldaten und Polizisten beschreiben, die Sie seelsorglich betreuen?*

Bischof Cabrejos: Es besteht eine große Frömmigkeit unter ihnen. Es ist zum Beispiel sehr verbreitet, dass viele Soldaten ein Bild des barmherzigen Christus bzw. die Angehörigen der Polizei ein Bild ihrer Schutzheiligen, der Heiligen Rosa von Lima, immer bei sich tragen. Der Bezug zu ihren Gemeinden ist eng und viele gestalten die Arbeit in der Kirche ganz selbstverständlich mit.

AUFTRAG: *Was bedeutet Ihnen Ihr persönlicher Glaube?*

Bischof Cabrejos: Jesus Christus ist der Ursprung von allem Guten in dieser Welt. Er erfüllt alles mit seiner Gegenwart und diese Gegenwart bedeutet Heil für die Menschen. Er ist der Herr; das Fundament auf das sich das ganze Leben gründet.

AUFTRAG: *Möchten Sie abschließend den katholischen Soldaten der Bundeswehr eine Botschaft mit auf den Weg geben?*

Bischof Cabrejos: Ich möchte den Soldaten der Bundeswehr Fol-

gendes mit auf den Weg geben: Das wichtigste im Leben eines Menschen ist sein Glaube an Gott. Es ist so wie die Heilige Theresa einmal sagte: Alles ist vergänglich, allein Gott und der Glaube an ihn bestehen fort. Unser Leben bildet nur einen kleinen, vergänglichen Teil der Geschichte; Gott aber bedeutet die Ewigkeit. Das Festhalten an Gott führt zur Solidarität der Menschen im Glauben. Erst durch diesen gemeinsamen Glauben wird die Kirche lebendig und kann überleben trotz der Vergänglichkeit des Einzelnen. Und nur durch die gelebte Solidarität der Menschen im Glauben kann sich ein friedvolles Miteinander entwickeln, das geprägt ist von Verständnis und Toleranz gegenüber dem Anderen.

Das Interview mit Dr. Miguel Cabrejos Vidarte, O.F.M., Militärbischof von Peru, führte Carmen Klein (Mitglied im Förderkreis der GKS) in spanischer Sprache am 26.01.1999 im Gästehaus des Kath. Militärbischofs in Bonn. □

Ökumene und Militärseelsorge

In seinem Grußwort beim Gästeband der Gesamtkonferenz der evangelischen Militärseelsorge am 8. März 1999 im Ostseebad Damp äußerte sich Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld zur Ökumene in der Militärseelsorge. Diesen Teil seiner Äußerungen gibt AUFTRAG wieder:

Ein gemeinsamer Blick von Katholiken und Protestanten zurück in die Geschichte der vergangenen 2000 Jahre kann uns zuerst bewusst werden lassen, dass 500 Jahre der von Deutschland ausgegangenen Reformationsbewegung eben nur ein Teil und – so hoffe ich – nur quasi eine Unterbrechung einer viel längeren Geschichte der Gemeinschaft in Bekenntnis und Kirchenordnung der abendländischen Kirche ist, in der wir 1500 Jahre gemeinsame Geschichte gelebt, erlitten und im Glauben bestanden haben. Wenn uns Katholiken aus den Kirchen der Reformation immer lauter und nachdrücklicher der Wunsch entgegen schallt, bald Wege zur gemeinsamen Feier des Herrenmahls zu finden, so antworte ich darauf: Möge uns allen der Blick auf zwei vorangegangene und ein sich jetzt neu öffnendes Jahrtausend jene Perspektiven weiten, in denen wir uns um die Treue zum Herrn und zur Identität von Glauben und

Kirche bemühen.

Die mit der deutschen Reformation anhebende Moderne geht zu Ende, die Christen und ihre Kirchen werden zunehmend zurückgeworfen auf die Rolle sozialer und auch kognitiver Minderheiten; das Leben im Glauben fordert zunehmend auch abgrenzende Mühen zur Bewahrung von Identität. Als Frage nach den Wegen wachsender Einheit möchte ich Ihnen heute die nach der apostolischen Tradition und Sukzession, nach der umfassenden Existenz im sakramentalen Mysterium und nach jenen der Einheit dienenden Strukturen kirchlichen Amtes ans Herz legen, die seit 2000 Jahren wesentlich zur Identität des lateinischen und des morgenländischen Christentums gehören. Wahrhaftige Ökumene, die Christus vor sich sieht, nicht im kleinen Karo tagesaktueller Bedürfnisse oder auf den Spuren eines sich rasch wandelnden Zeitgeistes, sondern im langen Atem des Heiligen

Geistes, wird sich verstärkt diesen größeren Zusammenhängen widmen müssen. Katholisch, das heißt allumfassend, ist die Kirche aufgrund des ihr vom Herrn eingestifteten Wesens und ihrer endzeitlichen Bestimmung. Wir alle müssen immer wieder unter Beweis stellen, dass wir uns dieser Katholizität verpflichtet sehen, wenn wir die Wege zueinander suchen.

Prälat Nabbefeld bekräftigte vor den evangelischen Militärgenestlichen auch noch einmal den Umzug des KMBA von Bonn nach Berlin. Die rechtlichen Bestimmungen, die Kurie am Sitz der Bundesregierung zu errichten, sei eindeutig. Die öffentliche Erregung um die Verlegung des Militärbischofsamtes schein nun abzuebben. „Im säkularen Berlin werden wir neue Erfahrungen der Solidarität der Christen, aber auch des bürgerlichen Miteinanders mit Menschen anderer religiöser und weltanschaulicher Grundentscheidung machen können“, meinte Nabbefeld. Dies werde der Militärseelsorge insgesamt zugute kommen. Er hoffe, dass das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr ebenfalls in die Bundeshauptstadt umziehe. (PS)

Neues Soldatengebetbuch in Arbeit

Militärdekan Georg Kestel

Die Gebetbücher der christlichen Kirchen sind wichtige Bestandteile der Glaubenskultur und der Frömmigkeitspraxis. Sie drücken jeweils das religiöse Empfinden einer Zeitepoche aus; gleichzeitig prägen sie das kirchliche Leben der einzelnen Gläubigen wie auch ganzer Gemeinden. Die Lebensdauer mancher Gebetbuch-Konzepte beträgt mehrere Generationen – zumindest noch bis in unser Jahrhundert hinein. Unsere in vollem Sinne schnelllebige Zeit bringt auch hier Änderungen. Obwohl das deutschsprachige Einheitsgesangbuch „Gotteslob“ erst 25 Jahre alt ist – für ein Gebetbuch noch die schönste Jugendzeit –, ist in den vergangenen Jahren verstärkt der Ruf nach einer überarbeiteten Neuauflage laut geworden. Dafür gibt es aber bei den verantwortlichen Stellen bisher keinerlei erkennbare Signale.

Allerdings hat die Schweizer Bischofskonferenz im Jahr 1998 ein deutschsprachiges „Katholisches Gesangbuch“ herausgegeben. Eine genaue Durchsicht zeigt, wie theologisch fundiert und für den Benutzer nach Thematik und Sprache zeitgerecht dieses Werk aufgebaut ist.

Seit einigen Jahren wurde von verschiedensten Seiten auch eine

Überarbeitung des Soldatengesangbuchs der Katholischen Militärseelsorge ins Gespräch gebracht. Von der Sache her ist dieses Anliegen sicherlich gerechtfertigt. Denn unser Soldatengesangbuch ist ein Auszug aus dem Gotteslob nebst einem Anhang mit einigen ergänzenden Liedern. Sämtliche Gebete und Texte aber sind aus dem Gotteslob entlehnt.

Ende 1997 hat Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Militärpfarrern, Pastoralreferenten und Pfarrhelfern, einberufen, mit dem klaren Auftrag, ein neues katholisches Soldatengebet- und Gesangbuch für die Soldaten der Bundeswehr zu konzipieren.

In vier Arbeitstreffen von Januar 1998 bis Januar 1999 ist dieses Team unter Leitung von Militärdekan Georg Kestel die nicht einfache, aber sicher lohnende Aufgabe angegangen. Ein Grundgedanke des neuen Konzeptes ist, sich von der engeren Anbindung an das Gotteslob zu lösen und eine ganz neue, speziell auch für (junge) Soldaten ausgerichtete Auswahl an Gebeten zu den verschiedensten Anlässen zusammenzustellen. Auch werden zu bestimmten Kapiteln, Stichworten und liturgischen Ele-

menten entsprechend ausgerichtete Einführungs- und Erklärungstexte für das Buch neu verfasst werden.

Seit Januar 1999 existiert ein Entwurf zum thematischen Aufbau des Soldatengesangbuchs: Die Lieder werden auf drei Blöcke verteilt sein (Kirchenjahr, Messfeier, verschiedene Anlässe); dazwischen sollen die Text- und Gebetsteile platziert werden: Grundgebete und Gebete zu verschiedenen Situationen, Andachtselemente, Wortgottesdienste, Psalmen, Aufbau und Ablauf der Messfeier, Gebote und Sakramente, Kleiner Wegweiser durch die Heilige Schrift.

Eine Agentur hat inzwischen auch schon erste Vorschläge zu Layout und Graphik des Gebetbuches vorgelegt. Die Arbeitsgruppe wünschte, dass Lied- und Textteile durch dezente, aber optisch wirkungsvolle und insgesamt leserfreundliche Farbelemente gestaltet werden sollten. Die ersten Entwürfe dazu lassen hoffen, dass das neue Buch nicht nur inhaltlich fundiert sein wird, sondern auch von der äußeren Gestaltung her im Vergleich zu bisherigen eine „Kampfwertsteigerung“ erfahren darf. Dazu zählt auch die Planung einiger Farbdruckseiten mit Meditationsbildern zu biblischen Motiven.

Die Arbeitsgruppe hofft, bis Mitte dieses Jahres die Arbeiten so weit abschließen zu können, dass ein druckreifes Manuskript vorliegt. □

VORSTAND DER ZENTRALEN VERSAMMLUNG (ZV)

Neubildung der Pfarrgemeinderäte
Die Arbeitsgruppe „Neubildung der Pfarrgemeinderäte in der Kath. Militärseelsorge“ wird folgende Überlegungen auf der ZV vorstellen:

- Jeder Militärpfarrer hat in seinem Zuständigkeitsbereich ein Gremium der Laienmitwirkung zu errichten.
- Dieser Mitarbeiterkreis/Initiativkreis kann an einem oder an jedem einzelnen Standort des Seelsorgebezirks entstehen.
- Aus diesem/diesen Mitarbeiterkreis(en) wird ein Seelsorgebezirksrat auf der Seelsorgebezirksebene konstituiert.

Der Mitarbeiterkreis soll allen Soldaten/Soldatinnen eine Heimat bieten, die ihre Mitarbeit in der Kath.

Militärseelsorge einbringen wollen, unabhängig von Status, Geschlecht, Zugehörigkeit zur Jurisdiktion usw. Dagegen wird der Seelsorgebezirksrat aus Angehörigen des Militärordinariates bestehen, da dieser besondere Aufgaben wahrnehmen soll, z.B. Repräsentation der Einheit des Seelsorgebezirks, Haushaltsberatungen mit dem Militärpfarrer, Entsendung von Delegierten in weitere Gremien der Laienmitverantwortung. Auch diese Überlegungen werden den Delegierten der ZV ausführlich vorgetragen werden.

Jahresprojekte Nachbarschaftshilfe

Für das Nachbarschaftshilfe-Projekt 1998/99 „Ein Zuhause für Straßenkinder in Bulgarien“ – das von der Caritas geführte Haus

„Roncalli“ in Burgos/Bulgarien – sind insgesamt mehr als 25.000 Mark an Spenden eingegangen.

Zur Fortsetzung der Nachbarschaftshilfe im Zeitraum 1999/2000 wurden von RENOVABIS fünf förderungswürdige Projektvorschläge zur Beratung im Vorstand der ZV vorgelegt. Der Vorstand der ZV entschied sich dafür, der ZV die Förderung des Kinderferiendorfes Jablonitsa für tschernobyl-geschädigte Kinder in der Ukraine zu empfehlen.

Für diese Kinder ist ein Erholungsaufenthalt im eigenen Land kostengünstiger und aufgrund des Wegfalls der strapaziösen Reise nach Deutschland, der Sprachprobleme und des sog. „Kulturschocks“ hinsichtlich der gesundheitlichen Besserung auch wirksamer. (ZV)

Elternwerk der Katholischen Militärseelsorge sucht neuen Betriebsträger für Kindergarten in Hammelburg

Der Katholische Kindergarten St. Marien im Standort Hammelburg bleibt den Kinder erhalten, auch wenn der Betriebsträger, das Elternwerk der Katholischen Militärseelsorge e.V., seine Trägerschaft abgibt.

Nicht der Weiterbestand des Kindergartens ist zu klären, sondern nur die Form der Trägerschaft.

Das Elternwerk der Katholischen Militärseelsorge, das seit 25 Jahren die Betriebsträgerschaft ausübt und neben den 20 Prozent der Personalkosten die sonstigen laufenden Betriebskosten übernommen hatte, will sich von seinen beiden letzten Kindergärten trennen. Neben dem Kindergarten St. Marien in Hammelburg ist dies der Kindergarten in Erding.

Das Elternwerk der Katholischen Militärseelsorge wurde am 24. Juli 1971 gegründet mit dem Ziel, die Eltern im Bereich der Katholischen Militärseelsorge bei der Erziehung ihrer Kinder mit entsprechenden personellen Maßnahmen und sachlichen Einrichtungen zu unterstützen und den laufenden Betrieb dieser Einrichtungen sicherzustellen. Insbesondere die Unterhaltung von Kindergärten war eines der Ziele.

Ursprünglich unterstützte das Elternwerk insgesamt neun Kindergärten, davon zwei im Ausland. Der Kindergarten in Cagliari (Sardinien) wurde im Januar 1990 und der Kindergarten in Beja (Portugal) im Mai 1994 geschlossen. Von den sieben Kindergärten im Inland sind zurzeit nur noch Erding und Hammelburg übrig geblieben.

Der Kindergarten in Hammelburg erhielt 1997 einen Betriebskostenzuschuss von 112.000 DM. Diese Mittel des Elternwerk werden aus Kirchensteuermitteln des Katholischen Militärbischofs bezahlt.

Während im Jahr des Neubaus des Kindergarten St. Marien 1973 es in Hammelburg 1.944 katholische Soldaten gab, liegt die Zahl heute bei 772 Soldaten (1998). Dieser Rückgang macht sich auch

beim Besuch des Kindergartens bemerkbar, denn von den ursprünglich 100 Prozent katholischer Soldatenkinder sind nur noch 12 Prozent übrig geblieben. Gleichzeitig sind auch die Kirchensteuereinnahmen zurückgegangen.

Die Bauträgerschaft für den Kindergarten übt die Kirchenstiftung St. Johannis bereits seit dem Bau des Kindergartens vor 25 Jahren aus. Die Bezahlung des fachlich-pädagogischen Personal übernahm bisher mit 40 Prozent der Landkreis, mit 40 Prozent die Stadt Hammelburg und zu 20 Prozent der Betriebsträger, das Elternwerk. Zusätzlich trägt der Betriebsträger alle sonstigen laufenden Kosten, die nicht durch den Mitgliedsbeitrag gedeckt werden können (z.B. Reinigung, Hausmeister, Verwaltung, Küchenpersonal, Verbrauchsmaterial).

Die Kirchenstiftung St. Johan-

nis ist grundsätzlich bereit auch die Betriebsträgerschaft für den Kindergarten St. Marien zu übernehmen. Aber über die Trägerschaft entscheidet die Diözese Würzburg mit, da sie das jährliche Defizit ausgleichen soll.

Das Elternwerk erklärte sich für eine Übergangszeit von drei Jahren bereit, sich noch an den Betriebskosten des Kindergartens zu beteiligen.

Das Elternwerk und damit die Betriebsträgerschaft für Kindergärten ist in der neuen Pastoralstruktur der Katholischen Militärseelsorge nicht mehr vorgesehen. Schwerpunkte bei der neuen Pastoralstruktur sollen sein: Seelsorge bei Übungen und bei Auslandseinsätzen, Mitverantwortung der Laien und Laienapostolat, Familienseelsorge und Gemeindebildung, Intensivveranstaltungen und Lebenskundlicher Unterricht.

(Peter M. Pillich)

Chorgesang und Zeugen Jehovas Themen eines Familienwochenendes in Rothenburg

Nicht nur die Atemtechnik und Stimmbildung standen im Mittelpunkt des Familienwochenendes des Katholischen Standortpfarrers von Hammelburg, sondern auch die Auseinandersetzung mit dem Thema „Zeugen Jehovas“.

Begeisterte Mitsänger fand die Geldersheimer Christine Hübner-Hart in der Evangelischen Tagungsstätte Wildbad in Rothenburg vor. Die freischaffende Konzertsängerin und Dozentin für Stimmbildung und Gesang am Priesterseminar in Würzburg vermittelte unter dem Thema „Chorgesang in der Liturgie“ Anregungen für die Verbesserung der Stimmen.

„Lebendigkeit des Gesangs ist mein Ziel“, betonte sie. Dabei stehe die Arbeit mit dem ganzen Körper, also nicht nur mit dem Kehrlorgan, und die Stimmbil-

dungsarbeit im Vordergrund. Entspannungsübungen, Konsonantenarbeit und Übungen zur Ausstrahlung bildeten die Grundlage der Übungsabschnitte für die Chormitglieder vom Chor der Christkönigkirche Hammelburg.

Die „Nichtsänger“ widmeten sich derweil dem Thema „Zeugen Jehovas“. Militärpfarrer Norbert Sauer stellte die „Einheitsübersetzung“ der Bibel der „Neue-Welt-Übersetzung“ der Heiligen Schrift gegenüber und zeigte die Unterschiede auf. Besondere Bedeutung hat für die Zeugen Jehovas die Endzeitlehre und Endzeitberechnung. Die Ablehnung der Dreifaltigkeit Gottes ist ein wesentlicher Unterschied zu den christlichen Kirchen. Die Zeugen Jehovas nehmen für sich in Anspruch, die alleingültige Wahrheit zu kennen.

(Peter M. Pillich)

GKS-KREIS INGOLSTADT „MIT ANGSTEN UMGEHEN“

Zum Wesen des Menschen gehören auch Angst und Furcht. Wohl jeder kennt begründete und unbegründete Ängste. Selbst in der Bibel gibt es sowohl im Alten wie im Neuen Testament über 100 Fundstellen, die sich mit „Angst“ befassen. So wird bei Markus 14 ausgeführt, dass selbst Jesus von Furcht und Angst ergriffen wurde.

Mit dem Thema „Angst“ setzte sich der GKS-Kreis Ingolstadt bei seiner Wochenendveranstaltung vom 26. bis 28. Februar im Pater Rupert Mayer Haus in Aschau auseinander. Wie bereits beim vorangegangenen Familienwochenende

im Herbst 1998 konnte Dipl. Kfm. Johann Bauer als Referent gewonnen werden. Die Teilnehmer waren voller Erwartung, hatte sie doch J. Bauer bei seinen damaligen Ausführungen zu den Gefahren des Internets sehr beeindruckt.

Das Thema „Mit Ängsten umgehen“ wurde in mehreren Arbeitseinheiten erörtert. Ausgehend von den Funktionen unserer Gehirne wurde vom Referenten dargestellt, wie Ängste entstehen (können) sowie Wege und Methoden aufgezeigt, diese Ängste zumindest einzudämmen.

Neben den interessanten Ausführungen kam auch die Geselligkeit, Erholung und Entspannung im winterlich verschneiten Aschau nicht zu kurz.

Unsere Kinder und Jugendliche wurden durch Anna Bauer vorbildlich betreut. Das Anfertigen von Fotos mit einer Sofortbildkamera sowie das Basteln dazu passender Kupferbilderrahmen machte den Kids Riesenspaß.

Den Abschluss des Wochenendes am Sonntagvormittag bildete ein eindrucksvoller Wortgottesdienst mit Pastoralreferent Robert Zajons von der Pfarrei Berg am Laim in München (ehemals Militärseslerger München III).

(Norbert Rödl)

FÖRDERKREIS DER GKS (FGKS)

Kurzbericht von der Mitgliederversammlung
am 30. Januar 1999 in Bonn

Die erste Mitgliederversammlung des 1997 gegründeten Förderkreises der GKS fand am 30. Januar von 14 bis 15 Uhr im Haus des Katholischen Militärbischofs in Bonn statt. Anwesend waren 24 Mitglieder und vier Familienangehörige. Über die Versammlung wurde ein Protokoll erstellt, das hier gekürzt wiedergegeben wird.

1. Der Vorsitzende des FGKS, Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, eröffnet die Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS. Er weist darauf hin, dass der FGKS einen schwierigen Anfang hatte und noch nicht genügend Mitglieder, nämlich derzeit 165, hat. Von diesen nehmen 24 und 4 Familienmitglieder an der Mitgliederversammlung teil. Der FGKS ist nicht nur ein Kreis für Pensionäre und Ehemalige. Vielmehr sollte jedes Mitglied der GKS Interesse haben und es als Ehre empfinden, Mitglied im FGKS zu sein. Der stellv. Vorsitzende, Oberst a.D. Bernd Englert, befindet sich z.z. im UN-Einsatz in Georgien. Der amtierende Kassenwart, HFw Hubert Berners, befindet sich derzeit in der REHA; er hat vorzügliche

Arbeit geleistet. Der Referent BV der GKS, Oberst a.D. Jürgen Bringmann, arbeitet von der Geschäftsstelle der GKS in Bonn aus ebenfalls für den FGKS; er ist Ansprechpartner in allen laufenden Angelegenheiten.

2. Der Referent beim Bundesvorstand der GKS berichtet, dass nach der Gründung des FGKS am 2. Februar 1997 die Eintragung des Vereins beim Amtsgericht Bonn am 15. Dezember 1997 unter der Nr. VR 7340 erfolgte.

Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt Bonn konnte erst nach Änderungen der Satzung, die der Vorstand FGKS am 3. August 1998 beschloss, erneut beantragt werden. Mit der Anerkennung ist in nächster Zeit zu rechnen. Danach erst können durch den Schatzmeister die entsprechenden Spendenbescheinigungen ausgestellt werden.

3. Der Kassenprüfer, OStFw Mathias, trägt den von ihm und OTL a.D. Brandt für das Haushaltsjahr 1997 erstellten Prüfbericht vor. Es gab keine Beanstandungen. Ein Prüfbericht für das Haushaltsjahr

1998 liegt noch nicht vor; die Kassenprüfung soll umgehend erfolgen.

Der Kassenbestand am 31. Dezember 1998 betrug 22.440,62 DM. Über eine Verwendung des Geldes wird satzungsgemäß durch den Vorstand entschieden. – Die Entlastung des Vorstandes erfolgte bei zwei Enthaltungen und ohne Gegenstimmen für

- den Haushalt 1997
- die Amtsführung 1997 und 1998.

4. Wahlen

• Oberst a.D. Englert wurde bei drei Enthaltungen und ohne Gegenstimmen erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

• HFw Berners wurde einstimmig als Nachfolger von StFw a.D. Hütten, der nicht mehr kandidierte, zum Schatzmeister gewählt.

• OStFw Mathias und Hptm a.D. Heinrich Dorndorf wurden als Kassenprüfer gewählt.

5. Die aktuelle Satzung wurde vorgestellt (s. Anlage).

6. Allgemeines

– Bis zur nächsten Mitgliederversammlung wird eine Geschäftsordnung des FGKS entworfen, die auch die Wahlregelungen enthält. Familienmitgliedschaften sollten zwei Stimmen haben.

– Kurzbericht über Mitgliederversammlung und die Satzung werden im AUFTRAG veröffentlicht.

- Die Wehrbereichsvorsitzenden erhalten halbjährlich Listen der Mitglieder FGKS in ihrem Bereich. Sie sollten diese Personen in die Informationen über die GKS einbeziehen.
- Eine Gleichbehandlung von Mitgliedern GKS und FGKS durch GKS und Militärseelsorge wäre wünschenswert. Vorsitzender wird die entspre-

chenden Gremien hierüber informieren.

- Vorsitzender dankt für die Mitarbeit im FGKS und bittet um weitere Unterstützung.

Der Geistliche Beirat der GKS beschließt die Sitzung mit dem Gebet der GKS und dem Segen.

*Jürgen Bringmann
Referent Bundesvorstand GKS*

SATZUNG DES VEREINS „FÖRDERKREIS DER GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN e.V.“ (FGKS)

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V.“ (FGKS).
2. Der Verein hat seinen Sitz in Bonn. Der Verein ist in das Vereinsregister eingetragen.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck und Aufgaben, Gemeinnützigkeit

1. Zweck des Vereins ist das Beschaffen von Mitteln für die GKS und die Förderung aller Ziele und Aufgaben der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)“ gemäß deren „Ordnung“ in der jeweils gültigen Fassung (Anl. zur Satzung des FGKS). Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch Förderung der Herausgabe von Zeitschriften und Schrifttum seitens der GKS, Förderung von Veranstaltungen und Aktivitäten der GKS sowie durch ideelle und sächliche Unterstützung der GKS.
2. Der Zweck des Vereins ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Mitglieder des Vereins

1. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Der Bundesvorsitzende der GKS hat An-

spruch auf Aufnahme als Mitglied. Mitglieder des Vereins können natürliche und juristische Personen sein, die sich an die in der „Ordnung“ der GKS festgelegten Ziele und Aufgaben gebunden fühlen.

2. Die Mitgliedschaft ist schriftlich beim Vorstand zu beantragen. Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag nach freiem Ermessen. Er teilt dem Antragsteller die Aufnahme oder die Ablehnung seines Antrags schriftlich mit.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, schriftliche Austrittserklärung (zum Ende des laufenden Kalenderjahres mit einer Frist von 3 Monaten) oder durch den Ausschluss.
2. Wenn ein Mitglied schuldhaft in grober Weise die Interessen des Vereins verletzt, kann es durch Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung muss das Mitglied gehört werden. Der Beschluss des Vorstandes ist dem Mitglied schriftlich begründet mitzuteilen. Gegen den Beschluss kann das Mitglied Berufung an die Mitgliederversammlung binnen einem Monat nach Zugang des Beschlusses beim Vorstand einlegen. Der Vorstand hat binnen zwei Monaten nach fristgemäßer Einlegung der Berufung eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die abschließend über den Ausschluss entscheidet. Bis dahin ruhen sämtliche Rechte und Ehrenämter des vom Vorstand ausgeschlossenen Mitglieds.
3. Bleibt ein Mitglied mit einer Zahlungsverpflichtung länger als sechs Monate schuldhaft in Verzug, ruhen seine Rechte aus der Mitgliedschaft. Der Ausschluss nach Ziffer 2. kann eingeleitet werden.

§ 5 Mitgliedsbeitrag

Es wird ein Mitgliedsbeitrag erhoben, dessen Höhe durch den Vorstand festgelegt wird.

§ 6 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind

1. die Mitgliederversammlung,
2. der Vorstand.

§ 7 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig, die in der Tagesordnung zu berücksichtigen sind:

1. Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstandes und der Kassenprüfer
2. Entlastung des Vorstandes
3. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden und des Schatzmeisters
4. Abwahl des Vorstandes (nur bei grober Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung)
5. Wahl der Kassenprüfer
6. Beschlussfassung über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins. Über Satzungsänderungen, die vom Registergericht oder vom Finanzamt aus Gründen des Vereinsrechts oder der Gemeinnützigkeit verlangt werden, entscheidet der Vorstand.
7. Beschlussfassung über die Berufung gegen einen Ausschlussbeschluss des Vorstandes.

§ 8 Einberufung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung findet in der Regel einmal im Jahr statt. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse gerichtet ist. Die Tagesordnung setzt der Vorstand unter Beachtung von § 7 fest.
2. Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor einer Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Der Versammlungsleiter lässt zu Beginn der Mitgliederversammlung über die beantragte Ergänzung abstimmen; sie ist mit einfacher Mehrheit der Stimmen angenommen.
3. Anträge zu Satzungsänderungen sowie zur Abwahl des Vorstandes müssen den Mitgliedern mit dem Einla-

derungsschreiben schriftlich bekannt gegeben werden; ansonsten sind sie unzulässig.

4. Die Kosten der Teilnahme an der Mitgliederversammlung sind durch die Mitglieder persönlich zu tragen.

§ 9 Außerordentliche Mitgliederversammlung

1. Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen.
2. Sie muss einberufen werden, wenn es das Interesse des Vereins verlangt oder wenn die Einberufung von $\frac{1}{4}$ der Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die Vorschriften wie für die ordentliche Mitgliederversammlung.

§ 10 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden oder dem Schatzmeister geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, so bestimmt die Versammlung den Versammlungsleiter. Steht der Versammlungsleiter zur Wahl eines Amtes an, so ist für die Dauer des Wahlgangs und der vorhergehenden Diskussion die Versammlungsleitung an einen Wahlleiter zu übertragen, der von der Versammlung zu wählen ist.
2. Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss geheim durchgeführt werden, wenn ein erschienenes stimmberechtigtes Mitglied dies beantragt.
3. Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen.
4. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Teilnehmer beschlussfähig.
5. Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, sofern nicht Gesetz oder diese Satzung etwas anderes vorschreiben. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
6. Zur Änderung der Satzung ist eine Mehrheit von $\frac{2}{3}$ der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
7. Für eine Ergänzung des Vereinszwecks ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich. Die schriftliche Zustimmung der an der Mitglieder-

versammlung nicht teilnehmenden Mitglieder ist bis Sitzungsbeginn gegenüber dem Vorstand schriftlich zu erklären.

8. Bei Wahlen ist derjenige gewählt, der mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Wenn von mehreren Kandidaten niemand mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält, so findet zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Dann ist derjenige gewählt, der mehr Stimmen als der Gegenkandidat erhalten hat. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das vom Versammlungsleiter zu ziehende Los.
9. Über Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom jeweiligen Schriftführer und vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist. Bei Satzungsänderungen ist der genaue Wortlaut zu protokollieren.

§ 11 Der Vorstand

1. Der Vorstand des Vereins besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Schatzmeister.
2. Zur Vertretung des Vereins sind jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes gemeinsam berechtigt.

§ 12 Zuständigkeit des Vorstandes

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, sofern sie nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Führung der laufenden Geschäfte des Vereins; Verwaltung und Einsatz der Haushaltsmittel
2. Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Tagesordnung
3. Ausführen von Beschlüssen der Mitgliederversammlung
4. Ordnungsgemäße Buchführung, Erstellen der Jahresberichte, Aufstellen eines Haushaltsplans
5. Beschlussfassung über die Aufnahme oder den Ausschluss von Mitgliedern.

§ 13 Wahl und Amtsdauer des Vorstandes

1. Vorsitzender des Vereins ist der jeweilige Bundesvorsitzende der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten.“
2. Der stellvertretende Vorsitzende und der Schatzmeister werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren, gerechnet von der Wahl an, gewählt.

Der Vorstand bleibt jedoch bis zur Neuwahl der Vorstandsmitglieder im Amt.

3. Scheidet ein Mitglied während seiner Amtsdauer vorzeitig aus dem Vorstand aus, so wählt der verbliebene Vorstand für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen den sogleich beim Amts-(Register-)gericht anzumeldenden kommissarischen Nachfolger.
4. Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist unzulässig.

§ 14 Geschäftsführung des Vorstandes

Der Vorstand erstellt eine Geschäftsordnung für seine laufende Geschäftsführung, die durch die Mitgliederversammlung beschlossen wird.

§ 15 Kassenprüfer

1. Zwei Kassenprüfer sind von der Mitgliederversammlung für jeweils zwei Jahre zu wählen. Diese haben die Aufgabe, das jeweils zurückliegende Geschäftsjahr des Vereins buchhalterisch zu prüfen.
2. Den Kassenprüfern sind zur Prüfung sämtliche Unterlagen des Vereins, Rechnungen, Bankauszüge und einschlägige Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Die Kassenprüfung soll spätestens einen Monat vor der Mitgliederversammlung abgeschlossen sein.

§ 16 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur auf einer zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Auf der Tagesordnung dieser Versammlung darf nur der Tagesordnungspunkt „Auflösung des Vereins“ stehen.
2. Die Auflösung kann nur mit einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
3. Falls die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der Vorsitzende und der Schatzmeister gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.
4. Bei Auflösung des Vereins fällt das nach Beendigung der Liquidation vorhandene Vermögen des Vereins an die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), die es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§ 17 Gerichtsstand

Gerichtsstand ist der Sitz des Vereins.

Bonn, 1. Februar 1997 -
3. August 1998 (Ergänzung)

Rechte und Pflichten des christlichen Soldaten

Die AMI-Generalversammlung und -Konferenz 1998 fand vom 14. bis 20. September 1998 in Blankenberge/Belgien zum Thema „Frieden und Versöhnung – Charta der Rechte und Pflichten des christlichen Soldaten“ statt.

Über die wichtigsten Ereignisse des vergangenen Jahres und über die Planungen für die Zukunft informierte der Bericht des Generalsekretärs, der nachstehend gekürzt wiedergegeben wird.

Zum Entwurf einer Charta der Rechte und Pflichten des christlichen Soldaten wurde beschlossen, das Thema umzuformulieren in: „Das Selbstverständnis des christlichen Soldaten am Beginn des neuen Jahrtausends – Seine Darstellung und Akzeptanz in der Öffentlichkeit“. Auf der Basis des deutschen Beitrags, der hier im Anschluss an den Bericht des Generalsekretärs abgedruckt ist, soll bis zum Jahr 2000 ein entsprechendes Thesepapier erarbeitet und in Rom im Heiligen Jahr 2000 beschlossen und der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Bericht des Generalsekretärs des AMI zur Generalversammlung in Blankenberge/Belgien

1. Zu den AMI-Konferenzen 1997 und 1998

Im Jahr 1997 fand die Generalversammlung des Apostolat Militaire International (AMI) erstmals in Asien, in Quezon City, Metro Manila, auf den Philippinen statt. Das Thema lautete: „Militärische Führung 2000 – Die christliche Sicht“.

Es nahmen Vertretungen aus elf Ländern teil: Außer den Philippinen als Gastgeber Delegierte aus Belgien, Deutschland, Italien, Kolumbien, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien sowie erstmals Vertreter aus Indonesien und aus Kenia.

Mit Bedauern wurde festgestellt, dass 1998 Kolumbien, Südafrika, Nigeria, Ghana, Indonesien und Peru nicht teilnehmen konnten. Vertreter hatten entsandt: Belgien, Deutschland, Frankreich (erstmals wieder seit 1995), Großbritannien (erstmals wieder seit 1984), Italien, Kenia, Niederlande, Österreich, Philippinen, Portugal, Rumänien, Schweiz, Spanien, Ungarn.

2. Kontaktpflege im AMI

Das AMI fördert durch seine Arbeit weltweit gegenseitige Kenntnis und Information und damit Integration und Solidarität. Es trägt

durch die regelmäßigen Treffen zur Vertrauensbildung und zur Schaffung eines Netzes persönlicher Beziehungen bei, welches die Arbeit katholischer Soldaten in den Streitkräften ihrer Länder und international erleichtert und fördert.

In allen diesen Bereichen haben Erfahrungen und Einfluss in den vergangenen 33 Jahren zugenommen. Zunehmend treten mehr Länder dem AMI bei.

Die Kraft des AMI liegt in dem, was es vertritt, und in denen, die es vertreten. Erstes Ziel des AMI muss es daher sein, weitere Länder aufzunehmen und mit den Beobachtern und gelegentlichen Teilnehmern den Kontakt derart zu vertiefen, dass sie Vollmitglieder werden. Im Prinzip sollten alle Länder mit organisierter katholischer Militärseelsorge Mitglied des AMI sein. Und jedes Mitgliedsland sollte das Laienapostolat in den Streitkräften organisieren (wie z.B. „Apostolat Militaire Philippines“), immer natürlich in enger Zusammenarbeit mit der Militärseelsorge. Dabei sollte das Apostolat Militaire einen Querschnitt aus allen Dienstgrad- und Altersgruppen von Soldaten darstellen.

Kenia hat am 31. Juli 1998 beim Generalsekretariat beantragt, Vollmitglied des AMI zu werden. (Anm. der Redaktion: Kenia wurde von der Generalversammlung 1998

einstimmig in das AMI aufgenommen).

Ebenso würde ich es begrüßen, wenn Großbritannien nach langen Jahren der Enthaltensamkeit – immerhin war Großbritannien im Jahre 1965 ja Gründungsmitglied des AMI – sich entschließen könnte, wieder die volle Mitgliedschaft im AMI zu beantragen. Ich hoffe auch, dass Frankreich wieder eine tragende Säule des AMI wird.

Eines der Ziele des AMI wollen wir auch mit dieser Konferenz weiter anstreben: die Verankerung der Laienarbeit in den Streitkräften aller Mitgliedsländer. Hierzu sollen die Berichte über die Aktivitäten der einzelnen Länder Hilfen und Anregungen geben.

3. Zur Arbeit des AMI bis heute und in der Zukunft

Mit den Aufgaben und Problemen hat sich das Exekutivkomitee des AMI im vergangenen Jahr bei zwei Konferenzen des Exekutivkomitees im Februar 1998 in Brüssel und Blankenberge/Belgien und im Mai 1998 in Rom befasst. Hierbei ging es vor allem um die Verbesserung der Kommunikation im AMI, um das Gewinnen neuer Mitglieder, um die Vertiefung der Verbindung zu unseren Militärbischöfen und um die Vorbereitung der Generalversammlung.

Das Informationsblatt „AMI TO ...“ wurde geschaffen, um auch zwischen den Konferenzen die Verbindung der Mitgliedsländer untereinander und zum Exekutivkomitee zu halten und zu intensivieren. Das erste Heft ist in diesem Jahr mit Informationen über unsere Generalversammlung erschienen.

4. Konferenz der OIC

Nach wie vor arbeitet das AMI intensiv in der Konferenz der OIC mit. Wichtig ist es, dass es dort seine Auffassung vom soldatischen Dienst als einem Dienst für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Erhaltung der Menschenrechte deutlich macht. Wir werden deshalb

uns im nächsten Jahr bei der Generalversammlung erneut für das Ständige Komitee des OIC bewerben. Unser Geistlicher Beirat, Don Luis Martínez Fernandez, arbeitet in der Arbeitsgruppe für die Geistlichen Beiräte mit.

Die OIC haben eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung auf das Heilige Jahr 2000 eingerichtet, in der wir mitarbeiten. Ständiger Vertreter dort ist Oberst Franz Thiele vom Generalsekretariat des AMI, in seiner Vertretung Oberstleutnant i.G. Ralf Wittkamp.

Die OIC-Arbeitsgruppe hat sich das Hauptthema „Ausrottung der Armut“ gestellt. Um unseren Beitrag dafür zu erarbeiten, haben wir für die Generalversammlung des AMI hier in Blankenberge eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema vorgesehen.

Das AMI wird im Jahr 2000 erneut nach Rom gehen und ein Zeichen für den Frieden setzen. Eine internationale Soldatenwallfahrt zum Heiligen Jahr 2000 findet vom 15. bis 20./21. November 2000 statt; Höhepunkt ist ein Gottesdienst mit dem Heiligen Vater am Sonntag, 19. November. Wir bitten alle AMI-Länder, sich hieran zu beteiligen. Aus Deutschland werden nach heutigem Stand 400 Soldaten teilnehmen, aus Österreich 200. Vorher soll in Rom vom 12. bis 15. November die AMI-Konferenz stattfinden. Die Konferenzteilnehmer an der AMI-Konferenz können anschließend an den Wallfahrten ihrer Länder teilnehmen.

5. Information über die finanzielle Situation des AMI

Der Haushalt des AMI im Jahr 1997 betrug 44.921,61 DM. Das letzte Haushaltsjahr schloss mit einem Guthaben von 3.495,94 DM ab. Neben den Kosten für die Arbeit des Exekutivkomitees – also des Präsidiums, des Generalsekretariats und des Geistlichen Beirats – sind im Jahr 1997 hauptsächlich Kosten für die Generalversammlung, für unsere Vertretung bei der OIC, für die Unterstützung finanziell schwacher AMI-Delegationen zu Beginn ihrer Mitarbeit und für die Erarbeitung, den Druck und die Versendung unserer Protokolle, der Exemplare AMI TO und der allgemeinen Informationen entstanden.

6. Generalversammlung 1999

Österreich hat das Generalsekretariat informiert, dass es die Generalversammlung vom 18. September bis 24. September 1999 im Ausbildungs- und Erholungsheim Reichenau, etwa eineinhalb Autostunden südlich von Wien, durchführen kann. Bei dieser Generalversammlung steht die Neuwahl des Präsidiums und des Generalsekretariats des AMI an. Thema der Konferenz wird sein: „Die Verwirklichung des Laiendekrets des 2. Vatikanischen Konzils in den Streitkräften der AMI-Mitgliedsländer – Aufgaben des AMI“.

Die AMI-Konferenzen 2001 und 2002 sind geplant in Berlin/Deutschland und Nairobi/Kenia.

7. Schlussbemerkungen

Internationale Zusammenarbeit im Apostolat Militaire International (AMI), dem Zusammenschluss katholischer Soldaten aus vielen Ländern und vier Kontinenten, ist eine wichtige Arbeit im

Dienste unserer Streitkräfte und unserer Kirche. Die Kirche, auch die Militärseelsorge, ebenso wie der soldatische Dienst, sind keine nationalen Besitztümer und Eigentümlichkeiten. Unsere Kirche ist eine weltweite Kirche. Katholische Militärseelsorge gibt es inzwischen in mehr als vierzig Staaten der Welt, soldatischer Dienst ist – wir wiederholen es immer wieder – Dienst für die Sicherheit und Freiheit der Völker. Internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ist deshalb unerlässlich, ja lebensnotwendig für katholische Soldaten. Ich meine, wir müssen uns dieser Verantwortung auch weiterhin stellen. Wir müssen für unsere Auffassungen vom soldatischen Dienst aus christlicher Sicht eintreten und sie verbreiten.

Ich bin sicher, dass das AMI mit so vielen Mitgliedern, Mitarbeitern, Freunden und Helfern seine wichtige Aufgabe in den Streitkräften der verschiedenen Länder, in unserer Kirche und in unserer Gesellschaft auch weiterhin mit Erfolg erfüllen kann.

*Jürgen Bringmann,
Oberst a.D., Generalsekretär AMI*

DEUTSCHER BEITRAG ZUM THEMA FÜR DIE AMI-GENERALVERSAMMLUNG 1998

Rechte und Pflichten des christlichen Soldaten

I – Einführung

1. Basis von Überlegungen zu o.a. Thema müssen für Christen die Bibel und die kirchliche Friedenslehre sein, da sich daraus die Besonderheiten ergeben, die ggf. die Position eines Christen von der eines Nichtchristen unterscheidet. Insofern kann Gaudium et Spes als Leitsatz -über allem stehen: -Wer als Soldat im Dienste des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei. Der Bezug dieses Satzes zur Bergpredigt ist unübersehbar.

2. Das folgende Luther zugeschriebene Zitat könnte als zweite Überschrift eine protestantische Position umschreiben, die sich letztlich kaum von „Gaudium et Spes“ unterscheidet: „Für sich

selbst soll niemand das Schwert anrufen. Für andere soll er es anrufen, wenn es darum geht, der ungerechten Gewalt zu wehren“.

3. Daraus ergeben sich bereits für den Soldaten ausschließlich in der kirchlichen Lehre begründete und ohne Mühe erkennbare Rechte und Pflichten:

- Das Recht,
 - in seiner Würde als Mensch anerkannt zu werden,
 - in seinem Beruf/in seinem Auftrag akzeptiert zu werden,
 - nicht verunglimpft zu werden,
 - Schutz und Unterstützung und Förderung für sich und seine Familie seitens der staatlichen und kirchlichen Autoritäten (z.B. durch Militärseelsorge) zu erfahren,
 - in der Wahrnehmung seiner Grundrechte nicht ohne zwingenden Grund eingeschränkt zu werden.

- Die Pflicht, dem Vaterland zu dienen,
- der Gemeinschaft der Völkern zu dienen,
- dem Frieden zu dienen,
- der Sicherheit zu dienen,
- der ungerechten Gewalt zu wehren,
- den Mitmenschen solidarisch in jeder Art von Not und Gefahr beizustehen.

4. Zu diesen umfassenden moralischen Pflichten, die sich für den Christen aus dem Glauben ableiten, treten weitere hinzu, die sich aus der Gesetzgebung des jeweiligen Staates ergeben und die im Idealfall nicht im inneren Widerspruch zu den vorgenannten stehen.

II – Die Stellung des Soldaten in der Heiligen Schrift und in der Kirchengeschichte

5. Die vorstehend beschriebene Grundstimmung deckt sich im Übrigen mit den Aussagen der Bibel über den Stand des Soldaten; an keiner Stelle des alten oder neuen Testaments wird den Soldaten abverlangt, den Beruf zu wechseln:

- So antwortet Johannes der Täufer auf die Frage von Soldaten, was sie tun sollen: „*Seid mit eurem Sold zufrieden und tut niemand Gewalt an*“ (Lk 3,14).
- Auch Christus äußert sich in keiner Weise negativ über den Stand der Soldaten, ganz im Gegenteil: „*Einen solchen Glauben habe ich in Israel nicht gefunden*“ (Mt 8,5-13).
- Der Hauptmann unter dem Kreuz wurde zum ersten heidnischen Zeugen der Gottheit Christi (Mt 27,54, Lk 25,47, Mk 15,39).
- Das Dienen wird von Christus wiederholt als positives Tun in seiner Nachfolge herausgestellt.
- Die Hingabe für den Nächsten hat in Christi Lehre einen hohen Stellenwert.
- Der römische Hauptmann Cornelius wird als erste Heide von Petrus getauft (Apg 10).
- Soldaten Roms werden in der Geschichte zu Verbreitern des christlichen Glaubens im gesamten römischen Reiche, da-

bei auch zu Märtyrern und Heiligen.

6. Neben der Lehre vom gerechten Krieg, die bereits von Augustinus im Kern vorgegeben und später von Thomas von Aquin ausgebaut wird, ist es auch ein Zeichen für die Wertschätzung des Soldaten in der frühen Kirche, dass bereits unter Bonifatius, Erzbischof von Mainz, in den kriegerischen Zeiten des 8. Jahrhunderts eine geordnete Militärseelsorge eingeführt wird.

7. Auch die Verbindung von Mönchtum und Rittertum in der Epoche der Kreuzzüge zum Ideal des „*miles christianus*“ unterstreicht die innerkirchliche Entwicklung des Soldatenbildes.

8. Das einzige Bibelzitat, das man auf den ersten Blick als gegen den Stand des Soldaten gerichtet ansprechen könnte, ist der Ausspruch Jesu: „*Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen*“. Bei genauerem Hinsehen wird aber deutlich, dass es sich hier nicht um eine moralische Verurteilung eines Berufsstandes handelt, sondern eher um eine Warnung im Sinne des o.a. Lutherzitates. In gleichem Sinne sind auch die biblischen Aufforderungen der Bibel zur Friedfertigkeit (Hinhalten der anderen Wange, dem Bösen nicht widerstehen) zu sehen.

III – Erste Zusammenfassung

9. Es wird deutlich, dass alle Versuche, den Stand des Soldaten mit biblischen Argumenten als unchristlich abzustempeln, zum Scheitern verurteilt sind. Man muss schon moderne Auslegungen bemühen, mit denen heute auch in anderen Bereichen gern gearbeitet wird, wenn es darum geht, sich von unbequemen Forderungen der Bibel und der Glaubenslehre zu trennen.

10. Dennoch kann man bei dieser Feststellung nicht stehen bleiben. Alles, was mit der Anwendung von Gewalt zu tun hat, spielt sich vor einem komplexen theologischen und rechtlichen Hintergrund ab. Da diese Gewaltanwendung im Krieg ungeheure Ausmaße errei-

chen kann und die Geschichte voll ist von Beispielen ungerechter Gewaltanwendung durch auch christliche Soldaten, ist eine detailliertere Auseinandersetzung mit dem Thema und den Anforderungen, die sich aus ihm für den Soldaten als dem in diesem spannungs- und risikoreichen Umfeld Handelnden ergeben, erforderlich.

IV – Ethisch-moralische Anforderungen an den Soldaten

11. Es ist ohne weiteres erkennbar, dass an einen Menschen, zu dessen Aufgaben die Anwendung von Waffengewalt gehört und der damit besonderen moralischen Gefährdungen ausgesetzt ist, besondere ethisch-moralische Anforderungen gestellt werden müssen.

12. Diese basieren aus christlicher Sicht in erster Linie auf den Kardinaltugenden, bzw. den so genannten Gaben des Heiligen Geistes, die den Menschen in die Lage versetzen sollen, das Leben in christlichem Sinne zu meistern.

13. Ausgehend von den göttlichen Tugenden Glaube, Hoffnung, Liebe, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, sind dies die folgenden Tugenden, die im Zusammenpiel ihre volle Wirksamkeit erlangen:

- Klugheit, die zu Unterscheidung von gut und böse führt, die zu guten, d.h. ethischen, Entscheidungen verhilft und die das Verhalten im Alltag moralisch-positiv bestimmt.
- Gerechtigkeit, die zur Achtung der Rechte eines jeden Menschen beiträgt, die Harmonie und Verständnis sowie den Dienst am Mitmenschen fördert.
- Stärke, die ein getreues Streben nach dem Guten auch in Anfechtung und Versuchung ermöglicht.
- Maß, das Selbstüberschätzung und Übertreibung eindämmt.

14. Die Vermittlung dieser Tugenden an die Soldaten ist eine wichtige Aufgabe der Militärseelsorge, insbesondere da nicht mehr davon ausgegangen werden kann, dass diese seelsorgerische Arbeit bereits überall vor dem Militärdienst

erfolgt ist. Die Laien sind von der Teilnahme an dieser Aufgabe nicht ausgenommen.

15. Die Leitsätze der GKS stellen eine verpflichtende Konkretisierung der christlichen Grundsätze auf den Soldatenalltag dar und dürfen in diesem Zusammenhang nicht übergangen werden:

• *Im Glauben verwurzelt*

Wir bemühen uns um ein Leben aus dem Glauben an Jesus Christus, bekennen uns zu seiner Kirche und tragen dazu bei, Kirche unter den Soldaten zu verwirklichen.

• *Sittlich gebunden*

Wir orientieren uns an christlichen Idealen und binden uns an sittliche Normen, wie sie die katholische Soziallehre entwickelt hat und die kirchliche Friedensethik durchdringen.

• *Politisch gebildet*

Wir verstehen uns als -Staatsbürger in Uniform und treten für unsere freiheitlich verfasste und demokratisch angelegte Ordnung ein. Wir sind politisch interessiert und nehmen als selbstbewusste Christen am gesellschaftlichen Leben teil.

• *Fachlich kompetent*

Wir eignen uns das für unseren soldatischen Dienst notwendige theoretische Wissen an und üben praktische Fertigkeiten ein, um im dienstlichen Alltag überzeugen zu können.

• *Gewissenhaft dienend*

Wir stehen zu dem Versprechen, unserem Land treu zu dienen und erfüllen unsere Pflichten gewissenhaft und nach besten Kräften. Wir sind uns der Verantwortung, die wir mit unserem Auftrag übernommen haben, bewusst.

• *Dem Frieden verpflichtet*

Wir haben uns in den Dienst des Friedens gestellt: Wir sichern die bisher erreichte Qualität des Friedens und setzen uns für seine Gestaltung und Entwicklung ein.

• *Offen für Gleichgesinnte*

Wir sind offen für alle, die wie wir realistische Wege zur Sicherung und Förderung des Friedens gehen

wollen. Wir suchen die Begegnung mit Gleichgesinnten und laden zu Veranstaltungen ein, die neben der Weiterbildung auch der Geselligkeit dienen.

• *Um Zusammenarbeit bemüht*

Wir arbeiten mit gesellschaftlichen und politischen Kräften zusammen, die eine unseren Grundwerten entsprechende freiheitliche Friedensordnung mitgestalten wollen, auch über Landesgrenzen hinaus, und unterstützen die Arbeit des Apostolat Militaire International (AMI).

• *Ökumenisch aufgeschlossen*

Wir greifen den ökumenischen Gedanken auf und bemühen uns im Geist der Einheit, das Trennende zwischen den Konfessionen zu überwinden und neue Dimensionen der Gemeinsamkeit zu finden.

16. Diese Grundsätze gehen von den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik Deutschland aus. Deshalb muss in diesem Papier, das auf eine internationale Aussprache hin ausgelegt ist, auf den wichtigen Punkt unserer deutschen Definition des soldatischen Gehorsams eingegangen werden:

- Es gibt Befehle, denen der Soldat gehorchen muss (verbindliche Befehle).
- Es gibt Befehle, denen er gehorchen kann (unverbindliche Befehle).
- Es gibt aber auch Befehle, denen der Soldat nicht gehor-

chen darf, nämlich wenn sie Vergehen oder Verbrechen beinhalten oder gegen das Kriegsvölkerrecht verstoßen (rechtswidrige Befehle).

V – Zweite Zusammenfassung:

17. Mit diesen Bezugnahmen auf die christlichen Tugenden und die Leitsätze der GKS ist ein erster Rahmen für die internationale Diskussion im Rahmen des AMI über eine Charta der Rechte und Pflichten des christlichen Soldaten abgesteckt.

18. Die Rechte des Soldaten, die ihm einerseits aus der verfassungsmäßigen staatlichen Ordnung zustehen, die sich andererseits auch aus seinen in diesem Sinne wohlverstandenen Pflichten ableiten, sind unter Punkt 3 dargestellt; ihre Umsetzung im täglichen Alltag ist auch in der deutschen Wirklichkeit nicht immer ungefährdet (z.B. Urteil des Bundesverfassungsgerichts). Ihre Durchsetzung ist eine ständige gesellschaftliche Aufgabe, an der auch die Kirche mitwirken muss.

19. Die Pflichten des christlichen Soldaten bedürfen in Zeiten einer sich ständig verstärkenden internationalen und multikulturellen militärischen Zusammenarbeit in vielen Krisengebieten der Erde der Präzisierung und Konkretisierung, damit sie nicht in technokratischer Verwässerung aufhören, Salz der Erde zu sein. □

LESERBRIEF ZU

„Deutsch-österreichischer Gedankenaustausch“ in AUFTRAG 234, Seite 98

Liebe Freunde von der Redaktion des AUFTRAG,

Ihr wolltet sicher die Aufmerksamkeit Eurer Leser testen, als Ihr euch einfallen ließet, auf Seite 98 einen Jahrhundertfehler einzubauen.

Ganz abgesehen davon, dass erst ab den 60-er Jahren des 19. Jh. mit dem König von Dänemark um Schleswig und Holstein Krieg geführt wurde, lässt sich auf dem Foto des Gedenksteines ganz deutlich die Jahreszahl 1964 lesen – (vorausgesetzt man ist noch mit der Fraktur-

Groteskschrift vertraut).

Nun beim nächsten Heft könnt Ihr das Rätsel auflösen, wieso die in Stein geschlagene Schrift von 1864 spricht, während der Artikel berichtet, es wären schon viel früher – nämlich 1804 österreichische Soldaten im Krieg gegen Dänemark gefallen.

Euer Leser Franz Lutz

Anm. der Redaktion: Leser Franz Lutz hat recht. Den Fehler hat Redakteur PS eingebaut. Ihm fiel auf, dass im Beitrag keine Jahreszahl genannt wurde; ja und dann hat es an der erforderlichen Sorgfalt gefehlt. Wir bitten um Nachsicht.

Pilgern entspannt Geist und Körper

Wer schon einmal über mehrere Tage an einer Fußpilgerreise teilgenommen hat, weiß aus eigener Erfahrung: Pilgern bietet Entspannung für Geist und Körper. Im hektischen Betrieb des modernen Lebens kann die Pilgerfahrt dem Menschen helfen, in Ruhe und Besinnung zu Gott und zu sich selbst zu finden. Während Tourismus – auch religiöser Tourismus – oft eine Flucht darstellt, ist die Pilgerfahrt immer auf ein Ziel von symbolischer und spiritueller Bedeutung gerichtet. Allerdings gehört zur rechten Wallfahrt auch eine ausreichende geistig-geistliche Vorbereitung, Begleitung und am Pilgerort seelsorgliche Betreuung.

Zu den Pilgerzielen sollten nach kirchlicher Auffassung nicht nur „Heilige Stätten“ der Erde gehören, an denen die Botschaft der Transzendenz und Geschwisterlichkeit besonders stark ist. Einbezogen werden sollen auch jene Orte, die von Menschen entweiht wurden, wie Ausch-

witz, Hiroshima oder Nagasaki. Solche Orte können Zeichen der Besinnung, der Umkehr und der Wiedergutmachung werden.

In einem römischen Dokument „Die Pilgerfahrt im Jubeljahr 2000“ wird eine Wertschätzung für das Pilgern in anderen Religionen geäußert. So verweist es auf die „Armut der pilgernden Buddhisten-Mönche, den kontemplativen Weg des Tao, den heiligen Weg der Hindu nach Benares, die Pflicht zur Wallfahrt im Islam und auf jeden anderen Weg zum Absoluten und zu den Mitmenschen“. Das verbinde die Angehörigen der unterschiedlichen Religionen, die sich dem Dienst der Schwachen, der Flüchtlinge, der Menschen im Exil und der Unterdrückten widmeten, heißt es in dem Dokument.

Wichtige europäische Wallfahrtsorte sind: Rom (7 Mio Pilger jährl.), Lourdes (5,5), Assisi (5), Loreto (5), Padua (4,5), Tschenstochau (4), Santiago de Compostela (ca. 0,1). (PS)

Ausschreibung

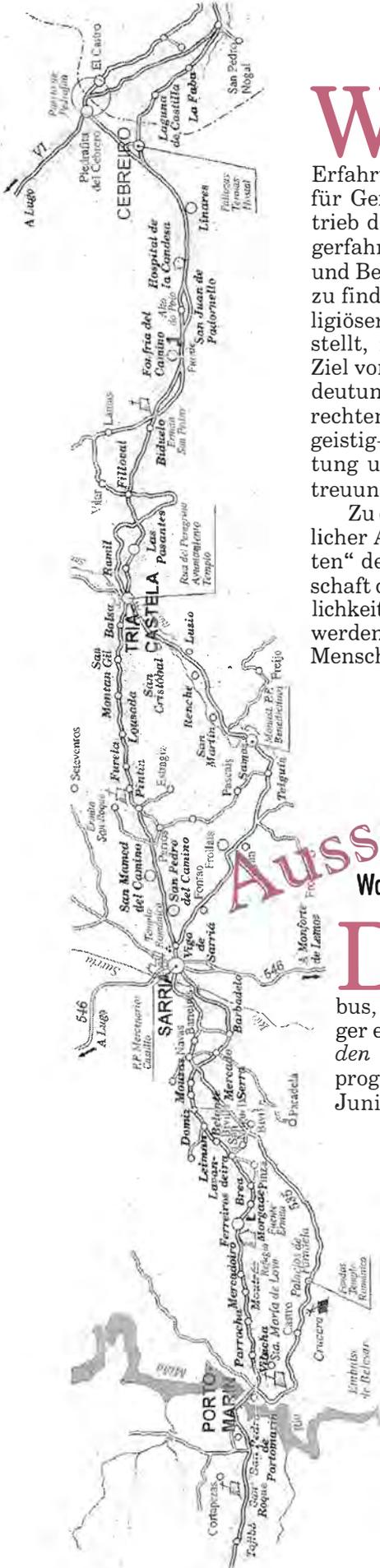
Camino de Santiago 1999

Wallfahrt auf dem spanischen Pilgerweg im Heiligen Jahr des Apostels Jakobus 1999

Die Wallfahrt zum Grab des Apostels Jakobus in Santiago de Compostela im Nordwesten Spaniens ist seit dem Mittelalter ein religiöses und kulturelles Ereignis von hoher Bedeutung. 1999 ist ein Heiliges Jahr des Apostels Jakobus, da sein Festtag – der 25. Juli – auf einen Sonntag fällt. Es werden sehr viele Pilger erwartet. Die schon traditionelle Wallfahrt der GKS als Gäste des spanischen *Orden de Peregrinos del Camino de Santiago* fügt sich in das spanische Jahresprogramm 1999 ein, das den Festgottesdienst für alle pilgernden Soldaten auf den 6. Juni festlegt.

Ablauf der Wallfahrt

- 28. Mai: Sammeln der Pilger in ASTORGA, dort Übernachtung in der Kaserne
- 29. Mai: Busfahrt nach El CEBREIRO; dann zu Fuß nach TRIACASTELA (22 km)
- 30. Mai: TRIACASTELA – SARRIA (15 km)
- 31. Mai: SARRIA – PORTOMARIN (20 km)
- 01. Juni: PORTOMARIN – PALAS DE REY (23 km)
- 02. Juni: PALAS DE REY – MELIDE (14 km)
- 03. Juni: MELIDE – ARZUA (14 km)
- 04. Juni: ARZUA – BANDO (24 km)
- 05. Juni: BANDO und SANTIAGO u.a. Vorträge, Besichtigungen
- 06. Juni: BANDO – SANTIAGO (11 km)
12.00h: Pilgermesse, Versammlung des Pilgerordens, Verabschiedung
- 07. Juni: Rückreise



An- bzw. Rückreise der deutschen Teilnehmer

- Bahnfahrt: Ab Aachen Hbf am 27.05., 18.49h, über Paris und Irún nach Burgos, Eintreffen: 28.05., 11.18h; per Bus nach Astorga, ca. 4 Std.
- Am 07.06.99 Busfahrt Santiago – Burgos, dort Übernachtung.
- Ab Burgos am 08.06.99 um 05.12h, Eintreffen in Aachen am 08.06.99 um 20.11h.

Allgemeine Hinweise

Die spanische Pilgerleitung legt großen Wert darauf, dass die Wallfahrt im Stil klassischer Camino-Tradition durchgeführt wird. Es werden also keinerlei Annehmlichkeiten oder Komfort geboten. Die Unterbringung erfolgt in Schlafsälen in Kasernen (ASTORGA, BANDO), im Kloster SAMOS oder auch in Armeezelten (Schlafsack, Handtücher usw. mitführen!). Ein einfaches Frühstück und eine gute Hauptmahlzeit sind im Programm enthalten. Die Busse stehen während der täglichen Wallfahrt, die um 08.00h nach dem Frühstück beginnt und mit dem Mittagessen um 15.00h endet, nicht zur Verfügung. Für Notfälle gibt es ein Kleinfahrzeug. Nach dem Mittagessen sind Besichtigungen (im Preis grundsätzlich inbegriffen), Gottesdienste, Vorträge usw. vorgesehen.

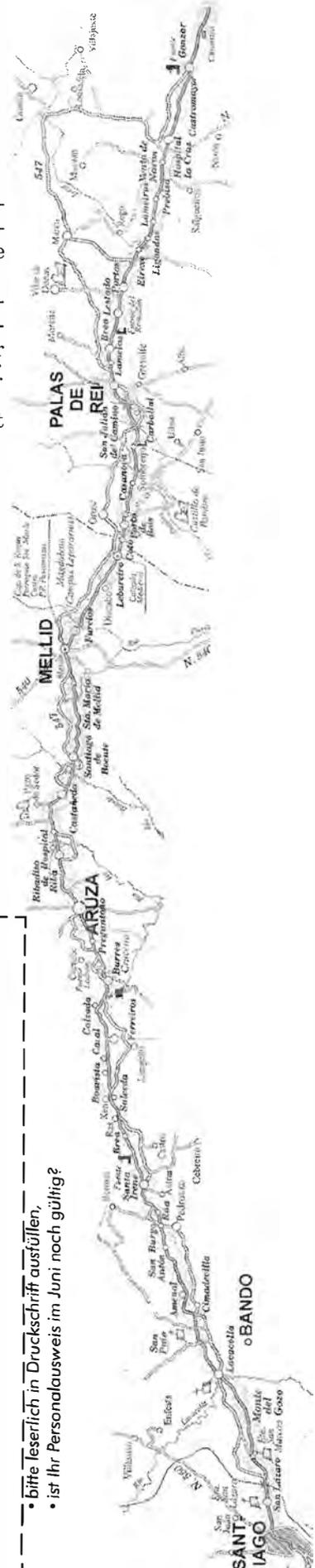
Eigenbeitrag

- Wehrsoldempfänger: 300,00 DM
- A 1 – A 4: 360,00 DM
- A 5 – A 8: 460,00 DM
- A 9 – A 12: 520,00 DM
- A 13 – A 15: 620,00 DM
- ab A 16: 650,00 DM

Ehemalige, die nicht Mitglieder im Förderkreis der GKS sind, zahlen einen Zuschlag von 60 DM auf die jeweilige Summe.

Die deutsche Teilnehmerzahl ist auf maximal 30 Personen begrenzt; aktive Soldaten/Soldatinnen haben Vorrang. Der Exekutivausschuss der GKS trifft ggf. die abschließende Entscheidung. Anmeldungen bis zum 15.04.1999 mit dem unten angefügten Formblatt.

An
Referent Bundesvorstand der GKS
Oberst a.D. Jürgen Bringmann
Postfach 3232, 53022 Bonn,
Fax: 0228-63 87 63



Anmeldung

Hiermit melde ich mich zur Wallfahrt nach Santiago de Compostela 1999 an:

Name: _____ Vorname: _____

Dstgrd: _____ BesGrp: _____ Adresse privat: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Adresse dienstlich (Aktive): _____

Telefon: _____ Fax: _____

Geburtsdatum: _____ Ausweis-Nummer: _____

Mich begleitet meine Ehefrau _____
Name, Vorname

Datum: _____ Unterschrift: _____

• bitte leserlich in Druckschrift ausfüllen,
• ist Ihr Personalausweis im Juni noch gültig?

STANDORT DRESDEN

„Haus der Militärseelsorge“ übergeben

Dieter Erkes

Nach der Einweihung der Offizierschule des Heeres an ihrem neuen Standort Dresden durch den Bundesminister der Verteidigung am 14. September 1998 übergab am 7. Dezember 1998 der Kommandeur der OSH, Generalmajor Bernd Albert, das „Haus der Militärseelsorge“ seiner Bestimmung.

Das ehemalige Kommandanten-Haus nimmt die Dienststellen der evangelischen Soldaten- und katholischen Militärseelsorge auf. Ein Ort der Arbeit, Begegnung, Besinnung und des Betens, der optimale Voraussetzungen für die Wirkungsfelder der Seelsorge bietet. Hier wird der junge Offizieranwärter die Fähigkeit und Bereitschaft entwickeln, auf der Grundlage der christlichen Friedensethik Impulse für soldatisches Selbstverständnis zu gewinnen und die Bedeutung moralischer Grundhaltungen für

die Bewältigung von Krisen- und Extremsituationen erkennen.

Die Themeninhalte sind auf die Rolle des jungen Führers, Ausbilders und Erziehers abgestimmt.

- Christliches Menschenbild, Menschenrechte und militärisches Handeln,
- Grundzüge christlicher Friedensethik,
- Erfahrungen der Militärseelsorger aus Krisengebieten und



Haus der Militärseelsorge in der OSH Dresden (Foto: OSH)

- Spannungsverhältnis zwischen Gewissen und Gehorsam sind Themenfelder, die auch Lehre und Ausbildung im Bereich der Menschenführung betreffen.

Der katholische Militärdekan Dr. Michael Franke und der evangelische Pfarrer Friedrich Köhl leisten diese Arbeit durch lebenskundliche Unterrichte, Seminare, Gottesdienste und weitere vielfältige Angebote.

Gleich im Anschluss an die Übernahme des Hauses führten beide Geistlichen Familienwochenenden in Schmochtitz und Meißen durch, um auch den Familien des Stammpersonals der Schule lebendige Seelsorge zu demonstrieren.

Unter Beteiligung von Vertretern des Beirates und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten wurden Pläne geschmiedet, Ideen entwickelt und Vorhaben beschlossen.

Mit dem Haus der Militärseelsorge ist die Basis für das weitere Wirken der Seelsorger und der Soldaten geschaffen, die Verantwortung und Mitverantwortung in der „Kirche unter Soldaten“ tragen.

14.-18.04.	Seminar 3. Lebensabschnitt in Nürnberg	12.06.	Vorstand ZV in Bonn	10.11.	Redaktionsschluss AUFTRAG 238
22.04.	AGKOD-Deleg-Konf.	16.-20.06.	Seminar 3. Lebensabschnitt in Cloppenburg	15.11.	EA GKS in Bonn
23./24.04.	ZdK-Vollversammlung in Bad-Godesberg	21.06.	EA GKS in Bonn	18.11.	AGKOD-Deleg-Konf
25./26.04.	Vorkonferenz Vorstand ZV und BV GKS zur 39. WdB in Schmochtitz	10.08.	Redaktionsschluss AUFTRAG 237	18./20.11.	ZdK-Vollversammlung
26.04.-01.05.	39. WdB in Schmochtitz mit ZV und BuKonf GKS (28.04.-01.05.)	05.09.	Männerwallfahrt WB II in Germershausen	19.-21.11.	AK/WB-Konf WB II in Worphausen
02.-08.05.	Woche für das Leben	06.09.	EA GKS in Bonn	2000	
10.05.	Redaktionsschluss AUFTRAG 236	15.09.	70. GebTg MilBischof	29.04.-06.05.	40. WdB Kolping Familienferienstätte am Kummerower See
25.05.-08.06.	Jakobuswallfahrt Cebreiro – Santiago	20.-24.09.	AMI-Konferenz in Österreich	31.05.-04.06.	94. Kath.Tag Hamburg 2000
26.05.-01.06.	intern. Soldatenwallfahrt nach Lourdes	01.-03.10.	BV GKS	12.-15.11.	AMI-Konferenz in Rom
		08.-10.10.	AK/WB-Konf WB I auf Nordstrand	15.-22.11.	Internationale Rom-Wallfahrt der Militärseelsorge zum Hl. Jahr
		20.-24.10.	Seminar 3. Lebensabschnitt in Nürnberg		
		23.10.	Vorstand ZV in Bonn		
		01.-05.11	GKS-Akademie Oberst Helmut Korn in Fulda		

Verwendete Abkürzungen: AGKOD – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, AK – Arbeitskonferenz des Wehrbereichsdekans, AMI – Apostolat Militaire International, BuKonf – Bundeskonferenz, BV GKS – Bundesvostand der GKS, EA – Exekutivausschuss, GKMD – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, IS – Internationaler Sachausschuss, MGW – Militärgeneralvikar, SA InFu – Sachausschuss „Innere Führung“, SA S+F – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, SA KI – Sachausschuss „Konzeption und Information“, WB – Wehrbereich, WdB – Woche der Begegnung, ZV – Zentrale Versammlung

Zum 100. Geburtstag des Feld- und Militärgeneralvikars a.D. Georg Werthmann

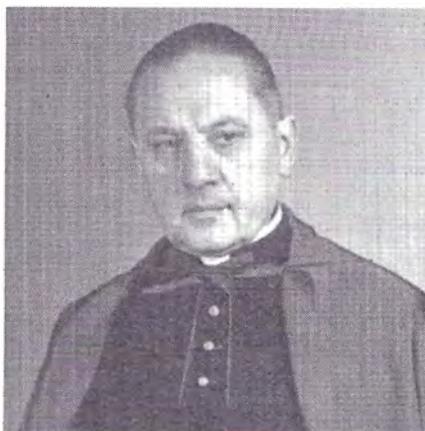
Am 8. Dezember 1898 wurde Prälat Georg Werthmann in Kulmbach geboren. Er verstarb, seit 1962 im Ruhestand, vor dem 3. Sonntag der Osterzeit 1980 in Hirschaid.

Am Ablauf seines Lebens von 82 Jahren spiegelt sich das Schicksal unseres Volkes: Teilnahme am 1. Weltkrieg, französische Kriegsgefangenschaft, Studium der Theologie, Weihe zum Priester, Kaplan, Studienrat und 1935 Freistellung für die Wehrmachtsseelsorge.

Zum Standortpfarrer in Berlin bestellt wurde er 1936 zum Feldgeneralvikar berufen. Januar 1945 wurde er mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Katholischen Feldbischofs beauftragt. Er war nicht nur den Wehrmachtsgeistlichen des 2. Weltkrieges ein umsichtiger und helfender Berater, sondern auch den Soldaten. Sein Schrifttum ließ einen klaren Kurs erkennen. Sein Bestreben war, in dieser Zeit, die auf das Chaos zusteuerte, eindeutig christliche Hilfe anzubieten.

Nach dem Zusammenbruch wurde er Stadtpfarrer in Kronach und 1951 mit der Leitung der Seelsorge für die Deutschen Dienstgruppen bei der US-Army betraut.

Die Fuldaer Bischofskonferenz übertrug ihm 1955 die Aufgabe, eine neue Militärseelsorge vorzubereiten. Dieses neue Konzept hat sich bewährt, es sichert den gesetzlichen Anspruch des Soldaten auf Seelsorge und zugleich die Unabhängigkeit der Militärseelsorger bei der Erfüllung ihres kirchlichen Auftrages. 1956 berief ihn der erste Katholische Militärbischof, Joseph Kardinal Wendel, Erzbischof von München und Freising, zu seinem Generalvikar. Nach dessen plötzlichem Tod Ende 1960 versicherte sich auch der neue Militärbischof, der Essener Bischof Franz Hengsbach, seiner Hilfe und berief ihn ebenfalls zu seinem Militärgeneralvikar. 1962 ging er in den Ruhestand und wirkte als Priester in Mistendorf und seit 1970 in Hirschaid. Er blieb aber auch für viele Soldaten und besonders auch für ehemalige Wehrmachtsseelsor-



ger und die erste Generation der Militärgestlichen der Bundeswehr ein gesuchter Ratgeber, Tröster und Helfer.

Sein Aufgehen in der priesterlichen Aufgabe geht in bewegender Weise aus der Predigt hervor, die er für den 3. Sonntag der Osterzeit 1980 konzipiert hatte (auftrag 107/108), aber nicht mehr halten konnte, weil der Herr ihn heimrief.

Aus vielen persönlichen Begegnungen ist mir die Erinnerung an einen aus dem Ostergeheimnis lebenden Priester lebendig geblieben. Die Auferstehung Christi war für ihn Anlass, diese frohe Botschaft ständig weiterzusagen. Und für diese Botschaft zeugte er in ständigem Einsatz seiner Person. Daher sei hier aus „auftrag 107/108“ zitiert:

Der Vertreter der Laienarbeit in der katholischen Militärseelsorge, Oberst Dr. Helmut Korn (†), sagte am 29. Mai 1980 am Grabe, bei der Niederlegung des Kranzes der Gemeinschaft Katholischer Soldaten:

„Als Soldaten und Vertreter der Laienarbeit in der katholischen Militärseelsorge möchten wir hier an dieser Stelle, am Kreuze der Erlösung und Auferweckung verkünden, in Dankbarkeit und Liebe bekennen: Prälat Werthmann war unser Freund, ein Freund aller Soldaten und ein Freund derer, die sich in der Mitsorge um die Sendung der Kirche unter Soldaten von Anfang an scharten. Wir wussten uns in seinem Denken und Fühlen, vor allem aber in seinem Beten, allzeit angenommen, begleitet und gestärkt.“

Prälat Georg Werthmann, von 1956 bis 1962 Militärgeneralvikar und Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes
(Foto: KMBA)

Prälat Werthmann war uns ein wahrhaft priesterlicher Mittler eines mannhaften, treuen Glaubens an den allmächtigen und allgütigen Gott, einer unbeirraren Hoffnung auf Leben in Fülle aus der lebendigen Verbundenheit mit Jesus Christus und einer brennenden Liebe zu seiner Kirche aus der Kraft des Heiligen Geistes. Er gab uns ein Beispiel überzeugten und überzeugenden Christseins.

Prälat Wertmann war für den damaligen Königsteiner Offizierskreis und die damals noch junge Laienarbeit in der Militärseelsorge ein unermüdlicher Anwalt und Mahner einer Aufgabe, die ihren Sinn und Auftrag jenseits aller Strukturen und Organisationsformen aus dem Apostolat, aus der kirchlichen Sendung schöpft und immer neu schöpfen muss. Er lehrte uns die rechte Laienarbeit.

Für ihm war Tod Vollendung und Verewigung des Lebens in Gott.

Uns gibt sein Tod die Gewissheit, dass er vor Gottes Angesicht unser Freund und Mittler bleiben wird, mit dem wir gemeinsam beten können für die Soldaten und die rechte Erfüllung ihres Auftrags, Diener der Freiheit und Sicherheit der Völker zu sein, für die Sendung der Kirche unter Soldaten und für unsere Laienarbeit in der Militärseelsorge.“

1961 schrieb Generalvikar Werthmann im ersten Artikel der Erstausgabe der Königsteiner Offizierbriefe, dass der Engel, den die Gemeinschaft Katholischer Soldaten sich zum Zeichen erwählt hat, „uns ermuntere zu einem tapferen und selbstlosen Dienst als Werkzeuge der Liebe Gottes.“ *Der Satz ist ein Vermächtnis an uns. Wir wollen daran denken!“*

Danken wir unserem verstorbenen ersten Generalvikar, aber auch allen unseren Militärpfarrern für ihren Dienst im Namen des Herrn, durch unser Gebet. (H.F.)

Militärdekan a.D. Prälat Ludwig Steger †

Prälat Ludwig Steger war ein Militärseelsorger der ersten Stunde. Am 7. Januar 1915 in Stuttgart geboren, studierte er nach dem Abitur in Tübingen Theologie. Nach seiner Priesterweihe 1939 wurde er zur Wehrmacht mit Kriegsbeginn als Sanitätsunteroffizier eingezogen, war in Kriegslazaretten tätig, geriet 1945 in französische Gefangenschaft.

Nach Tätigkeiten als Pfarrverweser und Religionslehrer war er 1951 bis 1956 als Chaplain beim Labor Service der US-Army tätig. 1956 wurde er Leiter des Seelsorgerreferates im Katholischen Militärbischofsamt und 1974 Wehrbereichsdekan Wehrbereich V. Nach seiner Pensionierung 1980 übernahm er die Gemeinde Bihlafingen, musste jedoch aus gesundheitlichen Gründen die aktive Seelsorge aufgeben und lebte zuletzt im Hospital „Zum Heiligen Geist“ in Laupheim. Dort verstarb er am 6. Januar 1999.

Die Militärseelsorge hat Ludwig Steger viel zu verdanken. Mit

allen Ecken und Kanten eines Stuttgarters verband er tiefe Gläubigkeit, Missionsbewusstsein und künstlerischen Schaffensdrang. Aus der Erfahrung seines Lebens und aus dem Gebot des Glaubens suchte er den Ausgleich mit den Soldaten der ehemaligen Kriegsgegner. Aus seinen Arbeiten im Kriegslazarett sorgte er sich besonders um Verwundete und Kranke. So wurden ihm die Wallfahrten nach Lourdes – aber auch nach Santiago de Compostela – zu einem inneren Anliegen. Seine offene Art hat den Soldaten der Bundeswehr die Versöhnung mit den Franzosen erleichtert. Er schlug Brücken zu den Soldaten anderer Nationen – Holländer, Belgier, Briten, Spanier und Amerikanern. Ohne sein Tun aus dem Glauben wäre die Gründung des Apostolat Militaire International viel schwieriger geworden.

Die Gestaltung der Lourdes-Wallfahrt – besonders mit den Unterbrechungen an bedeutenden französischen Städten Reims, Orleans usw. – brachte Kontakte, die

sowohl auf die französische Bevölkerung als auch auf die deutschen Soldaten friedensstiftend wirkte.

Seine Gabe in Musik und Wort Glauben weiterzugeben war hilfreich. Seine Fähigkeit ausländische Glaubensaussagen im Lied einfühlsam ins Deutsche zu übersetzen, sichern ihm einen Ehrenplatz in jedem Gebetbuch für kath. Soldaten.

Für die Menschen hatte er in der damaligen Zeit ein offenes Ohr. So ist seine Schallplatte über die Lourdes-Wallfahrt 1964 auch heute noch – für ehemalige Teilnehmer bewegend – für jeden Hörer ein Erlebnis. Seine zu Herzen gehende Verteidigung des Rosenkranzes – auch – als ein männliches Gebet ist richtungweisend.

Wenn wir – ehemalige und aktive – Soldaten den großen Geistlichen in den besonderen Stunden nicht so nahe sein konnten, wie wir das gerne getan hätten, wollen wir ihrer doch im Gebet gedenken und danke für ihr Da-Sein und So-Sein, für ihr Zeugnis im Glauben.

Sie sind Beispiele einer guten Tradition in Gesellschaft, Kirche und Bundeswehr. (H.F.)

Päpstlichem Silvesterorden für General a.D. Dieter Clauß

General a.D. Dieter Clauß (64) wurde durch Papst Johannes Paul II. zum Ritter des Silvesterordens ernannt. Die Urkunde überreichte ihm der Militärbischof, Erzbischof DDR. Johannes Dyba, am 27. November anlässlich eines Treffens von katholischen Generalen und Admiralen in Fulda. Clauß hat sich besondere Verdienste durch sein überdurchschnittliches ehrenamtliches Engagement in der Katholischen Militärseelsorge erworben. Als junger Offizier schloss er sich dem „Königsteiner Offizierkreis“, der heutigen Gemeinschaft Katholischer Soldaten, an. Er hat in seiner aktiven Zeit als hoher Offizier der Deutschen Bundeswehr – in seiner letzten Verwendung war Clauß Stellvertretender Oberster Alliiert-



ter Befehlshaber Europa in Shape/Belgien – die Arbeit des Laienapostolates der Katholischen Militärseelsorge in vorbildlicher Weise unterstützt. 1987 übernahm er die Schirmherrschaft über die neu gegründete GKS-Akademie „Oberst Helmut Korn“. Auch nach seiner Pensionierung hat er die Katholischen Militärseelsorge mit Rat und Tat unterstützt. 1995 wurde er zum Vorsitzenden der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V.) gewählt. Diese Aufgabe nahm er bis 1998 wahr. General a.D. Clauß ist seit 1984 Mitglied der Deutschen Kommission Justitia et Pax und seit 1994 Bundesauslandsbeauftragter des Malteser-Hilfsdienstes. (PS/KMBA)

Der Vorstand der Zentralen Versammlung der Katholischen Soldaten hat auf seiner Sitzung am 23.01.1999 als seine Vertreter **Frau Ursula Achmann, StFw Wolfgang Kober und OTL Richard Schmitt** in den Verwaltungsrat der Katholischen Soldatenseelsorge e.V. gewählt. □

Die frühere Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, **Hanna-Renate Laurien**, hat ein neues Verständnis des Christlichen in der CDU gefordert. Das „C“ sei eine „Zukunftsmarke“ der Partei, erklärte Frau Laurien in einem Beitrag der Berliner Tageszeitung „Die Welt“. So gehe es darum, „den schlafenden Staatsbürger gegenüber den Versuchen, Religion zu privatisieren, aufzuwecken“, schrieb die christdemokratische Politikerin. Gegen die Aussage, Religion sei Privatsache, sei „glühender Widerspruch nicht nur der Christen, sondern der Staatsbürger gefordert“. Die Christdemokratische Union müsse sich zu deren Sprachrohr machen. □

Erzbischof Johannes Dyba 40 Jahre Priester

Auf 40 Priesterjahre konnte am 2. Februar 1999 Erzbischof DDr. Johannes Dyba zurückblicken. Die Priesterweihe erhielt er 1959 im Kölner Dom durch Joseph Kardinal Frings.

Nach seiner Priesterweihe war Dyba zwei Jahre Kaplan in Köln-Junkersdorf und Wuppertal-Barren. Im Zuge der beginnenden Internationalisierung der Kurie wurde er dann zum Studium des Kirchenrechts an der Lateran-Universität und zum Besuch der päpstlichen Diplomatenakademie nach Rom entsandt. Als Mitarbeiter und später Leiter der deutschen Abteilung des Päpstlichen Staatssekretariats trat er in den diplomatischen Dienst des Heiligen Stuhls. Von 1967 an war er in den Apostolischen Nuntiaturen in Buenos Aires, Den Haag (1968-1972), Kinshasa und Kairo tätig. 1977 kehrte



er nach Rom zurück, wo er zwei Jahre Vizesekretär der Kommission *Justitia et Pax* war. Am 25.08.1979 zum Erzbischof ernannt, empfing er am 13. Oktober zu Köln durch Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli die Bischofsweihe. Anschließend vertrat er mit Sitz in der liberianischen Hauptstadt Monrovia den Hl. Stuhl in Westafrika als Apostolischer Pronuntius in Liberia und Gambia sowie als Apostolischer Delegat für Guinea und Sierra Leone.

Nach mehr als 20-jähriger Tätigkeit als Vatikandiplomat in drei Kontinenten wurde er am 4. Juni 1983 zum Bischof von Fulda ernannt und am 04.09.1983 in dieses Amt eingeführt. Seit dem 30.11.1990 ist Erzbischof Dyba zugleich Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr.

(KMBA)

Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld feierte 50. Geburtstag

Seinen 50. Geburtstag vollendete am 27. Januar 1999 der Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes, Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld. Aus diesem Anlass hatte der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr, Erzbischof DDr. Johannes Dyba, Bischof von Fulda, zu einem Gottesdienst in die St. Elisabeth-Kirche eingeladen. Das Pontifikalamt zelebrierte der peruanische Militärbischof Miguel Cabrejos Vidarte. Die Festpredigt hielt Militärgeneralvikar a.D. Dr. Ernst Niermann. In Anlehnung an das Gedicht im Buch Jesaja (63, 7-14) sprach er über die Klage der Gottvergessenheit, über das Verdunsten des Glaubens und über die lautlose Abkehr der Menschen vom Christentum. „Wir Christen müssen über Gott reden, ja vor allem aber müssen wir über den Menschen reden, unter uns mit unseren Zeitgenossen, über den

Menschen und seinen Ursprung, den Sinn seiner Zukunft, über seine Verantwortung für die Menschen. Wir werden dann lernen über uns hinaus zu fragen, zu erfahren, dass jenseits unserer Begrenzungen Gott uns gegenübertritt.“

Unter den Gästen waren Staatssekretär Dr. Peter Wichert aus dem BMVg und weitere hohe Repräsentanten aus Kirche und Staat. Glückwünsche des Verteidigungsministeriums übermittelte Ministerialdirektor Dr. Klaus Dau, Abteilungsleiter Recht. Nabbefeld hätte sich großen Herausforderungen gestellt, wie z.B. beim Aufbau der Seelsorge für katholische Soldaten in den neuen Bundesländern und der seelsorglichen Begleitung durch Militärgeistliche bei internationalen Einsätzen der Bundeswehr. Die Verlegung der Kurie nach Berlin sei ein Zeichen der Vertragstreue der katholischen Kirche, meinte Dau. (PS/KMBA)

Der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, **General Klaus Naumann**, hat vor sinkenden Verteidigungsausgaben in Deutschland gewarnt. Dort machten die Investitionen in modernes Material nur noch 12,9 Prozent des Haushalts für die Streitkräfte aus, sagte Naumann in Berlin. Damit stehe die Bundesrepublik innerhalb der Nato an viertletzter Stelle. Dauere „dieser im Bündnis insgesamt unbefriedigende Zustand noch lange an“, sei eine sinkende Leistungsfähigkeit programmiert. Zu den militärischen Restrisiken zählte der General Russland, dessen instabile Lage Anlass zur Sorge sei. Weder sei seine Wirtschaft gesund, noch könne man von einer gefestigten Demokratie sprechen. Das Land halte weiterhin 1,2 Millionen Mann unter Waffen und verfüge über ein größeres Militärpotential als jeder andere Staat in Europa. „Russland ist zwar keine Weltmacht mehr, aber es besitzt noch immer die Mittel, die Welt zu vernichten.“ Die Nato wolle mit Russland eine echte Sicherheitspartnerschaft erreichen.

Anton Herber ist seit 1. November 1998 neuer Sachbearbeiter im Referat V „Kirche und Gemeinde“ des KMBA. Damit geht nach der Versetzung von Hans Hornecker in den Geschäftsbereich des BMVg eine mehrjährige und durch Siegfried Bradatsch optimal überbrückte Vakanz zu Ende.

Herber ist ein erfahrener Praktiker in der „Kirche unter Soldaten“. Am 1. Februar 1967 trat er als Mitarbeiter beim Kath. Wehrbereichsdekan IV in Mainz in die Militärseelsorge ein. Von Juni 1985 bis 1992 war er Pfarrhelfer in Fort Bliss/Texas/USA und von Februar 1992 bis August 1993 im Inland beim Standortpfarrer Mainz. Dann zog es Herber für fünf Jahre wieder hinaus ins Ausland als Pfarrhelfer beim Deutschen Kath. Militärgeistlichen in Decimomannu/Italien. Der Sachbearbeiter im Referat V ist als wichtiger Ansprechpartner der organisierten Laienarbeit in der Militärseelsorge u.a. zuständig für die Organisation der Wochen der Begegnung. (PS)



IN VERANTWORTUNG VOR GOTT UND DEN MENSCHEN

WELCHES LEITBILD PRÄGT DEN SOLDATEN AN DER JAHRTAUSENDWENDE

7. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn zum Selbstverständnis katholischer Soldaten vom 1. bis 5. November 1999

Einstimmung

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten und das Bonifatiushaus Fulda laden zum 7. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn ein, das vom 1. bis 5. November 1999 in Fulda stattfindet.

Mit dem Thema

„IN VERANTWORTUNG VOR GOTT UND DEN MENSCHEN
SINN – IDENTITÄT – ETHIK“,

stellt sich die GKS einerseits den Gefährdungen des Soldatenberufes durch eine technokratische Perfektionierung. Andererseits will sie den Perspektiven und Chancen nachspüren, die sich aus den vielfältigen neuen Aufgaben der Bundeswehr ergeben. Dazu müssen vor allem die militärischen Führer die geistig-sittlichen Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung kennen und sich an sittliche Werte gebunden wissen. So sollen Fragen der Ethik für den soldatischen Dienst allgemein, für Führungsverhalten und Führungsverantwortung, der geistig-geistlichen Vorbereitung von Einsätzen und Bewältigung von kritischen Situationen gestellt und aus unterschiedlicher Sicht beantwortet werden.

Eingebunden in das Seminar wird ein Ausflug ins Fränkische mit Begegnungen und Gesprächen über den Zaun hinweg, diesmal mit dem Benediktiner Vater Anselm Grün im Kloster Münsterschwarzach und

mit Angehörigen der evangelischen Kommunität Schwanenberg im ökumenisch-reformierten Zentrum Kasteller Ring, welche die benediktinische Tradition und Lebensweise in der protestantischen Kirche lebendig hält.

Die Akademie Oberst Helmut Korn ist eine 1987 gegründete Einrichtung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie findet alle zwei Jahre jeweils Anfang November statt. Ihr Ziel ist es, vor allem jüngeren Offizieren und Unteroffizieren Wege durch das Spannungsfeld zwischen Beruf und Politik, Führungsverantwortung und Ethik aufzuzeigen.

Die Akademie ist nach dem Mitbegründer und geistigen Vater der GKS, Oberst Dr. Helmut Korn (†1983), benannt. Sie wird vom Ehrenbundesvorsitzenden der GKS, Oberstleutnant a.D. Paul Schulz, geleitet. Schirmherr der GKS-Akademie ist Generalleutnant Edgar Trost, Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr, der wissenschaftliche Begleiter ist der Direktor des Bonifatiushauses, Dr. Antonius Gescher.

Im Bonifatiushaus, einer Bildungsstätte der Diözese Fulda, hat die GKS einen in Deutschland zentral gelegenen Ort der Begegnung gefunden, der durch die vom „Apostel der Deutschen“ begründete christliche Tradition und die damit verbundene geistig-geistliche Aufgeschlossenheit bestimmt ist.

Programm

Montag, 1. November (Allerheiligen)

- bis 14.30 Uhr Anreise, Kaffee
- 15.00 Uhr Begrüßung, Einweisung in das Seminar
- 15.40 Uhr „VERANTWORTUNG IN DER RISIKOGESELLSCHAFT“ Vortrag mit Aussprache: Prof. Dr. Karl Gabriel, Münster
- 18.30 Uhr Teilnahme am Bischofsgottesdienst im Dom zum Allerheiligenfest

Dienstag, 2. November (Allerseelen)

- 09.00 Uhr „ASPEKTE DER INNEREN FÜHRUNG AM BEGINN EINES NEUEN JAHRTAUSENDS“, Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Claire Marienfeld
- 15.00 Uhr „FÜHREN – ERZIEHEN – AUSBILDEN“, Vortrag mit Aussprache: GenMajor Karl-Heinz Lather, Befh im WB V u. Kdr 10. PzDiv, Sigmaringen

18.00 Uhr Gottesdienst zu Allerseelen in der Michaelskirche mit kulturgeschichtlich-spiritueller Deutung durch den bischöfl. Kaplan Michael Schäfer

Mittwoch, 3. November

09.00 Uhr Vortrag mit Aussprache zum sicherheitspolitischen Thema „WAS HAT SICH VERÄNDERT? – WIE GEHT ES WEITER?“, Staatssekretär im BMVg Dr. rer.pol. Walter Stütze, Bonn

13.45 Uhr „BONIFATIUS UND DIE EUROPÄISCHE TRADITION“, Gespräch mit Domkapitular Prof. Dr. Werner Kathrein und Führung zum Bonifatiusgrab

18.00 Uhr „IN VERANTWORTUNG VOR GOTT UND DEN MENSCHEN – DER BEITRAG DER CHRISTEN ZUR ENTWICKLUNG VON WERTEN IN UNSERER GESELLSCHAFT AN DER JAHRTAUSENDWENDE“, Prof. Dr. Paul M. Zulehner, Wien, Akademieabend mit Gästen aus Bundeswehr und Gesellschaft

20.00 Uhr Empfang des Katholischen Militärbischofs DDr. Johannes Dyba

Donnerstag, 4. November

08.15 Uhr Abfahrt zur Exkursion

10.00 Uhr Besuch der Benediktiner-Abtei Münsterschwarzach – Vortrag „MENSCHEN FÜHREN – LEBEN WECKEN“, Cellerar P Anselm Grün

12.00 Uhr Mittagshore in der Abteikirche, Mittagessen, Führung durch das Kloster

15.00 Uhr Besichtigung des ökumenisch-reformierten Zentrums Kasteller Ring und Gespräch mit der Priorin Edith Krug über Fragen der Ökumene

anschl. Fränkischer Abend in Teilheim mit Militärdekan a.D. Werner Köster

Freitag, 5.11.1999

08.00 Uhr Gottesdienst zum Ausklang der Akademie, *Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld*

09.30 Uhr Ende des Seminars und Abreise

Organisation

Zielgruppe für die Teilnahme an einem Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn

- jüngere Offiziere und Offizieranwärter
- jüngere Unteroffiziere und -anwärter

Anmeldung

- ab sofort möglich,
Termin: bis spätestens 1. September 1999
- über den Katholischen Standortpfarrer oder den Vorsitzenden des örtlichen GKS-Kreises/Ansprechpartner der GKS oder unmittelbar an den Referenten beim Bundesvorstand der GKS:
Oberst a.D. Jürgen Bringmann
Breite Straße 25, 53111 Bonn
Postfach 32 32, 53022 Bonn
Tel: 0228-638762, Fax: 0228-638763
eMail: ONDILO-GKS-AMI@t-online.de
- soll folgende Angaben enthalten: Name, Vorname, Geb. Datum, Dienstgrad, Truppenteil/Dienststelle mit Anschrift, Privatanschrift, Tel/Fax.
- wird entsprechend ihres Eingangs und der Zugehörigkeit zur Zielgruppe berücksichtigt. Kann eine Anmeldung z.B. aus Platzgründen nicht angenommen werden, erfolgt unverzüglich eine Benachrichtigung durch die Bundesgeschäftsstelle.

Kostenbeitrag: Für Unterkunft und Verpflegung wird der für Veranstaltungen der Militärseelsorge übliche, gestaffelte Tagessatz für 4 Tage erhoben:

– Wehrsoldempfänger	4 x 9,00	=	DM 36,00	36,-
– bis Bes.Gr. A8	4 x 13,00	=	DM 52,00	52,-
– Bes.Gr. A9–A12	4 x 20,00	=	DM 80,00	80,-
– Bes.Gr. A13–A15	4 x 24,00	=	DM 96,00	96,-
– ab Bes.Gr. A16	4 x 33,00	=	DM 132,00	132,-

Eine Teilnehmergebühr wird nicht erhoben.

Der Eigenanteil ist beim Eintreffen am Seminarort zu entrichten. Sollten Sie Ihre Anmeldung kurzfristig – d.h. nach dem 01.10.1999 – zurückziehen, muß der Veranstalter eine Ausfallgebühr in Höhe des Eigenanteils in Rechnung stellen. Diese kann durch Teilnahme einer von Ihnen benannten Ersatzperson vermieden werden.

Hinweis auf Urlaubsregelung:

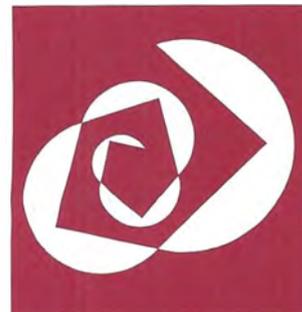
Das 7. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn ist eine Veranstaltung der Katholischen Militärseelsorge. Sonderurlaub kann gem. Ausführungsbestimmungen der Soldatenurlaubsverordnung (ZDv 14/5, F 511) Nr. 78 u. 79 Abs. 1 beantragt werden.

An- und Abreise soll mit der Bahn erfolgen. Für diese Veranstaltung der Militärseelsorge stellt die zuständige Truppenverwaltung eine Militärdienst-rückfahrkarte 2. Kl. aus, ggf. mit IC-Zuschlägen; Verbuchung bei Kap. 1406, Tit. 53101.

Bei Benutzung von Privat-Pkw werden Fahrtkosten in Höhe einer Militär-dienstfahrkarte 2. Klasse und ggf. Mitnahmeentschädigung erstattet. Die Benutzung des Privat-Pkw erfolgt auf eigene Gefahr.

Bekleidung während des Seminars:

- Dienstanzug „Grundform“
- jeweiliger TSK, weißes Hemd zum Bischofs-empfang am Mittwoch.



Logo
des
Fuldaer
Bonifa-
tius-
hauses

Altendorf, Prof. Dr. Wolfgang
Gründer der Altendorf-Stiftung in Freudenstadt/Schwarzwald, gelegentliche Beiträge im AUFTRAG.

Bleistein SJ, Prof. P. Dr. Roman
Professor für Pädagogik an der Philosophischen Fakultät SJ der Hochschule für Philosophie, München.

Böhler, Volker W.
Oberst, Kommodore Flugabwehrraketengeschwader 2 in Mecklenburg-Vorpommern; Mitglied des Vorstandes der Zentralen Versammlung der Katholischen Soldaten. Von 1992 bis 1995 Leiter eines Militärattaché-Stabes für die Länder Syrien, den Libanon und Jordanien.

Breuer, Dr. Thomas
Studium der Geschichte; Dozent für katholische Theologie und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg.

Brockmeier, Friedrich
Stabsfeldwebel a.D., Mitglied im Sachausschuss „Konzeption und Information“ der GKS; Fotograf im Redaktionsteam AUFTRAG.

Görlich, Joachim Georg
Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteuropäische Gesellschaften. Publiziert häufig u.a. in Deutsche Tagespost und AUFTRAG.

Heinz, Dipl.-Theol. Manfred
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat

„Kirche und Gemeinde“ im KMBA, Geschäftsführer der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs.

Jermer, Helmut P.
Oberstleutnant und Informationsstabs-offizier im InfoService Bundeswehr. Mitglied des Bundesvorstandes der GKS und Vorsitzender Sachausschuss Innere Führung der GKS. Mandatsträger im Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

Klein, Karl-Jürgen
Oberst, Dipl.-Ing, Regimentskommandeur in Veitshöchheim; seit 1995 Bundesvorsitzender der GKS, Mitglied im ZdK.

Klaus Liebetanz
Major a.D., Berater für humanitäre Hilfe, Dörverden/Aller.

Nabbefeld, Prälat Jürgen
Militärgeneralvikar und Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes, Bonn.

Overmann, Pater Michael
Mitglied der Ordensgemeinschaft der Salvatorianer; Dipl. Sozial-Pädagoge u. Dipl. Theologe; Pfarrer für den Bundesgrenzschutz in Berlin.

Riedenauer, Dr. Markus
Wissenschaftlicher Referent am Institut für Theologie und Frieden, Barsbüttel bei Hamburg. Studien der Philosophie,

der katholischen Theologie und Geschichte in München, Wien und Rom.

Roth, Prof. Dr. Paul
Professor für Politikwissenschaft an der Bundeswehruniversität München; seit 1990 im Ruhestand.

Schrader, Walter
Hauptmann beim Lufttransportgeschwader in Rendsburg, als Vorsitzender der GKS im Wehrbereich I Mitglied im Bundesvorstand.

Steinborn, Hartmut
Oberstleutnant am Medienzentrum der Fernmeldeschule der Bundeswehr in Feldafing; Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung (ZV) der Katholischen Soldaten und Leiter Sachausschuss V „Entwicklung, Friede, Mission und Umwelt“ der ZV.

Straube, Dr. Peter-Paul
Direktor des BISCHOF-BENNO-HAUSES in Schmochwitz, Bildungshaus der Diözese Dresden-Meißen

Stuff, Eckhard
Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter. Veröffentlichungen in AUFTRAG.

Theis, Prälat Walter
Militärdekan, Leiter des Referats „Kirche und Gemeinde“ im Katholischen Militärbischofsamt, Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene.

Erhalten Sie die Zeitschrift AUFTRAG regelmäßig? – Gibt es Probleme mit der Zustellung?

Stimmt Ihre Anschrift nicht, hat sich Ihre persönliche Situation (Umzug, Versetzung, Dienstgrad, Pensionierung ...) geändert?

Mitgliedern des Fördervereins der GKS (FGKS) wird AUFTRAG als Einzelexemplar ins Haus gesandt.

Füllen Sie den untenstehenden Abschnitt aus und schicken Sie ihn im Fensterumschlag an die eingetragene Adresse



Bitte senden Sie die GKS-Zeitschrift AUFTRAG an die folgende Anschrift:

Name:

Vorname:

Dienstgrad/Titel:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz
Postfach 37 68

51537 Waldbröl

Bitte ankreuzen: Ich bin

- Mitglied im FGKS
- möchte Mitglied im FGKS werden
- Vorsitzender im GKS-Kreis in
- Ansprechpartner der GKS in
- Mitglied im Sachausschuss

Kirche

Stephan Otto Horn SDS/Alexander Riebel (Hrsg.): Johannes Paul II. – Zeuge des Evangeliums. Perspektiven des Papstes an der Schwelle zum dritten Jahrtausend. Fotos: Josef Albert Slominski. Naumann Verlag, Würzburg 1999, 384 S., davon 48 S. Bilder, DM 49,90.

Mehr als dreißig Autoren – unter Ihnen enge Mitarbeiter und Weggefährten des Papstes – geben einen tieferen Einblick in das Leben und Wirken Johannes Pauls II. und erschließen das breite Spektrum seiner Perspektiven für Kirche und Gesellschaft. Sie beschreiben seinen Dienst am Evangelium und an den Menschen, sein für den Dialog offenes Zeugnis, die kraftvolle Wahrnehmung seiner petrinischen Verantwortung für den Glauben und seine Sicht der unterschiedlichen Berufungen der Kirche.

Der weite Horizont Johannes Pauls II., die Kühnheit, die ihn zu einem prophetischen Zeugen des Evangeliums macht, seine Bereitschaft, auch gegen den Strom gängiger Mentalitäten zu schwimmen, ermutigen dazu, die Herausforderungen anzunehmen, die sich an der Schwelle des dritten Jahrtausends stellen.

In einem eigenen Bildteil lässt der bekannte Papstfotograf Josef Albert Slominski bewegende Augenblicke des Pontifikats nacherleben: bei der Übernahme des Amtes, in liturgischen Feiern und schließlich in der Begegnung mit Gläubigen und mit Menschen unterschiedlicher Kulturen. (PS)

Widerstand

Franz Hubert Schorn: Franz Virnich 1882–1943. Opfer der NS-Justiz. Bericht und Dokumentation. Bernardus-Verlag, Langwarden 1998, 160 S. mit s/w-Abb., DM 24,80.

Mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Nazi-Regime lastet auf der Erinnerung unseres Landes immer noch die traumatische Epoche, in der Hitler den Zweiten Weltkrieg entfesselte und den Holocaust veranlasste. Allein die aktuelle Diskussion über diese „Vergangenheit, die nicht vergehen will“, spannt sich von Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“, mit dem eine neue Variante der Kollektivschuldthese formuliert wird, bis hin zur äußerst umstrittenen Wehrmachtausstellung, mit der den deutschen Soldaten eine generelle Mittäterschaft unterstellt wird.

Demgegenüber hat es die Geschichte des deutschen Widerstandes gegen den nationalsozialistischen Totalitarismus schwer. Dass es auch den alltäglichen Widerstand gab, dass vor allem kirchlich gebundene Menschen sich den Forderungen der Diktatur widersetzt haben, das zeigt beispielhaft die gründliche Studie von Franz Hubert Schorn über Franz Virnich.

Franz Virnich, Mitglied katholischer Studentenverbindungen im CV, wurde ein Opfer der NS-Unrechtsjustiz und starb 1943 im KZ Brandenburg-Görden, weil er „dem Nationalsozialismus ... besonders beeinflusst durch seine streng katholisch-kirchliche Bindung stark ablehnend gegenüberstand“ – so der Volksgerichtshof.

Der Autor, Vorsitzender am Landgericht

Bonn a.D., hat Franz Virnich mit dieser gründlich recherchierten und dokumentierten Arbeit ein Denkmal gesetzt, das die Nachgeborenen ermahnen und ermutigen muss, allen totalitären Versuchen zu trotzen. (aus: Geleitwort von Prof. Dr. Wolfgang Bergsdorf)

Politik und Geschichte

50 Jahre Luftbrücke

Deutsches Technikmuseum Berlin (Hrsg.): Auftrag Luftbrücke. Der Himmel über Berlin 1948–1949. Nicolai Verlag, Berlin 1998, 400 S. mit 430 s/w- und 13 Farbabb., DM 68,00 (broschiert im Museum 39,00 DM).

Volker Koop: Kein Kampf um Berlin? Deutsche Politik zur Zeit der Berlin-Blockade 1948/1949, Bouvier Verlag, Bonn 1998, 563 S., 58,00 DM.

Am 24. Juni jährt sich zum 50. Mal der Beginn der Berliner Luftbrücke, die die Versorgung der Westsektoren bis zum Ende der Blockade im Mai 1949 gewährleistete. Nichts symbolisiert deutlicher die gewandelte Haltung von Amerikanern und Briten gegenüber „ihrem Teil“ Deutschlands, das Engagement der USA in Europa verwurzelte sich in Berlin. Kein Wunder also, dass zu diesem Anlass etliche Publikationen auf den Markt kommen.

Das Deutsche Technikmuseum in Berlin hat neben einer Sonderausstellung in Zusammenarbeit mit der Landesbildstelle mit „Auftrag Luftbrücke. Der Himmel über Berlin 1948–1949“ eine bildorientierte Publikation herausgegeben. Kein Ausstellungskatalog wohlgeordnet, sondern eine großformatige, reich bebilderte Aufsatzsammlung. Bei insgesamt 27 beteiligten Autoren wundert es nicht, dass die Qualität der Beiträge unterschiedlich ist. Der Schatz dieses Bandes aber sind die Bilder: die Piloten und ihre Flugzeuge, der Alltag im Berlin jener Tage, die Politiker der eingeschlossenen Stadt.

„Völker der Welt. Tut auch ihr eure Pflicht und helft uns in der Zeit, die vor uns steht, ...“ Als Ernst Reuter am 9. September 1948 vor der Reichstagsruine seine unvergessene Rede hielt, die auch seine Sorge vor zu großer Kompromissbereitschaft der Westmächte zum Ausdruck brachte, musste er wissen, dass es vor allem in Westdeutschland zahlreiche unsichere Kantonisten gab. Viele der westdeutschen Verantwortlichen verhielten sich gegenüber dem um seine Freiheit kämpfenden Berlin sehr zurückhaltend. Das jedenfalls belegt Volker Koop, der frühere Sprecher von Rupert Scholz, in seinem Buch „Kein Kampf um Berlin?“ Die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes der Bizone spielte dabei eine besonders unruhliche Rolle. Nach etlichen Verschleppungen bei Aufträgen für die Berliner Staatsdruckerei und tröstenden, aber wirkungslosen Worten seitens der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes platzte Reuter am 28. Januar 1949 in einem Schreiben an Oberdirektor Dr. Pünder der Kragen. „Es hat keinen Sinn zu versichern, dass man Berlin unterstützen will, und gleichzeitig von den großen Dienstleistungen, die Berlin jeder Zeit zur Verfügung stellen kann, keinen Gebrauch macht. Der Erfolg einer solchen Politik kann nur sein, dass man das Wirtschaftsleben Berlins systematisch aushöhlt

und dass man es Berlin unmöglich macht, seine ihm nun einmal gestellte Aufgabe, für die künftige Wiederherstellung Deutschlands zu wirken mit Erfolg zu Ende zu führen.“

Gelegentlich bedurfte es des energiegelassen Auftretens der Militärgouverneure, um die westdeutschen Ministerpräsidenten und die westdeutsche Wirtschaft an ihre Verantwortung für die Versorgung Berlins zu erinnern. Im November 1948 gab es einen erheblichen Mangel an Trockenkartoffeln in der Stadt. Die Ursache lag darin, dass die entsprechenden westdeutschen Fabriken an anderen Produkten mehr verdienten. Niedersachsens Ministerpräsident Kopf drohte der britische Militärgouverneur Robertson: „Eine Anzahl, Herr Kopf, liegt in Ihrem Lande. Sie werden sehr scharfe Maßnahmen ergreifen müssen. Das ist einer der Fälle, in denen die Landesregierung einschreiten muss und evtl. auch eine Fabrik übernehmen muss. Wenn Sie es nicht tun, müssten wir es selbst tun.“ Diese Drohung Robertsons, notfalls Firmen „zu übernehmen“ bewirkte eine Änderung im Verhalten.

Das ungemein quellenreiche, also fundiert erforschte Buch von Volker Koop ist ein spannendes Stück Zeitgeschichte. Es erlaubt dem Leser die Schlussfolgerung, dass es des energischen Handelns der Militärgouverneure Clay und Robertson bedurfte, um das freie Berlin zu retten, häufig gegen selbstsüchtige Hinhaltetaktiken westdeutscher Politiker oder Industrieller. Hier kann manches Klischee in die Ecke gelegt werden. Volker Koop hat ein bedeutendes Buch zum Luftbrückenjubiläum geschrieben.

(Eckhard Stuff)

Reise

Sawsan & Qustandi Shomali: Bethlehem 2000. Ein Reiseführer für Bethlehem und Umgebung. Verlag Flamm Druck, Waldbrohl 1997, 152 S., DM 16,90.

Wer ins Heilige Land – und somit auch nach Bethlehem – fährt, sucht nach einem passenden Reiseführer. Das von den Eheleuten Shomali aus Bethlehem verfasste Büchlein „Bethlehem 2000“ ist nicht der Reiseführer für Kultur-, Geschichts- oder Theologie-Freaks. Wer aber einen historischen und aktuellen Überblick auf 152 Seiten, sowie eine gute Darstellung inkl. vieler Fotos und Skizzen des heutigen Bethlehems sucht, mit Übersichten der christlichen Aktivitäten bis hin zu Städtepartnerschaften (eine davon Köln), ist bestens bedient. Die alten und neuen Sehenswürdigkeiten in Bethlehem und Umgebung sind hervorragend beschrieben, von Grundrissen der Kirchen bis hin zu den Buslinien und den Telefonnummern der Taxiunternehmen. Lückenlos sind Hotels, Restaurants aufgelistet und Besonderheiten der palästinensischen Küche. Wohl tuend ist, dass das Autorenpaar sowohl ausdrücklich als auch oftmals zwischen den Zeilen aufruft, den christlich-islamischen Dialog zu fördern.

Autoren und Verlag legen einen sehr guten, preiswerten und handlichen – auch in die Jackentasche passenden – Führer vor. „Bethlehem 2000“ ist auch ein interessantes Nachschlagewerk und Liebhäberobjekt für Interessierte, die Bethlehem nicht besuchen können. (PS)



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint mind. viermal jährlich.
Herausg.: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, Breite Straße 25, 53111 Bonn.
Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur; Oberleutnant Marco Schauff (MS), Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG, c/o Paul Schulz, Postfach 3768, 51537 Waldbröl, Tel: 02291-900461, Fax: 02291-911637 oder 02295-1044 (bt), e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.
Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS e.V., Pax Bank eG Aachen, BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 10,- an den ausliefernden Köllen Verlag.